

DGV

971



+4092 608 01



171

Rheinland und Westfalen

während der

Sturmjahre 1848/49.

977

Stimmungsbilder aus der deutschen Revolution

von

Alois Dießner.



Aachen, 1906.

Verlag von Gustav Schmidt.

D. 9 v 971
750.

LANDES-
UND STADT-
BIBLIOTHEK
DÜSSELDORF

Inhalt.

	Seite
Vorwort	5
1 Die wirtschaftliche und politische Lage um das Jahr 1848	11
2 Im Vormärz	22
Die Märzrevolution	46
Deutschland, Deutschland über alles	73
Für die Kämpfer in Berlin und Wien	80
Noch ist Polen nicht verloren	86
Der Aprilaufbruch in Aachen	92
Hie liberal — hie katholisch	122
Aufbruch in Trier	130 0
6 Der Prinz von Preußen	133
Soziale Fragen	139 0
Unabhängigkeit der Kirche vom Staat	145
Der Reichsverweser	154
Der Frankfurter Putzsch	169 0
Der „Staatsstreich“	174
Die preussische Verfassung	194
Die Feier der Revolution	201
Die Kaiserwahl	207
Anarchie in Elberfeld	219 0
6 Straßenkämpfe in Düsseldorf	268 0
Das Blutbad in Iserlohn	278 0
Die „verschrobene“ Demokraten von Solingen	290 0
Aufbruch in der Eifel und im Moseltale	293 0
4 Frieden in Aachen	303

Alle Rechte vorbehalten, besonders das
jenige der Übersetzung in fremde Sprachen.



Nachdruck verboten.

Abdruck einzelner Teile nur mit Genehmigung
der Verlags~~handlung~~ gestattet.



Im Jahre 1848 war es. Ein König war in Frankreich vom revolutionierenden Volke entthront worden und suchte sein Heil in der Flucht, in Wien und Berlin auf rasch aufgetürmten Barrikaden verbluteten hunderte ihr Leben für ihre politischen Ideale, ganz Deutschland lohte in stürmischen Aufständen, in Italien tobten die Schrecknisse der Revolution und des Krieges, in Großbritannien kam es infolge der Chartistenbewegung und der irischen Repealagitation zu blutigen Ereignissen, Spanien wurde mit Mühe unter Anwendung von Waffengewalt gefährlicher Volksunruhen und Soldatenmeutereien Herr, selbst Dänemark, Schweden und Holland blieben nicht von der großen und gewaltigen europäischen Völkerbewegung verschont — nur Rußland, dieser Riese unter den europäischen Staaten, überdauerte das Sturmjahr fest und unbezwinglich und unerschüttert. Und während im übrigen Europa die alten, jahrhundertlang gültig gewesenen Gesetzestafeln zerbrochen am Boden lagen, während die Reiche allüberall einer Neugestaltung der politischen Verhältnisse entgegen gingen, konnte in ruhigstem Selbstvertrauen und

Vertrauen auf seine „treuen Untertanen“ der Selbstherrscher aller Reußen seinem Volke in einem Manifest folgenden Fund und zu wissen tun:

Von Gottes Gnaden Wir, Nikolaus der Erste, Kaiser und Selbstherrscher aller Reußen usw., verkünden Jedermann: Nach einem gesegneten langjährigen Frieden ist der Westen Europas nun plötzlich aufgeregt durch Wirren, die den Umsturz der gesetzlichen Gewalten und jeglicher gesellschaftlichen Ordnung drohen. Zuerst in Frankreich ausbrechend, haben Aufruhr und Anarchie sich schnell dem benachbarten Deutschland mitgeteilt, und mit einem Ungefüm, das in dem Maße wuchs, als die Regierungen nachgaben, überallhin sich ergießend, hat dieser verheerende Strom endlich auch die mit Uns verbündeten kaiserlich österreichischen und königlich preußischen Staaten ergriffen. Jetzt bedroht der Frevel, keine Grenzen mehr kennend, in seinem Unverstand auch Unser von Gott Uns anvertrautes Rußland. Aber dem wird nicht so sein. Nach dem geheiligten Vorbild Unserer rechtgläubigen Vorfahren sind Wir unter Anrufung der Hülfe des allmächtigen Gottes bereit, Unseren Feinden, wo sie Uns entgentreten, zu begegnen und Wir werden, selbst keine Opfer scheuend, im unverbrüchlichen Bunde mit Unserem heiligen Rußland die Ehre des russischen Namens und die Unverletzlichkeit Unserer Grenzen schirmen. Wir sind der Überzeugung, daß jeder Russe, jeder Unserer treuen Untertanen mit Freude dem Rufe seines Kaisers folgen wird, daß Unsere alte Losung: „Für den Glauben, den Zaren und das Vaterland!“ auch jetzt Uns den Weg zum Siege zeigen

werde; und dann wollen Wir im Gefühle ehrfurchtswollen Dankes, so wie gegenwärtig im Gefühle heiliger Zuversicht auf den Herrn, Alle vereint rufen: „Mit uns ist Gott! Erkennet es, ihr Heiden, und beuget euch, denn mit uns ist Gott!“

Petersburg, 26. März 1848.

Nikolaus.

Es war derselbe Nikolaus, von dem uns das geflügelte Wort erhalten ist: Ich begreife den Despotismus, ich begreife die Republik; aber was dazwischen liegt, der konstitutionelle Verfassungsstaat, ist eine große Lüge.

Fünfzig Jahre später, und auch im „heiligen Rußland“ hat sich die berühmte „Umwertung aller Werte“ mit größter Gründlichkeit vollzogen. Unruhen und Aufstände, gefährlicher, blutiger, schrecklicher, als sie vor mehr als fünf Jahrzehnten Europa erlebt hat, erschüttern jetzt Rußland von Ost nach West, von Nord zum Süd in seinen Grundfesten aufs bedenklichste, prasselnde Bomben reißen die Erde auf und Bäche Blutes durchströmen die Straßen — und nun wird sich auch dort das Schicksal des Absolutismus erfüllen, der Koloss auf tönernen Füßen stürzt zusammen und die „große Lüge“, die Verfassung wird gleich einem Jungborn sein, aus dem das Russische Reich neue Kraft wird schöpfen können, um der Menschheit Kulturwerte zu geben.

Wenn wir eine Wertung von Ereignissen besonderer Art anstreben, so suchen wir gerne nach Vergleichen mit anderen gleichzeitigen oder früheren Vorgängen ähnlichen Charakters, um daran unsere Maße zu prüfen. Und so

werden auch die grauenvollen Zustände und revolutionären Geschehnisse in Rußland von gestern und heute immer und immer wieder den Verlauf früherer Staatsumwälzungen in anderen Ländern, vor allem in der Heimat in die Erinnerung zurückrufen. Die 1848er Revolution in Deutschland, die zur grundsätzlichen Umgestaltung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse führte, läßt nun allerdings nicht im Entferntesten einen direkten Vergleich mit russischen Zuständen zu: weder in ihren Ursachen, noch in ihrem Verlaufe sind derartige Ungeheuerlichkeiten wie jetzt in Rußland festzustellen, es gab zwischen Herrscher und Volk bei uns niemals solche Gegensätze voll gehässigster, grimmigster Schärfe, wie sie sich im Zarenreiche im Laufe der Jahre und Jahrzehnte herausgebildet haben, und es kam im Grunde genommen nur zu wenigen größeren Zusammenstößen und Ausschreitungen, bis sich die Regierungen und das Volk auf der Brücke der Verfassung wiederfanden und nun einem segensvollen Aufschwung in jeder Beziehung entgegengehen konnten. Es liegt aber doch so manches in den Zielen der jetzigen russischen Bewegung, das die Erinnerung an die Ursachen und die Geschehnisse im tollen Jahre in uns wachruft und die Erzählungen der wenigen noch lebenden Zeugen jener Zeit in unserer engeren Heimat, die auch „mit dabei“ waren, als es galt dem deutschen Volke die Segnungen der Verfassung zu erringen, ein neues Leben gewinnen läßt. Aus diesen Gedanken heraus ist diese Schrift entstanden, als ein Beitrag zur Geschichte der rheinisch-westfälischen Volksbewegung vorab, einer Volksbewegung, die in ihrer radikalen Eigenart sehr wohl eine von der

allgemeinen deutschen Geschichte abgesonderte Betrachtung ermöglicht. Ich habe namentlich erschöpfend die Vorgänge im Regierungsbezirk Aachen zu beschreiben gesucht, und, wie ich gerne hoffe, wird es mir gelungen sein, hierfür aus alten Aktenstücken, aus den damaligen Aachener und anderen rheinischen Zeitungen und sonstigen Zeitungsveröffentlichungen sowie aus zuverlässigen Lebenserinnerungen alter Aachener ein ziemlich lückenloses Bild des Lebens und Treibens in Aachen in jenen Jahren gegeben zu haben. Bei dem innigen Zusammenhange der zwischen unserem Regierungsbezirk und den übrigen Städten der beiden Schwesterprovinzen Rheinland und Westfalen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung bestand und besteht, ist dabei nicht außer Acht gelassen worden, auch die Vorgänge im ganzen rheinisch-westfälischen Gebiete in der größtmöglichen Ausführlichkeit aufzuzeichnen. Die Städte Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Hagen, Iserlohn, Solingen, Arefeld, Bonn, Trier und viele kleinere Orte fanden so ihre besondere Berücksichtigung. Des Verständnisses wegen mußte auch einigermaßen auf die allgemeine Geschichte eingegangen werden, doch ist es selbstverständlich, daß dies im Rahmen dieses Buches nur in flüchtiger Darstellung geschehen konnte. Besonderer Wert wurde aber doch auf die Aufzeichnung der allgemeinen politischen Vorgänge gelegt, die auch heute noch die Öffentlichkeit beschäftigen, so der sozialen Frage, der Kirchenfragen, der Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, der konfessionellen Schule, des Kampfes zwischen der liberalen und katholisch-politischen Partei usw. Die Reihe der Ereignisse, die für diese Arbeit in Betracht gezogen sind,

beginnt mit dem Märzsturm im Jahre 1848 und schließt mit der Kaiserwahl und der durch die Folgen ihrer Ablehnung im Frühjahr 1849 entstandenen großen rheinisch-westfälischen Aufstandsbewegung, die zusammenfällt mit dem schmachvollen Untergang der in den Märztagen des Jahres 1848 mit so großen Hoffnungen ins Leben gerufenen Frankfurter Reichsversammlung und den ebenfalls durch sie hervorgerufenen ausgebreiteten blutigen und gefährlichen Unruhen in Sachsen und in Süddeutschland.

Die wirtschaftliche und politische Lage um das Jahr 1848.

Die mächtige Volksbewegung in den deutschen Staaten in den Vierziger-Jahren und namentlich in den ereignisvollen Märztagen des Jahres 1848, des Geburtsjahres des modernen deutschen Staatslebens, mag durch eine lange Reihe von Ursachen hervorgerufen worden sein; neben dem in jahrelanger Entwicklung ungestüm gewordenen Drang nach Umgestaltung der längst überlebten politischen Verhältnisse, die in ihrem beengten Rahmen des unantastbaren Absolutismus dem nach den Freiheitskriegen stark aufstrebenden Volke schon lange nicht mehr genügen konnten, war es aber in der Hauptsache vielleicht doch nur der durch mehrjährige Mißernten und allgemeine Stockung der Industrien hervorgerufene überaus drückende wirtschaftliche Notstand in den Vierziger-Jahren, der die unzufriedenen Volksmassen schließlich zum offenen Aufruhrtrieb, als die Kunde von den Ereignissen der französischen Februarrevolution wie ein alles entfesselnder Sturmwind die deutschen Lande durchbrauste. Denn was kann den hungernden Massen, die überall in deutschen Landen die Wege des Gesetzes und der Ordnung verließen, um die Reihen der Revolutionäre zu füllen, Verfassung und Volksvertretung gewesen sein, was werden sie die Erörterungen mehr oder weniger radikaler Denker über ein Kaisertum Deutschland oder eine deutsche Republik gekümmert haben? Sie mögen ihnen nur das eine be-

deutet haben, daß die Erfüllung dieser Wünsche nach Verfassung und Volksvertretung ihnen Arbeit und Brot verschaffen werde, für sie konnte die Definition aller Politik nur in einer wirtschaftlichen Bewegung liegen, die ihre höchsten Ziele in einem ganz gewaltig vermehrten Recht der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten zur Anteilnahme an der Staatsverwaltung sieht.

Dreißig und vierzig Jahre vorher hatte Deutschland eine schwere wirtschaftliche Krise durchzumachen gehabt, aber von den schweren Schlägen der Kriegsjahre zu Beginn des vorigen Jahrhunderts und den Notjahren 1816 und 1817 hatte sich das wirtschaftliche Leben in Deutschland bald erholt, als mit dem wilden Korjen auch seine Unterjochungspläne auf dem Felseneiland St. Helena ihr letztes Asyl fanden. Die auf dem Boden eines gemäßigten Freihandels stehenden Zollgesetze seit 1818 schützten die nationale Industrie, indem sie ausländische Konkurrenz fast vollständig ausschlossen, in so hohem Maße, daß sie sich, als noch dazu die Verkehrsmittel verbessert wurden und der Bau von Eisenbahnen überall in Angriff genommen wurde und als ferner die Zollvereinsverhandlungen ihren endgiltigen Abschluß fanden, großartig entwickeln konnte. So waren namentlich die Dreißiger-Jahre eine Periode des Aufschwunges deutschen Handels und deutscher Industrie.

Es kam aber nur zu früh der Niedergang. Der erstarkten deutschen Industrie war das einheimische Absatzgebiet allmählich zu klein geworden und im Ausland, das einen noch höheren Schutzzoll hatte, fand sie vielfach verschlossene Türen und zunehmende Konkurrenz. Die liberalen handelspolitischen Grundsätze des Zollvereins waren

durchgängig nicht die der Nachbarreiche. Außerdem war das Ausland auch nicht müßig geblieben, die Industrie hatte sich außer in England in Frankreich, in Oesterreich und zum Teil selbst in Rußland vielfach in noch höherem Maße entwickelt wie in den deutschen Staaten, und dabei hatten sich jene Reiche durch ganz außerordentlich hohe Eingangszölle, die mit denen des deutschen Zollvereins gar keinen Vergleich aushielten, gegen unerwünschte Einfuhr abgesperrt. Die Folge war, daß die ausländische Industrie zur deutschen nicht nur in scharfen Wettbewerb trat und ihr ein fremdes Absatzgebiet nach dem anderen entriß, sondern schließlich sogar viele ihrer Erzeugnisse, die sie wohlfeiler hielt, mit erhöhter Energie auf den deutschen Markt werfen konnte. Das Hauptindustrieland England bereitete durch verbesserte Einrichtungen in allen Industriezweigen lebhaftere Konkurrenz und verdrängte deutsche Ware aus Gebieten, die diese vorher in und außerhalb Europas fast völlig allein beherrscht hatte, während anderseits, wie ein Bericht der Nacher Handelskammer aus dem Jahre 1843 hervorhebt, in London von Produkten deutschen Industriefleißes nur Streichhölzer zu finden waren.

Die Handelskammer in Nachen, deren leitendes Haupt Hansmann seit dem Jahre 1838 war, wandte sich deshalb schon im Jahre 1843 an die Regierung mit der Bitte um stärkeren Schutz der Hauptindustrien in unserer Heimat, so für die arg bedrängte Nadelindustrie, dann für die Textilindustrie in allen ihren Zweigen und für die Eisen- und Rübenzuckerindustrie, durch eine wirksame Besteuerung der aus dem Auslande kommenden Fabrikate dieser In-

dustrien. Die Lage der deutschen Industrie wurde immer ernster; je mehr sie sich ihrer Absatzgebiete beraubt sah, desto häufiger folgten Betriebseinschränkungen, eine Fabrik nach der anderen ging ein und ein Heer von beschäftigungslosen Arbeitern sammelte sich in den großen Städten an. Im Jahre 1847 sind beispielsweise in einigen linksrheinischen Kreisen im Verlaufe weniger Monate an 20 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden.

In Verbindung mit dem Niedergang der Industrie, dem die Regierung erst in elfter Stunde, schon zu spät, ihr Augenmerk zuwendete, sank der Kredit; Staats- und Industripapiere, das Grundvermögen verloren an Wert und die Armut nahm in den unteren Klassen geradezu erschreckend überhand. Dieser materielle Notstand zeigt sich auch in der unglaublich hohen Zahl der Auswanderer nach Nordamerika, die mit dem letzten Rest ihrer Habe fern von der Heimat ihr Glück suchten. Namentlich der Westen Deutschlands stellte viele Auswanderungslustige, für die für das eine Jahr 1847 eine Schätzung von 80 000 bis 100 000 besteht, und diese Zahl wuchs noch weiter, als im Jahre 1848 die riesigen Goldfelder in Kalifornien entdeckt wurden. Auch viele Nachener wagten dieses schicksalsschwere Hasardspiel auf diesem großen „Rouge et Noir“ der europäischen Völker. Hundert Taler kostete der Spaß nach Ankündigungen in den Nachener Zeitungen, und in harter Arbeit ist es so manchem gelungen, drüben überm großen Teich deutsche Arbeit und deutschen Fleiß zur Geltung zu bringen und zu Wohlstand und Reichtum zu kommen. Wieviele aber am Wege starben? Wer zählt sie?

Als nun noch Kartoffelkrankheiten im Jahre 1845 und Mißernten in den Jahren 1846 und 1847 die gewöhnlichen Lebensmittel ungeheuer verteuerten, war die allgemeine Unzufriedenheit, die sich schon in den Jahren 1846 und 1847 in Westfalen und Schlesien, den Hauptgebieten der Arbeitslosigkeit — in Aachen im Jahre 1846 im Poschweckrummel — in kleinen Gährungen äußerte, zu solcher Spannung gesteigert, daß es wahrlich nur des geringsten Anlasses bedurfte, den Ausbruch von Unruhen herbeizuführen. . . .

Die politischen Ideale knüpften, da man sich durch die Bundesverfassung vom Jahre 1815 um die in den Freiheitskriegen gewaltig genährte Hoffnung eines starken geeinten Deutschlands betrogen sah, an die von den Einzelstaaten verheißenen Volksvertretungen an, die auch in vier süddeutschen Staaten gewährt wurden. In Preußen, das uns hier am meisten interessiert, war im Jahre 1815 in den Kriegsnöten eine Verfassung vom König in einer Verordnung zugesagt worden. Das letzte Kriegsjahr ging zu Ende, ein Jahr reihte sich dem anderen an, keines aber brachte den Preußen die Verfassung. Vergebens harrten die Liberalen der Erfüllung des königlichen Versprechens. Die Provinzialstände, die der König im Jahre 1823 schuf, waren das ganze Zugeständnis.

Das politische Leben ging doch allmählich in der Zufriedenheit über den wirtschaftlichen Aufschwung der Dreißiger-Jahre in ein Stilleben über, in dem das Hambacher Freiheitsfest, der Frankfurter Putsch, die Göttinger Sieben u. a. die hellen Farben bildeten. Die französische und belgische Revolution im Jahre 1830 hatte auf Deutsch-

land im Allgemeinen wenig Einfluß gehabt. Aachen hatte allerdings böse Sturmtage und ebenso kam es in einigen anderen deutschen Städten zu lokalen Unruhen. Durch Putzche erreichten ferner Sachsen, Hannover, Kurhessen und Braunschweig eine sehr beschränkte Verfassung. Die Änderung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse aber, die zeitlich etwa mit dem im Jahre 1840 erfolgten Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV., des „Romantikers auf dem Königsthron“, zusammenfiel, machte der Gleichgültigkeit gegenüber politischen Dingen im deutschen Mittelstand ein Ende; von Jahr zu Jahr steigerte sich die Anteilnahme an den Geschicken und der Verwaltung des Staates, wozu auch nicht wenig die Gefahr eines deutsch-französischen Krieges um die Rheinlande anfangs der Vierziger-Jahre — die Becker zu dem Ausruf „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“ und Schneckenburger zu seiner „Wacht am Rhein“ begeisterten — der Aufstand in Polen und das Auftauchen der schleswig-holsteinischen Frage im Jahre 1846, ferner im Innern der Konflikt der Regierung mit dem kölnischen Erzbischof Droste zu Vischering in der Frage der religiösen Erziehung der Kinder in gemischten Ehen, die infolge dieses kölnischen Kirchenstreites erwachende katholische Bewegung, verschiedene Reibungen zwischen Zivil und Militär namentlich in der Rheinprovinz, auch die wachsende Erbitterung und Unzufriedenheit über die Bürokratie beitrugen, die als in sich erstarrt und verknöchert, aber sich allweise dünkend geschildert wird. Eine kritische Stimmung hatte nach und nach die Bevölkerung ergriffen und immer mächtiger drangen die

konstitutionellen Ideen vor, die in der Vorliebe des Königs für mittelalterlich-ständische Körperschaften, vor allem in seiner Vorstellung von einem christlich-germanischen Staate vorläufig ein unbezwinglich scheinendes Bollwerk fanden. Die von der öffentlichen Meinung geforderte konstitutionelle Verfassung verabscheute er, und er wollte die ständische Monarchie wiederherstellen. Nach jahrelangem Schwanken der Regierung bewilligte der König im Jahre 1847 auf das unermüdliche Drängen der liberalen Kreise hin, aber mit dem scharf betonten Gegensatz gegen eine konstitutionelle Verfassung, die Einrichtung des aus den Provinzialständen zusammengezogenen Vereinigten Landtages, der bei der Gesetzgebung eine lediglich beratende Stimme haben sollte und auch sonst sehr beschränkte und abgewogene Befugnisse hatte. Hansemann, dessen politische Tätigkeit im Jahre 1830 mit einer an den König gerichteten Denkschrift begann, in der er ein konstitutionelles Regierungssystem mit starker Vertretung des vermögenden Mittelstandes forderte, war, wie schon seit 1845 als Abgeordneter in dem im Jahre 1841 eingerichteten Rheinischen Provinziallandtag, auch im Vereinigten Landtag einer der hervorragenden Führer der freisinnigen Opposition und vertrat mit Eifer die konstitutionelle Sache. Die Tätigkeit des Vereinigten Landtages vermehrte aber, da alle Anträge der Liberalen von der überwiegenden konservativen Mehrheit teils verworfen, teils stillschweigend übergegangen wurden und das Bemühen des Landtages auf allen politischen Gebieten unfruchtbar blieb, die Mißstimmung nur noch mehr und ließ schließlich republikanische Neigungen unter den Liberalen erwachsen, um so mehr

noch, als der König wie bei der Einberufung auch beim Landtagsabschied im Juni 1847 alle konstitutionellen Erwartungen entschieden zurückwies. Ein Umschwung in der Gesinnung war gleichfalls in den anderen deutschen Staaten zutage getreten und man ließ damals schon merkwürdige Dinge geschehen in Sängervereinen und Turnvereinen, aber auch in wissenschaftlichen Versammlungen, die durch die Besprechung praktischer Tagesfragen in unerhört scharfen Reden, was früher als unduldbar gegolten hätte, das öffentliche Interesse weckten. Das Gewitter lag in der Luft. . . .

In Frankreich war in den Vierziger-Jahren eine bedenkliche Gährung entstanden infolge der Hartnäckigkeit, mit der Guizot, der Leiter der Regierung, alle Klagen und Beschwerden über Korruption der höchsten Ratgeber des Königs und der Deputierten und die sittliche Zerrüttung der höhergestellten Gesellschaft, durch eine Reihe von Skandalprozessen offenkundig geworden, unbeachtet ließ. Arbeitseinstellungen und Mißwachs führten außerdem einen ausgebreiteten wirtschaftlichen Notstand in den Jahren 1846 und 1847 herbei. Weiter wurde von Jahr zu Jahr die Reform des Wahlrechts zu einer immer lebhafteren Agitation der Oppositionsparteien gemacht und zu diesem Zwecke wurden allenthalben sogenannte Reformbankette veranstaltet, im Dezember 1847 nicht weniger als 70. Der König unterdrückte nun am 22. Februar 1848 mit militärischer Gewalt ein solches Reformbankett in Paris. Aber am nächsten Tage schon machte die Nationalgarde gemeinsame Sache mit dem Volk. Infolge unbedachter Schüsse kam es zum offenen Kampf zwischen Volk und

Militär. Ganz Paris war voll Barrikaden, mehrere Linienregimenter gingen zum Volk über, und als nun am 24. Februar das Volk gegen die Tuilerien vorrückte, entfloß König Ludwig Philipp nach England und eine provisorische Regierung wurde gebildet, die die Republik ausrief. Ein neues Drama der Weltgeschichte war vollendet und die Sturmglöcken von der Seine dröhnten in das schlummernde Europa hinein. . . .

Diese Nachrichten aus Frankreich, die in rascher Folge die Einzelheiten von der gewaltsamen Krisis meldeten, wirkten wie zündender Feuerbrand in ganz Europa, vor allem in Deutschland, brachten das unzufriedene Volk in die fieberhafteste Erregung und ließen mit Ungestüm die verschiedenartigsten politischen Wünsche laut werden. Schon am 27. Februar stellte in Deutschland Heinrich v. Gagern, einer der befähigsten Köpfe unter den Volksmännern der 1848er Revolution, in der Kammer in Darmstadt den Antrag auf Errichtung einer deutschen Zentralgewalt mit Volksrepräsentation. In Mannheim wurden am selben Tage Beratungen über Preßfreiheit, Schwurgerichte, Nationalvertretung und Volksbewaffnung gepflogen, und am 1. März schon wurde von der badischen Regierung die Prüfung der Volkswünsche zugesagt. Der Bundestag, die Vereinigung der Bevollmächtigten der im Deutschen Bund verbündeten 38 deutschen Staatsregierungen, versprach in einer Proklamation vom 1. März alles aufzubieten, um gleichermaßen eifrig für die Sicherung Deutschlands nach außen als auch für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen, berief Vertrauensmänner zur Revision

der Bundesverfassung ein und stellte jedem Bundesstaat die Aufhebung der Zensur und Einführung der Pressfreiheit anheim. Die radikalsten Forderungen wurden in Brandreden und Sturmpetitionen den Herrschern der Einzelstaaten überreicht, wie ein Lauffeuer setzte sich die Erregung von Stadt zu Stadt, von Provinz zu Provinz, von einem Lande zum andern fort, und in völliger Ohnmacht gegenüber diesem Ansturm gewährten die meisten deutschen Staaten in wenigen Tagen die Erfüllung dieser freiheitlichen und nationalen Forderungen. Es wurde nicht der geringste Widerstand geleistet oder, wo ein solcher versucht wurde, folgte bald die bedingungslose Nachgiebigkeit. Schlag auf Schlag, mit atemberaubender Schnelligkeit brachen diese Ereignisse herein. Nur Preußens und Österreichs Herrscher glaubten sich, übel beraten durch ihre Minister, stark genug, um der Bewegung zu widerstehen. Vergebens! Der König von Preußen gab am 6. März, noch immer zögernd, die Konzession der Periodizität des Vereinigten Landtages. Das war ein Tropfen auf einem heißen Stein. Noch einige Wochen vorher wäre diese Zusicherung ein wahrer Bote des Friedens für die ganze Monarchie gewesen. Jetzt aber waren die politischen Bedürfnisse gewachsen, waren die Forderungen der aufgeregten öffentlichen Meinung ganz andere geworden. Die Zusicherung des Königs konnte nicht mehr genügen. „Alles oder Nichts!“ war die Forderung. Am 6. März hatte der König die letzte Gelegenheit versäumt, um in ungeschwächter königlicher Autorität, freiwillig und von Niemandem gedrängt, Preußen eine freie Verfassung zu geben. Zwölf Tage vorher war die Revolution in Paris

ausgebrochen und nach weiteren zwölf Tagen schritt die Revolution, nachdem sie am 13. März in Wien zu unheilvollen Ereignissen geführt hatte, auch in Berlin über die veralteten Staatseinrichtungen den mit Blut gezeichneten Weg zu einer ganz neuen Ordnung der Dinge, die weit über das hinausging, womit man sich selbst noch kurze Zeit vorher zufrieden gegeben hätte. Eine neue Zeit war gekommen. . . .

Im Vormärz.

Der Hauptsitz der Liberalen in Preußen war im Rheinland. Sie fanden ihr Gegengewicht in den östlichen Provinzen, in denen die Konservativen unumschränkt herrschten. Die Führer der rheinländischen liberalen Bewegung waren Camphausen, der Präsident der Handelskammer in Köln, und Hansemann, der Präsident der Aachener Handelskammer, zwei Männer von unleugbar hohen staatsmännischen Fähigkeiten, die, in treuer Freundschaft verbunden, in den wichtigen Beratungskörpern, denen sie angehörten, viel, unendlich viel zum Wohle der beiden Städte, zum Wohle der ganzen Provinz anregten und durchsetzten. Wer von ihnen der Bedeutendere gewesen ist, mag schwer zu entscheiden sein. Hansemanns Finanzgenie aber ist es jedenfalls zu danken, daß Preußen die wirtschaftliche Not des Jahres 1848 ohne große Fährlichkeiten überwinden konnte. In Aachen in seinem Hause am Friedrich-Wilhelm-Platz reiften seine Pläne über Staatsreformfragen, über Finanz- und wirtschaftliche Fragen, und so wie er für Aachen durch große Unternehmungen, die noch heute für die ganze Stadt und den ganzen Bezirk in der segensvollsten Weise wirken, unvergeßlich geworden ist, so ist er auch für das ganze Vaterland in jener schweren Zeit von einer Bedeutung gewesen, die über den Tag weit hinausragte und deren Zeichen wir heute noch im Verfassungswerke finden, das in teilweiser Umarbeitung seiner Entwürfe entstanden ist. Es war

jedenfalls ein Glück für Preußen, daß der König sich gerade diesen Mann, dessen ehrliche Opposition er im ersten Vereinigten Landtag schätzen gelernt hatte, aus Aachen ins Ministerium geholt, ihm das wichtige Portefeuille der Finanzen übertragen und ihm mehrmals die erforderlich gewordene Neubildung des Kabinetts übertragen hatte.

Zur Kennzeichnung seines anfänglichen Wirkungskreises sei es mir vergönnt, nun ein klein wenig über Aachen zu plaudern, und damit gleichzeitig die Schilderung eines Stadtbildes zu geben, dessen gemütliche anheimelnde Züge des Lebens und Treibens seiner Bewohner wohl typisch sind für unser damaliges deutsches Städteleben überhaupt.

Aachen

hatte im Jahre 1848 ungefähr 45 000 Einwohner (darunter an 7 000 Protestanten und an 300 Juden), von denen ungefähr 17 000 Fabrikarbeiter waren. Die Stadt war noch teilweise mit Wällen, Mauern und Gräben umgeben und war durch neun Tore abgeschlossen. Außerhalb der Stadtmauern war nur geringe Bebauung, einige wenige Häuser vor dem Kölntor, Adalbertstor und Jakobstor, sowie an der Straße, die vom Adalbertstor nach Burtscheid führte, in der Richtung der heutigen Wilhelmstraße, auf der die Bogenschützen und die Bürgergarde ihre Übungen abhielten. Sonst alles Acker und Wiesen. An den herrlichen Spielplätzen der Jugend am Warmen Weiher und am „Pockepötsche“ vorbei gelangte man von dort aus zum dichtbewaldeten Frankenberg, der einen beliebten Ausflugsort bildete und in dessen

Büschchen die allezeit kriegerisch gesinnten Knaben Schelm und Gensdarm spielten und „Festungen“ errichteten. Das alte sagenumwobene Jagdschloß Karls des Großen steht noch immer und streckt sein graues Gemäuer in die Lüfte, aber dort, wo sich jetzt das Häusermeer des Frankenger Quartels ausdehnt und sich in seltsamem Kontraste zur Idylle des alten Schloßbaues und seines Weiheres das lebhafteste städtische Getriebe regt, rauschte damals noch der kühlende Murrelloch von Fels zu Fels und mächtige Baumkronen überschatteten die engen Waldpfade, auf denen „Sonntags und an Feiertagen“ unsere Väter und Mütter in ihren farbenfrohen eigenartigen Biedermeierkostümen würdevoll lustwandelten. Andere beliebte Vergnügungsorte unserer Väter waren die Ketschenburg vor dem Adalbertstor, Tivoli an der Krefelderstraße und das im Jahre 1806 erbaute, im Jahre 1836 nach einem Brande wieder aufgerichtete Belvedere auf dem Lousberg, oder Louisberg, wie man ihn damals nannte.

Für einzelne weitere Momentbilder aus dem damaligen städtischen Leben möchte ich die Aufzeichnungen eines alten Nacheners verwenden, der sich in seinem Patriarchenalter noch gerne und frisch der damaligen Zeiten erinnert und gerne noch Vergleiche anstellt zwischen der heutigen und der damaligen Zeit. Überall im Innern der Stadt hat das Alte prächtigen Bauten weichen müssen. Da war z. B. an der Ecke des Büchels der „Kolbert“, eine große offene Halle, wo das Wasser aus den Bädern dampfend zusammen- und abfloß und wo die Waschfrauen mit dem Reinigen der Wäsche den ganzen Tag über beschäftigt saßen und die sonst stille Straße mit ihrer lauten Unter-

haltung belebten, in die sich auch wohl ab und zu wenig friedfertiger Zank mischte. Der Graben und die übrigen Hauptstraßen erglänzen heute am Abend in einem Lichtermeer und die helle elektrische Beleuchtung, die die Stadtverwaltung immer mehr zu verbessern und auszudehnen bestrebt ist, ermöglicht einen regen Verkehr in den Hauptstraßen bis in die Nacht hinein. Und damals? Ja damals war in der Mitte der Straßen von einem Hause zum gegenüberliegenden ein Seil gespannt und daran hing — Gasbeleuchtung war bloß in den bedeutendsten Straßen — eine Laterne mit trüber Öllampe als einzige Beleuchtung. Erhellte war dadurch natürlich nur eine kleine Fläche und stockfinstere Nacht herrschte sonst in der Straße, in der sich der spät vom Abendschoppen heimkehrende Bürger wohl auch mit der Laterne in der Hand auf holprigem Pflaster den Weg suchte, in grimmiger Angst vor den zu erwartenden Scheltworten seiner lieben trauten Ehegesponsin, wenn der Nachtwächter Rogel in seiner Stundenlitanei vielleicht gar schon zu dem lieblichen Bers gekommen war: Ihr lieben Leute laßt Euch sagen, die Glocke hat schon eins geschlagen. Anders war es an der Ecke der Adalbertstraße und des Grabens. Dort hatte ein Nagelschmied seine offene Werkstatt unmittelbar an der Straße, und dort fauchte sein Blasbalg und die Funken stoben in dichten Garben auf die Straße. Die Straßen waren von haarsträubender Unebenheit, entsetzlicher allerdings noch in der Umgebung der Stadt, wo die Straßen bei Regenwetter für Fußgänger oft überhaupt nicht gangbar waren. Darüber gibt der alte Nachener folgendes kleines Stim-

mungsbild: In den Ferien ging es zu den Verwandten und wir benutzten da die Fahrpost in der Richtung nach Krefeld, die in der Nacht abfuhr. Dann lag die Stadt in tiefer Ruhe. Ich höre noch das nimmermüde Klauschen des Brunnens dem Münster gegenüber und sehe noch den mit Laterne und Lanze ausgerüsteten Nachtwächter, der uns in der Bendelstraße, wo die Post gelegen war, begegnete. Der Postillon, der vom Sattel aus das Gespann lenkte, ließ sein Horn ertönen und der mit vier Pferden bespannte Postwagen schwenkte die Kölnstraße hinab zum Kölnthor. Die noch von Napoleon angelegte Chaussee war bis Aldenhoven gepflastert, aber von dort ab waren die Wege unglaublich schlecht, bis an die Arge fiel oft der Wagen in die Gleise, und es bedurfte der Gewandtheit des Postillons, um die ausgeschwemmten Löcher zu vermeiden und ein Umwerfen des Wagens zu verhindern. Diese Kalamität begann schon bei dem Dorfe Merzenhausen und die Zustände waren so, daß die Passagiere ausstiegen und durch die Gärten des Dorfes gingen, um den sich mit Mühe durchschleppenden Postwagen später wieder zu erreichen; dabei stand mitten im Dorfe, wie zur Ironie, eine Barriere. Auch die Wege in der Nähe Nachens waren oft „bodenlos“ schlecht; von den Kohlenzechen zur Stadt war Beförderung durch Fuhre ganz unmöglich; man bediente sich der Pferde, die, oft zehn bis zwanzig an der Zahl, hintereinander befestigt, mit Säcken beladen zur Stadt zogen. Auf dem ersten Gaul saß der Führer, der sogenannte „Kohlejit“, den irdenen Stummel im Munde und den zerknitterten Zylinder auf dem Haupte.

Herrlich geschmückt waren alle Straßen zur Kirmeszeit. Guirlanden von Blumen und Laub wanden sich in schönen Linien von Haus zu Haus, und gar sorgsam aus irdenen Pfeifenstielen bereitete Kronen, die vom Winde leicht bewegt ein eigentümliches Klirren verursachten, bildeten weiteren originellen Häuserschmuck. Die Leute zechten in ihrer Weise drei Tage lang, und Spießflahn und Torte bildeten bei Arm und Reich wohl-schmeckende Feiertagspeise. Auf bestimmten Plätzen standen die Kirmesbuden, auf dem Seilgraben und Pontdrisch dehnte sich der Bend mit seinen Überraschungen aus, und an Seiltänzern, Schießbuden, Wahrsagerinnen, Glücksbuden, an Erzählern von „erschrocklichen Moritaten“ usw. ergözte sich Alt und Jung. In der Krämerstraße lungerten stets ambulante Trödler herum, die den Bauern Sonntags Kleidungsstücke und abgetragene Zylinderhüte verkauften. Noch lebhafter ging es zu Festtagszeiten am Münster zu. Da boten die zwischen den Pfeilern und Ausbauten der Kirche angebrachten kleinen Kramläden manches Schöne für das Kinderauge, und zu Ostern wurde auf dem Münsterkirchhof an den Kramläden fleißig mit bunten Eiern getippt. In hohem Ansehen stand der Nacher Karneval mit seinen Karnevals-sitzungen, festlichen Umzügen und Bällen. Für den Karneval wurde auch eine Ausnahme in der Polizeistunde gemacht; denn in der übrigen Zeit mußten die Wirtshäuser um 10 Uhr beim Läuten der Polizeiglocke geschlossen werden. Die Karnevals-sitzungen der Floresei beispielsweise wurden von den hohen Regierungsbeamten fast regelmäßig besucht und der Regierungspräsident hatte

es nicht verschmäht, der Floresei öfter seinen Besuch abzustatten. Das Theater- und Konzertleben war in Aachen allezeit lebhaft. Der Umschwung der politischen Verhältnisse wirkte allerdings zerstörend auf die Kunstpflege ein, die ernsteren materiellen und politischen Bedürfnisse drängten die ästhetischen Regungen in den Hintergrund, berühmte Gäste, wie die „Signora“ del Carmen, sang vor einem fast leeren Haus, weder Theater- noch Konzertleiter kamen auf ihre Kosten und mußten zeitweise ihre der Kunst geweihten Hallen ganz schließen. Eine Klage, die in Aachen anscheinend nie ausstirbt, aber in den letzten Jahren wahrlich nicht mehr die geringste Berechtigung hat, ist die, daß den Kurgästen zu wenig Zerstreuung geboten werde. Auch damals suchte man fortgesetzt dem abflauenden Verkehr der Kurgäste Abbruch zu tun und ersann alles mögliche für die lieben Fremden, insbesondere als die Aufhebung der Spielbank in drohender Nähe stand. Den bösen Fabrikanten schob man damals die Schuld an dem schwachen Besuch der Aachener Bäder in die Schuhe, indem man behauptete, sie seien gegen die Entwicklung der Badestadt Aachen, weil diese ihren Arbeitern eine unerwünschte Verteuerung der Lebensmittel bringe. Man gründete im Jahre 1849 sogar einen Verein zur Hebung des Badewesens, in dem Stadtv. Hoyer dominierte, und der auf fortlaufende Theatervorstellungen (Oper) im Sommer, Kurkonzerte in der Redoute, am Elisenbrunnen und am Lousberg, Ausstättung der Redoute mit zwei Billards (man denke!) und Errichtung eines journalistischen Museums in der Redoute, das heißt das Abonnement vieler auswärtiger Zeitungen, hinwirkte. Das Kur- und

Fremdenleben fand seinen Mittelpunkt am Elisenbrunnen, wo die „schöne Zula“ ihres Amtes als Wirtin waltete. Die „schöne Zula“ hieß sie allgemein, die Tochter des Gasthofbesizers Hungs (Hotel de Russie) am Seilgraben. Sie führte später lange Jahre das Kurhaus in Ostende in Pacht und war auch mit ihrer Familie hier und in Ostende öfter durch den Prinzen und späteren König Wilhelm, der in Ostende im Hotel de Prusse und de Grande Bretagne vom Jahre 1852 ab öfter wohnte, ausgezeichnet worden.

Das Leben in den Bürgerfamilien im Allgemeinen war patriarchalisch zu nennen. Man besuchte sich gegenseitig und tat sich gütlich im Familienkreis, aber die Ansprüche an das Leben waren meistens sehr bescheiden. Nach langen Festtagen, namentlich zur Osterzeit, wurde dagegen tüchtig aufgetischt und es gab dann üppige Mahlzeiten. Zu Ostern fehlten auch niemals die oft mit Bildern und Sinnsprüchen versehenen bunten Eier und der „Pöschweck“, der ja im Jahre 1846 die Ursache des Pöschweckaufruhrs gewesen war. In den alten Familien lebten auch noch sehr viele Traditionen und Gewohnheiten aus der Zeit der französischen Herrschaft zu Anfang des vorigen Jahrhunderts. „Matant“, „Mononkle“, „Monfrer“, „Masör“ konnte man stets hören und tägliche Gebrauchsgegenstände hatten französische Bezeichnung. Die heranwachsende Jugend war schon ergriffen von dem um das Jahr 1840 einsetzenden neuen Geist, der das deutsche Ideal hochhielt, und für die damaligen Schüler war es ein herrliches Fest, das ihre Gemüter erregte, wenn am Geburtstag des Königs die sämtlichen Klassen unter

Anführung der Lehrer einen Fackelzug durch die Straßen machten und wenn zuletzt die Pechfakeln vor dem Rathaus auf Haufen geworfen wurden und aus jungen Kehlen das Lied erscholl „Was ist des deutschen Vaterland“. . . .

Die Eisenbahn von Köln zur belgischen Grenze, die Rheinische Eisenbahn, war seit 1841 bis Aachen und seit 1846 bis zur Grenze in Betrieb. Bei dieser Gelegenheit sei wieder einmal daran erinnert, wieviel Aachen im Bahnbau Hansemann verdankt, der im Bahnbau große Sachkenntnis besaß und sich große Verdienste um die in den Jahren 1836 bis 1846 erfolgte Anlegung von Eisenbahnen in Rheinland und Westfalen erwarb, sowie überhaupt Einfluß auf die Eisenbahngesetzgebung gewann. Wenn es, wie oft gesagt wurde, heute nicht heißt Aachen bei Kornelimünster, sondern umgekehrt, so ist das allein Hansemanns Verdienst, dessen Energie es zu verdanken ist, daß nach dem Plane seines Freundes, des Nadelfabrikanten Ph. Heinrich Pastor auf Eckenberg, die Rheinische Eisenbahn direkt über Aachen geführt worden ist. Die Rheinische Eisenbahngesellschaft hatte ihre Hauptaktionäre am Sitz der Gesellschaft in Köln und bei der Rivalität der beiden Städte kam es den Kölnern natürlich sehr gelegen, daß sie unter Hinweis auf das schwierige Aachener Gelände ihre Konzession für eine Linienführung erhielten, die der alten Poststraße über Bergheim und Jülich folgte und dann in gerader Richtung nach Eupen ging, also ohne Berührung der Städte Düren und Aachen, so daß Aachen, wenn dieses Projekt durchgeführt worden wäre, ungefähr eine Meile von der Bahn ab gelegen gewesen wäre. Hansemann setzte es aber in jahrelangen Bemühungen durch,

daß sich auf Befürwortung des Prinzen von Preußen, des späteren Kaisers Wilhelm I., das Staatsministerium im Jahre 1837 endlich für die um eine Million Taler kostspieligere Linienführung über Aachen entschied. Im Bau begriffen waren ferner in jenen Jahren die Aachen=Maas=trichter und die Aachen=Düsseldorfer Bahn, deren Ausführung zu Beginn des Jahres 1848 ins Stocken geriet und zur Entlassung mehrerer hundert Arbeiter führte, nachdem kaum vorher die Regierung durch Hinwirken auf die Entlassung der beim Bahnbau beschäftigten zahlreichen ausländischen Arbeiter der hiesigen beschäftigungslosen Arbeiterschaft Arbeit verschafft hatte.

An 180 Fabriken bestanden damals in Aachen, von denen aber der großen Beschäftigungslosigkeit in der Tuch-, Kaschmir- und Nadelindustrie wegen die Mehrzahl still lag. Der Notstand in der arbeitslosen Arbeiterbevölkerung war noch mehr gesteigert worden durch die ungewöhnliche Teuerung, an der zweijährige Mißernten und wucherische Spekulation großen Anteil hatten, ferner durch eine ausgebreitete Influenza-Epidemie und große Kälte in den Wintern der Jahre 1846/47 und 1847/48. Unterstützung der zahlreichen Arbeitslosen durch Suppen und Brot sowie mit Feuerungsmaterial aus städtischen Mitteln war schon im Jahre 1846 notwendig geworden. Viel zur Vinderung der Not trug die Aachener Feuer=versicherungsgesellschaft bei, und auf Hansemann, ihren Begründer und Leiter, war es zurückzuführen, daß die Mahl- und Schlachtsteuer, die die unteren Bevölkerungsschichten ganz außerordentlich hoch belastete, wenigstens für einige Monate im Jahre 1847 aufgehoben worden ist.

Ein wesentlicher Preisabschlag war zwar durch diese letztere Maßregel nicht zu erzielen, denn die Metzger und Bäcker behaupteten, ohnehin nichts zu verdienen. Diese Mahl- und Schlachtsteuer wurde nur in 132 Städten erhoben, während für die übrigen Städte und auf dem platten Lande die Klassensteuer bestand. Diese Mahl- und Schlachtsteuer war dort eingeführt, wo die Örtlichkeit eine Kontrolle über die eingeführten Lebensmittel zuließ und wo es möglich war, durch diese Steuerart eine größere Einnahme für den Staat zu erzielen als durch die Klassensteuer. Aachens Einfuhr an Mahlprodukten und Fleisch war an den neun Toren leicht zu kontrollieren. Die Gegensätze in dieser Art der Steuer- verteilung waren groß. Elberfeld mit einer Aachen ungefähr gleichkommenden Einwohnerzahl hatte in den Dreißiger-Jahren mit seiner Klassensteuer rund 23 000 Taler aufzubringen, Aachen dagegen, das unter seinen Bewohnern mehr Arme beherbergte als irgend eine größere preußische Stadt, 60 000 Taler. Düren zahlte 4800 Taler Klassensteuer, das ungefähr gleich großeurtscheid mit seinen 5600 Einwohnern 7900 Taler an Mahl- und Schlachtsteuer. In den Vierziger-Jahren hatte sich das Verhältnis bereits so arg verschoben, daß beispielsweise Elberfeld, Barmen und Krefeld mit zusammen 96 000 Einwohnern 58 000 Taler an Klassensteuer aufbrachten, während in Aachen mit weniger als der Hälfte der Einwohnerzahl der drei Städte, nämlich mit 45 000, nicht weniger als 80 000 Taler an Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wurden. Hansemann, der sich schon lange Jahre mit staatlichen Finanz- und Steuerfragen abgab, hatte im

Jahre 1843 in einer Denkschrift herausgerechnet, daß Aachen im Vergleich zu anderen Städten, die Klassensteuer hatten, im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl 40 000 Taler im Jahre zuviel an Steuern zahlte, und für die ganze Zeit der preußischen Herrschaft rechnete er nicht weniger als eine Million Taler heraus, die Aachen mehr an Steuern hatte aufbringen müssen als die gleichgroßen Städte mit dem Klassensteuersystem. Man begreift es, daß eine derart ungerechte Steuerverteilung allein Aachen in der industriellen Entwicklung gegenüber anderen rheinischen Städten hemmen mußte; man begreift es aber auch, daß eine solche Willkür in der Verwaltung der Finanzen des Staates, die ihre Gegenstücke auch in anderen Verwaltungszweigen fand, in einer solch ernststen Zeit ungeheuer erregend wirken mußte.

Die Beschäftigung der brotlosen Arbeiter war eine Hauptaufgabe der Stadtverwaltung zu Beginn des Jahres. Sie hatte die langen Friedensjahre nach der Wiedervereinigung mit Preußen und den steigenden Wohlstand bis zum Jahre 1848 dazu benutzt, ihre alten Schulden aus reichsstädtischer Zeit — bei der Vereinigung mit Frankreich waren sie auf etwa eine Million Aachener Reichstaler angewachsen, zu deren Tilgung der französische Staat nach den Bestimmungen des zwischen Deutschland und der Republik im Jahre 1801 geschlossenen Friedensvertrages 2,200.000 Francs beitrug — zu tilgen und ihr Immobilienvermögen durch Neuerwerbungen und Bauten zu vergrößern. Dafür waren ungefähr eine Million Taler aufgegangen. Zur Vinderung der bereits vorhandenen und in noch größerem Maße zu erwartenden furchtbaren

Brotlosigkeit so vieler Fabrikarbeiterfamilien hatte die Stadtverwaltung anfangs März verschiedene große Arbeiten in Angriff nehmen lassen, so den Bau des Krankenhauses „auf dem Wingertsberg“ (des Mariahilfspitals), die Wiederherstellung des Rathauses, den Ausbau der Pellerfergasse (damals Pilgers Erfergasse oder Pilles Erfergasse genannt), der Kupferstraße, des Adalbertsberges, die Wiedererrichtung der Mauer am Baalfertore usw. Gleichzeitig aber hatte der Gemeinderat, der den durch ihre bejammernswerte materielle Lage hervorgerufenen unruhigen Geist der unteren Schichten der Bevölkerung noch vom Aufstand im Jahre 1830 und vom Poschweckkrieg im Jahre 1846 her zur Genüge kannte, für den Schutz der Ordnung in jenen unruhigen Tagen zu sorgen, und schon am 3. März wurde eine Bürgergarde von 600 Mann eingerichtet. Aber nicht nur für die Arbeitslosen war zu sorgen, sondern auch für die Gewerbetreibenden und die Fabrikanten, die infolge der herrschenden Kreditlosigkeit und der überall infolge der unruhigen Zeiten geltend gewordenen Forderung sofortiger barer Bezahlung kaum mehr in der Lage waren, die zur Bezahlung der Arbeitslöhne erforderlichen Gelder zu beschaffen. In den Märztagen kam es auch, durch böswillige Gerüchte veranlaßt, zu einem Sturm auf die Kasse des von Hansemann im Jahre 1834 gestifteten Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit, der in jenem Monat allein 83 427 Taler zurückzahlen mußte, während die Einlagen usw. nur 9912 Taler betragen. Es war deshalb beabsichtigt, aus dem Spielbankfonds 100 000 M. dem Verein zur Verfügung zu stellen, damit dieser durch Diskontierung

sicherer Wechsel Geld flüssig machen konnte. Die Handelskammer ging ihrerseits wieder mit einer Eingabe vom 17. März direkt an den König um Unterstützung der Industrie durch Anweisung von Geldmitteln zum Diskontieren und zur Unterstützung solcher Fabrikanten, die für die Wiedererstattung hinreichende Sicherheit geben konnten.

*

*

*

Die Nachrichten von der Februarrevolution in Paris wirkten in Aachen, wo die Erinnerung an die Zeit der französischen Herrschaft vom Jahre 1794 bis zur Wiedereinverleibung mit Preußen im Jahre 1815 noch immer lebte und infolge dessen französische Nachrichten von vorne herein viel Interesse fanden, im höchsten Maße erregend. Die Nachrichten über die Revolution in Paris kamen mit 48 stündiger Verspätung in Aachen an und wurden von den beiden damaligen Zeitungen, Aachener Zeitung und Aachener Fremdenblatt am 26. Februar (Samstag) durch Flugblätter verbreitet. In den Gastwirthschaften konnte man überall große Gruppen von Menschen sehen, die sich um die glücklichen Besitzer eines Flugblattes scharten, die aus dem Flugblatt der aufgeregten Menge die Meldungen von den furchtbaren Ereignissen in Frankreich vorlesen mußten. Die Karnevalsfiguren namentlich der Floresei bildeten, da ja andere Versammlungen im Vormärz nicht gestattet waren, den Mittelpunkt politischer Besprechungen.

In rein politischer Beziehung bietet überhaupt Aachen ein getreues Spiegelbild der Vorgänge im ganzen Lande, besonders da es in manchen Dingen tonangebend

war, wozu wieder nicht wenig die Angehörigkeit Hansemanns zu den beiden hauptsächlichsten Vertretungskörpern der Stadt, dem Gemeinderat und der Handelskammer, beitrug. Debatten über politische Angelegenheiten waren dann im Aachener Gemeinderat, in dem die katholische Partei seit dem Jahre 1846 die Mehrheit (23 : 7) hatte, zu Ende Februar und anfangs März 1848 nichts seltenes und Angriffe auf das noch herrschende Regierungssystem wurden in seinem Schoße vorbereitet, die oftmals einen geradezu herausfordernden Charakter annahmen.

So war Aachen eine der ersten Städte, die sich — hier auf Antrag Hansemanns — mit der Bitte um Gewährung der verschiedenen Forderungen des Volkes an den König wandten. Das interessante Schriftstück, das vom Gemeinderat am 4. März in mehrstündiger eingehender Beratung festgestellt worden ist, sei hier mitgeteilt:

Aachen, 5. März 1848.

Allerdurchlauchtigster König.

Allergnädigster König und Herr.

Die Zeiten großer politischer Erschütterungen sind es, die das Bedürfnis einer starken Staatsgewalt in seiner ganzen Dringlichkeit hervortreten lassen. In solchen Augenblicken tut es daher vor allem Not, daß die Stimme des Landes rein und ungeschwächt zu ihrem Ohre gelange, damit die Staatsregierung keines Teiles der Schwerekraft entbehre, die für sie in der Übereinstimmung mit

dem Volke liegt. Ein derartiger Augenblick aber ist der gegenwärtige. Ereignisse von unermeßlicher Wichtigkeit haben sich in Frankreich zugetragen. Sie haben auf Deutschland bereits eine mächtige Rückwirkung geäußert und auch Rheinpreußen insbesondere hat diese Rückwirkung schon sehr lebhaft empfunden. Ew. Kgl. Majestät die Versicherung der Treue und Anhänglichkeit der hiesigen Bürgerschaft zu wiederholen, hält der Gemeinderat der Stadt Aachen unter diesen Umständen für gebieterische Pflicht. Als eine nicht mindere gebieterische Pflicht aber erscheint es ihm, dem gewählten Vertreter der Stadt, Ew. Kgl. Majestät die Wünsche offen darzulegen, welche die Bürgerschaft aufs lebendigste bewegen.

Bei den Gefahren, welche infolge der Umwälzung in Frankreich drohen, sind aller Gedanken auf den Vereinigten Landtag gerichtet. Ew. Majestät bitten wir ehrerbietigst namens der Stadt Aachen, denselben um sich versammeln und mit ihm die Bedürfnisse des Landes in der ernstesten Zeit beraten zu lassen. Als ein solches Bedürfnis betrachten wir vor allem die Ausführung der dem Lande im Jahre 1815 verheißenen Volksrepräsentation. Die öffentliche Meinung hat sich längst entschieden dahin ausgesprochen, daß nicht die gewährte landesständische, sondern nur eine Repräsentativverfassung den Bedürfnissen der Zeit entspreche. Ew. Majestät bitten wir, im Verein mit dem Vereinigten Landtage den großen politischen Akt der Verleihung einer Repräsentativverfassung zu vollziehen.

Welch hohen Wert auch Ew. Majestät auf die einheitliche Entwicklung und Erstarfung des deutschen Gesamt-

Vaterlandes legen, wissen wir alle. Aber diese Entwicklung und diese Erstarkung erscheinen nicht möglich bei der jetzigen Bundesverfassung. Der deutsche Bundestag genießt nicht das Vertrauen des deutschen Volkes, und Ew. Majestät bitten wir ehrfurchtsvoll, eine baldige Vertretung des Volkes bei demselben herbeizuführen.

Wir glauben ferner, daß eine Minderung der Staatslasten möglich ist, ohne die Kraft des Staates zu schwächen, daß es einer besseren Verteilung der Steuern und einer Erleichterung der unteren Volksklassen bei denselben bedarf. Geruhen Ew. K. Majestät auch diese Punkte mit den Vertretern des Landes beraten zu lassen.

Als ein anderes unabweisbares Bedürfnis der Zeit betrachten wir die Preßfreiheit. Ohne sie ist kein freies Staatsleben möglich, und Ew. K. Majestät bitten wir, auch sie dem Lande verleihen zu wollen.

Die Rheinprovinz endlich hat seit Jahren Besorgnisse wegen des Fortbestehens ihrer Rechtsinstitutionen gehegt und mit Schmerz hat sie die Beeinträchtigungen erfüllt, welche dieselben in einzelnen Teilen, namentlich bei den Geschworenengerichten, erfuhren. Diese Institutionen, an welchen die Rheinländer als an einem kostbaren Kleinod hängen, haben den deutschen Sinn derselben nicht geschwächt, und es schlägt ihr Herz so warm für das große deutsche Vaterland, wie das irgend eines anderen deutschen Stammes. Geruhen Ew. Majestät, diese Institutionen in ihrer Reinheit herzustellen, und ferner insbesondere den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches, den die öffentliche Meinung mit entschiedener Ungunst aufgenommen hat, nicht zum Gesetz zu erheben.

Hieran schließt sich die ehrfurchtsvolle Bitte, die Beeinträchtigung beseitigen zu lassen, welcher die Unabhängigkeit des Richterstandes durch das Gesetz vom 29. März 1844 ausgefetzt ist.

Ev. Kgl. Majestät, dies sind vor allem Wünsche, welche die Bürgerschaft der Stadt Aachen erfüllen. Sie haben nichts gemein mit den gefährlichen Theorien, die in dem jetzigen Augenblicke den gesellschaftlichen Zustand bedrohen; sie bilden den Ausdruck loyaler, deutscher Gesinnung, der Anhänglichkeit an den Thron und an das große deutsche Vaterland. Sie auszusprechen mit vollstem Freimuth war uns doppelt heilige Pflicht einem Fürsten gegenüber, der seinen Ruhm in die Wohlfahrt seines Volkes, in die Größe Deutschlands setzt, der die Geister so mächtig angeregt und selbst dem Fortschritt neue Bahnen geöffnet hat. Bei der Hochherzigkeit Ev. Majestät fürchten wir keine Mißdeutung unserer Bitte. Ev. Majestät haben es feierlich ausgesprochen, daß Sie Ihrem Volke gegenüber nur Wahrheit wollen. Wir handelten danach, als wir beschlossen, keinen Augenblick anzustehen, als Organ der Stadt Aachen, den Gesinnungen derselben an den Stufen des Thrones einen Ausdruck zu geben. Ev. Majestät bitten wir inständigst, den Wünschen der Bürgerschaft ein geneigtes Ohr zu leihen. Wir bitten, Ihrem Volke das erbetene Maß politischer Freiheit zu gewähren, dessen es würdig und für das es lange reif gewesen ist. Könnten unsere Bitten zu einer Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnung führen, der Gedanke dazu hätte sich nie zur Geltung bei uns gebracht. Allein wir erblicken in ihnen ein Pfand für jede Ordnung, sowie wir in der Gewährung

derselben den festesten Damm gegen jeden Umsturz der Letzteren erblicken.

In tiefster Ehrfurcht verharren wir Em. Kgl. Majestät treuehormsamster

Gemeinderat der Stadt Aachen.

Die in dieser Eingabe an den König vertretenen Wünsche sind maßvoll und verständlich. Zu ihrer Erklärung braucht wohl nichts gesagt zu werden. Interessant sind die Bemerkungen über die Schwurgerichte. Der Streit über die Zweckmäßigkeit der Schwurgerichte ist ja auch in neuerer Zeit mit großer Lebhaftigkeit entbrannt und die Äußerungen für und gegen mehrten sich in den Zeitungen von Tag zu Tag. Die Regierung hatte in jenen Jahren Reformen zur Beschränkung und eventuellen Aufhebung der Schwurgerichte versucht, die damals jedoch dem kräftigen Volkswillen gegenüber nicht standhalten konnten — ja die 1848er Revolution brachte für Deutschland und Osterreich überhaupt die allgemeine Einführung der Schwurgerichte. Die rheinischen Lande hatten das Schwurgericht unter der französischen Herrschaft bekommen. Es war dort auch nach der Einverleibung in den preußischen Staat in Geltung geblieben und es war den Rheinländern eine liebgewordene Einrichtung geworden, die in der damaligen Agitation gegen das Schwurgericht doch auch im rheinischen Richterstand viele warme Förderer fand.

Während der Beratung der Stadtverordneten über diese Eingabe an den König harrte eine starke Bürgerversammlung auf der Ketschenburg des Ergebnisses der

Sigung. Den Versuchen der Polizei, die Versammelten, die sich wahrscheinlich nicht zu maßvoll benahmen, zu zerstreuen, wurde hartnäckig Widerstand geleistet und erst als der Wortlaut der Eingabe der Versammlung bekanntgegeben wurde, gingen die Bürger unter allgemeinem Jubel über den Beschluß der Stadtverordneten auseinander.

Die Handelskammer beschloß am 17. März einstimmig eine Eingabe an den König abzuschicken, mit einer Schilderung der Zeitlage und der Besorgnis, die von Tag zu Tag in einer für alle Arbeiten, Handels- und Industriezweige gefahrdrohenden Weise aus der Betrachtung entspringe, daß sich Preußen noch nicht unumwunden in gleicher Weise wie andere Regierungen Deutschlands an die Spitze der Bewegung gestellt habe. Der Gewerbestand sei ohne Unterschied der politischen Meinungen jetzt einstimmig überzeugt, daß dies eine dringliche unabweishbare Notwendigkeit sei, der nur durch Gewährung der nämlichen Freiheiten, deren sich bereits andere deutsche Länder erfreuen, und durch schleunigste Berufung des allgemeinen Landtages, um mit demselben eine wahrhafte repräsentative Verfassung zu vereinbaren, genügt werden könne. Insbesondere möge Preußen auch unverzüglich in Verbindung mit den anderen freisinnigen Regierungen Deutschlands unter Zuziehung von Männern, die das Vertrauen des Volkes besitzen, eine die Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands sichernde Bundesverfassung in Frankfurt a. M. zur Beratung bringen. Diese Eingabe wurde einer Versammlung von Gewerbetreibenden unterbreitet und nach einem Vortrag Hansemanns wurde die

Zustimmung zu den in der Eingabe niedergelegten Wünschen ausgesprochen.

Gleiche Eingaben wie von der Aachener Stadtverwaltung wurden auch von den größeren Städten aus dem Aachener Regierungsbezirk abgeschickt, so von Burtscheid, Eupen, Montjoie, Stolberg, Düren, Geilenkirchen usw., und ganz Rheinland und Westfalen folgten in den nächsten Tagen. Da die gemeinderätlichen Eingaben zum Teil der Bürgerschaft „zu untertänig“ abgefaßt waren, gingen noch außerdem von der Bürgerschaft verfaßte, bestimmter lautende Eingaben an den König ab oder — wie in Aachen — beschäftigten sich Bürgerversammlungen mit politischen Fragen. In erster Linie gingen also die Wünsche des Volkes in Preußen auf Volksrepräsentation, Umgestaltung der Bundesverfassung, allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Staat und Stadt, Herabsetzung der Steuern, Preßfreiheit, Rede- und Versammlungsfreiheit, Schwurgerichte, auch Abschaffung der Todesstrafe (für die sich der ehemalige kommissarische Friedensrichter für den Landbezirk Aachen und spätere Landtagsabgeordnete Fischbach mit voller Energie einsetzte), dann weiter auf Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung der Volksbewaffnung mit vom Volk gewählten Führern, Aufhebung der Ausnahmegeetze und des Feudalwesens, Ministerverantwortlichkeit, politische Gleichstellung aller Konfessionen, Schutz der Arbeit, Erziehung der Kinder auf Staatskosten, Verbesserung der Lage der Fabrikarbeiter und der Armen u. a. m.

Derartige Kundgebungen wurden an manchen Orten ganz spontan beschlossen, wie beispielsweise in

Köln

in einer Narrenszugung am 1. März, wo man auf Antrag des Vorsitzenden die Krappen abnahm, sofort in eine politische Debatte eintrat und eine Adresse an den König unterzeichnete. Die Kölner hatten auch aus Anlaß der Völkerbewegung die schon vorbereiteten Karnevalsfestlichkeiten abgesetzt. Allerdings war in Köln die Sachlage ernstester als anderswo, denn in Köln entstand bereits am 3. März ein Volksaufbruch. Der Gemeinderat saß am Nachmittag des 3. März schon vier Stunden mit der Beratung über eine Eingabe an den König beschäftigt im Rathause, als dem Oberbürgermeister eine Deputation Kölner Bürger angemeldet wurde, die ihm in Gegenwart des Gemeinderats eine Mitteilung zu machen wünsche. Einige hundert Personen, fast nur aus der arbeitenden Volksklasse, fanden sich in dem großen Saal vor dem Sitzungsraum ein und ihr Wortführer trug in der aufgeregtesten Weise unter großem Geschrei der tobenden Menge als „Forderungen des Volkes“ eine Anzahl Punkte vor. Die Menschen waren vom Oberbürgermeister und den Gemeinderäten, die sich ins Mittel legten, nicht zu beschwichtigen. Mit Ungeßüm wurde gefordert, daß Gemeinderat und Stadtverwaltung diese „Forderungen des Volkes“ zu den ihrigen machen und an den König weitergeben. Diese Forderungen waren: „Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk, allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Staat und Gemeinde, unbedingte Rede- und Pressefreiheit, Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit vom Volke gewählten Führern, freies Vereinigungsrecht, Schutz der

Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für Alle, vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten“. Die Menge erklärte, draußen auf dem Rathhausplatze solange zu warten, bis sich die Gemeindeverwaltung im Sinne ihrer Forderungen entschieden hätte, selbst wenn es bis zum frühen Morgen dauern sollte. Diese Drohung wurde tatsächlich ausgeführt. Zwei Stunden lang war das Rathhaus förmlich in Belagerungszustand und die Volksmenge wurde von exaltierten Rednern immer mehr und mehr in ihrem Tun bestärkt. Zwei Stunden lang dauerten noch die Beratungen der Gemeinderäte, und die ab und zu gemachten Versuche, durch Verhandlungen mit einem der Stimmführer beschwichtigend auf die Straßenversammlung einzuwirken, hatten keinen Erfolg. Um neun Uhr kam Militär angerückt, um der Belagerung des Rathhauses ein Ende zu machen. Das Herannahen der bewaffneten Macht versetzte die Menge in panischen Schrecken und sie stob mit Entsetzensrufen auseinander. Das Militär brauchte nicht von der Waffe Gebrauch zu machen. Im Sitzungsaal der Stadtverordneten, wohin ein Teil der Demonstranten geflohen war, ereigneten sich aber noch stundenlang stürmische Auftritte, da man die Stadtverwaltung für die Einmischung des Militärs verantwortlich machte und von ihr Fürsprache für die Freilassung ihres vom Militär verhafteten Sprechers, eines früheren Artilleriesleutnants und späteren Zimmerers, v. Willich, erlangen wollte. Um 11 Uhr nachts wurde das Innere des Rathhauses durch einschreitende Polizei- und Militärmannschaft gesäubert; bei der herrschenden Aufregung wäre es haarscharf zum Blutvergießen gekommen.

Zwei weitere Führer der Menge, ein Arzt Dr. Gottschalk und ein früherer Artillerieleutnant Anneke, deren Agitation eine Form angenommen hatte, die durchaus auf einen Umsturz der bestehenden Regierungsform zum Zweck der Umwandlung Deutschlands in eine Republik gerichtet war, wurden dabei gefangen genommen.

Am selben Tage hatten rheinische Mitglieder des Vereinigten Landtages, darunter auch Hansemann, eine Unterredung mit dem Oberpräsidenten Eichmann in Köln, in der sie ihm ihre Ansichten über die gegenwärtige Lage Preußens und die Wünsche des Volkes klarlegten und ihn baten, die Wünsche des rheinischen Volkes nach durchgreifenderen Reformen im Staatsleben, freiheitlicher Entwicklung der Verfassung und Sicherstellung des öffentlichen und persönlichen Rechtes dem König zu unterbreiten. Die Sprecher fanden beim Oberpräsidenten ein geneigtes Ohr, er sagte gerne zu, in ihrem Sinne zu handeln und hat auch später den König persönlich von der Stimmung in der Rheinprovinz unterrichtet.

Die Märzrevolution.

Die preußische Staatsregierung hatte die Gewalt der Volksbewegung sehr unterschätzt und war mit gefährlicher Sorglosigkeit der Meinung, ihrer mit geringen Konzessionen und Versprechungen, die noch dazu zögernd gegeben wurden, Herr zu werden. „Kühn und bedächtig!“ so bezeichnete der König selbst seine Losung noch am 14. März beim Empfang der Berliner Stadtverwaltung. Genau so war es in Österreich. In beiden Staaten nahm infolgedessen die Bewegung die Gestalt einer gewaltsamen Krisis an. Aus unerfüllten Petitionen, die in der ersten Märzwoche auftauchten, erwuchs in Österreich die Revolution vom 13. März, die nach stürmischen und blutigen Barrikadenkämpfen mit der Erfüllung der Wünsche des Volkes endete. In Berlin waren bereits stürmische Volksversammlungen abgehalten worden, die aber kaum politischen Charakter hatten und sich mehr mit der allgemeinen Notlage beschäftigten. Als die Ereignisse in Wien bekannt wurden, sind die schon früher angeordneten militärischen Vorsichtsmaßregeln noch bedeutend verstärkt worden und es mag wohl sein, daß sich die Bevölkerung durch die außerordentlichen Zusammenziehungen des Militärs sehr beunruhigt fühlte. In den Tagen vom 13. bis 16. März hatte es schon tumultuarische Straßenszenen und kleinere blutig verlaufene Zusammenstöße zwischen Volk und Militär gegeben, in deren Folge es einige Schwerverwundete

und Tote gab. So lagen die Verhältnisse, die für die nächsten Tage Schlimmes befürchten ließen.

Der König suchte daraufhin in zwei Patenten vom 18. März das Volk zu beruhigen, indem er die erst für unbestimmte Zeit, dann für den 27. April in Aussicht gestellte Einberufung des Vereinigten Landtages, der „diejenigen Maßregeln zu beschließen hat, welche die Unfern deutschen Bundesstaaten vorzuschlagende Regeneration Deutschlands auch für Preußen notwendig bedingen“, nun „beschleunigt“ auf den 2. April ansetzte, sowie die sofort gültige Pressfreiheit verkündigte, die der Bundestag schon am 1. März zu erlassen jedem Bundesstaat freigestellt hatte und seither auch schon von den meisten Staaten bewilligt worden war. Im ersten Patent, das feststellt, daß „die großen Ereignisse in Wien einerseits die Ausführung Unserer Vorschläge wesentlich erleichtern, andererseits aber auch die Beschleunigung ihrer Ausführung unerläßlich machen“, wird verheißen die Erstrebung eines Bundesstaates Deutschland anstelle des bisherigen Staatenbundes, dadurch Reorganisation der Bundesverfassung unter Mithilfe des Volkes, eine konstitutionelle Verfassung aller Bundesstaaten, eine allgemeine deutsche Wehrverfassung, eine deutsche Flotte, ferner ein allgemeiner deutscher Zollverein, deutsches Heimatsrecht und volle Freizügigkeit im gesamten deutschen Vaterlande.

Um 10 Uhr morgens am 18. März unterschrieb der König die Patente. Um 11 Uhr empfing er eine 12 gliedrige Abordnung des kölnischen Gemeinderats, der beauftragt war, dem König den Zustand und die Bitten der

Rheinprovinz in den eindringlichsten Worten mit aller Loyalität und Freimütigkeit vorzutragen. Der König antwortete auf das freundlichste und verwies auf die beiden Patente. Nach den Kölnern kam eine Abordnung der Berliner Stadtverordneten zur Audienz, die die Wünsche des Volkes vortrug, indem sie auf die unruhigen letzten Tage hinwies und die Erneuerung des Ministeriums in liberalem Sinne erbat. Zwischen 1 und 2 Uhr erschienen Sonderausgaben der Berliner Zeitungen mit den Patenten und die Patente wurden an verschiedenen Straßenecken angeheftet.

Es war zu spät. . . .

Am Nachmittag um 2 Uhr strömte die Bevölkerung auf dem Schloßplatz zusammen, auf vorherige Aufforderung der Stadtverordneten hin, die sich um jene Zeit beim König zu befinden glaubten. Als man die vom König gegebene feste Zusicherung erfuhr, gab die zahlreich versammelte Volksmenge in Vivat- und Hurra-rufen ihrer Freude über die Patente Ausdruck. Andere aber schienen zu glauben, daß es sich um eine Demonstration gegen den König handeln sollte, da ihnen die kurz vorher erst durch Maueranschläge veröffentlichten Patente noch nicht bekannt waren oder auch nicht genügten, manche wollten auch in diesem Augenblick alle Einmischung des Militärs vermieden sehen, das wegen der Unruhen in den vorangegangenen Tagen in verstärktem Maße den Schloßplatz und die öffentlichen Gebäude unter den Linden und sonst in der Stadt besetzt hielt. Laute Zurufe: „Militär zurück! Militär zurück!“ mischten sich in den Jubel, und während der König auf dem Balkon des

Schlosses erschien und der dichtgedrängten Volksmenge, die ihn mit lautem Enthusiasmus empfing, für die Friedenskundgebungen dankte, rückte plötzlich zur Säuberung des Schloßplatzes — man stritt noch bis in die letzten Jahre hinein, ob auf Befehl in Folge der Auffassung des Volksauflaufs als Kundgebung gegen den König oder ob auf Grund eines mißverstandenen Kommandos, und zwar ging man u. A. in den Behauptungen soweit, zu sagen, der Prinz von Preußen (der spätere erste Kaiser des neuen Deutschen Reiches) habe, auf dem Balkon des Schlosses stehend, mit einem weißen Tuch ein Zeichen gegeben — der auf dem Schloßhof stationierte und, wie berichtet wird, von der Volksmasse gereizte Zug Dragoner auf die Demonstranten los, aus dem vor den Schloßportalen aufgestellten Infanteriepickett krachten, angeblich durch Zufall, zwei Schüsse, und daraufhin kam es zu überaus blutigen Straßenkämpfen, die zwei Tage lang währten und über 200 Opfer forderten — die Revolution war da

Ganz Berlin war in ein Kriegslager verwandelt, in allen Teilen der Stadt wuchsen nach den ersten unheilvollen Schüssen am Schloßplatz wie mit einem Zauber- schlage Barrikaden aus der Erde und dann begann ein furchtbarer sechszehnständiger Kampf, der mit einer beispiellosen Erbitterung auf beiden Seiten geführt wurde. Mit geringen Unterbrechungen dröhnte der Donner des schweren Geschützes und der Gewehrsalven bis in den nächsten Tag hinein. Dazwischen ertönte das klagende Läuten der Sturmglocken und eine mächtige Feuersbrunst in der Dorotheenstadt erhellte den Kämpfenden den Nachthimmel, von dem der Vollmond niederstrahlte, zu blutiger Röte.

Unterdessen war im Schlosse die Umkehr erfolgt. Eine Proklamation des Königs „An meine lieben Berliner!“, „geschrieben in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848“, erschien um 8 Uhr morgens. Sie übte, da sie den Frieden ankündigte, einige Beruhigung aus. Die städtischen Behörden erzielten die völlige Wiederherstellung der Ruhe, nachdem sie den Befehl des Königs in Berlin verbreitet hatten, daß das fremde Militär aus der Stadt gezogen und die Garnison in den Kasernen konsigniert, daß die Freilassung der 600 Verhafteten erfolgen, ein vollständiger Wechsel des Ministeriums vorbereitet und die Volksbewaffnung genehmigt werde. Um 10 Uhr morgens war das grauenvolle Schauspiel zu Ende, verstummt war die verderbenbringende Sprache der Kanonen, 215 Bürger lagen tot auf den Plätzen und Straßen, auch das Militär hatte schwere Verluste zu beklagen. Am Nachmittag war der Schloßplatz wieder angefüllt von Tausenden und Aber-tausenden von Menschen, eine große Anzahl Leichen wurden in langem Zuge vor dem Schlosse vorbeigetragen und solange ertönten die Rufe: „Der König! Der König!“, bis der Monarch am Arme der Königin auf dem Balkon des Schlosses erschien und zwei der bereits ernannten neuen Minister Graf v. Arnim (früher Regierungspräsident in Aachen), auf dessen Rat hin der König den Rückzug des Militärs anordnete, und Graf Schwerin in Ansprachen vom Balkon zur Ruhe und zum Auseinandergehen aufforderten, da dem Volke sein Recht werde. Anstatt des Militärs übernahm die Bürgergarde die Bewachung des Schlosses. Abends verkündete eine ausgedehnte Illumination in der Stadt die gänzliche

Wiederherstellung des Friedens des Königs mit seinem Volke. Und angesichts des Königs stimmte die versammelte Menge am Schloßplatz das Lied an: Nicht Ross', nicht Reifige sichern die steile Höh', wo Fürsten steh'n. . . .

Am 21. März erklärte der König, wie es in einer Proklamation heißt, daß er sich im Vertrauen auf den heldenmütigen Beistand und die geistige Wiedergeburt des Volkes zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamt Vaterlandes stellen wolle. Um 1/211 Uhr begann der König, am Arm mit den deutschen schwarz=rot=goldenen Farben geschmückt, begleitet von den gleichfalls so geschmückten königlichen Prinzen, den Ministern und mehreren Generälen, unter Vorantragung der deutschen Fahne unter dem enthusiastischen Jubel des Volkes einen Umritt durch die Stadt, und in der Universität in einer Ansprache an die dort versammelten Studenten erklärte er nochmals, daß er sich an die Spitze des ganzen Volkes stellen wolle, um die deutsche Einheit und Freiheit zum Siege zu führen. Am selben Tag noch erschien die Verfügung des Königs an das Kriegsministerium, daß die Armee sogleich neben der preußischen die deutsche Kokarde anzustecken habe. Weiter gestattete es der König, daß die zahllosen verwundeten Kämpfer in mehreren Zimmern des Schlosses, die zum Lazarett eingerichtet waren, auf seine Kosten verpflegt wurden. Tags darauf bezeugte der König von dem Balkon des Schlosses aus dem Leichenzug der gefallenen Barrikadenkämpfer seine Achtung. An diesem Tage erschien eine neue Proklamation, die auf Grund eines volkstümlichen Wahlgesetzes die Berufung einer auf Urwahlen gegründeten Volksvertretung ankündigte.

*

*

Die Nachrichten aus Frankreich, dann später aus Wien und aus Berlin vom 14. März ab, hatten in

Nachen

in der Bürgerschaft eine heftige Spannung erzeugt und wurden in Bürgerversammlungen in der Landeskrone (für die Arbeiter) und im Ruellens-Hotel sowie im Theater-saal (für die übrige Bürgerschaft) lebhaft besprochen. Die Patente des Königs vom 18. März wurden zum Gegenstand einer in Baals — im Ausland konnten die Nachener von der Polizei unbehelligt radikalere Reden führen — am Sonntag abgehaltenen Bürgerversammlung gemacht. So hoch gespannt waren die politischen Erwartungen der Nachener, daß ihnen die Versprechungen der Patente durchaus nicht genügten.

Gleichwohl wurden auf Anregung des Oberbürgermeisters Emundts Einleitungen zur Illumination und Beflaggung der Häuser am Montag (20. März) getroffen, „in dem Sinne, daß auch das Wenige, was bis jetzt gewährt worden, Anerkennung verdient“. Am späten Nachmittag noch wurden die ersten Nachrichten von der Revolution in Berlin bekannt und verursachten viel Aufregung in der Bürgerschaft, so daß es allerorten zu Menschenansammlungen kam. Die Illumination am Abend hatte weiterhin zahlreiche Schaulustige aus den Häusern gelockt und sie hummelten durch die Straßen; besonders am Kapuzinergraben, am Theaterplatz und vor dem Elisenbrunnen wogten große Volksmassen hin und her, indem sie die neuesten Ereignisse besprachen. Die Theatervorstellung fiel aus Mangel an Besuchern aus.

Unter den Schaulustigen waren aber auch solche, die in dem Erlaß der Patente angeichts der vielen Blutopfer der Revolution keinen Anlaß zu Freudenkundgebungen sahen, und auch jene Schichten der Bevölkerung machten sich breit, denen selbst der geringste Anlaß zu Radau und Skandalen hochwillkommen ist. So zogen von etwa 8 Uhr ab „Horden von Menschen“, wie damalige Berichte lauten, durch die Stadt unter Lärmen, Schreien und Pfeifen und zertrümmerten vielfach die Fenster der Illuminierenden und derjenigen Persönlichkeiten, denen sie übel gesinnt waren. Die Hauptmenge wandte sich gegen 1/29 Uhr in die Pontstraße zum Hause des Oberbürgermeisters Emundts, der Nr. 621/49 wohnte. Emundts verwaltete seit 15 Jahren die Geschäfte der Stadt gewissenhaft und zur vollen Zufriedenheit der Regierung, aber in der Bürgerschaft soll er sich durch bureaukratisches Wesen ziemlich unbeliebt und Feinde gemacht haben. In der Arbeiterbevölkerung wurde behauptet, daß er große Vorliebe für die Beibehaltung der Mahlsteuer hege. Auch war bekannt, daß er für die städtischen Amtsräume Möbel aus dem Auslande hatte kommen lassen, anstatt daß er sie in Aachen bestellt und so zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in den hiesigen Schreinereien beigetragen hätte. Schließlich wurde sogar ausgestreut, daß er sich durch Kornwucher bereichert habe und daß er im Interesse des Stadtsäckels nicht gerne an die Bewilligung von Notstandsarbeiten geschritten sei. Emundts war in der Illumination mit gutem Beispiel vorangegangen, er hatte in allen Fenstern seines Hauses brennende Kerzen stehen und hatte eine schwarz-rot-goldene Fahne gehißt. Die

fanatisierte Menge warf am Hause des Oberbürgermeisters alle Fenster ein, stürmte alsdann das Haus, während die Familie vor den brutalen Gesellen durch die Gärten der Giltschornsteinstraße flüchtete, warf aus dem Erdgeschoßzimmer ein Klavier, Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände auf die Straße und errichtete damit einen großen Scheiterhaufen, dessen Flammen der Nachbarschaft hätten gefährlich werden können. Das herbeigeeilte Detachement der Bürgerwehr vermochte das verbrecherische Treiben der Menge nicht zu hindern, ja bald wäre es den Gardisten selber übel ergangen, wenn sie nicht abgezogen wären. Da kam denn Militär heran, eine Kompagnie des 34. Infanterie-Regiments unter dem Leutnant v. Gleissenberg, die die Aufrührer bald auseinandertrieb. Eine vor dem Classenschen Hause am Markt aufgestellte Schwadron Dragoner brauchte dabei gar nicht in Tätigkeit zu treten.

Die Ruhestörer fanden sich aber bald wieder auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz ein und wandten sich dort namentlich gegen das Muellensche Haus, wo sie gleichfalls die Fenster einzuwerfen begannen. Weitere Zerstörungen verhinderte Hansemann, der am Friedrich-Wilhelmsplatz wohnte, in dem Gebäude, in dem sich jetzt die Amtsräume der Bergisch-märkischen Bank befinden. Er erschien auf dem Balkon seines Hauses und richtete eine Ansprache an die Menge. Unter den Arbeitern genoß er große Beliebtheit, und so wurde er von den Demonstranten laut begrüßt. In eindringlichen Worten legte er ihnen das Verwerfliche ihrer Tat dar, die nicht geeignet sei, dem Volke die Freiheit zu erringen, und warnte sie vor

weiteren Ausschreitungen. Er erreichte es, daß sie von weiteren Zerstörungen Abstand nahmen. Als dann auch hier wieder Militär auf dem Platze erschien, war die Ruhe bald wieder hergestellt, ohne daß das Militär, das mit größter Mäßigung vorging, von der Waffe hätte Gebrauch machen müssen.

Am nächsten Morgen erließen die Gemeinderäte folgende Proklamation:

Mitbürger! Unordnungen bedauerlicher Art haben sich gestern Abend in unserer Stadt zugetragen. Eigentum und persönliche Sicherheit sind gefährdet worden. Nicht von der Bürgerschaft im ganzen, die stets bewiesen hat, wie sie von dem Geiste der Ordnung beseelt ist, sondern nur von einer geringen Anzahl ist dasjenige herbeigeführt worden, dessen wir Zeuge gewesen. Mitbürger jedes Standes, wir beschwören euch, wirke jeder, soviel er es in seiner Stellung vermag, mit allen Kräften dahin, daß nicht ähnliches sich erneuere, strebe jeder, allen seinen Einfluß aufzubieten, um vorbeugend zu wirken. Mögen Eltern und Dienstherrn insbesondere sich aufs angelegentlichste bemühen, ihre Kinder und Angehörigen vom Schauplatze irgend einer Unordnung zurückzuhalten. Mitbürger! Der so lange, so heiß ersehnte Augenblick der politischen Freiheit ist herangekommen, wir stehen am Eingange einer besseren Zeit. Aber möge der Beginn derselben nicht durch Unordnungen getrübt werden. Zeigen auch wir, soviel an uns ist, daß wir zwar bürgerliche und politische Freiheit, aber auch zugleich einen Zustand der Dinge wollen, der das Eigentum und die Sicher-

heit des Einzelnen nicht nur nicht bedroht, sondern in erhöhtem Maße gewährleistet. Der Gemeinderat der Stadt, so wie er bereits durch Anordnung sofort auszuführender Arbeiten unseren Mitbürgern aus der handarbeitenden Klasse die Substanzmittel in der augenblicklich schweren Zeit zu sichern sich bemüht hat, wird alles tun, was es zur Aufrechterhaltung der Ordnung bedarf. So allein ist es möglich, alle Gewerbe vor Stockung zu bewahren, und die Nahrungsquellen für den Einzelnen zu erhalten. Mitbürger! Der Gemeinderat zählt auf Eure Mitwirkung; sie wird, er ist dessen gewiß, ihm nicht fehlen.

Aachen, den 21. März 1848.

Die Gemeinderäte.

Dieser Mahnruf half aber wenig. Ähnliche Szenen wie am Tage vorher ereigneten sich auch am Dienstag Abend. Wieder fanden Zusammenrottungen von Angehörigen der untersten Volksschichten statt, die johlend die Straßen durchzogen und an mehreren Häusern die Fenster einwarfen und sich auch wieder gegen das Haus des ihnen verhaßten Oberbürgermeisters wandten. Einen heftigen Angriff versuchten sie dann gegen das Haus des Oberregierungsrats Bartels in der Hochstraße, weiter gegen das Haus des Beigeordneten Zuhelle in der Peterstraße und gegen das Haus des Gefängnisdirektors v. Maltiz. Bürgerwehr und Militär waren aber mehr vorbereitet als am Tage vorher und so war es möglich, überall jede ernstere Unbill zu verhindern und im Keime zu ersticken und an allen bedrohten Punkten den Unordnungen Einhalt zu tun. Wieder war es glücklicherweise

möglich geworden, ohne den Gebrauch von Schußwaffen auszukommen.

Am nächsten Morgen wandte sich der Gemeinderat neuerdings an seine Mitbürger mit einer Kundmachung:

Mitbürger! Die bedauernswerten Vorfälle, wodurch gestern Abend neuerdings die Ruhe unserer Stadt gestört worden ist, bedrohen deren Wohlfahrt in bedenklicher Weise. Sicherung des Eigentums und der Person waren bisher immer das ehrenwerte Prinzip der Rheinländer. Daher erachtet der Gemeinderat es heute für seine heilige Pflicht, auf die von den Behörden angeordneten Sicherheitsmaßregeln nachdrücklich aufmerksam zu machen. Die immer mehr verstärkte Bürgergarde wird im Verein mit den Militär- und Polizeibehörden alles aufbieten, um mit Strenge und nötigenfalls selbst mit dem bisher vermiedenen Gebrauche der Waffen Eigentum und Personen zu schützen. Jeder, der die Ordnung will, muß dies billigen, aber auch selbst dazu ernstlich mitwirken, was insbesondere, wie mit Nachdruck wiederholt werden muß, von Eltern und Hausherren durch die Verhinderung jedes unnützen Umherlaufens der Kinder und Hausgenossen geschehen kann. Jede Zusammenrottung muß vermieden werden, indem überall, wo es nötig wird, unnachsichtlich dagegen eingeschritten werden soll. Mitbürger jedes Standes, euer Wohl erheischt diese Maßregeln ebenso, wie es auch euren Gemeinderat zu der heute bereits in Ausführung gebrachten Maßregel der Arbeitsanweisung und dazu veranlaßt hat, die nötigen Schritte für die schleunigste Verminderung der Schlacht-

und Mahlsteuer und baldige gänzliche Aufhebung derselben zu beschließen.

Der Gemeinderat.

Diese nachdrücklich Verwarnung hatte endlich Erfolg. Außer einer Zusammenrottung auf dem Markt in der Nähe der Rokerellstraße — deren Hauptträdel Führer ein beim Bahnbau beschäftigt gewesener Wallone war, der die Hauptwache auf dem Markt solange beunruhigte, bis sie ihn festnahm und seine Genossen zerstreute — ist an diesem Abend die Ordnung an keinem Punkte der Stadt mehr gestört worden. Die Dispositionen der Bürgergarde und des Militärs waren aufs Beste getroffen, und das bloße Erscheinen der Bewaffneten, die Auftrag hatten, unnachsichtlich von ihrer Waffe Gebrauch zu machen, reichte hin, um jede Neigung zu einer Erneuerung der Ruhestörungen zu verhindern. Auch Hansemann tat noch ein übriges, indem er vor seiner Abreise nach Berlin aus Anlaß seiner Berufung in das zur Versöhnung der öffentlichen Meinung gebildete liberale Ministerium Camphausen am Dienstag in der Aachener Zeitung zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung aufforderte. Auch am Donnerstag Abend dauerte die Ruhe fort, das Militär hatte bis spät in der Nacht Wachtdienst, und eine Störung der Ruhe war überhaupt nicht mehr zu befürchten, nachdem Emundts, gegen den sich allem Anscheine nach zu meist der Unwille der Tumultuanten gerichtet hatte, am 24. März bei der Regierung um die Entlassung von seinem Amte als Oberbürgermeister der Stadt Aachen nachgesucht hatte. Zu diesem Schritte dürfte den Oberbürgermeister

außer der in jenen Tagen gegen ihn laut gewordenen Erbitterung der Arbeiterbevölkerung der Umstand veranlaßt haben, daß sich auch noch am 23. März eine allgemeine Bürgerversammlung im Nuellensschen Hotel u. a. gegen ihn ausgesprochen hatte.

Nachher tauchte übrigens die allerdings nirgendwo durch Tatsachen begründete Behauptung auf, daß die Krawalle von Fremden begangen worden seien, die durch Geld und Spendung alkoholischer Getränke die fieberhafte Aufregung der Arbeitslosen verursacht und diese veranlaßt haben sollten, gegen das Privateigentum plündernd und raubend vorzugehen. Ganz auszuschließen ist diese Möglichkeit nicht im Hinblick darauf, daß auch in andern Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in den Tagen vom 16. März an gefährliche Krawallszenen verübt worden sind, die zum Teil blutigen Charakter annehmen. Wie ferner schon aus den beiden Bekanntmachungen des Gemeinderats hervorgeht, haben auch Kinder an den Zusammenrottungen teilgenommen, Jungen im Alter 12 bis 15 Jahren. Man schrieb derartige böse Zustände dem in Aachen fehlenden Schulzwang zu. Aachen war der einzige Ort im Regierungsbezirk, vielleicht im ganzen Rheinland, wo der Schulzwang für die im übrigen ausgezeichnet geleiteten acht Elementarschulen in den einzelnen Pfarrbezirken (außerdem gab es eine evangelische, eine israelitische Freischule, dann ein Gymnasium, eine Bürgerschule und eine höhere Töchterschule) nicht durchgeführt war. Daraus, daß der Präsident des Gewerbegerichts Jbels (dieses Gewerbegericht stammte noch aus französischer Zeit und ist auf Grund eines kaiserlichen De-

frets aus dem Jahre 1809 als Conseil de Prudhommes hier wie an anderen wichtigen Industriepätzen in der Rheinprovinz errichtet und später, nachdem die Rheinlande preußisch wurden, von Preußen beibehalten worden mit der gleichen Einrichtung wie die auf Grund des Reichsgesetzes vom Jahre 1890 eingeführten heutigen Gewerbegerichte) in öffentlicher Bekanntmachung am 25. März den Fabrikarbeitern Dank sagte, daß sie nicht an den Unruhen teilgenommen haben, kann man schließen, daß er den Aufruhr allein den zahlreichen beschäftigungslosen Arbeitern zuschrieb.

Die Folge dieser Aachener „Revolution“ war also zunächst die Abdankung des unbeliebten Oberbürgermeisters Emundts. Es wurde auf Veranlassung der Regierung schon am 28. März in einer allgemeinen, aus allen Ständen bestehenden, von etwa 1000 Männern besuchten Bürgerversammlung in der Kensingischen Reitbahn der Advokatanwalt Pelzer zum Vorschlag für die Besetzung der Oberbürgermeisterstelle gewählt. Er genoß seit langen Jahren in Aachen die vollste Popularität bei der Bevölkerung. Am Abend ehrte man den Gewählten unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung durch einen Fackelzug mit Musikbegleitung. Dann bewegte sich der Fackelzug zur Wohnung des kommissarischen Polizeidirektors Regierungsassessor Congen, der das ungeteilte Vertrauen seiner Mitbürger hatte und gleichfalls zum Oberbürgermeister vorgeeschlagen worden, aber, weil er Protestant war, gegen Pelzer um eine geringe Anzahl Stimmen zurückgeblieben war. Der Gemeinderat machte zwei Tage darauf die Wahl der Bürgerversammlung zu seiner eigenen, am 1. April

erhielt Pelzer bereits die Bestätigung der Regierung zum kommissarischen Oberbürgermeister und trat schon am 3. April in sein neues Amt ein, daß er, getragen von dem Vertrauen der Bürgerschaft — allerdings unbeliebt bei der Regierung, weil ihn die Volksgunst in sein Amt gebracht hatte — mit vieler Umsicht zum Segen des Gemeinwesens in jenen unruhigen Tagen versah. Der Regierungsassessor Congen führte im Frühjahr 1849 vertretungsweise die Verwaltung der Stadt, als der kommissarische Oberbürgermeister Pelzer ein Abgeordnetenmandat erhielt. Im Juli des Jahres 1849 wurde er dann selbst zum Abgeordneten gewählt und später, nachdem die Stelle des Stadtoberhauptes abermals frei war, wurde er zum Oberbürgermeister der Stadt Aachen bestimmt und er verwaltete die Geschäfte der Stadt mit großem Geschick.

Noch einer Versammlung in der alten Reitbahn sei Erwähnung getan. Sie war mitten im Sturm der Märztage einberufen worden zu dem Zwecke, eine radikale Revolutionspartei in Aachen zu gründen. Wie fast überall im Rheinland, so benutzten auch in Aachen Agitatoren das Feuer ihrer Beredsamkeit dazu, um in Hinblick auf Frankreich der bisherigen Staatsform durch Erklärung einer deutschen Republik den Garaus vorzubereiten. Diesem Zweck sollte auch jene Versammlung dienen. Die Constantia rühmt es als ihren Erfolg, daß sie rechtzeitig die Ziele dieser „Demagogen“ durchschaute und die Angehörigen der katholischen Partei zu einem Massenbesuch dieser Versammlung veranlaßte. Durch ihre Überzahl und ihr energisches Eingreifen in den Verlauf der Ver-

Sammlung gelang es, die Verwirklichung der Absichten der Einberufer gänzlich unmöglich zu machen.

Auch der Regierungsbezirk Aachen hatte in jenen Märztagen seine großen und kleinen Revolutionen in den einzelnen Städtchen und Dörfern. Überall wurde von unruhigen Auftritten gemeldet. Die Bauern benutzten den Umschwung der politischen Lage zumeist dazu, sich ihrer Bürgermeister oder sonstiger ihnen mißliebigen Personen, der Landräte usw. zu entledigen. Im Grunde genommen gestaltete sich ja auch der Märzaufruhr in Aachen zu einer durch die Änderung der Verhältnisse hervorgerufenen Bürgermeister=Revolution. Dieses Loß traf die Bürgermeister, weil sie nicht aus freier Wahl hervorgegangen waren und man bei ihnen insofgedessen mehr Rücksicht auf die Wünsche der Regierung als auf die der Bürgerschaft annahm. Die Art und Weise aber, wie in manchen Dörfern im Regierungsbezirk Aachen die Absetzung der Bürgermeister dekretiert wurde, grenzte oft direkt ans Komische. Die Bauern gaben sich da und dort selbst eine freiere Gemeindeordnung und glaubten dem Staate und den Organen der Regierung gar keinen Gehorsam schuldig zu sein, verweigerten die Steuern usw.

*

*

*

Wie schon kurz erwähnt, kam es an vielen Orten in Rheinland und Westfalen im Anschluß an die unruhigen Vorgänge in Frankreich sowie an die Wiener und Berliner Revolution zu Aufständen, deren die Regierung

zum Teil nur unter Anwendung von Waffengewalt Herr werden konnte.

Köln

das nach der 1846er Volkszählung 85 442 Einwohner hatte, war seit dem Sturm auf das Rathaus ruhig geblieben. In Köln war so ziemlich der Hauptsitz der radikal-revolutionären Partei in Rheinland. Die bedeutendsten Köpfe der späteren sozialdemokratischen Partei, Marx, Engels, Lassalle, ferner Robert Blum und auch Freiligrath wirkten dort an der Redaktion der neuen Rheinischen Zeitung, die offen revolutionär auftrat. Erwähnung mag hier finden, daß eigentlich Hansemann im Verein mit Camphausen es war, der Marx, das geistige Oberhaupt des modernen Sozialismus, der politischen Arena zuführte. Die beiden Handelskammerpräsidenten hatten 1841 die Rheinische Zeitung in Köln ins Leben gerufen, die der liberalen Opposition des Rheinlandes dienen sollte. Zur Leitung der Redaktion wurde nun Marx berufen, der, kaum 23 Jahre alt, die Zeitung in so radikales Fahrwasser führte, daß sie schon nach zwei Jahren unterdrückt wurde.

Erwähnt sei noch eine am 26. März von Soldaten aus allen Truppenteilen abgehaltene Versammlung, die über im Militärwesen nötige Reformen beriet. Es wurde u. a. die Abschaffung der Anreden mit „Du“ und „Er“, die Abschaffung des Paradeerzieren, die Einführung des Geschworenengerichtes mit Öffentlichkeit und Mündlichkeit für alle militärischen Vergehen und Verbrechen usw. gefordert.

Trier

das nach der 1846er Volkszählung 16973 Einwohner hatte, erlebte am 19. März einen Zusammenstoß des Volkes mit dem Militär. Die 5. Kompagnie des 30. Infanterie-Regiments, dessen Soldaten sich in der Bevölkerung viele Freunde erworben hatten, sollte an diesem Tag die Stadt verlassen, um durch ein anderes Bataillon ersetzt zu werden. Die unteren Schichten der Bevölkerung, die schon in den Tagen vorher der Behörde durch „unerlaubte Ausrufe und Reden“ Anlaß zu Mißfallen gegeben hatten, glaubten sich zu der Meinung berechtigt, daß dieser Truppenwechsel zu dem Zwecke erfolge, um in Trier der Bevölkerung feindlich gesinnte Militärmannschaft in Garnison zu bringen. Eine Volksmenge, meist Schiffer, widersetzte sich aus diesem Grunde dem Auszuge des Bataillons und hielt zu diesem Zwecke das Brückentor besetzt. Der begleitende Offizier ließ eine Salve zur Warnung in die Luft abgeben. Unglücklicherweise ging aber einer von diesen Schüssen in die Menge und ein Bauer starb auf der Stelle, mit einer Kugel im Herzen. Steinwürfe waren die Antwort des Volkes, aber Zuzug weiteren Militärs verhinderte irgendwelche bedeutendere Kundgebungen. In den nächsten Tagen mußte noch gegen Ordnungswidrigkeiten bei der Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer eingeschritten werden und der durchaus nicht preußenfreundlich gerichtete Sinn eines Teils der Bevölkerung vergnügte sich daran, von öffentlichen Gebäuden den preußischen Adler herunterzureißen. Ein Vorkommnis von ernsterer Bedeutung trug sich am Abend

des 7. April zu. Ein Volkshaufen griff an diesem Tage das Haus des Kaufmannes Blatten vor dem Rußtor an und zerstörte es. Blatten war ein Fruchthändler und stand im Rufe, durch wucherische Spekulation auf die Preissteigerung einiger Lebensmittel eingewirkt zu haben. Die Bürgergarde störte die Aufrührer nicht viel in ihrem verbrecherischen Tun und so bedurfte es der Hilfe des Militärs, dem es auch bald gelungen war, den Volkshaufen auseinanderzutreiben.

Im Bergischen Lande und in der Mark war die Volksbewegung, die um Mitte März einsetzte, fast durchaus wirtschaftlicher Natur. Anlaß bot zumeist die kurz vorher erfolgte Einführung von Maschinen, die einen Teil der Arbeiterschaft brotlos gemacht hatte und noch weitere brotlos zu machen drohte. Es ist also der alte, kurzfristige, unvernünftige Haß, die unselige Verblendung der Arbeiter gegen die Konkurrenz der Maschinen gewesen, die in den Zwanziger-Jahren schon so großes Unglück in London, im Jahre 1830 auch bei uns in Aachen im Anschluß an die belgische Revolution herbeigeführt hatte, und die sich im Industriegebiet zum offenen Aufruhr steigerte, als die aufregenden Revolutionenachrichten in das geschäftige und industriereiche Wuppertal einfielen. In

Solingen

das nach der 1846er Volkszählung 6610 Einwohner hatte, ging zuerst der Tanz los. Die Arbeiter zerstörten dort eine Anzahl Fabriken, die Messer, Scheren usw. durch Maschinenarbeit in Guß herstellten. Am 16. März

morgens zogen eine große Anzahl durch Einführung der Gußtechnik brotlos gewordener Arbeiter hinunter auf den Wehrwolf bei Hammesfahr und Kraz und hausten dort vandalisch in der Gießerei. Dann marschierten sie, ungehindert in jeder Weise, in hellen Haufen nach Winkenberg zur Küllenburgschen Fabrik, die sie gleichfalls zerstörten. Weiter wandten sie sich zur G. Becker'schen Gießerei in Hofscheid, die in kurzer Zeit einem Schutthaufen glich. Es war schon 7 Uhr abends geworden, als sich die Zerstörer der Stadt zuwandten zu der vor der Stadt liegenden Wagner'schen Fabrik. Auch diese wurde von der rasenden Menge, deren Treiben Einhalt zu tun von den Behörden viel zu spät versucht wurde, zerstört. Von der Wagner'schen Fabrik zogen sie mit einer roten Fahne nach dem Etablissement Burgthal, wo sie ihre Zerstörungswut an den Werkstätten und Wohnhäusern ausließen und erst um 4 Uhr morgens abzogen, nachdem sie alles Verbrennbare zu einem großen Scheiterhaufen getürmt und verbrannt hatten. Der an dieser Fabrik verursachte Schaden wurde allein auf 150 000 Taler geschätzt. Die Solinger Schützengilde, die zum Schutze der Fabrik ausgerückt war, riß bald wieder aus, als sich die Meuterer nun gar zum Zug in die Stadt anschickten. Mit Säbeln und Beilen bewaffnet, das Lied „Ein freies Leben führen wir“ singend, zog diese Räuberbande in die im Morgengrauen liegende Stadt. Der helle Feuerschein vom Burgthalschen Etablissement schien den angstvollen Bürgern ähnliche Greuel in der Stadt anzukündigen, doch die Aufrührer, müde von dem langen Tagewerk, kehrten heim zu ihren Wohnungen. Als es Tag wurde, kam endlich hinreichend Militär, das

jeden Versuch zu weiteren Tumulten energisch unterdrückte und die Schuldigen dem Gericht überantwortete.

Iserlohn

beherbergte gleichfalls unter seinen 11 300 Einwohnern eine unruhige Arbeiterschaft, die durch die Tumulte in den umliegenden Städten zu Ausschreitungen veranlaßt wurde. Beim Fenstereinwerfen und ähnlichen schönen Vergnügungen hatte man es besonders auf die Fabrikanten abgesehen, die die traurige Geschäftslage veranlaßte, ihre Arbeiter in Waren und in Wechseln zu entlohnen.

In

Elberfeld

das nach der 1846er Volkszählung 38243 Einwohner hatte, brach am 18. März unter der Arbeiterschaft eine gefährliche Gährung aus, die allerdings nicht so ungeheure Dimensionen wie in Solingen annahm, weil Elberfeld genügend Militär in Garnison hatte. Während des Tages war es schon bei Zerstörungsversuchen zwischen Volkshaufen und der 2. Jägerkompagnie zu einem blutigen Handgemenge gekommen. Am Abend gelang es einer aufrührerischen Menge, an die Fabrik des verhaßten van der Beeck heranzukommen und sie zerstörte diese Fabrik. Andere wieder vergnügten sich damit, am Rathaus die Fenster einzuwerfen. Die Jäger eilten herbei und bald war der Aufruhr beendet.

Münster

hatte seinen Märzsturm am 19. März. Auch dort wurden Wohn- und Fabrikgebäude beschädigt. Auch gegen

das Haus des Oberbürgermeisters wandte man sich, gegen diesen wegen der Mahl- und Schlachtsteuer. Dem einschreitenden Militär wurde nur durch Steinwürfe einiger Widerstand geleistet.

In

Dülmen

bei Münster kam es am 23. März gleichfalls zu tumultuarischen Auftritten, wieder richtete sich die Wut der Krawaller gegen Fabriken, die sie demolierten. Auch sonstige Privathäuser wurden beschädigt. Ein großer Haufen Arbeitsloser zog zum Schloß des Prinzen v. Croÿ und richtete dort durch Beschädigung des Gebäudes, Zerstörung von Einrichtungsgegenständen und des Treibhauses einen Schaden von weit über 150 000 Talern an.

Denselben Charakter wie in allen diesen Städten trugen Auftritte, die sich am 23. März in

Bocholt

bei Münster ereigneten. Sturm auf Fabriken und Privathäuser, dann wurde noch das Gerichtsgebäude und das Steueramt demoliert. Das Militär kam und vorbei war der Putzsch.

In

Krefeld

das nach der 1846er Volkszählung 33525 Einwohner hatte, begannen die unruhigen Auftritte ähnlich wie in Aachen. Die Stadt war illuminiert aus Anlaß der königlichen Patente. Die Straßen waren voll Menschen. Da sammelten sich um 1/2 10 Uhr abends Gruppen arbeits-

loser Arbeiter, die schon einige Tage unruhig waren, und solche zweifelhafte Gesellen, die bei derartigen Gelegenheiten immer erscheinen, und bald darauf kirrten die ersten Fensterscheiben in den Fabriken von Schulz und van der Westen. Aber auch das Wohnhaus wurde übel mitgenommen. Von dort weg zog der Haufen unter wüstem Gejohle zur Fabrik von Schopen ter Mer, wo er sich wieder eifrig an die Zerstörung machte. Möbel, Spiegel, wertvolle Gemälde wurden von einer verwegenen Rotte, die in das Wohnhaus eingedrungen war, zerstört, ein Flügel wurde auf die Straße geworfen, alles, was nicht niet- und nagelfest war, zertrümmert. Auch sonst warf man noch Fabrikanten die Fenster ein. Erst um 1/2 12 Uhr rückte die Bürgergarde an, die durch ein falsches Gerücht vor die Stadt gelockt worden war, und später kamen noch Infanterie und Ulanen, so daß man nun leicht der Bande Herr werden konnte.

Von den Machern des Krefelder Aufbruchs wurde Gleiches in

Süchteln

bei Krefeld zu organisieren versucht. Über 400 brotloser Arbeiter zogen aus Krefeld den Süchtelner Demonstranten zu Hilfe, um gemeinsam die dortigen Fabrikanten auszuplündern. Es kam aber nicht zu erheblicheren Zerstörungen und Ausschreitungen, denn Ulanen und ein Infanteriebataillon aus Krefeld waren bald zur Stelle und verhinderten jede weitere Unbill.

Ähnlich geartet waren die Aufstände in Mülheim an der Ruhr und in

Neuß.

In Neuß wurde die Bevölkerung außerdem durch einige Brandstiftungen beunruhigt. Alle diese Aufruhrszenen hatten also durchaus nichts politisches an sich, obwohl anderseits nicht von der Hand gewiesen werden kann, daß sie nicht entstanden wären, wenn nicht in Frankreich die Brandfackel zu schaurigem Treiben entzündet worden wäre.

Düsseldorf

war so ziemlich die einzige größere Stadt im Industriegebiet, die bis dahin von Unruhen befreit gewesen war. Später nach der Freiligrathschen und Lassalleschen Agitation trugen die politischen Demonstrationen lange nicht mehr den harmlosen Charakter wie am 19. März. In der Nacht um 11 Uhr wurden die Patente bekannt und noch in derselben Nacht zog eine große Anzahl Bürger mit entfalteter schwarz=rot=goldener Fahne, einer Stiftung des Chefs der Schützen an die Garde, im Schein der Fackeln und unter musikalischer Begleitung durch die Stadt. Dem Regierungspräsidenten und dem Prinzen Friedrich, dem späteren Kaiser, wurde ein Ständchen gebracht. Dann wurde nach dem Markt gezogen; auf dem Wege dorthin bereitete man noch dem mißliebigen General v. Gröben eine Katzenmusik. Auf dem Markte wurden die Fackeln zusammengeworfen und in ihrem Feuerschein begrüßten die Bürger, während die schwarz=rot=goldene Fahne vom Balkon des Rathauses flatterte, die Herankunft einer neuen Zeit in wiederholten Freudenkundgebungen. Am nächsten Abend war allgemeine Illumination in der Stadt. Überall wehten Fahnen in den deutschen

Farben. Am 21. März wurde dann in der Großen Kirche während einer Hochmesse, bei der der Musikverein einige Choräle sang, die schwarz=rot=goldene Fahne der Schützen eingeweiht

In Düsseldorf herrschte übrigens gerade so wie teilweise in Aachen noch aus napoleonischer Zeit eine gewisse Vorliebe für Frankreich. Auch Düsseldorf hatte dem Kaiser viel zu danken gehabt und auf diese Erinnerungen wird es wohl zurückzuführen sein, daß plötzlich an einzelnen Häusern die alten Kaiseradler wieder auftauchten, geschmückt mit den französischen Farben. Natürlich dauerte es nicht lange und die Polizei holte die Sympathieadler herunter. Eine Schilderung einzelner Vorgänge in Düsseldorf und im Industriebezirk findet sich in einem Briefe eines Mannes, der die große Katastrophe des 18. März in Berlin miterlebt hat. Der Schreiber dieses Briefes kam tief erschüttert nach Hause. „Mein Gott, mein Gott“, so klagte er in dem Brief, „welch eine Fülle von Verblendung auf beiden Seiten! Und nun hier bei uns derselbe Wirrwarr. Alles ruft, schreit, raffelt mit dem Säbel, und die Gesinnungstüchtigsten setzen riesige große Hüte auf, die viel zu groß sind, um als eine geeignete Bedeckung für die geringe Zahl von Gedanken, die ihr kleines Hirn faßt, zu erscheinen. In den großen Werken nördlich und südlich der Ruhr tobt alles durcheinander. Erich (ein Schwiegersohn des Briefschreibers) schreibt mir, er habe einer Versammlung beigewohnt, in der beschlossen worden sei, den König abzusetzen, der durch den Kampf des 18. März das Recht zu regieren verwirkt habe. In

Essen

hat eine Versammlung stattgefunden. Als die Leute auseinander gingen, haben sie die deutsche Republik leben lassen! Gestern schrieb mir ein Bengel von etwa sechzehn Jahren ins Gesicht: „Ich gehe nach Berlin — der König muß runter!“ Hoffentlich erhielt der Runtermacher unterwegs so viel Prügel, daß er über dem Gedanken an eine große schmerzhafteste, braun und blau geschlagene Körperstelle den Gedanken an das Runtermachen vergißt. Zusammenrottungen finden überall statt.

In

Wochum

hat man mitten auf dem Markt die rote Flagge gehißt und die deutsche Republik ausgerufen. Die Polizei sah zu und freute sich der vielen Reden, an denen es nicht fehlte. Allerorten tauchen Flugschriften auf, manchmal zum Weinen traurig, manchmal widerlich bis zum Ekel, manchmal aber auch von beängstigender Gelehrsamkeit. Was hilft uns das alles? Wir brauchen keine Gelehrten — wir brauchen Staatsmänner!“

Deutschland, Deutschland über alles . . .

Die Verheißungen des Bundestages im Sinne einer nationalen Reform und die Tätigkeit einer von freisinnigen Männern in Baden gewählten Siebener-Kommission, die eine Versammlung einer Reihe durch das Vertrauen des Volkes ausgezeichnete Männer nach Frankfurt a. M. für den 31. März einberief, um der nationalen Reform der Bundesverfassung die Wege zu ebnen, erhöhte und verstärkte die groß-deutsche Bewegung, die von diesem Tage an nun wieder ganz gewaltig das Volk beherrschte. Jeder trug Bänder und Kokarden in den „deutschen“ Farben, auch Kappen und sogar Schirme in den schwarz=rot=goldenen Farben wurden feilgeboten. Der Bundestag ließ vom Bundespalais die schwarz=rot=goldene Fahne wehen und auch Preußens König trug dieser Gesinnung Rechnung, indem er auf den Regierungsgebäuden die deutsche Fahne hissen ließ. In

Aachen,

wo die Traditionen vom großen deutschen Kaisertum immer lebendig waren, hatte diese neue Bewegung, die der König durch sein eigenes Beispiel und sein stetiges Wirken auf dem Gebiete der nationalen Reform gut geheißten hatte, sofort festen Fuß fassen können. In der Gesellschaft für nützliche Wissenschaften und Gewerbe sowie in der Erholungsgesellschaft saßen damals die politischen Köpfe

Nachens. Sie beschloffen, so wie es in Köln schon am 20. März geschehen war, die Reichsfahne als Symbol der deutschen Einheit vom Münsterturm wehen zu lassen und erließen am 23. März, also am Tage nach dem Aufreure in Nachen, einen Aufruf:

An die Bürger der Stadt!

Die deutsche Fahne, die bereits auf dem Kölner Dome weht, wird morgen die heiligste Stätte deutscher Erde, das Münster unseres kaiserlichen Nachens, schmücken. Dort soll sie prangen, ein Siegeszeichen der errungenen Freiheit und der Unüberwindlichkeit deutscher Nation, ein Pfand der Eintracht, des Friedens und einer besseren, alle Stände beglückenden neuen Zeit. Zur Teilnahme an dem Festzug, der morgen, Freitag, Nachmittag 3 Uhr, vom Vereinsgarten aus, dieses glorreiche Symbol einer großen Vergangenheit und noch größeren Zukunft an den Ort seiner Bestimmung geleiten wird, bedarf es keiner besonderen Einladung. Die Ehre ruft, die Pflicht gebietet!

Das von den beiden Gesellschaften für nützliche Wissenschaften und Gewerbe und der Erholung gewählte Komitee: Peter Beißel, Landgerichtsrat Blömer, Bernhard Böhmer, Friedrich Höning, L. Müllens, Oberprokurator Packenius, Advokatanwalt Pelzer, Advokatanwalt Quadflieg, Advokatanwalt Peter Rütgers, F. W. Stoltenhoff, Dr. Sträter, Dr. Welten.

In imposanter Feier wurde am 24. März die Fahne am Münster angebracht. Die Bürgerschaft, die Behörden und die Bürgerwehr voran, zog in langem unüber-

sehbarem Zug, der sich in schönster Ordnung vor dem Theatertor gebildet hatte, durch die Hauptstraßen der Stadt, unter dem Donner der Böller, bei klingendem Spiel und unter dem festlichen Geläute aller Glocken. Auf dem Marktplatz angekommen, wurde die Fahne vor dem Brunnen Karls des Großen geschwenkt und dem ruhmvollen Schützer der Stadt wurde ein langes Lebehoch gebracht. Von hier bewegte sich der Zug nach dem Münster, wo die ungeheure Versammlung lautlos harrte, bis sich die gewaltige Fahne, von ihren Banden gelöst, auf der höchsten Spitze des an unsterblichen Erinnerungen so überreichen Domes, an dem seit mehr als 1000 Jahren die Geschicke des deutschen Vaterlandes vorübergegangen waren, langsam entrollte. Die Menge brach wie aus einem Munde in ein immer wiederholtes Hoch aus. Ihre Gefühle fanden in einer kurzen Ansprache des Stadtv. Stoltenhoff ihre volle Deutung. Er sagte: Ehrenwerte Mitbürger, die alte langverschmähte deutsche Fahne ist wieder aufgestanden, sie weht, ein stolzes Palladium, nun auch auf unserm altehrwürdigen Münster, alle Stämme des deutschen Volkes reichen sich unter diesem Banner brüderlich die Hand; sie wollen unter diesem Banner fort kämpfen für Wahrheit und Recht, für bürgerliche Freiheit und Selbständigkeit, für ein großes, einiges deutsches Vaterland. Das Vaterland, das einige, große, freie deutsche Vaterland lebe hoch!

Die Liedertafel und die Concordia, die beiden trefflichen Sangesgesellschaften, stimmten darauf Arndts herrliches deutsches Lied an, das mächtig und erhebend in das feierliche Geläute der Glocken drang und dessen letzter Ton

kaum verhallt war, als der künftige kommissarische Oberbürgermeister Advokatanwalt Pelzer das Wort nahm und mit Begeisterung die folgenden Worte sprach: Mitbürger! In dieser feierlich=ernsten Stunde ist es nicht an der Zeit, viele Worte zu wechseln. Jeder begreift die hohe Bedeutung des heutigen Tages, aber ein Gedanke durchbebt mein Innerstes, drängt mich, diese Tribüne zu besteigen, es ist der Gedanke der Versöhnung. Noch vor wenigen Tagen sprach der König nach den blutigsten Kämpfen, denen wir unsere so lang gefesselte Freiheit verdanken, die denkwürdigen Worte: Alles sei vergeben, alles sei vergessen. Er besiegelte dieselben, indem er die Gefängnistore allen, die bis dahin mit edelmütiger Aufopferung für politische Freiheit gekämpft, zu öffnen befahl. Im Angesicht des dort oben prangenden Paniers der Einigkeit, im Angesicht dieses hehren Domes, dessen Zinnen Liebe verkünden, beschwöre ich Sie, teure Mitbürger, folgen auch wir dem erhabenen Beispiel des Monarchen, vergessen auch wir. Von nun an sei keine Spaltung mehr zwischen uns. Die leidige Zwietracht hat des Unheils genug über uns gebracht. Freude und Eintracht weile über dieser Stadt. Reichen wir zur würdigen Erinnerung an diese Feier uns aufrichtig die Hand und rufen aus vollem Herzen: Es lebe die gesamte Bürgerschaft.

In Burtscheid wurde am nächsten Tag unter großen Feierlichkeiten die deutsche Reichsfahne auf der St. Johanneskirche aufgepflanzt, wie wohl nahezu im ganzen Regierungsbezirk und auch im benachbarten Baals, das ja damals mit Limburg zum Deutschen Bund gehörte, sowie im ganzen Rheinland und in Westfalen und sonst

im Reiche in den nächsten Tagen die deutsche Fahne auf den Turm der Hauptkirche gesteckt wurde. Es liegt noch aus dem Regierungsbezirk Aachen ein Bericht von Stolberg vor, wo die Bürgerschaft, unter lautem Jubel über die Konzessionen des Königs, unter Trommelwirbel, die deutsche Nationalfahne an der Spitze, zu der Burg zog, um sie dort aufzupflanzen. Als sie auf der Turmspitze flaggte, gab sich neuerdings ein enthusiastischer Jubel durch Absingen des deutschen Nationalliedes von Arndt fund, worauf die Arbeiter im Zug aus eigenem Antriebe die preussische Nationalhymne vortrugen. Herzliche Worte über die Hoffnungen, zu denen die nächste Zukunft berechnete, wurden an die Versammlung gerichtet und dann zog man heim.

*

*

*

Am 23. und 24. März haben auf dem Kölner Rathhaus die Vertreter von 17 rheinischen Städten, darunter auch von Aachen, in Verbindung mit dem Gemeinderat der Stadt

Köln

Beratungen gepflogen, als deren Resultat eine Adresse an den König beschlossen wurde, zu deren Überreichung an den König eine Abordnung von zwölf Mitgliedern gewählt wurde. Die Petition wies auf die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns hin in einer Zeit, wo aller Orten die Bande der Ordnung und Gesetzhlichkeit gelöst seien und jeder Tag neue Gefahren bringen könne. Sie hielt die Zusicherung der nachfolgenden Wünsche des Volkes für dringend notwendig: Umänderung der bisherigen ständischen Verfassung in eine Volksvertretung, frei gewählt vom

Volke aus dem Volke, ohne Rücksicht auf die bisherige oder eine andere Einteilung in Stände oder Klassen mit möglichst niedrigem Zensus für die aktive Wahlfähigkeit, ohne Zensus für die passive Wahlfähigkeit; der Volksvertretung muß beschließende Mitwirkung in der gesamten Gesetzgebung und im Staatshaushalt ohne Ausnahme mit einfacher Majorität zustehen; die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich; die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, Schutz der persönlichen Freiheit sowie der Unverletzlichkeit der Wohnung: die persönliche Freiheit, die Freiheit der Wohnung dürfen nur auf richterlichem Wege und mit Angabe von Gründen beschränkt werden; Freiheit der Gottesverehrung, gleiche politische Berechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses und gänzliche Trennung der Kirche vom Staat; Unterrichts- und Lehrfreiheit; unbedingte Freiheit der Presse; unbeschränktes Petitionsrecht; das Recht zu Versammlungen sowie die Vereinigung in Gesellschaften; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren, Geschwornengericht und Aburteilung aller politischen Vergehen und Zeitungsvergehen durch Geschworne; Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer; Absetzbarkeit und Versetzbarkeit der Richter nur durch richterlichen Spruch.

Der Bescheid des Königs an die Deputation lautete, daß er die Wahl und Berufung der zugesagten Volksvertretung bald erfolgen lassen werde, durch die wohl eine befriedigende Lösung der ausgesprochenen Wünsche gefunden werden würde.

*

*

*

Am 23. März erfolgte eine weitere Reorganisation des Ministeriums im liberalen Sinne, indem die Männer der entschiedensten Opposition im ersten Vereinigten Landtag, der Handelskammerpräsident Camphausen (Köln) und Hansemann (Aachen), dieser zur Leitung des Ministeriums, jener zur Führung des Portefeuilles der Finanzen, berufen wurden, während dem Grafen v. Arnim, der nicht das Vertrauen des Volkes genoß, „seine nachgesuchte Entlassung“ erteilt wurde. Auch an Geh. Regierungsrat Riß in Aachen erging ein Ruf ins Ministerium, Riß glaubte aber ablehnen zu müssen.

Am 31. März trat in Frankfurt a. M. die von der Siebener-Kommission vorbereitete Versammlung, das sogenannte Vorparlament, das aus allen Mitgliedern landständischer und gesetzgebender Versammlungen und anderen durch das Vertrauen des Volkes ausgezeichneten Männern bestand, zusammen. Aachen war dort durch Advokatanwalt Jungbluth, Kaufmann Strom und Geh. Regierungsrat Riß, vom Gemeinderat gewählt, vertreten. Die Versammlung zählte ungefähr 500 Männer. Die Versammlung richtete unter Abweisung eines u. A. beantragten republikanischen Programms ihre Beratungen auf die Berufung einer deutschen Nationalversammlung und übertrug diese Aufgabe unter Zustimmung der Regierungen einem Fünfiger-Ausschuß und bestimmte eine Siebzehner-Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes zu einer deutschen Reichsverfassung.

Für die Kämpfer in Berlin und Wien

hegte man wie überall so auch in

Aachen

die wärmsten Sympathien. Noch am selben Abend des Tages, an dem die Hissung der Reichsfahne auf dem Münsterturm erfolgte, fand im Kuellens-Hotel eine gut besuchte Bürgerversammlung — diese Bürgerversammlungen waren damals in Aachen fast beständig geworden — statt, in der die Revolutionsereignisse in leidenschaftlich erregter Weise besprochen wurden. Es wurde eine Kommission ernannt und beauftragt, eine Adresse an den König, in der die allgemein in Preußen und in Deutschland zum Ausdruck gekommenen Wünsche des Volkes darzulegen seien, eine Dankadresse an die Bürger Berlins, „die durch ihren Heldenmut den Preußen die solange erhoffte Freiheit erkämpft haben“, und eine ähnlich gehaltene Dankadresse an die Wiener Märzkämpfer zu verfassen und einer spätern Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Diese Versammlung fand am 26. März (Sonntag) vormittags statt. Die vorgelegten Adressen bedeckten sich mit mehr als 1000 Unterschriften. Eine am gleichen Tag nachmittags bei Steffens in der Landeskronen (jetzt das Haus der Gebr. Sinn) abgehaltene Volksversammlung auf breiterer Grundlage trat diesen Adressen bei und sie wurden sofort abgeschickt. Über die Versammlung in

der Landstrone liegt ein origineller Bericht eines alten Nacheners vor. Es wurde in der Versammlung, die die am meisten linksstehenden Persönlichkeiten umfaßte, ein Ausschuß gebildet, dem u. A. Landgerichtsassessor Bilvoje, Freiwilliger Cazin, Referendar Ignaz Beißel und der Advokat Staz angehörten. Advokat Staz führte den Vorsitz. Unter Klavierbegleitung sang man drei allgemeine Lieder: „Was ist des Deutschen Vaterland“, „Noch ist Polen nicht verloren“ und die „Marseillaise“. Außer Reden, die die drei Adressen begründeten, hielt einer eine von lokalpatriotischem Feuer durchglühte Rede, in der er ganz ernsthaft den Antrag stellte, Aachen möge sofort seine alte reichsstädtische Freiheit proklamieren; dieser Antrag erntete aber nur Heiterkeit, wie man auch anderseits nur geringe Neigungen für republikanische Lockungen zeigte.

Diese Adressen führen eine entschiedene Sprache. Die eine an den König führt aus, daß zu hoffen sei, das kostbare Blut der Freiheitsmartyrer Berlins habe alle Dämme, die eine Reihe verblendeter oder verräterischer Staatsmänner zwischen dem Herzen des Königs und seinem Volke aufgetürmt habe, für immer hinweggeschwemmt, und jene Helden hätten dem Volke nicht nur die Freiheit, sondern auch einen wahren freien Volkskönig erobert. In ernsten, freien und offenen Worten, in offener deutscher Weise, wollten die Bürger Aachens heute zu ihrem König reden. Das Vaterland sei in der größten Gefahr. Anarchie und Auflösung gelte es im Innern abzuwehren, während zugleich die zahllosen asiatischen Horden die östlichen Grenzen bedrohen. (Es wurde damals, was hier bemerkt sei, ernstlich in allen Zeitungen und

Vertretungskörpern zu einem Krieg Preußens gegen Rußland aufgefordert, um die Einverleibung der sogenannten „deutschen“ Provinzen Rußlands an der ostpreußischen Grenze mit ihren bekanntlich weit überwiegend nichtrussischen Bevölkerungsmassen, dann die Freiheit der Polen zu erreichen, weiter weil der Zar, in dem das freiheitsfeindliche Prinzip verkörpert sei, die Freiheitsbewegung in Deutschland mit scheelen Augen ansehe und Rußland vielleicht die innern Wirrnisse Deutschlands dazu benutzen könne, um Deutschland mit einem Krieg zu überziehen.) Nur die schnellsten und entschiedensten Maßregeln seien im stande, diese ungeheuren Gefahren zu beschwören. Die langjährige Knechtschaft des Volkes, die Fesselung aller edlen und selbständigen Regungen des Volkslebens durch rohe Polizeigewalt, das sei der Grund des Unglücks Deutschlands. Nur durch die vollständige politische Freiheit, nur durch die totale Entfesselung aller gesunden Volkskräfte könne es von dem gänzlichen Untergang gerettet werden. Würden dem Volke seine Rechte noch länger vorenthalten, so ständen die größten politischen Stürme und infolge davon der höchste Notstand der handarbeitenden Bevölkerung in sicherer Aussicht. Erst wenn diese großen Fragen des öffentlichen Rechts ihre friedliche Lösung gefunden hätten, werde das Vertrauen auf die Dauer eines geordneten gesellschaftlichen Zustandes zurückkehren und die Stockung, in die die Industrie und aller kommerzieller Verkehr geraten sei, allmählich wieder gehoben werden können. Deshalb werde der König im Namen des teuren deutschen Vaterlands von den Bürgern Nachens beschworen, folgende Bitten sofort zu ge-

währen: Bildung eines Ministeriums aus den verschiedensten Freunden der Volksache, Herbeiführung einer wahren Volksrepräsentation durch Wahlen auf breiter Grundlage, Bildung eines Deutschen Parlaments in Frankfurt a. M. durch freie Volkswahl der deutschen Nation, unbedingte Pressfreiheit, freies Assoziationsrecht und Volksbewaffnung mit Wahl der Führer.

Die Adresse an die Berliner beginnt: „Mit Freude, mit unendlichem Jubel begrüßet ihr die Freiheit verkündenden Worte unseres Königs, als urplötzlich die durch ein schmachvolles System dem Volk entfremdeten unglücklichen Söhne des einen großen Vaterlandes gezwungen wurden, diesen Jubelruf in mörderischem Kampf zu ersticken, Eure Männer, Eure hilflosen Weiber, Jungfrauen, Kinder und Säuglinge auf die schreckenerregendste Weise zu morden. Brüder, Ihr habt den größten Sieg erfochten, nicht Euch bloß, auch uns, dem ganzen deutschen Volk. Euer Ruhm wird unsterblich sein.“ Weiter wird den Berlinern „Dank für ihren Opfermut“ gesagt und geschworen, daß, wenn nicht die Fürsten endlich erkannten, nur ein baldiger Friede mit dem Volke, bedingt durch ein aufrichtiges Geben, nicht aber durch zögernde Worte, vermöge Deutschland vor unermeslichem Verderben zu retten, man die Nachener mit allen Brüdern des deutschen Vaterlandes auf dem Felde der wahren Ehre finden werde; die Nachener würden es nicht eher verlassen, bis das Banner der Freiheit festgewurzelt stehe und die Willkür der Despotie für immer darniederliege.

Die Adresse an die Wiener erinnert daran, daß Aachen Jahrhunderte lang dem ganzen deutschen Volk

seine Kaiser gegeben habe. Die Freiheitskämpfer hätten aber an einem Tag sich selbst und dem deutschen Volk Größeres gegeben, ihr Heldenmut habe den letzten Damm des Despotismus niedergerissen und „die Freiheit für ewig auf die Beste des deutschen Volks“ erhoben. Sodann wurde zum Kampf für die Freiheit der Polen aufgefordert unter Umständen, die später zu erörtern sein werden.

Am Tage nach der Abschickung der Adressen, am 27. März, wurde in Gegenwart zahlloser Bürger, der Zivil- und Militärbehörden, im Münster ein feierliches Totenamt für die in Berlin Gefallenen abgehalten. Ein Katafalk erhob sich neben dem Grabe Kaiser Ottos. Kanonikus Smets hielt, nachdem das Requiem verklungen war, eine Ansprache, in der er die Krieger feierte, die für die Treue des Fahneneides in den Tod gegangen waren, und das Andenken der Bürger pries, die dem preußischen Volke über ihre Leichname hinweg eine Brücke zum Thron bauten, damit niemals mehr der König von dem Herzen des Volkes getrennt werde und der König stets die Rechte und Wünsche des Volkes achte und für dessen wahres Wohl Sorge. Er schloß: „Die Kirche umfaßt alle mit gleicher Liebe, die gefallenen Bürger wie die Krieger. Heiliger Karl, beschirme uns ferner, erhalte die Freiheit und das Gesetz und lasse das große Werk mit Ordnung zum gedeihlichen Ende gelangen.“ Dann forderte er zu Liebespenden für die Hinterbliebenen der Märzgefallenen auf, die durch Advokatanwalt Pelzer und Stadtv. Belten eingesammelt wurden und 388½ Taler ergaben. Bei der „Nachener Zeitung“ waren 473½ Taler und 100 Francs in Gold eingegangen, aus einer Tuchfabrik steuerten die Weber

allein 50 Taler bei, 280 Taler stiftete die Erholungs-
gesellschaft. Am Abend der Trauerfeier führte die Lieder-
tafel für die Hinterbliebenen der in Berlin Gefallenen
Mozarts Requiem auf. Das Theater öffnete, nach mehr-
tägigem Schluß infolge der Unruhen, am 25. März wieder
seine Pforten und gab eine Vorstellung zum Besten der
Hinterbliebenen der Märzkämpfer und dann gab auch noch
der Sängerverein einige Tage später eine Wohltätigkeits-
abendunterhaltung im Theatersaal.

Die Nacher Adresse an den König wurde von eini-
gen Städten aus dem Regierungsbezirk zum Vorbild ge-
nommen, auch wurden überall Trauergottesdienste für die
Märzgefallenen abgehalten.

Nach ist Polen nicht verloren . . .

Durch die Revolution der Märztage erhielt die zuletzt im Jahre 1846 mit Gewalt unterdrückte polnische Bewegung einen neuen Anstoß. In Krakau war gleich nach dem Ausbruch der Wiener Revolution eine Amnestie verkündet worden, und in Preußen waren infolge der Berliner Revolution durch die allgemeine Amnestie auch die gefangenen Führer der Polenverschwörung im Jahre 1846 freigelassen worden, und am 24. März 1848 gestand der allen Forderungen gegenüber nachgiebig gewordene König einer polnischen Deputation eine nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen zu, die darin bestehen sollte, daß der östliche fast durchweg polnische Teil Posens eine eigene konstitutionelle Verfassung, eigene Gerichte und eigene Verwaltung sowie polnischen Schulunterricht erhalten, während der westliche überwiegend deutsche Teil mit der Festung Posen dem Deutschen Bund einverleibt werden sollte. Diese Reorganisationsankündigung wurde von den Polen sofort als Grundlage einer späteren Rekonstruktion des polnischen Reiches ins Auge gefaßt.

Das polnische nationale Komitee, das in Paris seinen Sitz hatte, gab alsbald die Parole aus, auf die völlige Unabhängigkeit Posens und Einverleibung Westpreußens nach Posen, sowie die Lostrennung der polnischen Teile Rußlands und Österreichs hinzuwirken. Mit

diesem Auftrage strömten rasch polnische Emigranten nach Deutschland und Österreich.

Große Unterstützung fanden die Polen in dem am 31. März in Frankfurt a. M. zusammengetretenen sogenannten Vorparlament, das u. A. die „Sühnung des an den Polen begangenen Unrechts“ in Resolutionen verlangte.

Die in Brüssel lebenden polnischen Flüchtlinge hatten schon im Jahre 1847 versucht, sich Hansemann in

Nachen

zu nähern, dessen damals schon große Bedeutung im politischen Leben Preußens ihnen nicht fremd war, und sie suchten ihn von der Notwendigkeit der politischen Freiheit für die Sicherheit Preußens zu überzeugen. Er lehnte ab. Nochmals wandten sie sich am 20. März an ihn, in Nachen für die Autonomie des Großherzogtums Posen einzutreten, denn es sei zu hoffen, daß dem Beispiel Nachens, der alten Kaiserstadt, die deutschen Städte gern folgen würden. Hansemann lehnte aber wieder ab.

Die große Bürgerversammlung im Neuellens-Hotel in Nachen am 26. März, die die Adressen an den König, an die Berliner und an die Wiener beschließen sollte, hatte noch nicht begonnen, als sich die Nachricht in der Stadt verbreitete, daß soeben Fürst Adam Czartoryski mit mehreren anderen Polen auf seiner Reise von Paris nach Posen auf dem Bahnhof angekommen sei. Diese Nachricht wirkte elektrisierend auf die Versammelten. Alles strömte nach dem Bahnhofe hinaus, „um dem edlen Märtyrer der Freiheit und Nationalität, den hoffentlich bald

der Siegeskranz schmücken wird, den Ausdruck wahrer Verehrung und Sympathie darzubringen“. Ruellens war der Sprecher, er theilte dem greisen Fürsten den Wortlaut der Machener Adresse an die Wiener mit, die in ihrem wesentlichen Teile lautet: „Brüder, bald gilt es einem neuen Kampfe. Die Freiheit duldet nicht, daß ein Volk in Sklavenketten schmachte, sie duldet nicht, daß eine Nation der anderen diene. Die Sonne taucht schon am Himmel auf, welche Polen wieder in die Reihe der Lebenden ruft. Deutschland wird die Hände nicht in den Schoß legen, das Volk wird gut machen, was einst seine Fürsten verschuldet. Eure Kaiserin hat einst mit Tränen den furchtbaren Raub unterschrieben. Diese Tränen — an Euch ist es, sie in Perlen zu verwandeln und das Haupt Eures konstitutionellen Kaisers damit zu schmücken. Preußen, ganz Deutschland, wird nicht zurückbleiben. Die Ungerechtigkeit muß gesühnt werden, Polen muß wieder frei dastehen, ein treuer Freund des Volkes, das ihm seine Freiheit zurückgegeben, ein Hort gegen die Barbarei, die so unsägliches Elend über Euch, über uns gebracht. Brüder, Ihr habt Großes getan, das Größte bleibt noch zu tun. Die Freiheit wird ihre Weihe erst in dem vom Blute des Feindes (gemeint waren die Russen!) getränkten Wellen der Weichsel finden. Wenn die polnische Fahne in Warschau, die deutsche Flagge in Riga oder Mitau weht, wenn keine Polen mehr geknechtet, wenn keine Deutschen mehr vor einem Zaren zu zittern brauchen, dann reichen wir uns auf's Neue die Hand, dann erneuern wir im frohen Siegesfest den Bund der deutschen Freiheit und Einheit.“

Der Fürst umarmte in Ergriffenheit Kuellens und sagte in französischer Sprache, indem er ihn umarme, umarme er die ganze Bevölkerung Aachens. Das habe er nicht erwartet. Er habe geglaubt, die Polen müßten Deutschland erst für ihre Sache gewinnen und nun finde er schon alles getan. Die erste deutsche Stadt, die er mit seinen Begleitern berühre, zeige ihm, daß die Herzen des edlen deutschen Volkes für die Sache der Polen schlugen. Jetzt gingen die Polen glücklich ihrem Werk entgegen, mit Deutschland für Polen, sei ihnen der Sieg gewiß. Es fehle den Polen zwar alles, es fehle ihnen Geld, Armeen, Waffen, aber sie rechneten hier auf Deutschland. Osterreich halte Galizien noch fest und vergesse, daß die tapfern Polen einst den Erbfeind von den zertrümmerten Wällen seiner Kaiserstadt vertrieben haben. Preußen wolle Polen freigeben, aber noch stehe kein deutscher Soldat in Polen, noch halte die Schreckensherrschaft des russischen Despotismus alles nieder an der Weichsel. Polen rechne auf das deutsche Volk, daß es ihm beistehe, daß es die Bande löse und vereint mit ihm die Knechtschaft roher Zwingherren breche. Die Polen würden nie vergessen, wem sie die Wiedereroberung ihres teuersten Gutes verdanken, und sie würden dem deutschen Volk in Ewigkeit die treuesten Freunde sein.

Mit unendlichem Jubel wurde die Rede aufgenommen und unter den Rufen: „Es lebe Polen!“ fuhr der Fürst von dannen. Ähnliche Ovationen wurden am Abend anderen durchreisenden Führern der 1846er Revolution, Generallieutenant Chrzanowſky, Minister Morawſky, Major Bystrzonowſky, Offizier Czaplisch-Bolmin u. A., bereitet.

Fürst Czartoryski richtete einige Tage nachher nach Aachen eine Aufforderung, das polnische Volk wünsche, daß das deutsche Volk ihm beistehe in seinem gerechten Kampf, es wünsche, daß sich überall Komitees bildeten, die den Zuzug von Hilfsscharen organisierten, daß den Polen aus allen Gauen des deutschen Vaterlands begeisterte Streiter für Recht und Freiheit zu Hilfe eilten, und es wünsche, daß die erste Stadt auf deutschem Boden, die die polnischen Flüchtlinge auf ihrer Reise in die Heimat betreten, den deutschen Städten mit glorreichem Beispiel vorangehe, da sie durch ihre Verbindung mit Belgien und Frankreich von besonderer Wichtigkeit für die große Sache werden könne und da das Beispiel Aachens überall Nachahmung finden werde.

In Aachen hatte die Polenbegeisterung eine solche Höhe erreicht, daß sich wirklich Schwärmer fanden, die sich den Polen anschlossen. In den Zeitungen wurde zum „Kreuzzug gegen die Feinde der Polen“ aufgefördert, ein „Berein zur Unterstützung der tapferen und unglücklichen Polen“ bildete sich und Geldsammlungen für die Polen wurden veranstaltet. Der Hauptsitz der Polenfreunde in Aachen war im Kosteleckischen Gasthof „Zu den vier Jahreszeiten“ und in einem Privathaus in der Bahnhofstraße.

Daß auch sonst im Rheinland dieselbe Stimmung herrschte, zeigt eine Stelle aus einem 1848er Brief, in dem es heißt: „Ein Hanswurst von Pole hat in

Bill

gefördert, die Rheinländer müßten in bewaffnetem Zuge nach Warschau marschieren, um den weißen Adler zu

befreien, der dort gefangen gehalten werde. Für Waffen wolle er sorgen, an gutem Essen und Trinken werde es nicht fehlen, und schöne Russenweiber gäbe es in Fülle an der Weichsel. Das sind die Dinge, womit man die armen Menschen ködert und die Narren beißen darauf an.“

Die Begeisterung für die „edlen und unglücklichen Polen“ hatte freilich ebenso rasch ein Ende erreicht, wie sie entstanden war, als sich die Erhebung der Polen, im April in Oesterreich und im Mai in Preußen, unerwarteter Weise gegen die deutsche Bevölkerung zu richten begann, als es im österreichischen Polen gleichwie in Polen zu heftigen blutigen Zusammenstößen zwischen Polen und Deutschen, von jenen herbeigeführt, kam. Durch das Einschreiten des Militärs um Mitte Mai, erst mit dem Auftrag, eine Demarkation zwischen dem deutschen und polnischen Teile Polens zu bilden, bald aber zum kräftigen Schutze der deutschen Interessen, war auch dieser 1848er Aufstand der Polen, der letzte in Preußen, nach vielem Blutvergießen rasch unterdrückt. Die von der preussischen Regierung an Polen gemachten Zugeständnisse wurden aber erst im Jahre 1850 mit der Politik der Restauration rückgängig gemacht. Der russische Teil Polens blieb in der ganzen Zeit vollkommen ruhig, obwohl Unruhen auch dort zu befürchten waren.

Der Aprilaufbruch in Aachen.

Nirgends machten sich die verheerenden Wirkungen der Unruhen und der allgemeinen Unsicherheit in den Städten, der später folgenden Aufstände in Baden und in den Polenländern, sowie der in die Apriltage fallende Beginn des deutsch-dänischen Krieges in Schleswig mehr fühlbar, als auf dem Gebiete des geschäftlichen Verkehrs. Mit dem Beginn der Märzbewegung trat sofort eine allgemeine Stockung des Geldverkehrs ein. Handel und Industrie, beides Grundlagen eines geordneten Staatswesens, lagen noch mehr darnieder. In der Handelswelt wurde möglichst jeder Schritt vermieden, der mit Risiko verknüpft schien, andererseits schränkte sich jedermann in seinen Ausgaben soviel als möglich ein. Daraus folgte eine große Kreditlosigkeit und plötzliche Abnahme des Verbrauches, die Betriebseinstellungen in den Fabriken mehrten sich, größer und größer wurde die Zahl der unfreiwillig feiernden Arbeiter, und sie zogen den von ihnen abhängigen Mittelstand in das allgemeine Elend hinein. Aus dieser unbeschreiblichen Notlage heraus sind die vielen Tumulte in allen größeren Städten im Laufe des Jahres 1848 wohl zu allermeist zu erklären.

Die preußische Regierung tat viel zur Steuerung der Notlage und mit Erfolg zur Hebung von Handel und Gewerbe. Auf Ansuchen des Gemeinderats bewilligte die Regierung unter Befürwortung durch Hansemann der

Stadt Aachen zunächst 80 000 Taler und später überhaupt die Bereitstellung der ganzen Mittel für die Fertigstellung und Verwaltung der infolge fehlender Geldmittel unterbrochenen Aachener Bahnbauten, wodurch eine große Anzahl Arbeitsloser Beschäftigung erhielt. Ferner wurden der Stadt 100 000 Taler überwiesen, damit die notleidenden Gewerbetreibenden in den Stand gesetzt würden, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Den Fabrikanten J. H. Pastor und J. J. Thyssen wurde die Verwaltung des Fonds übertragen, der derart verwendet wurde, daß Waren, sichere Effekten oder Hypothekensforderungen bei einer Beleihdauer von 3 Monaten gegen 5 Prozent Zinsen und sichere Wechsel diskontiert wurden.

Trotz aller dieser Maßnahmen hatte die Stadt immerhin noch an 1100 Arbeitslose mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen, bei weitem nicht alle Arbeitslose — 300 bis 400 Beschäftigungslose, die monatelang keine Beschäftigung erhalten hatten, waren noch im September 1848 auf dem Polizeiamt notiert — so daß die Zahl der vor den staatlichen Maßnahmen zur Schaffung der Arbeitsgelegenheit beschäftigungslos gewesenen Arbeiter mit 2000 bis 2500 nicht zu hoch angegeben sein wird. Und das bei einer Einwohnerzahl von kaum 48 000! Die Stadt geriet durch die Zahlung der vielen Notstandslohne (für Arbeiter $7\frac{1}{2}$ —10 Sgr., für Aufseher $12\frac{1}{2}$ Sgr., für Oberaufseher 15—20 Sgr. für den Tag), die in jedem Monat etwa 6000 Taler ausmachten, und die Arbeitsmaterialanschaffungen für die große Zahl der Arbeiter im Juni 1848 selbst in solche Notlage, daß die Stadtkasse fast leer war. Aus dem Spielbankfonds wurden

ihr von der Regierung sofort 6000 Taler vorschußweise überwiesen, außerdem erhielt die Stadt eine Anleihe von 100 000 Talern aus Staatsfonds gegen Verpfändung städtischen Besitztums, die ziemlich rasch auf 270 000 Taler stieg. Die Stadtkasse war im Juni so erschöpft, daß beispielsweise die Kosten für die Beleuchtung zwei Monate im Rückstand waren und den Beamten die Gehälter nicht bezahlt werden konnten. Der Gemeinderat stellte am 28. März die Erhebung des Kommunalzuschlags zur Wahl- und Schlachtsteuer ein und veranlaßte den Finanzminister Hansemann, auf eine Aufhebung der staatlichen Wahl- und Schlachtsteuer hinzuwirken. Auf Veranlassung Hansemanns hob der König am 4. April provisorisch die Wahlsteuer auf und ersetzte sie durch eine direkte Steuer, von der noch dazu die unteren Klassen befreit waren. Die Bäcker sind allerdings mit den Preisen nicht heruntergegangen, denn im Juni wurde in den Zeitungen in Einwendungen angefragt, ob die Mächener Schermulen nicht billiger werden können und ob denn die Mächener Bäcker allein den Nutzen von der Aufhebung der Wahlsteuer haben müßten. Die Notstandsarbeiten dehnten sich außer den schon früher genannten auf die Anlage und den Ausbau von Straßen, Abtragung von Wällen und umfangreiche Rodungen im Mächener Wald aus. Der Anfang der landschaftsgärtnerisch-schöpferischen Tätigkeit, der Mächen in fortdauernder Pflege und Vervollkommnung eine so wesentliche Verschönerung des ganzen Stadtbildes verdankt, geht gleichfalls auf diese Notstandsarbeiten zurück. Das Marschiertor stand in Gefahr, den Notstandsarbeiten zum Opfer zu fallen; der Gemeinderat hatte sich

mehrmals mit dem Gedanken der Abtragung des Tores befaßt und beschloß am 17. Oktober endgültig die Abtragung, aber in der Bürgerschaft erhob sich heftige Opposition gegen diesen Beschluß, und als Stadtbaurat Ark nachwies, daß der Abbruch einen Kostenaufwand von 3100 Taler verursachen werde, während der Erlös aus dem Abbruchsmaterial kaum 1300 Taler betragen dürfte und außerdem die Kosten für eine Anlage, die notwendigerweise den Torplatz nach dem Abbruch einnehmen müsse, zu rechnen seien, wurde dieser Beschluß rückgängig gemacht und dieses stolze Baudenkmal aus Machens Vergangenheit blieb erhalten.

Die Privatwohlthätigkeit griff gleichfalls energisch ein. Ein Privatverein zur Beschäftigung brotloser Arbeiter gab durchschnittlich 200 Männern Arbeit, indem er sie für Wege- und Verschönerungsanlagen auf den Grundstücken seiner Mitglieder beschäftigte; u. a. wurde auf diese Art damals der Preußweg hergerichtet. Geldsammlungen wurden veranstaltet, Suppenanstalten von wohlthätigen Damen errichtet, Wohlthätigkeitsaufführungen und Bazare wurden arrangiert und die großen Machener Gesellschaften, die von Hansemann im Jahre 1825 gegründete Machener Feuerversicherungsgesellschaft, die schon statutengemäß die Hälfte ihrer Reinerträge der öffentlichen Wohltat widmete, und der gleichfalls von Hansemann ins Leben gerufene Machener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit, unterstützten die Armen mit Brot und Feuerungsmaterial. Die Gefangenhausverwaltung wurde veranlaßt, ihre schädigende Konkurrenzarbeit einzuschränken oder ganz einzustellen. Nicht nur in Tuch- und Teppichfabrikation,

sondern auch in der Erzeugung von Hemden, Kitteln, Socken, Schiefkarren usw. wurden die Gefangenen beschäftigt, was durch das nachherige niedrige Preisangebot zu einer empfindlichen Schädigung des normalen Handwerks- und Fabrikbetriebes schon in ruhigen Zeiten beiträgt, in Zeiten einer fast allgemeinen Geld- und Handelsstockung aber doppelt fühlbar ist. Der Gemeinderat wandte sich deshalb ganz entschieden gegen diesen wirklich unlautern Wettbewerb. Auch suchte man in der Tuchfabrikation die von Aachen aus in Auftrag gegebene Hausweberei auf dem Lande und selbst in Baals aufzuheben, um der städtischen Arbeiterschaft mehr Arbeit Gelegenheit verschaffen zu können. Eine Anzahl junger Damen vereinigte sich zur Pflege verwahrloster Kinder arbeitsloser Familien und aus dieser Vereinigung ist im Oktober 1848 der Schwesternorden vom armen Kinde Jesu hervorgegangen. Die Bettelei war natürlich in großem Umfang gewachsen und brachte Aachen bei den Kurgästen, die ohnehin über zu wenig Zerstreuungen gegen andere Kurorte klagten und in jenem Jahr weniger zahlreich erschienen waren als sonst, in Mißkredit. Vom Bahnhof an bis zur Redoute war zu gewissen Tageszeiten ein nicht gar zu weites Spalier von Bettlern.

Es nimmt unter solchen Verhältnissen nicht wunder, wenn sich in den ersten Apriltagen, nachdem kaum der Märzkravall beschwichtigt war, wieder hier und da in der Stadt kleinere Tumulte ereigneten. Die Arbeiterbevölkerung war durch die Not auf das höchste gereizt und führte in den zahlreichen Volksversammlungen jener Tage, wie ein Zeitungsbericht meldet, manchmal ganz

anarchistische Reden, indem sie nicht nur die Gleichheit der Arbeiter mit ihren Brotherren verkündete, sondern lebhaft das geflügelte Wort Proudhons „La propriété c'est le vol“ kommentierte. Im Aachener Busch rebellierten Notstandsarbeiter gegen ihre Aufseher, die sie zu fleißigerer Arbeit nötigen wollten. Bürger, die im Walde spazieren gingen, wurden auf der Eupenerstraße in einer Weise, die an Überfall grenzt, von Notstandsarbeitern angebettelt. In der Neustraße (jetzt Hochstraße) versuchte ein Scherenschleifer einen Raubanfall. In der Jakobstraße vor dem Hause des Bankiers Baur, gegenüber dem Polizeibureau, sammelten sich etwa 40 Arbeitslose an, die vom Polizeiamt wegen Überfüllung keine Arbeitskarten zur Beschäftigung bei den städtischen Notstandsarbeiten erhalten konnten, und forderten ungestüm nach Brot, indem sie schrien: „Wir haben Hunger!“ Frau Baur kam aus Angst dem Ansturm nach und ließ aus einer nahegelegenen Bäckerei viel Brot für die Demonstranten herbeischaffen. Die Stadtverwaltung klagte darüber, daß das Polizeiamt zu viele Empfehlungskarten für beschäftigungslose Arbeiter ausstellte, so daß diese in große Unzufriedenheit gerieten, wenn sie von der Stadtverwaltung abgewiesen wurden, die ohnehin schon mehr Personen als genug beschäftigte. Das waren alle Ereignisse, die sich innerhalb weniger Tage, vielleicht vom 4. bis zum 10. April, abspielten. Es bedurfte nur eines kleinen Anlasses und der gewalttätigste Aufruhr mußte ausbrechen.

Und der Anlaß kam.

Die preußische Regierung glaubte in den Märztagen einer immerhin möglichen Kriegsgefahr von fran-

zösischer Seite von vornherein energisch entgegentreten zu müssen. Man vermutete, es könnte in Frankreich nach der Februarrevolution ein neues Gelüst nach deutschen Fluren wach werden, gekleidet in das Bestreben nach Völkerbeglückung französischen Musters, und es waren auch von der französischen Grenze her Einfälle „ungeregelter und ungeordneter Freischaren“ in die Rheinprovinz zu erwarten gewesen sowie, daß die in Paris wohnenden Demokraten im Verein mit Bauernscharen Deutschlands Grenzen bedrohen würden, um auch in Deutschland die Republik zu begründen. Als anfangs April im badischen Oberlande eine republikanische Schilderhebung stattfand, eilte der Freiheitskämpfer Herwegh aus Paris mit einer Freischar aus deutschen und französischen Arbeitern den Aufständischen in Baden zu Hilfe; der Aufruhr aber war noch vor Ablauf des Monats April in erbitterten Kämpfen unterdrückt worden.

Es ergingen aus dieser Befürchtung einer Kriegsgefahr heraus vom König im März die Befehle zur Einberufung der Reservisten des siebenten und achten Armeekorps zur Sicherstellung der Rheinprovinz und ihrer Festungen. Die Füsilier des 28. Regiments wurden von Koblenz hierher verlegt, weiter war hier stationiert das 34. Infanterieregiment, das später nach Köln ging. Außerdem lag die 3. Eskadron des 4. Dragonerregiments hier in Quartier und Artillerie in Stärke einer halben Batterie sowie eine Eskadron der Düsseldorfer Husaren. Insgesamt waren damals in Aachen mehrere hundert Soldaten einquartiert, da die beschränkten Kasernenräume nicht ausreichten. Das war auch wieder

eine unangenehme Belastung der Einwohnerschaft. Da die meisten Bürger in ihren Wohnungen zu beschränkt und auf Einquartierungen nicht eingerichtet waren, sahen sie sich genötigt, die Einzuquartierenden in Gastwirtschaften unterzubringen, was ihnen nennenswerte Kosten verursachte; außerdem gab es viele Klagen über ungerechte Verteilung der Quartierleute und über anspruchvolles Benehmen der Unteroffiziere. Wie aus Einquartierungsakten im Stadtarchiv hervorgeht, sollen sich deshalb reiche Leute, die keine Erwerbstätigkeit in Aachen fesselte, veranlaßt gesehen haben, von Aachen wegzuziehen. Dann bestand überhaupt in den unteren Volksschichten in Deutschland eine gewisse Abneigung gegen das Militär und die Dienstpflicht. Man hielt in weiteren Volkskreisen das Fortbestehen eines stehenden Heeres in den langen Friedensjahren für überflüssig, und gleich zu Beginn der Märzbewegung trat der Wunsch auf und wurde in vielen Petitionen den Einzelregierungen übermittelt, das stehende Heer möge aufgehoben und die allgemeine Bewaffnung des Volkes mit vom Volk selbstgewählten Führern eingeführt werden.

Es ist unter diesen Verhältnissen erklärlich, daß in Aachen an und für sich schon die Nachricht, es würden nun noch die Danziger und Elbinger Reserven des 34. Infanterie-Regiments in Stärke von 500 Mann hierhergezogen, Erregung in einem Teil der Einwohnerschaft hervorrief.

Der Einzug der Kriegsreservisten erfolgte nun am 14. April (Freitag) durch das Kölntor. Die Aussicht, bald ins Quartier zu kommen, mag sie übermütig gemacht

haben, oder es mögen überhaupt nicht die friedfertigsten Vaterlandsverteidiger gewesen sein, denn auch in anderen Städten, die sie durchzogen haben, sollen sie sich Ungehörigkeiten haben zuschulden kommen lassen — kurz, es verbreitete sich alsbald nach ihrem Einzug das, wie sich später herausstellte, jedenfalls zum Teil stark übertriebene Gerücht, sie hätten einigen Männern beim Rölntor die schwarz=rot=goldene Kokarde vom Hut gerissen, hätten sich in unsittlicher Weise an Frauen und Kindern vergriffen und sich auch sonst herausfordernd gegen die Einwohnerschaft benommen und schwere Ungebührlichkeiten begangen. Auch hatten sie sofort die Stimmung der Bevölkerung dadurch gegen sich herausgefordert, daß sie unter Trommelschlag mit der „schwarz=weißen Fahne der Reaktion“ in die Stadt eingezogen waren. Aus der Bürgerschaft und auf Veranlassung einer Anzahl Gardisten durch den Obersten der Bürgergarde v. Geyr wurde sofort beim Stadtkommandanten, Generalmajor Kaiser, Klage über die Reservisten geführt und den Beschwerdeführern wurde strengste Untersuchung über die gemeldeten Vorfälle und völlige Genugtuung versprochen.

Eine Anzahl Bürgergardisten aus der Peterspfarre, die sich am Abend bei der Wirtin Becqueray in der Alexanderstraße 395/18 mit ihrem Premierleutnant, dem Sohn der Wirtin, versammelt hatten, begnügten sich aber in ihrer Aufregung mit diesen Zusagen nicht, sondern beschloßen, mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit zu treten. Dieser Aufruf, am Samstag Morgen vielerorts angeschlagen, hatte folgenden Wortlaut:

Mitbürger!

Gestern sind wir von einem Transport Reservisten, die sich nicht als Soldaten, sondern als wilde Horden benahmen, auf das schimpflichste beleidigt worden, ohne im Stande gewesen zu sein, uns Genugthuung zu verschaffen. Sie sind in unsere Stadt mit einer Fahne eingerückt, die nicht unsere Fahne ist, und mit Knüppeln bewaffnet zu unserem Hohne durch die Straßen gezogen, haben auf eine empörende Art Bürger, Frauen, Mädchen und Kinder angefallen und den Bürgern unsere Kokarde abgerissen und mit Füßen getreten. Wir haben deshalb bei unseren Oberen Klage um Genugthuung geführt und von dem Stadtkommandanten die Zusicherung erhalten, daß er es auf das strengste untersuchen und uns völlige Genugthuung verschaffen wolle. Wir fühlen uns veranlaßt, Euch, Mitbürger, hiervon zu benachrichtigen und fordern Euch auf, uns Euer Gutachten und Euren Rat zu teil werden zu lassen, im Falle wir keine Genugthuung erhalten.

Die Bürgergardisten der 3. Kompagnie, Peterspfarre.

Das war die reinste Herausforderung zu Gewalttätigkeiten gegen das Militär. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich das Gerücht von den Übergriffen der Reservisten in der Stadt, und die schon lang angesammelte Erregung in den unteren Volksschichten machte sich nun in einer offenen Empörung Luft. Für den Samstag waren schlimme Ereignisse zu befürchten. Die Bürgergarde erhielt deshalb den Befehl zur Bereitschaft. Sie umfaßte zwei Bataillone zu vier Kompagnien (für jeden

der 8 Pfarrbezirke eine), eine Kompagnie gedienter Jäger und die Karlschützengilde, und es gehörte jeder dem stehenden Heere nicht einverleibte waffenfähige Bürger im Alter von 20 bis zum 50. Lebensjahre zu ihr. Auch das Militär wurde konsigniert.

Am späten Nachmittag schon kam es in der (Groß-) Kölnstraße, in der Nähe des Gasborns und am Rölltor zwischen Soldaten und herumlungern den Arbeitslosen zu ernstlichen Reibungen, die sehr blutig wurden. Am Rölltor entwaffnete man die Soldaten, und nach einem Gerücht, von dem aber nachher nicht mehr die Rede war, sollen sogar ihrer zwei getötet worden sein. Am Sandkaulor plünderte eine Anzahl Männer einen städtischen Geräteschuppen. Sie bewaffneten sich mit den dort vorgefundenen schweren Gerätschaften, Hacken und Spaten, und zogen damit in die Stadt. Die Straßen in dem Arbeiterviertel zwischen Adalbertstor und Sandkaulor waren am Abend voll von Arbeitern. Sie verlangten unter schweren Verwünschungen nicht nur die sofortige Entfernung der Reservisten, sondern nun auch schon den Abzug der ganzen Garnison, mit der bis jetzt ein durchaus gutes Einvernehmen geherrscht hatte. Die große Hauptmasse der Demonstranten zog, da sie alle Straßen nach der inneren Stadt zu von der Bürgergarde gesperrt vorfand, aus der Alexanderstraße und Sandkaulstraße kommend, durch die Kölnstraße zum Markt. Auf dem Wege dorthin fingen sie schon Händel mit Soldatentrupps an, die infolge Alarms aus ihren Quartieren zur Kaserne eilten. Am Marktplatz angekommen, wandte sich die Menschenmenge, die viele Hunderte zählte, gegen

die dortige von Militär besetzte Hauptwache. Die Arbeiter rissen das Straßenpflaster auf und bombardierten mit Steinen die Hauptwache, so daß sich die Soldaten zu ihrer Sicherheit gezwungen sahen, sich ins Innere des Rathauses zurückzuziehen. Weiter wurde am Hirschgraben die Montierungskammer zerstört und geplündert. Die Bürgergarde — der allein der Schutz der Stadt verblieb, da sämtliche Truppen in die Kaserne zurückgezogen wurden — hatte sich angesichts der Übermacht und wohl auch eingedenk der Ursache der Unruhen ziemlich passiv verhalten und auch das Militär erhielt keinen Befehl zum Einschreiten gegen die Tumultuanten, trotz der Tätlichkeiten gegen eine ganze Anzahl Soldaten. Der Lärm dauerte bis spät in die Nacht und erst lange nach Mitternacht konnten die Gardisten ihre müden Glieder zur Ruhe betten.

Am Morgen des nächsten Tages (Palmsonntag) verkündete eine Proklamation, daß die Vergehen der Reservisten auf das strengste durch eine gemischte (aus Stadtverordneten und Offizieren bestehende) Kommission untersucht würden und forderte die Bürger, welche Beweise für die Ordnungswidrigkeiten der Reservisten beibringen könnten, auf, ihre Anzeige im Rathaus zu erstatten. Dieser Aufruf beruhigte aber keineswegs die Gemüter. Im Gegenteil, schon um 9 Uhr vormittags sammelten sich große Menschenmassen drohend in der Franzstraße vor der Kaserne an, in der Absicht, die in der Kaserne einquartierten Reservisten anzugreifen. Die Stimmung der Menge machte sich wieder in Ausrufen gegen die Reservisten laut, deren sofortige Entfernung man verlangte. Die Bürgergarde zog nun in zwei Kompagnien vor der

Kaserne auf. Eine Abteilung brachte unter ihrer Bedeckung Oberst v. Artur aus seiner in der Stadt belegenen Wohnung in die Kaserne. Der Pöbel begann alsbald, mit Steinen, die zum Teil aus der Kasernenhofmauer gebrochen worden waren, nach der Bürgergarde und in den Kasernenhof zu werfen. Die städtischen Behörden, die die Gefahr nicht verkannten, begaben sich zum Kommandanten der Truppen und erlangten von diesem auf ihre dringenden Vorstellungen hin die Zusage, daß die Reservisten unverzüglich die Stadt verlassen sollten. Der kommissarische Oberbürgermeister trat sofort unter die erregte Volksmenge und teilte mit, daß der Wegzug der Reservisten unverzüglich erfolgen werde, wodurch die vollständige Genugtuung gegeben sei; gleichzeitig mahnte er sie ernstlich von jeder weiteren Störung der Ruhe ab, die nur Unheil nach sich ziehen könne. Dieses Ergebnis der Verhandlungen der Stadtverwaltung mit der Militärbehörde wurde hierauf durch Trommelschlag und Schellenklang durch den städtischen Ausrufer Hansen (die Attribute seiner Würde, ebenso Uniformen der Bürgerwehr sind im Aachener Zimmer des Städtischen Suermondt-Museums ausgestellt) und durch nachfolgende Proklamation in der ganzen Stadt bekannt gemacht:

Die erneuerte Störung am gestrigen und heutigen Tage hat der städtischen Behörde die Veranlassung gegeben, sich dafür zu verwenden, daß die sämtlichen vorgestern eingetroffenen Kriegsreservisten ohne Unterschied sofort von hier entfernt werden. Diesem Begehren ist entsprochen worden, unter der Bedingung, daß dem ruhigen

Abzug der Mannschaften keine Art von Hindernis in den Weg gelegt werde. Die gedachten Kriegszuservisten werden daher noch am heutigen Tage die hiesige Stadt verlassen. Oberbürgermeisterei und Gemeinderat hegen die Zuversicht, daß die Bürgerschaft sich bei dieser Gelegenheit besonnen verhalte und nichts beginnen werde, was die Ausführung dieser Maßregel irgend stören könnte. Vor allem ist es erforderlich, daß kein Auflauf, kein Zusammentreten der Massen stattfinde, und daß den Aufforderungen der Bürgerwache, durch welche die einzelnen in Quartieren zerstreuten Reservisten zur Kaserne abgeholt werden, bereitwilligste Folge geleistet werde.

Nachen, den 16. April 1848.

Der kommissarische Oberbürgermeister
und der Gemeinderat.

Die Hoffnung, daß dadurch die Ruhe wiederherzustellen sein werde, erwies sich als trügerisch. Eine große Menschenmenge schien die Absicht zu haben, den Abschied der Reservisten nicht friedlich erfolgen zu lassen. Die Ruhestörer verlangten jetzt auch noch drohend die Entfernung aller Soldaten aus Nachen! Als Antwort darauf ließ der Oberst der Bürgerwehr — es war die Mittagstunde schon vorüber — durch eine Kompagnie die Franzstraße (Marschierstraße) räumen. Gleichzeitig sandte der Stadtkommandant eine Ordonnanz nach Köln, die Verstärkung durch Infanterie und Artillerie herbeiholen sollte, weil er glaubte befürchten zu müssen, im schlimmsten Fall gegenüber dem immer gewalttätigeren Treiben der vieltausendköpfigen Masse der Tumultuanten doch eine zu

geringe Besatzung zum Schutz der Kaserne und der Stadt zu haben. Das Militär selbst besleißigte sich infolge eines Armeebefehles, der die Frucht des Berliner Revolutionstages war, größter Zurückhaltung gegenüber den Ruhestörern. Wäre es anders gewesen — die vorhandene Besatzung hätte genügt, um in kürzester Frist Ruhe zu schaffen. So aber ließ man vorläufig die Bürgerwehr allein gegen die Aufrührer vorgehen und die Soldaten folgten der Mahnung ihres Kommandanten, die Beschimpfungen durch die revolutionierende Bevölkerung ruhig zu ertragen und nicht dagegen einzuschreiten. Die Bürgergarde übernahm die Absperrung der Straße zur Sicherung der Marienthaler Kaserne, während in der Kaserne alles zum Abzug der Reservisten vorbereitet wurde. Eine Kompagnie der Bürgerwehr stand in der Nähe der Borngasse, eine andere dort, wo die Franzstraße in den Mexianergraben einmündet.

Die Aufrührer, die unbedingt an den Reservisten ihr Mütchen kühlen wollten, versuchten nochmals, die aus der Adalbertstraße stammende Kompagnie der Bürgerwehr, die mit vorgehaltenem Bajonett den Eingang zur Franzstraße besetzt hielt, zu durchbrechen, um zur Kaserne kommen zu können. Als ihnen dies nicht gelingen wollte, rissen sie das Straßenpflaster auf und ein Steinhagel ging über die Gardisten hinweg und mit herbeigeholten langen Latten wurde ein nochmaliger Sturm auf die Absperrung versucht. Durch Steinwürfe wurden einige Bürgergardisten schwer verletzt und andere durch Keulenschläge zu Boden geschlagen. Nun hatte die so lang bewahrte Geduld der Gardisten ein Ende. Noch eine letzte Aufforderung an

die lärmende und mit Drohungen auf sie eindringende Menge, die Feindseligkeiten einzustellen. Als diese Mahnung ohne Erfolg blieb, erscholl der Ruf „Feuer!“ und — vom Münsterturm verkündeten die Glocken eben die dritte Nachmittagsstunde — nun krachten auch schon eine Anzahl verderbenbringender Schüsse.

Die ersten Toten röteten mit ihrem Blut die Erde. Drei Männer waren getötet, mehrere verwundet, und eine alte Frau, die unselige Neugier herangelockt hatte, fiel vor Schrecken tot um. Der Schauplatz der blutigen Vorgänge war für kurze Zeit leer und diese Gelegenheit wurde rasch benutzt, um die Reservisten in aller Stille durch das hintere Tor in der Kasernenstraße aus der Kaserne zu lassen und beim Marschiertor hinaus zum Bahnhof zu bringen, von wo aus sie im Extrazug nach Köln geschafft wurden. Ihr Abzug blieb aber doch nicht unbemerkt, und von Krakehlern, die zum Eisenbahnübergang bei der Kasinostraße geeilt waren, flogen ihnen die letzten steinernen Grüße nach.

Die Aufrührer flüchteten mit den Toten aus dem Schußbereich der Bürgerwehr und legten sie auf der Straße nieder, langausgestreckt; eine Anzahl Weiber knieten sich um die Leichen und sie heulten und beteten, und die Männer schrien um Rache für das vergossene Bürgerblut. Ein Toter war in die Halle der Erholungs-gesellschaft gebracht worden, dort umgab man die Leiche mit brennenden Lichtern und unter aufrührerischen Reden wurde zum Rachekrieg aufgefördert.

Die Blutopfer des Aufstandes hatten die Arbeiterbevölkerung noch mehr erregt und der Ruf nach „Rache

für das vergossene Bürgerblut“ durchgelte immer und immer wieder die Straßen. In längeren oder kürzeren Pausen bis in die tiefe Nacht hinein verkündete das Getatter der Gewehrshüsse immer wieder von Neuem, daß sich Zusammenstöße zwischen den Tumultuanten und der Bürgerwehr oder dem Militär, das nun endlich, hauptsächlich mit seinen Dragonern, in organisierten Streifzügen zur Beilegung der Unruhen eingriff, ereignet hatten. Große Haufen von Menschen zogen vor die Häuser der Bürgerwehroffiziere, von denen sie behaupteten, sie hätten in der Franzstraße zuerst den Befehl zum Schießen gegeben. Es waren der Bäcker Zilleken, der schwer mißhandelt wurde und mit Mühe einer Lynchung entging, und der Armenarzt Sanitätsrat Dr. Mez, dessen Haus am Holzgraben 477/6 fast zur Ruine zerstört wurde. Dr. Mez hatte als Armenarzt gerade in der Arbeiterbevölkerung große Achtung genossen, er hatte in warmherziger Menschenfreundlichkeit, der kein Opfer zu groß war, wenn es galt, Linderung oder Rettung zu bringen oder Tränen der Armut im Verborgenen zu stillen, unendlich viel für die Armsten der Armen getan. Er war es, der das große Verdienst für sich in Anspruch nehmen darf, zuerst in ganz Deutschland eine Anstalt ins Leben gerufen zu haben, in der unbemittelten Ehefrauen für ihre Niederkunft und ihr Wochenbett Obdach und sachgemäße Pflege geboten wird: das Marianneninstitut, das am 3. August 1830 auf seine unermüdlich gegebenen Anregungen hin, mit der Gattin des Regierungspräsidenten v. Reiman als erster Vorsitzenden, gegründet wurde, und das nun 75 Jahre in segensreichster Weise wirkt.

(Der zunehmende Notstand zeigte sich auch, was bei dieser Gelegenheit nebenbei bemerkt sei, in den Jahren 1845 bis 1849 in den Geburtenziffern des Marianneninstitutes, die damals eine Höhe erreicht haben wie erst zwei Jahrzehnte später bei einer ganz bedeutend vermehrten Einwohnerzahl.) Man kann es mitfühlen, wenn Dr. Mez am Morgen nach der Zerstörung seines Hauses in der Zeitung betonte, es hätte ihn tief geschmerzt, gerade von den Arbeitern, denen er so viele Wohlthaten erwiesen habe, in solcher Weise angegriffen worden zu sein; er habe weder Befehl zum Schießen gegeben, noch überhaupt einen Schuß abgefeuert. Auch das Gebäude der Königl. Regierung wurde von der zerstörungslustigen Menge arg mitgenommen. Als am Abend Militär und Bürgergarde wieder energischer vorgingen, verschanzten sich die Aufständischen zu vielen Hunderten in der Hartmannstraße und errichteten dort aus Tischen und Stühlen, die sie vom Elisenbrunnen geholt hatten, eine regelrechte Barrikade. Von dort aus bombardierten sie die bewaffnete Macht, als sie herangerückt kam, mit Pflastersteinen und Holzstücken. Die Auführer gebrauchten auch Gewehre, die sie bei einem Überfall auf dem Hirschgraben Gardisten abgenommen hatten. Es fielen wieder eine Anzahl Schüsse, die einige Auführer verwundeten und töteten, aber auch auf Seiten der Bürgergarde und des Militärs gab es Verwundete. Außer bei den Vorfällen in der Franzstraße sind an diesem Tage noch sechs Arbeiter getötet worden; von Militärpersonen ist ein Tambour getötet worden, dem ein aus einem Hause in der Marschierstraße geschleudertes Pflasterstein den Kopf zerschmetterte.

Als die Aachener Vorfälle in Köln bekannt wurden, fuhren noch am Sonntag Abend in freiwilliger Mission drei Mitglieder des Fünzigiger=Ausschusses des Frankfurter Vorparlaments, Blum, Raveaux und Lehne, nach Aachen. Blum war der Vizepräsident des Vorparlaments und einer der Wortführer der deutschen Republik; er wurde am 9. November 1848, trotzdem er Mitglied der deutschen Nationalversammlung war, in Wien standrechtlich erschossen, weil er bei dem damaligen Wiener Aufruhr mitbeteiligt war. Raveaux gehörte gleichfalls der demokratischen Linken an; im Jahre 1851, als er sich nach Belgien in Sicherheit gebracht hatte, traf ihn das Loß, von Preußen als Hochverräter in contumaciam zum Tode verurteilt zu werden; er starb aber bald darauf eines natürlichen Todes.

Umgürtet mit schwarz=rot=goldenen Schleifen stellten sie sich sofort dem Stadtoberhaupte zur Verfügung mit dem Anerbieten, durch ihren persönlichen Einfluß auf die Dämpfung der Unruhen hinzuwirken. Sie wollten sich in Wagen unter die Tumultuanten begeben und sie zu beruhigen suchen. Der kommissarische Oberbürgermeister Pelzer glaubte es aber, indem er mit Dank die vorgetragene gute Absicht der Kommission anerkannte, ablehnen zu müssen, sie zu begleiten, da er der Ansicht war, daß ihr Einschreiten zwecklos sei, weil die Unruhfürster noch sehr wenig von einem deutschen Parlament und noch weniger von dem Ausschuß der Fünzigiger wissen dürften und weil in den Abendstunden kaum der richtige Moment zu finden sein würde, die wütende Menge darüber zu belehren. Eine für den frühen Morgen des Montags

aus Anlaß der Anwesenheit der Fünfziger einberufene Gemeinderatsitzung belehrte die Deputation noch weiter über den im Grunde genommen gänzlich unpolitischen Charakter der Unruhen und ihre Ursache. Sie erkannte, daß hier kein Feld für ihre Wirksamkeit sei, betrachtete ihre Mission in Aachen als erledigt und fuhr wieder nach Köln zurück. In

Köln

war es übrigens auch nicht ruhig. Eine am 19. April bei Stollwerck im Deutschen Kaffeehause abgehaltene Arbeiterversammlung erklärte in einer Resolution ganz offen „die Republik als die für Deutschland beglückendste Regierungsform“ und in der Folge kam es zu mehrfachen kleineren Plänkeleien.

Am Montag erneuerten sich die Unruhen. Alle Bande der Ordnung und Sitte waren entfesselt. Am Morgen schon hing an dem Straßenkreuzungspunkt an der Franzstraße am Merscheimschen Hause ein in blutrünstiger, konfusier Sprache geschriebener Aufruf, der viel gelesen wurde und folgenden Inhalt hatte:

Aachener Bürger!

Bürgerblut ist gestern durch die Straßen geflossen, eine Schandtat für die ganze Aachener Bürgergarde, besonders für diejenige der St. Peters-, Pauls- und Jesuitenpfarre. Aber der Fluch lastet auf Euch, ihr Mörder, und das Schwert der Gerechtigkeit schreit um Rache für unsere gefallenen Bürger, und nicht lange wird es sein, so werden alle Häuser seiner Mörder in

Feuer und Flammen aufgehen. Aachener Bürger, seht, man will die Freiheit schon untergraben, aber wir werden ganz Rheinland um Hilfe rufen, die Republik ausrufen und den König der Tyrannen, Fürsten von Preußen, stürzen.

Die Bürgergardisten ließen sich wenig oder gar nicht auf der Straße sehen, außerdem schrumpfte die Wehr durch den Austritt vieler Mitglieder zusammen, die entweder mit der Angst auf gutem Fuß standen — von einem Bürgerwehroffizier erzählt man sich, er sei in der Angst mit voller Bewaffnung vor einem Trupp ihn verfolgender Krakehler in ein Kanalloch geflüchtet — oder auch mit den schärferen Maßregeln des Bürgerwehrobersten nicht einverstanden waren; so erzählt man, daß von der Kompagnie der Adalbertspfarre, die am Tage vorher am meisten beteiligt war — waren doch aus ihren Reihen die ersten Schüsse gefallen — nur 8 Mann erschienen waren, selbst der „Herre Hauptmann“ hatte es vorgezogen, lieber zu Hause seinem treuen Weibchen Gesellschaft zu leisten, als sich auf der Straße einem ungewissen Schicksal preiszugeben. Außerdem erließ das Kommando der Bürgergarde eine Bekanntmachung, in der auseinandergesetzt wurde, daß bei den Ereignissen an der Franzstraßen-Ecke zunächst nicht Feuer kommandiert worden sei, sondern daß die Garde erst dann, als sie durch Steinwürfe und Keulenschläge angegriffen und einzelne Gardisten sogar zu Boden geschlagen worden seien, in gerechter Notwehr von den Waffen Gebrauch gemacht gemacht habe. Die bedrohte Garnison war von Köln aus

durch ein Bataillon des 28. Infanterieregiments und durch einige Geschütze verstärkt worden.

Die Verkaufslokale blieben gleichwie am Sonntag fast sämtlich geschlossen, und die, die unvorsichtigerweise geöffnet hatten, waren von überall umherstrolchenden Kerlen bald geplündert. Die Herren aus der Bürgerschaft, die nach damaliger Sitte Zylinderhüte trugen, hatten meist ihre hohe „Behauptung“ mit der unverdächtigen demokratischen Mütze vertauscht, um nur soviel als möglich zu befürchtenden Insulten des Pöbels zu entgehen. Am Morgen ereignete sich leichtes Geplänkel zwischen Bürgergarde und Volk vor dem Hause des Dr. Mez, an dem man das am Tage vorher begonnene Zerstörungswerk fortsetzen wollte. Hier und dort wurden auch wieder Fenster eingeschlagen, sonst blieb es aber doch am Vormittag verhältnismäßig ruhig; ein großer Teil der Kra-wallmacher schien seine Arbeitsstätten aufgesucht zu haben. In der Mittagsstunde gerieten der nachmalige Staatsprokurator und Vorsitzende des Karlsvereins, damals stud. jur. Dubusc und der cand. theol. Karl Bleeß, zwei Zylinderträger, in der Alexanderstraße in einen Haufen gewalttätiger Menschen und sie wurden von ihnen grundlos mißhandelt. Dubusc wurde von dem jüdischen Kaufmann Rothschild in dessen Haus hineingezogen und so vor dem ferneren brutalen Treiben der Menge geschützt. Bleeß floh in die nahegelegene Wirtschaft „Zum hl. Martin“, der Wirtin Kreuzer gehörig. Die Wirtin und ihr Kellner glaubten jedoch, als nun etwa hundert Männer gegen das Haus anstürmten, dem Hilfesuchenden unmöglich Schutz gewähren zu können, wenn sie sich nicht selbst

den ernstesten Schädigungen aussetzen wollten. Bleeß mußte daher trotz seiner flehentlichen Bitten wieder auf die Straße. Die rohen Menschen ergriffen ihn, warfen ihn zu Boden, schlugen ihn mit Fäusten und traten ihn mit Füßen, und erst als er bewußtlos wurde und sich nicht mehr rührte, ließen die Leute ab von ihm. Schwer verwundet wurde er vom Platz getragen. In der ‚Nachener Zeitung‘ gab es dann, von Dubusc hervorgerufen, eine mehrere Tage dauernde Auseinandersetzung über Samariterpflichten. Dubusc hob die gute Tat des Juden Rothschild hervor und führte dagegen des weiteren aus, wie die als fromm bekannte christliche Wirtin Kreuzer an Bleeß gehandelt hatte. Diese erwiderte, Dubusc habe zu allererst unchristlich gehandelt, denn er habe sich in das Haus Rothschilds geflüchtet, ohne sich um das weitere Schicksal des Bleeß zu kümmern. Und Bleeß verteidigte seinen Freund schließlich damit, daß er angab, Dubusc habe die angebotene Hilfe des Kaufmanns Rothschild erst dann in Anspruch genommen, als er habe annehmen müssen, Bleeß sei in der Kreuzerschen Wirtschaft vor aller Gefahr geborgen gewesen. Bleeß war übrigens einer der 24 Söhne der Eheleute Bleeß, von denen das Hiftörchen umgeht, daß der König für das 25. Kind, falls es wieder wie alle übrigen Kinder ein Sohn sei, die Patenschaft zugesagt habe. Als 25. und letzten Sprößling der Familie begrüßte aber schließlich die Mutter ein — Töchterchen.

Die Kunde von den Unruhen in Aachen hatte den Notstandsarbeitern im Stadtwald keine Ruhe gelassen. Am frühen Nachmittag beschlossen sie, in die Stadt zu ziehen, um ihren dortigen Genossen Hilfe zu bringen und

zu plündern. Es hatte sich unter ihnen infolge der unglaublichen Zurückhaltung des Militärs und der Bürgergarde das Gerücht verbreitet, die Arbeiter seien in derartiger Übermacht, daß sie noch am selben Abend alles Hab und Gut der vermögenden Einwohnerschaft an sich bringen und verteilen würden. Da mußten sie doch auch mit dabei sein. Die Aufseher konnten ihrem Beginnen wenig oder gar keinen Widerstand leisten, und so zogen denn mehrere hundert Notstandsarbeiter auf der Eupenerstraße zur Stadt. Einige Aufseher waren aber unterdessen rasch nach Aachen geeilt und machten von dem Vorgehen der Notstandsarbeiter Mitteilung. Die Dragoner brachen nach dem Aachener Busch auf. Bei Steinebrück stießen sie auf die Meuterer. Diese liefen beim Herannahen der Dragoner nach allen Windrichtungen davon. Ihrer vierzig, die Rädelsführer, wurden festgenommen und gefangen nach Aachen gebracht.

Um 4 Uhr wurden unter Trommelschlag die angeordneten Aufruhrakte verkündet und eine Proklamation besagte, daß jede Vereinigung von mehr als fünf Personen aufs strengste untersagt sei und daß, wenn Militär, Bürgerwehr oder Polizei angegriffen oder ihren Aufforderungen nicht Folge geleistet werde, sogleich von der Waffe unnachsichtlich Gebrauch gemacht werden würde.

Die Anordnungen der Proklamation mußten nur zu bald in Wirksamkeit treten. In der Komphausbadstraße hatte die Bürgergarde gegen die Kölnstraße zu beim Gasthof „Zum goldenen Drachen“ die Absperrung übernommen zum Schutz der dort befindlichen Badegasthöfe, der Redoute, des Kurhauses usw. Um 5 Uhr rückte von der

Kölnstraße ein Volkshause, in dem sich auch Weiber und halberwachsene Knaben und Mädchen befanden, gegen die Bürgerwehr vor, riß das Straßenpflaster am Seilgraben auf und bewarf die Gardisten mit Pflastersteinen. Diese holten zur Verstärkung Militär herbei. Das Steinbombardement nahm kein Ende. Da feuerten die Soldaten, von denen einige Verletzungen durch Steinwürfe erhalten hatten — und ein Mann sowie ein Sandmädchen aus Bardenberg, das den Männern eifrig Pflastersteine herbeigebracht hatte, blieben tot am Platze, mehrere Männer waren lebensgefährlich verletzt.

Diese energischen Maßregeln hatten endlich vollen Erfolg. Die Empörer sahen, daß jeder Widerstand mit Blut gesühnt wurde, und so verliefen sie sich allmählich. Am Abend und in der Nacht ist keinen Augenblick mehr die Ruhe gestört worden, auch in den nächsten Tagen nicht mehr. Vom öffentlichen Ministerium war ferner die Weisung ergangen, gegen diejenigen, die sich während des Aufruhrs gegen das Gesetz vergangen hatten, die Untersuchung einzuleiten. Es wurden daraufhin im Laufe des Montages bei 160 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befanden sich 12 Weiber, ein Knabe von 9 Jahren, ein 14 jähriger Gymnasiast, 15- und 16 jährige Jungen, weiter waren unter den Männern alle Altersstufen, meist zwischen 30 und 40, vertreten, dem Berufe nach meist Tagelöhner oder Fabrikarbeiter, aber auch zwei Musiker. Der Älteste war ein 66 jähriger Schuster. Drei Häufelführer konnten entfliehen, einige Männer und Frauen, deren Unschuld sich bald herausstellte, wurden sofort entlassen; gegen 152 wurde die

Anklage wegen Aufruhrs erhoben. 90 der Angeklagten konnten allerdings in der ersten Zeit der Untersuchung wieder auf freien Fuß gestellt werden, weil ihnen nichts bestimmtes nachzuweisen war, 58 aber, darunter der 9jährige Knabe und eine Anzahl Jungen, schwebten in einer monatelangen Untersuchungshaft.

Die Soldaten, die sich in den Revolutionstagen rühmlich hervorgetan hatten, sind im Jahre 1851 vom König mit einer Denkmünze bedacht worden, die auf der Hauptseite im Mittelfeld des Königs Namen FRIEDRICH WILHELM IV., darüber 1848, darunter 1849 und in der Umschrift die Widmung: SEINEN BIS IN DEN TOD GETREUEN KRIEGERN aufweist. Dazu wurde eine lithographisch reich ausgestattete Urkunde folgenden Inhalts überreicht: „Nachdem der beim in der Zeit vom 1. März 1848 bis 1. Oktober 1849 pflichttreu gedient und auch seitdem die Treue zu dem König und gute Gesinnung bewahrt hat, haben Seine Majestät der König zu befehlen geruht, daß demselben die unterm 23. August 1851 allerhöchst gestiftete Denkmünze für wirkliche Kombattanten verliehen wird.“ Die Denkmünze war am Band zu tragen.

*

Et Decher Wisquas-Sedde,

dessen Rehrreim in Verbindung mit zwei anderen Versen
(Wür sönd allemohle Decher Jonge, weä gät well, deä ka

jo komme) noch heute in Aachen, allerdings in ganz harmlosem Sinne und ohne die Erinnerung an die Entstehung des Liedes, gesungen wird, verdankt sein Dasein einem Vorfall, der sich an einem der unruhigen Apriltage abgespielt hat. Es ist ein Beweis mehr für die allgemeine Spannung, die damals zwischen den weiteren Kreisen der Bevölkerung und dem Militär bestand, und nur aus dieser Spannung heraus ist die unsagbare Roheit zu erklären, die Jupp Specks der Aue in seinem Wisquas-Ledche geradezu verherrlicht hat! Von Schnapsbrüdern ist damals der Regimentstambour, der seiner Körpergröße wegen der Lange genannt wurde, ohne Grund beim Hauptmannsbrunnen überfallen, mißhandelt und seines Tambourstöckes beraubt worden. Die Männer zogen hierauf mit dem Tambourstock über die Komphausbadsstraße und durch die Peterstraße „noh der Fenger op'ne Graf“, wie es in dem Gassenhauer heißt, also in die Fingersche Wirtschaft in dem Hause am Friedrich-Wilhelm-Platz, wo sich heute die Tonhalle befindet. Fenger wurde gezwungen, Bier und Branntwein dem plündernden Haufen frei zu geben. Die Bürgerwache, die hinzukam, um Ordnung zu stiften, soll, nach dem Lied, bald Reißaus genommen und die Leute nicht gehindert haben, als sie nun mit dem Tambourstock noch nach dem Markt gezogen kamen. Dort zerstreute sich die Menge. Der Wortlaut des Wisquas-Ledches wird in mancher Hinsicht, namentlich als charakteristisch für die damaligen Zustände und die noch mehr überraschende Billigung roher Ausschreitungen, in vielen Kreisen der Bevölkerung Interesse genug finden, so daß er hier vollständig abgedruckt sei.

Fresch Jongens stemmt et Ledchen ah
Van der Lange singe Steck met de Wißqueiß drah.
Zuchheirraffa, Balderidera

Der Lange singe Steck met de Wißqueiß drah!

Et kohm 'ne Tambour=Majur gegange,
De hot an der Steck zwei Wißqueiß hange.
Wie dat die Decher Jonge sohge,
Hürt ens hei, wat die duh dohge.

Se nohmen höm, wor dat wal brav,
Si Stecksche met de Wißqueiß af.
Heh wehret sich van alle Siehe
För der Steck wörem wier ze frigge.

Nun rullede se met höm dörch gen Sief,
Aen dat eß gescheht a gen Hotmanns=Pieß.
Der Lange log nun egen Dreck,
Se genge fut met singe Steck.

Häh stong wier op än jahd, ich bloos
Gät op der Steck en dat Geroos.
Beißer zeng van die Stecke verlohre,
Aels ens han der Buckel voll geschohre.

Für mössen hüh noch dröver laache,
Wie häh sich us der Stöp dehg maache.
Häh maachet duh met sing lang Beng
En enge Schrett noch mieh als Zeng.

'Su kohm häh glöcklech wier noh Hous
Aen geng dän Dag net mieh erous.
Wie häh effel no hehm es komme
Aen gät för der Schreck hot ehgenomme,

Duh geng häh, ohne gät ze keuhe,
Sich stellgens egen Hoddele deuhe.
Doch hat häh du de ganze Naacht
Met louter Dreume zogebraacht.

Häh dreumet van de Hotmanns=Pief,
Nehn lühg derneffer egen Sief.
'Su wit et Kapitel van der Lange,
Nun wehd gät neuts wier ahgefange.

Uehr hätt' jo ouch nun gähr beschreffe,
Wo de Jongens met der Steck send blehfe.
Wie se dehn ärme Wißquas=Lange,
De Flüh got hauen ahgefange,

Du wohd dä, dä der Wißquas drog,
Der Führer van der ganze Zog.
Se trocke nun över ge Kompeßbad
Dörch et nettste Beddel van de Stadt.

En louter Lärme än Gerohs
Kohme se bes a Peterstrohs.
Doh blehfe se nun e besge stohn,
För ze hühre, wo et henn sauh gohn.

Du rehj enge van de Wißqueiß=Senger:
„Wo angeschder hen als noh der Fenger.“
Dat liehte se sich net zweimol sage,
Der Wißquas wohd noh der Fenger gedrage.

Nu schreiet Alles: hei eraf,
Koh der Fenger op'ne Graf.
Aen en net wahl e Menüt off vier,
Duh wohre se doh at en de Rühr.

Nun könnt ühr effel ouch wahl denke,
Dat dohg dehn ärme Fenger kränke;
Soh mouht hön zappen ohne Mönz,
Nun Bier än Brandewin ömmesönz.

Wie se sich nun 'ne Stuß gedronke,
Duh songe se ouch wier an ze bronke.
Nun köhnt et nettste van de Saach;
Et kohm va wiets de Börger=Waach.

Wie die nun kohm erah gebronke,
Duh wohd der Wißqueiß recht geschwonke.
Die froget nun: „Wat fangt ühr ah?“
Aen sohge der Steck met de Wißqueiß drah.

Wie dat de Börger=Waach nun sohg,
Hürt ens hei wat die duh dohg.
Die maachet stellchens wiehr de Kiehr
Aen stühret gar net hönn Pläfir.

Se trocke nun de Börger=Waach noh
Aen songe: Für send noch döchtech doh.
Loffe für os net för de Börger verschrecke,
Hant se Gewehre, da hant für Stecke.

Wat ich verzäll, dat eß gescheht,
De Börger=Waach song selber met.
Wie se nun kohme bes op'ne Maacht,
Duh sahete se de Börger godde Maacht.

Nun genge se stellgens wier noh Hous,
Aen stobbede de Wißqueiß uf.
Et Wißquas=Ledche net vergeht,
'Su lang als Kaiser Kaals Dche steht.

Sie liberal — Sie katholisch.

Deutschland war so urplötzlich in eine zerrüttete Lage gekommen. In den kleinen Staaten Mittel- und Norddeutschlands und in der Rheinprovinz regten sich offenkundig republikanische Neigungen und die deutschen Großstaaten befanden sich mitten im Zustand der Revolution. Unter solchen Umständen nahen die Wahlen für die Parlamente. In der ersten Maiwoche hallte ganz Deutschland von dem Wahlärm wider. Die Hauptsache waren die Wahlen zur ersten deutschen Nationalversammlung, die vom Fünzigiger- und vom Siebzehner-Ausschuß vorbereitet und von der deutschen Bundesversammlung angeordnet waren. Am 18. Mai wurde diese deutsche konstituierende Nationalversammlung oder, wie sie sich später nannte, die deutsche verfassungsgebende Reichsversammlung, die 605 der trefflichsten Männer und bedeutendsten Gelehrten Deutschlands, alle Zierden des deutschen Geisteslebens umfaßte, in Frankfurt a. M. in der Paulskirche eröffnet. In Preußen fanden außerdem die Wahlen für die Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung, der Nationalversammlung, wie sie kurz bezeichnet wurde, statt. Diese Wahlen erfolgten auf Grund eines von der preussischen Regierung vorgeschlagenen und am 2. April vom letzten Vereinigten Landtag genehmigten Wahlgesetzes. Am 22. Mai war der weltge-

schichtliche Moment gekommen, wo der König diese Versammlung im Weißen Saal des Kgl. Schlosses in Berlin mit einer Thronrede eröffnete, in der als die zwei Hauptaufgaben der Abgeordneten bezeichnet wurde, dem Volke die ausgedehnteste Teilnahme an der Staatsverwaltung zu sichern und zugleich die Bande noch enger zu knüpfen, die das Haus Hohenzollern seit vier Jahrhunderten mit Land und Volk in Preußen verbinden.

Für die Wahlen zur preussischen Versammlung wurde Preußen in eine Anzahl Wahlbezirke geteilt, in denen die Wahlmänner zu wählen waren. Diese Wahlmänner wählten den Abgeordneten durch geheime Stimmabgabe. Für je 500 Seelen ihrer Bevölkerung hatten die Urwähler einer jeden Gemeinde einen Wahlmann zu wählen. Jeder Preuße, der das 24. Lebensjahr erreicht hatte, 6 Monate in einer Gemeinde ansässig, im Vollbesitz seiner bürgerlichen Ehrenrechte war und nicht aus öffentlichen Mitteln Unterstützung bezog, war Urwähler. Jeder Preuße im Alter von 30 Jahren war zum Abgeordneten wahlberechtigt. Für jeden Landkreis und für jede Stadt unter 60 000 Einwohner war ein Abgeordneter zu wählen, von 60 000—100 000 zwei, von 100 000 bis 140 000 drei, von 140 000—180 000 vier usw. Die auf Grund dieses Gesetzes zusammengetretene Versammlung sollte dazu berufen sein, die künftige preussische Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die bisherigen reichsständischen Befugnisse auf die Bewilligung von Steuern und Staatsanleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben.

Das Wahlreglement für die Wahl der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung war in der Hauptsache gleich dem preußischen. Die Wahlen für die deutsche Nationalversammlung fanden in Aachen am 1. Mai, die für die preußische Nationalversammlung am 8. Mai unter erregter Agitation der katholisch-kirchlichen Partei und der liberalen Partei statt.

In den Rheinlanden war seit dem Kölner Kirchenstreit im Jahre 1837 — dem Konflikt der Regierung mit dem Erzbischof Droste zu Vischering in Köln, der die kirchliche Weihe der „gemischten“ Ehen ohne das Versprechen einer katholischen Kindererziehung verbot, worauf er von der Regierung abgesetzt und auf der Festung Minden interniert wurde; ähnliches ereignete sich mit dem Erzbischof Dunin von Posen — durch eine an diese Vorgänge angeknüpfte Flugschriftenliteratur eine mächtige katholische Bewegung angewachsen, der König Friedrich Wilhelm IV. (seit 1840 auf dem Thron) u. a. dadurch Rechnung trug, daß er 1844 eine katholische Abteilung im Kultusministerium einrichten ließ, die bis zum Jahre 1871 bestand. Die Wahlen für Berlin fielen deshalb auch durchaus katholisch aus.

In

Aachen

hatten sich bald nach dem Eintritt der revolutionären Ereignisse eine Anzahl Katholiken zusammengeschlossen, um für die Unabhängigkeit der Kirche und die Förderung der religiösen Freiheit zu wirken und gegen kirchenfeindliche Bestrebungen anzukämpfen. Die im Jahre 1845 ins Leben

gerufenen Vereine Constantia und Sonntagsgesellschaft gründeten am 3. April zu diesem Zweck den Piusverein, als „katholische Gesellschaft für religiöse und bürgerliche Freiheit“, dem gleich bei der Gründung an 700 Mitglieder beitraten und der in den bevorstehenden Wahlen die erste bedeutende Rolle spielte. Auf gleicher Grundlage stehende Piusvereine — benannt nach Papst Pius IX. — wurden im Aachener Regierungsbezirk im Jahre 1848 in Burtscheid, Forst, Brand, Erkelenz, Eupen und Düren errichtet.

Auch war in Aachen ein Liberaler Bürgerverein ins Leben getreten. In seinem Programm stand: Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, Gleichstellung aller Bürger in den politischen Rechten ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, direkte Wahlen in Staat und Stadt ohne Zensus, passives und aktives Wahlrecht für Männer von 21 Jahren ab. Die Gegner riefen dem Verein seiner Forderung nach Wahlen ohne Zensus wegen in den Zeitungen zu, er möge sich doch passender und aufrichtiger „ultraradikaler Bürgerverein“ nennen. Dem Verein gehörte die überwiegende Anzahl der hiesigen Industriellen, namentlich die protestantischer oder jüdischer Konfession an. Von den Behörden wurde er mißtrauisch angesehen. Ein Leutnant aus der hiesigen Garnison, Adamski, der dem Verein beigetreten war, wurde auf Anordnung des Kriegsministers sofort nach Köln versetzt. Eine liberale Bürgerversammlung verfaßte daraufhin eine Protesterklärung, wie sie damals bei jeder Gelegenheit in Aachen in Schwung waren, diesmal gegen den Kriegsminister, die aber keinen Erfolg hatte. Adamski

beschäftigte sich später mit revolutionären Umtrieben, mußte fliehen, wurde gefangen genommen und machte Bekanntschaft mit dem Gefängnis. Das Nacherer Offizierkorps war in seinen jüngeren Vertretern überhaupt sehr liberalen Sinnes. Es leitete eine Standesbewegung ein, die dann auf viele Garnisonen überging, indem es in einer im April abgeschickten Petition an den Kriegsminister und den Präsidenten des Staatsministeriums Reorganisation des Heerwesens, Verschmelzung der Linie und Landwehr nach Scharnhorst'schen Grundsätzen, Gleichstellung des Militärs mit den anderen Staatsbürgern, Anwendung des Zivilgesetzes bei Vergehen der Militärs mit Ausnahme rein militärischer Verbrechen, bessere Befoldung, Aufhebung der Ehrengerichte und der geheimen Konduiten usw. verlangte. Der Kriegsminister dämpfte diese Bewegung damit, daß er zu Ende April in einer Verfügung erklärte, die Militärpersonen seien nicht berechtigt, über die besonderen militärischen Dienstverhältnisse und die allgemeinen Staatseinrichtungen zu beraten.

Im Mai machte eine Anzahl Mitglieder der katholischen Partei in den Zeitungen Stimmung gegen den infolge der Besetzung des Grafen Wedell am 1. Mai nach Nachen berufenen Regierungspräsidenten Friedrich v. Kühlwetter, weil Kühlwetter, wie es infolge irrtümlicher Meldung anfänglich hieß, Protestant sein sollte. Sie verlangten, daß man der Regierung nahelege, erfahrene und glaubenstreue Bürger dürften fürderhin ihres Glaubens wegen bei der Besetzung höherer Staatsstellungen nicht übergangen werden. Kühlwetter war allerdings als Katholik durchaus kein Freund einer kirchlichen Politik

im deutschen Staatsleben, und später während des Kulturkampfes, als Oberpräsident von Westfalen, litt er schwer unter den Angriffen der katholisch-politischen Partei, weil er mit Entschiedenheit die Rechte des Staates wahrte. Auch im Regierungsbezirk machte sich in gleicher Entschiedenheit wie in der Stadt Aachen die katholische Bewegung geltend. So z. B. in Stolberg, das damals nur etwa 4000 Einwohner zählte, davon bei 3500 katholischer Konfession, während in dem 1845 gewählten Gemeinderat unter 18 Mitgliedern 12 Protestanten und 6 Katholiken saßen. Die dortige katholische Partei schrieb dieses Verhältnis dem zu hoch geschraubten Zensus zu und trat für eine Herabsetzung des Zensus ein, damit auch die Hauptmasse der katholischen Einwohner stärkeren Einfluß bei den Wahlen ausüben könne.

In Aachen trat die katholische Partei besonders nachdrücklich in die Wahlagitation, weil in der preußischen Nationalversammlung die Erörterung der noch immer schwebenden Kirchenfragen zu erwarten war. Die schütz-zöllnerisch gesinnten Liberalen suchten ihren Kandidaten Hansemann durchzubringen, weil die der liberalen Partei angehörigen Industriellen im Berliner Parlament gegenüber den freihändlerisch gesinnten Männern aus dem Osten genügend vertreten sein wollten. Weiterhin hätte Hansemann, der damals ein Ministerportefeuille innehatte, eine Wahlniederlage in Aachen, der Stadt, aus der der ehemalige Handlungsreisende seinen Aufschwung zum Finanzminister genommen hatte, als eine Schwächung seines politischen Ansehens betrachten müssen, und aus diesem Grunde schon gaben sich seine Aachener Freunde

große Mühe, ihn durchzubringen. Die katholisch-kirchliche Partei bezeichnete aber Hansemann deshalb schon als unannehmbar für sie, weil er Protestant war, die katholischen Bedürfnisse nicht kenne, und sie in Berlin unbedingt durch einen Katholiken vertreten sein wollte sowie weil Hansemann durch seine Stellung als Minister beim besten Willen und größter Redlichkeit doch nicht die Interessen seiner überwiegend katholischen Wählerschaft vertreten könne. So hatten bereits die Urwahlen das Ergebnis gehabt, daß zumeist Wahlmänner aus der Urne hervorgingen, die entweder direkt dem geistlichen Stand angehörten oder sonst im Dienste der kirchlichen Bewegung standen. Und bei der Hauptwahl blieb Hansemann mit 27 Stimmen in der Minderheit, während sich auf seinen katholischen Gegenkandidaten, den Vorsitzenden der Constantia Advokatanwalt Jungbluth 70 Stimmen vereinigten. Als Stellvertreter wurde der Handelsgerichtspräsident Josef van Gölpen gewählt. Jungbluth legte im September 1848 sein Mandat nieder, sein Vertreter war nach England verreist auf lange Zeit, und so wurde eine Neuwahl angeordnet, die fast einstimmig für Kühlwetter ausfiel, der damals schon im Ministerium saß. Im Landkreis Aachen, der zwei Vertreter zu wählen hatte, wurde Hansemann neben dem Kölner Erzbischof gewählt. Einsendungen in den Zeitungen riefen deswegen den Landkreiswählern ein „Alles Botsched bover Dche“ zu. Weiter wirkten folgende Aachener im Berliner Parlament: Regierungsrat Riß (gewählt von Montjoie), Regierungsrat und Geistlicher Schulrat Frenken (gewählt von Heinsberg) und Regierungsassessor Conzen (gewählt von Weilen-

Kirchen). Hansemann wäre übrigens durch direkte Wahl in den Wahlkreisen Gummersbach, Malmedy, Lennep und Solingen ins Parlament gekommen. In Malmedy erfolgte seine Wahl auf Empfehlung der katholischen Geistlichkeit, die sich in einen Gegensatz zu Aachen stellte. Bei der Wahl zum deutschen Parlament in der Stadt Aachen vereinigte auch die katholische Partei ihre Stimmen auf Hansemann, um ihm zu zeigen, daß man ihm nicht vielleicht, wie es nach dem Ausgang der Wahl für Berlin hätte scheinen können, Mißtrauen entgegenbringe. Als sein Stellvertreter wurde Kanonikus Smets gewählt, den Hansemann vorläufig bat, die Stellvertretung für ihn zu übernehmen. Smets dankte später krankheits halber ab und an seine Stelle wurde Prof. Hermann Müller, von der Würzburger Universität, gewählt. Hansemann ist nie in die Lage gekommen, im Frankfurter Parlament sein Mandat auszuüben. Auch der kommissarische Oberbürgermeister Pelzer stand ursprünglich auf der Kandidatenliste für Frankfurt; der Ausfall der Wahlen für Berlin hatte es aber notwendig gemacht, daß er von einer Wahl abschied. Im deutschen Parlament waren auch aus Aachen Landgerichtsrat Blömer (gewählt im Landkreis Köln) und Regierungsrat Riz (von Montjoie gewählt).

Mit den beiden Parlamenten stand die Aachener Bürgerschaft durch zahlreiche Rundgebungen, Proteste und Petitionen bei allen bedeutenderen Beratungsgegenständen in fortwährenden Beziehungen.

Aufbruch in Trier.

Trier erlebte während der Wahlbewegung einen mehrtägigen Aufbruch. Die demokratische oder dort richtiger republikanische Partei hatte die Oberhand. Für die Frankfurter Versammlung errang sie in elf von den zwölf Wahlbezirken die Majorität. In diesem zwölften Bezirk wählte ausschließlich das Militär. Ein demokratischer Wahlmann, namens Gustav Heis, wurde am 1. Mai aus dem Wahllokal des zwölften Bezirkes, der Maximinkaserne, etwas unsanft von Unteroffizieren auf die Straße befördert, weil die Soldaten seine Agitationen für die „rote Republik“ nicht hören wollten. Das war der Anlaß zu Unruhen. Am 2. Mai sollte ein Bataillon des 26. Infanterieregiments in die Stadt einrücken und zwar durch das Neutor. Die Soldaten kamen nach elfstündigem Marsch von Kellingen her und waren recht ermattet. Ein Teil der Bevölkerung hielt nun das Neutor besetzt und verwehrte dem Bataillon den Einzug. Dieses mußte daraufhin einen Umweg um die Stadt machen, um zu seinen Quartieren zu gelangen. Die Soldaten waren begreiflicherweise über die Bevölkerung aufgebracht, außerdem sollen sie bei ihrem endlich erfolgten Einzug in die Stadt Angriffen und Belästigungen ausgesetzt gewesen sein. In der Bevölkerung hinwiederum wurde behauptet, die 26er hätten sich Herausforderungen gegenüber der Bürgerschaft zuschulden kommen

lassen, hätten eine schwarz-weiße Fahne statt der Fahne in den deutschen Farben bei ihrem Einzug getragen, hätten Drohungen wider den demokratischen Geist der trierischen Bevölkerung ausgestoßen usw. Also ähnlich wie in Aachen. Am späten Abend kam es zu einem Auf-
lauf vor dem Militärarresthaus, weil sich das Gerücht verbreitete, fünf von den Artilleristen, die für den Heis bei der Szene im Wahllokal Partei genommen hatten und dem Disziplinarverfahren unterworfen werden sollten, seien ins Militärgefängnis gekommen. Demokratische Arbeiter schickten sich an, Versuche zur Befreiung dieser Soldaten zu unternehmen. Der wachthabende Offizier ließ trommeln, Mannschaften vom 30. Infanterieregiment rückten aus zur Dietrichstraße. Zwei Gewehrjälven auf die drohende Menge — zwei Tote und mehrere schwer Verwundete lagen am Platze, Generalmarsch für die Bürgerwehr, Sturmläuten aller Kirchenglocken, Alarmblasen der Feuerwehr. Von der fieberhaften Erregung, die damals herrschte, zeugt es, daß man sofort an den Bau von Barrikaden ging; über fünfzig erstanden in derselben Nacht — aber Niemand kam, um sie anzugreifen, denn das Militär war nur zum Schutz des Militärgefängnisses ausgerückt. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, der damals gerade in Trier weilte, und General v. Schreckenstein, ordneten am Morgen sofortige Untersuchung an und erklärten, das Bataillon der 26er würde sofort abziehen, wenn sich herausstellen sollte, daß es die erste Ursache zu den bedauerlichen Ausschreitungen gegeben hätte. Das half nichts, die Trierer Demokraten wollten ihre Revolution haben. Am Nachmittag des 3. Mai ging der Kummel

wieder los. Am Gangolphsturm wurde eine rote Fahne aufgesteckt. Die Hauptwache, die von dem in die Kaserne zurückgezogenen Militär verlassen worden war, wurde demoliert. Der für die preußische Nationalversammlung gewählte Abgeordnete Baldenaire, der sich schon vorher eifrig am Bau der Barrikaden beteiligt hatte, schickte reitende Boten nach Merzig und Conz und forderte die bäuerliche Bevölkerung zur Unterstützung der Trierer Bevölkerung auf und die Bauern kamen denn auch wirklich angezückt. Das Kustor bei der Kaserne, das von einem Detachement vom 30. Regiment besetzt war, wurde im Sturm genommen und das Militär wurde in die Kaserne zurückgedrängt. Ein stärkeres Detachement wurde ausgeschickt und als die Menge anfänglich nicht zurückweichen wollte, wurde mit Säbeln und Gewehrkolben eingehauen. Zwei der Aufrührer wurden getötet, ein dritter schwer verwundet. General v. Schreckenstein erließ hierauf die drohende Proklamation, daß er, wenn nicht innerhalb einer bestimmten Zeit die rote Fahne vom Gangolphsturm verschwände und die Barrikaden beseitigt würden, mit der Bevölkerung durch seine Kanonen eine deutliche Sprache reden würde. Das genügte. Ebenso geschäftig, wie in der vergangenen Nacht beim Aufbau, zeigte sich nun die Bevölkerung beim Abreißen der Barrikaden. Die Bürgergarde wurde entwaffnet, alle Tore wurden militärisch besetzt, eine Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen. Aller Unfug war zu Ende.

Der Prinz von Preußen.

Seit den Revolutionstagen regnete es förmlich Petitionen, Proteste, Adressen und Resolutionen in Deutschland und namentlich in Preußen. War diesen Kundgebungen anfänglich, soweit sie wirklich von der Willensäußerung breiter Volksmassen getragen waren und allgemeine Wünsche des Volks zum Ausdruck bringen sollten, große Berechtigung und Bedeutung nicht abzuspochen, so artete diese Resolutioniererei später geradezu in eine epidemische Volkskrankheit aus, die nicht unwesentlich dazu beitrug, daß die Beratung über die Verfassungsangelegenheiten in beiden Parlamenten einen so schleppenden Gang nahm. Über manche Tagesfrage waren oft tausende verschiedener Petitionen an die gesetzgebenden Stellen abgegangen und über jede Kleinigkeit faßte man eine Resolution oder eine Adresse, und man kann sich vorstellen, wieviele Zeit dadurch den armen Volksvertretern für die Erledigung ihrer Aufgaben verloren ging. Die lieben Rheinländer waren auch groß im Adressenschreiben und selbst die gemäßigeren Kreise machten mit ihren Protesten nicht einmal vor dem Königshaus Halt.

Der infolge der Kinderlosigkeit des Königs Friedrich Wilhelm IV., seines Bruders, zum Thronfolger ernannte Prinz Wilhelm von Preußen, der damals als General der Infanterie und Statthalter in Pommern wirkte und später als Wilhelm I. die Kaiserkrone des neuen Deutschen Reiches empfing, war bei einem großen Teil der preußi-

ſchen Bevölkerung, inſbeſondere in Weſtdeuſchland, wenig beliebt. Er galt als Führer der Reaktionären und ſtand in dem Ruſe, den König in ſeinem ablehnenden Verhalten gegenüber den Wünſchen des Volkes im Vormärz weſentlich beſtärkt zu haben. Außerdem verübelte man ihm das fortdauernd freunſchaftlich geweſene Verhältnis zu ſeinem Schwager, dem Zaren Nikolaus, den das Volk als den gefährlichſten Feind der Freiheit und des Fortſchrittes bezeichnete. In den Marken und in Pommern, wo man Prinz Wilhelm beſſer kannte, genoß er hingegen wegen ſeines ritterlichen Charakters große Sympathien, und es iſt nur zu ſpät bekannt geworden, daß gerade er es war, der in den Märzſtürmen gegenüber andern Ratgebern des Königs für die ernſtliche Einführung der Konſtitution eintrat, allerdings auf vorherige Wiederherſtellung von Ruhe und Ordnung im Lande drang. Als ſich noch dazu in Berlin das Gerücht verbreitete, Prinz Wilhelm habe am 18. März, neben dem König auf dem Balkon des Kgl. Schloſſes ſtehend, durch ein Zeichen mit einem weißen Taſchentuch die Veranlaſſung zu den erſten verhängnisvollen Schüſſen auf das Volk gegeben, und ihn auch ſchon der höchſte Grad politiſchen Wahnsinns dem Tode weihen wollte, da begab er ſich am 13. März auf den Rat des Königs und der Miniſter hin auf Umwegen weg von Berlin und wandte ſich nach London. Offiziell wurde ein Auftrag des Königs an den Prinzen bekannt gegeben, nach London zu reiſen, um dem befreundeten engliſchen Hof Aufſchluß und Aufklärung über die Zuſtände und Ereigniſſe in Berlin zu erteilen.

Am 10. Mai richtete dann das Staatsministerium eine Eingabe an den König, den Prinzen zurückzuberufen. In der Begründung dieses Beschlusses wurde betont, daß es für den Zeitpunkt, wo die Staatsverfassung zustande gekommen sein werde, unerläßlich sei, daß der Prinz, der nächste am Thron als Thronfolger, zur feierlichen Anerkennung der Staatsverfassung anwesend sei. Aber auch während der Beratung (die ja 12 Tage später beginnen sollte) sei es erforderlich, jeden Zweifel, jede mißliebige Deutung, wozu die Abwesenheit des Prinzen immerhin Anlaß geben könnte, zu beseitigen. Es sei nötig, daß die Versammlung zur Vereinbarung der Staatsverfassung ihre Beratungen mit der vollen Gewißheit pflegen könne, in dem ersten Untertanen des Königs einen Mitbürgen der Rechte zu finden, die der König der Volksvertretung einzuräumen entschlossen sei. Der König ordnete daraufhin sofort die Zurückberufung des Prinzen an.

Der Beschluß des Staatsministeriums auf Zurückberufung des Prinzen hatte nun, so wie in einer großen Anzahl preußischer Städte des Westens die Bevölkerung demonstrierte, auch in Aachen am 16. Mai die Einberufung einer Bürgerversammlung zur Folge, in der gegen den Beschluß des Staatsministeriums in scharfer Sprache Einspruch erhoben und dieses aufgefordert wurde, seinen Beschluß zurückzunehmen. In

Köln

war die Protesterei in ein ganzes System gebracht. Da waren an einer Anzahl verkehrreicher Straßenecken Tische mit Schreibmaterialien aufgestellt und von dafür bestellten

Agitatoren wurde jeder Vorübergehende aufgefordert, eine Tags vorher, am 14. Mai, im Stollwerck'schen Saale angenommene Protestresolution gegen den Prinzen zu unterschreiben. Mit 8295 Unterschriften versehen, wurde dann die Resolution nach Berlin geschickt. Zu den stürmischsten Kundgebungen gegen den Prinzen kam es aber in Berlin bis zum 15. Mai und der Lärm des Tages verpflanzte sich auch in die Nationalversammlung. So gar ein Sturz des Ministeriums war zu befürchten. Eine ganze Anzahl Offiziere bis hinauf zum Generalmajor v. Aschoff, dem Befehlshaber der Berliner Bürgerwehr, versagte es sich gleichfalls nicht, gegen die Zurückberufung des Prinzen zu protestieren, die sie mindestens für verfrüht ansahen. So herrschte in Berlin wieder echte Revolutionsstimmung. Die Proteste blieben selbstverständlich unbeachtet. Anfangs Juni kehrte Prinz Wilhelm, dem übrigens auch viele Zustimmungskundgebungen zugegangen waren, nach Berlin zurück und erklärte am 8. Juni in der dortigen Nationalversammlung, in die er als Abgeordneter gewählt worden war, daß er sich treu und gewissenhaft auf den Boden der konstitutionellen Monarchie stelle. Den seiner Rede von den Konservativen gespendeten Beifall übertönte anhaltendes Zischen auf der Linken.

Selbst ein Jahr später hatten sich die Gesinnungen für ihn im Rheinland so wenig geändert, daß er, als er mittlerweile Militärgouverneur von Rheinland und Westfalen geworden war und seinen Wohnsitz in Koblenz aufgeschlagen hatte, auf Inspektionsreisen in den größeren rheinischen Städten überall nur kühl empfangen wurde.

Als er als Oberbefehlshaber der Operationsarmee in Baden und in der Pfalz für die Niederwerfung des ausgebreiteten Aufstandes tätig war, war bei Nieder-Jungelheim von feiger Mörderhand, von dem Freischärler Adam Schneider, ein Attentat auf ihn ausgeübt worden, dem er nur durch Zufall glücklich entging. Die Entrüstung über diese Freveltat war damals allgemein, auch in den Kreisen, die ihm politisch sehr fern standen. Mit solchen Mordbuben wollte sich denn doch keine Partei identifizieren, und wäre sie noch so weit linksstehend gewesen.

Weil es die Aprilereignisse in

Aachen

betrifft, sei seines Besuches Erwägung getan, den er vom 16. bis 18. Dezember 1849 der alten Kaiserstadt an der Wurm abstattete. Er wurde von den Spitzen der Stadtverwaltung um 5 Uhr nachmittags am Bahnhof empfangen und fuhr zum Präsidialgebäude, wo die obersten Vertreter der verschiedenen Behörden in Aachen, die höhere katholische und protestantische Geistlichkeit und die Gemeinderäte zur großen Cour geladen waren. Der kommissarische Oberbürgermeister Pelzer stellte die Gemeinderäte dem Prinzen unter der Versicherung vor, daß die Stadt Aachen die alte Treue und Anhänglichkeit an den König und sein Haus bewahrt habe. Der Prinz kam in seiner Erwiderung auf die Aachener März- und Aprilereignisse zu sprechen und sagte unter Anerkennung über die Haltung der Stadtverwaltung in jenen Tagen, er hoffe, daß sich die Anhänglichkeit der Stadt an das Königshaus fort-dauernd und, wenn es sein müßte, in noch schlimmeren

Zeiten bewähren werde. Als ihm u. a. der Direktor der höheren Bürgerschule, der gleichzeitig ein Stadtverordnetenmandat innehatte, vorgestellt wurde, wies er darauf hin, wie es jetzt im Hinblick auf jene Aufruhrszenen ganz besondere Pflicht der Schule sei, für eine gediegene sittliche Erziehung der Jugend zu sorgen, damit in sie ein gesunder Keim für die Zukunft gelegt werde, und daß — und hiebei wandte er sich an die in der Nähe stehenden Geistlichen — jede Erziehung in der Religion ihre Basis haben müsse. Trotz Aufforderung zur Illumination hatte die Stadt aber nur wenige erleuchtete Fenster aufzuweisen. Am nächsten Tag fand bei trübem Wetter auf der Theaterstraße Inspizierung der Garnison statt und abends wurde dem Prinzen zu Ehren ein Festball veranstaltet. Am nächsten Tag reiste er nach Jülich weiter.

Soziale Fragen.

War es auch eine der Hauptaufgaben des Märzministeriums Camphausen-Hansemann gewesen, die wirtschaftliche Notlage in Preußen durch Gewährung von Staatsbeihilfen, Ausführung staatlicher Arbeiten usw. nach bester Möglichkeit zu lindern, so blieben natürlich noch immer viele Wünsche und Bitten übrig, die alle zu erfüllen unmöglich war, sofern nicht ihre Erledigung in der erhofften „besseren“ Zeit zu erwarten war. Staatshilfe und Selbsthilfe gingen auch da wie heute nebeneinander, zum großen Teil sich gegenseitig unterstützend und fördernd, zum Teil aber nahm die Selbsthilfe, wie unter der Arbeiterschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Formen an, die nichts mehr von der Anarchie, vom Verbrechen trennte, und auch der Sozialismus Lassalles, Margens und Engels, dieser drei Hauptvertreter der deutschen Sozialdemokratie, die im Jahre 1848 in Köln und Düsseldorf wirkten, war durchaus revolutionär gefärbt. Das kommunistische Manifest, das zu Anfang des Jahres 1848 von Marx und Engels verfaßt und verbreitet wurde, kündigte direkt eine Umwandlung der Gesellschaftsordnung nicht auf friedlichem, sondern nur auf revolutionärem Wege an. Die Hauptführer des Internationalen geheimen Kommunistenbundes, dem Marx angehörte, hatten die Rheinprovinz im Jahre 1848 zu ihrem Hauptarbeitsfeld gemacht und die Neue Rheinische Zeitung in

Köln vertrat das sozial=revolutionäre Programm dieses Bundes, der in zahlreichen Arbeitervereinen öffentliche Förderung fand.

Den ganzen damaligen Stand der sozialen Frage, soweit darunter die Verhältnisse des Lohnarbeiterstandes und der dienenden Klassen überhaupt zu verstehen sind, darzustellen, kann nicht die Aufgabe dieser Zeilen sein, sobald über eine flüchtige Skizzierung hinaus gegangen werden soll. Es sollen deshalb nur einige Punkte Erwähnung finden, die für die Lage des kleinen Handwerks und der Arbeiterschaft in Aachen und in anderen rheinischen Städten bezeichnend sind.

Soweit in Preußen die Staatshilfe in Betracht kam, erwarteten die Arbeiter namentlich die Errichtung eines Arbeitsministeriums, dessen Einführung in Anlehnung an das Handelsministerium auch später von der Regierung in Erwägung gezogen worden ist. Daneben tauchte in vielen Resolutionen der beiden ersten Parlamente der naheliegende Gedanke der staatlich ermöglichten Fürsorge für die kranken und arbeitsunfähigen Arbeiter auf und da war es hauptsächlich eine am 7. Mai 1848 bei Renjing in Aachen abgehaltene Tucharbeiterversammlung, die die Bestrebungen der modernen sozialen Gesetzgebung zum erstenmal erörterte, indem sie in einer Petition neben den allgemeinen Forderungen eines Arbeiterministeriums und Schutzes der Industrie die Schaffung von Invalidenhäusern für kranke und arbeitsunfähige Arbeiter verlangte. Eine weitere lebhafte Agitation rief die von den Ladenangestellten in Aachen verlangte Sonntagsruhe hervor, ein Vorgehen, dem sich die kaufmännischen Angestellten

in Köln und in anderen rheinischen Städten alsbald anschlossen. Auch da wieder kam es zu Petitionen.

Die moderne deutsche Handwerkerbewegung hat ihren Geburtstag gleichfalls im Jahre 1848. In Preußen wurde im Jahre 1845 die Gewerbefreiheit eingeführt auf Grund einer Gewerbeordnung. Diese Gewerbeordnung suchte insbesondere die Innungen zu begünstigen. Nach der großen französischen Revolution war auch für die damaligen unter französische Herrschaft gekommenen deutschen Landesteile die volle Gewerbefreiheit dekretiert worden. In den übrigen deutschen Staaten herrschte ein mannigfaltiges Gewerberecht. Im Jahre 1848 vom 15. Juli bis 18. August war in Frankfurt a. M. ein Handwerkerparlament einberufen worden, das von ganz Deutschland beschiedt wurde. Es trat entschieden für eine Einschränkung der Gewerbefreiheit ein und befürwortete, namentlich auch vom Aachener Gewerbeverein unterstützt, das alte Zunftwesen, forderte die Meisterprüfung für viele Gewerbe und verlangte weiter, daß das Recht Lehrlinge zu halten von der Ablegung eines Befähigungsnachweises abhängig gemacht werde. In Preußen kam der König diesen Wünschen in zwei Verordnungen im Februar des Jahres 1849 nach.

Zur Selbsthilfe griffen verschiedene Handwerkergruppen durch Einführung genossenschaftlichen Betriebes, meist um so in besseren Wettbewerb mit den großkapitalistischen Fabrikanten treten zu können, die für ihre Betriebe die Maschinenarbeit in weitestem Maße einzuführen bestrebt waren. In Aachen fanden aber derlei Anregungen wenig fruchtbaren Boden. Nur die Schreinermeister vereinigten

sich im August des Jahres 1848 und begründeten ein großes Vereinsmöbelmagazin, das nach kaum einjährigem Bestehen weniger des ungenügenden Ertrages als sonstiger Unzuträglichkeiten wegen aufgelöst wurde.

Fleischnot machte sich im Rheinland im Frühjahr 1848 geltend, hervorgerufen durch zweijährige Futternot. Zur Abhilfe dieser Fleischnot versammelten sich die rheinischen Metzger am 26. April in Köln zu einer Beratung. Auch viele Aachener Metzger wohnten dieser Versammlung bei. Die Versammlung trat für Abschaffung der Schlachtsteuer und sanitätspolizeilichen Schutz gegen einzuführendes Fleisch aus dem Ausland ein, mit der Begründung, daß sie sich hierbei von dem Grundsatz leiten ließen, ihr Gewerbe zu schützen, ohne die Bevölkerung zu benachteiligen, vielmehr diese durch möglichst billige Fleischpreise zu „bevorteilen“. Gleichwohl hat aber die vorübergehende Aufhebung der Schlachtsteuer in Aachen auf die Preisstellung für die Lebensmittel nur unwesentlichen Einfluß gehabt.

Auch von verschiedenen Lohnbewegungen und daraus entstandenen großen Ausständen ist aus den Monaten, die der Umgestaltung der politischen Verhältnisse folgten, und als sich die Geschäftslage in verschiedenen Gewerben ein bißchen zu bessern begann, zu berichten.

Derartige Bestrebungen fanden nicht überall bei den Arbeitgebern Zustimmung und die Zeitungsblätter von damals sind voll von Einsendungen der beiden Parteien, die sich an persönlicher Gehässigkeit gegenseitig zu überbieten suchen oder in denen die Wünsche der Angestellten verspottet werden. Als eine Probe derartiger polemischer Zeitungseinsendungen seien folgende heitere Sätze abge-

druckt, die verfaßt worden sind, als auch noch die Privatdiener der in Aachen wohnenden Herrschaften in eine Lohnbewegung einzutreten begannen. Sie lauten: „Dem Vernehmer nach wollen auch die Köchinnen, die Mägde und die Kindermädchen zu einer Versammlung dieser Tage zusammentreten, um ihre Verhältnisse zu ihren Brotherren zu besprechen. Es verlautet, daß sie eine gänzliche Umgestaltung der jetzigen häuslichen Einrichtungen beantragen wollen. So verlangen sie, daß sie morgens nicht vor 7 Uhr aufzustehen brauchen, daß das Frühstück um 10 Uhr vormittags und das Mittagessen um 5 Uhr nachmittags eingenommen werde, daß sie zu keiner schmutzigen Arbeit, als Straßenkehren, die Steinkohlenmanipulation, Feuerheizen und anderes mehr verpflichtet sein sollen, daß der jetzige Lohn um das Doppelte erhöht werde, und endlich, daß sie jeden Tag von 6—9 Uhr abends frei ausgehen dürfen, um sich am öffentlichen Leben zu beteiligen.“

Die Herren Militäranwärter bekamen in jenen ersten Tagen der Preßfreiheit, die vielfach zu anonymen Beschimpfungen von unglaublicher Bosheit und Niedrigkeit ausgenützt wurde, manches grobe Wort zu hören. Ein Militäranwärter hatte als Beschäftigung die Reinigung verschiedener Amtsräume übertragen erhalten, eine Arbeit, die der gute Gatte aber immer von seiner Frau hatte besorgen lassen. Der Mann starb, und um nicht ihres Einkommens verlustig zu gehen, kam die Witwe darum ein, daß man ihr die Reinigungsarbeit, die sie bisher allein besorgt hatte, auch fürderhin überlassen soll. Das Ministerium konnte aber nach den Bestimmungen

über die Militäranwärter nicht anders handeln, als anzuordnen, daß die Stelle durch einen mit Anspruch auf Zivilverföorgung versehenen Soldaten zu besetzen sei. Als diese Entscheidung bekannt wurde, hagelte es Einsendungen, deren Grundton war, die Armee müsse im Volk aufgehen, derartige Bevorzugungen müßten aufhören in der neuen Zeit, Anstellungen im Staatsdienst dürften nur diejenigen erhalten, die sie am meisten verdienten, und die besten Ansprüche seien aber nie und nirgends in langem Paradedienst begründet, es gehe nicht an, daß der Kriegsminister ferner seine ausgedienten Soldaten den anderen Ministern zur Versorgung überweise usw.

Unabhängigkeit der Kirche vom Staat.

Die durch mancherlei Vorfälle in den vorhergegangenen Jahren entfachte religiös-politische Bewegung — auf katholischer Seite insbesondere durch die Meinungsverschiedenheiten über die Frage der religiösen Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen und durch die Aushängung des heiligen Rockes in Trier, auf protestantischer Seite durch die Unionzbestrebungen und durch Differenzen zwischen der strenggläubigen und der freieren Richtung der Theologie — gewann natürlich bei der Umwälzung der politischen Verhältnisse, die auch die Stellung der Kirche im Staate berühren mußte, starken Nährstoff, und sie wurde in Preußen am ausgeprägtesten, sie erreichte ihren Höhepunkt, als durch die von den beiden Nationalversammlungen vorgenommene Beratung der Reichs- und der Staatsverfassung eine dauernde Festlegung der Rechte der Kirche im Staate zu erwarten war. Die katholische Kirche, weitaus am meisten dabei interessiert, hatte sich deshalb in der Wahlzeit lebhaft bemüht, eine möglichst große Zahl von Abgeordnetenmandaten für die immerhin ausschlaggebende preußische Nationalversammlung zu erhalten.

Von dieser kirchlichen Bewegung schied sich zunächst eine Agitation ab, die darauf hinauslief, den

Einfluß der Kirche auf die Volksschule

zu brechen. Es waren rheinländische Lehrer, die im April des Jahres 1848 unter Betonung der von dem

Berliner Seminardirektor Diesterweg, dem einflußreichsten Vertreter der deutschen Volksschulpädagogik ausgesprochenen teilweise pestalozzischen Grundsätze mit der Forderung der Volksschule als Staatsanstalt und Befreiung der Schule von der Kirche auf den Plan traten. In Benrath (für die Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf und Köln) und in Trier (für die übrigen rheinischen Regierungsbezirke) fanden am Osterdienstag Lehrerversammlungen statt, in denen folgender Antrag angenommen wurde: „Die Volkserziehung durch die Volksschule ist Sache des Staates. Daher sind die Volksschulanstalten Staatsanstalten und die Lehrer an denselben Staatsbeamte, ohne der Kirche den ihr gebührenden Einfluß auf die sittlich-religiöse Erziehung der Jugend zu entziehen. Der Schulinspektor werde durch die Lehrer selbst gewählt aus ihren Kreisen oder aus den Kreisen der Geistlichkeit.“

Lehrerkonferenzen im Aachener Regierungsbezirk sprachen sich ferner darüber aus, „daß der Staat die Besoldung der Lehrer übernimmt, im übrigen aber der Staat die Bildung und Beaufsichtigung der Lehrer wie bisher im freundschaftlichen aber natürlichen und rechtlichen Bunde mit der Kirche, also unbeschadet des der Kirche zustehenden natürlichen Beaufsichtigungsrechtes rücksichtlich des religiösen Elementes in der Schule, leitet“. Weiter verlangte man für die Elementarschule Schulzwang, kostenlosen gemeinschaftlichen Unterricht für Schüler aller Konfessionen, Tragung der Unterrichtskosten durch den Staat, Lehr- und Lernfreiheit. Die Schule solle Staatsanstalt sein. Eine Klasse dürfe nicht,

wie es in Aachen der Fall sei, 80 Kinder umfassen. Die Lehrer müßten die geborenen Mitglieder des Schulvorstandes sein, ihre Schulinpektoren selbst wählen können, höhere Bildung erhalten und höhere Besoldung bekommen.

Diese Lehrerbewegung, von liberalen Leuten ange-regt, fand, wie zu erwarten war, in den Kreisen der Geistlichkeit und der ihr nahestehenden Lehrerschaft sowie in den katholisch=politischen Vereinen viel Widerspruch. Die Piusvereine besonders führten eine energische Abwehr gegen diese Grundsätze der liberalen Lehrer und sie fanden selbst in Berlin bei preußischen Ministern und bei konfessionell gesinnten protestantischen Abgeordneten in Frankfurt viele Unterstützung. In Aachen konnte die liberale Lehrerbewegung schlecht Boden fassen. Trotzdem findet man in den Tageszeitungen Einsendungen sowohl für als auch gegen das bestehende System der geistlichen Schulaufsicht und gegen den Ausschluß der Lehrer aus den Schulvorstand. Der Aachener Gemeinderat trat in seiner Mehrheit in einer Resolution für den konfession-nellen Charakter der Volksschule ein und verlangte für jede Konfession eigene Schulen.

Diese Lehrerbewegung nahm in Preußen bald grö=ßeren Umfang an, als vom Juli ab in den Verfassungs=Kommissionen der Parlamente in Frankfurt und Berlin die Schul= und Kirchenfragen mehrfach zum Gegenstand langer Debatten gemacht wurden.

Der Entwurf für die preußische Verfassung bestimmte: „Die öffentlichen Volksschulen sowie alle übrigen öffent-lichen Unterrichtsanstalten stehen unter Aufsicht eigener vom Staate ernannter Behörden. Die Leitung der außer=

lichen Angelegenheiten der Volksschule und die Wahl der Lehrer steht der Gemeinde zu. Den religiösen Unterricht besorgen und überwachen die betreffenden Religionsgesellschaften. In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.“ Ursprünglich war noch ausdrücklich betont worden, daß die Volksschule von kirchlicher Aufsicht befreit sein solle. In Frankfurt kam man zu folgenden Beschlüssen: „Das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staates. Die Volksschule ist der Beaufsichtigung der Geistlichkeit enthoben. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden.“

Der Kirche sollte also nach den Gesetzentwürfen jeder Einfluß auf die Gestaltung und Entwicklung des Schullebens, soweit nicht der religiöse Unterricht in Betracht kommt, entzogen sein. Dagegen protestierte die Resolution einer Bürgerversammlung in Aachen am 15. August, in der sie sich gegen den unentgeltlichen Volksunterricht wendete und Stellung der höheren und niederen Schulen unter Aufsicht der Kirche verlangte.

Hatte sich aber einerseits die katholische Kirche bestimmenden Einfluß auf die Volkserziehung in der Schule sichern wollen, so richtete sie andererseits ihr Augenmerk auf völlige Unabhängigkeit vom Staate und Freiheit des Handelns in allen kirchlichen Angelegenheiten. Gegen dieses Streben, das von oppositioneller Seite als Errichtung eines Staates im Staate bezeichnet wurde, richteten sich die liberalen Parteigruppen, die den Reli-

gionsgesellschaften nur in ihren innern Angelegenheiten der Staatsgewalt gegenüber Freiheit und Selbständigkeit zuerkennen wollten. Die von katholisch-kirchlicher Seite vertretene Forderung der

Unabhängigkeit der Kirche vom Staat

wurde von dem für die Entwerfung der deutschen Reichsverfassung bestimmten Ausschuß der deutschen Nationalversammlung mit 13 gegen 12 Stimmen verworfen, indem festgesetzt wurde: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber wie jede andere Gesellschaft im Staate den Staatsgesetzen unterworfen“, und es kam namentlich in Hinblick auf die geistlichen Orden und Klöster, ähnlich wie jetzt in Frankreich, zu ungemein scharfen Beschlüssen. Sie lauteten in der Hauptsache: „Geistliche Orden und Klöster sind, als gemeinschädlich erkannt, verboten und die bestehenden sofort aufzuheben. Alle Assoziationen, die zur Aufnahme solche Bedingungen und Gelübde erfordern, welche den freien Austritt erschweren oder verhindern, namentlich Ehelosigkeit, Armut oder Gehorsam gegen andere als die gesetzlichen Behörden, wodurch sie der allgemeinen Wohlfahrt zum Nachteil gereichen, dürfen nie eingeführt werden, und sind alle bestehenden Gesellschaften der Art, als geistliche Orden, Bruderschaften, Klöster usw. für immer aufgehoben.“

Diese Beschlüsse riefen einen Sturm der Entrüstung im katholischen Lager hervor. Zu Ende Juli konnte man von allen Kanzeln der katholischen Kirchen in der Rheinprovinz den Warnruf hören: „Die Kirche ist in Ge-

fahr.“ Allwärts wurden Petitionen vorbereitet und nicht weniger als 1142 Petitionen mit 1,273 000 Unterschriften waren bis zum 21. August, wo in der Reichsversammlung die Beratungen über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat begannen, in Frankfurt abgegeben worden, hauptsächlich von den in kirchlichen Dingen ungleichmäßig rührigen Piusvereinen und den katholischen Abgeordneten angeregt. Der Aachener Piusverein hatte die erste Adresse abgeschickt, ihre Tonart wurde in den anderen Petitionen zumeist beibehalten. Die wesentlichen Stellen der Aachener Adresse, die für die unbeschränkte Freiheit des Gewissens, des Glaubens und der Kirche, für die völlige Unabhängigkeit der Kirche und jeder Religionsgesellschaft vom Staat einzutreten hat, lauteten: „Einigkeit und Freiheit ohne religiöse und kirchliche Unabhängigkeit ist ein Unding. Auch die Erfahrungen der jüngsten Zeiten haben es bestätigt, wie durch die Verweigerung der kirchlichen Unabhängigkeit das Vertrauen vergiftet, der innere Frieden zerstört und der Staat in die bedenklichste Gefahr gestürzt wird. Der Eckstein für den neuen Reichsbau muß die vollkommene religiöse und kirchliche Unabhängigkeit sein. Ohne kirchliche Freiheit hat eine wahre und unbeschränkte Freiheit des Gewissens und des Glaubens keine Bürgschaften. Wir fordern bei voller Freiheit des Gewissens, des Glaubens und des religiösen Bekenntnisses unbeschränkte Lehr- und Lernfreiheit, völlige Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, sowie Unantastbarkeit der Kirche, der religiösen und kirchlichen Genossenschaften in ihrer eigentümlichen Organisation und in ihrer selbständigen Entwicklung nach außen und nach innen,

unbeschränkte Freiheit derselben in dem Verkehr ihrer Glieder in der privaten und öffentlichen Religionsübung, in der Erziehung und Anstellung ihrer Diener, in der Handhabung ihrer Disziplin, in der Verkündigung ihrer Lehre, in der Gestaltung ihres Kultus, in der Erwerbung, Verwaltung und Verwendung ihres Vermögens, allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht und gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde-, Staats- und Reichsämtern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, freies Assoziationsrecht auch für religiöse Genossenschaften. Das sind die Grundbedingungen der Unabhängigkeit.“

Alle Reden der katholisch-kirchlichen Abgeordneten unter denen sich insbesondere Landgerichtsrat Blömer (Aachen), Fürsterzbischof Förster und der Geschichtsschreiber Gfrörner hervortaten, konnten aber die Mehrheit nicht davon abbringen, den Beschlüssen der Kommission zuzustimmen.

Auch gegen den Verfassungsentwurf der preußischen Nationalversammlung, der der Kirche ähnliche, wenn auch nicht so starke Beschränkungen auferlegen wollte, richtete sich die Aachener katholische Partei unter Führung des Piusvereins, in dem immer mehr und mehr Advokat Lingens (der spätere Reichstagsabgeordnete) und Stadtbibliothekar Laurent, der Bruder des Bischofs Laurent, hervortraten. Sie stellten dabei folgendes Programm auf: „Freiheit in geistigen und materiellen Dingen, Freiheit und Selbständigkeit der Kirche in allen Angelegenheiten, Anerkennung der Kirche als Rechtssubjekt und freie Korporation, Zuerkennung des Besitzes und Genusses ihrer für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeits-

zwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds, Zuerkennung der Dotation von Seiten des Staates wegen früher in Besitz genommener Kirchengüter und wenigstens nach Maßgabe der bisherigen Leistungen und Gehälter, Stellung der höheren Unterrichtsanstalten, die ihr Dasein wesentlich der Kirche und ihre Unterhaltung zum Teil auch dem steuerzahlenden Volke zu verdanken haben, wie auch der öffentlichen Volksschulen unter die Mitaufsicht der Kirche.“

Hier hatte die Agitation vollen Erfolg, denn die schließlich festgestellten Bestimmungen der preußischen Verfassung haben folgenden Wortlaut: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und bleibt in Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. Der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen ist unbehindert. Das Kirchenpatronat ist aufgehoben. Das dem Staat zustehende Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist aufgehoben.“

*

*

*

In einer Versammlung der Lehrer an rheinischen Gymnasien, Realschulen und Höheren Bürgerschulen in Königswinter am 14. und 15. Juni wurde auch eine **Reform des höheren Schulunterrichts** erwogen und ein Antrag angenommen, der sich für die Verschmelzung des Gymnasiums und der Realschule zu einem höheren Organismus, für die Feststellung einer neuen Richtung der

allgemeinen Menschenbildung auf der Mittelschule, deren Ausdruck der reale Humanismus sei, aussprach. Die Herrschaft des Studiums der alten Sprachen, so wie bis dahin (und auch noch bis heute) auf Gymnasien, sei für diese neue Anstalt nicht haltbar. Direktor Kribben (von der Höheren Bürgerschule in Aachen), Dr. Fleischer aus Kleve und Gymnasialdirektor Kiesel in Düsseldorf waren die Ausarbeiter und Begründer dieses Antrages, der erst ein halbes Jahrhundert später im heutigen Reformgymnasium seine Erfüllung fand. Interessant ist es jedenfalls, daß die erste Anregung zu den Reformanstalten von einem Aachener herrührt. In weiteren Anträgen sprach sich die Versammlung für die Leitung und Erhaltung der höheren Schulen durch den Staat und mögliche Einführung unentgeltlichen Unterrichts zur Förderung der höheren Bildung in Deutschland aus.

Der Reichsverweser.

Die Reichsversammlung in Frankfurt, die keinen anderen vollgültigen Ausweis hatte als das Vertrauen des deutschen Volkes, vereinigte eine große Zahl bedeutender Gestalten, sie gab aber von Anfang an keineswegs, wie man es erwartet hatte, das Bild einer Versammlung von Männern, die mit festem ruhigem Auge das hohe Ziel des ihnen übertragenen Verfassungswerkes zu erreichen sucht. Wenn sie auch mit den größten Schwierigkeiten von Anfang an zu kämpfen hatte und ihre Aufgabe schwer zu behandeln war — die deutschen Staaten, deren Herrscher ihre Tätigkeit kaum mit den freundlichsten Augen ansahen, unter möglichster Schonung der bestehenden Verhältnisse zu einer Einigung unter ein gemeinsames Oberhaupt zu bringen — so hätte man doch erwarten dürfen, daß die Männer, die der Sturm der Märztage zur hohen Tat der Vorbereitung der Reicheinigung berufen hatte, zielbewußter voringen und vor Allem die Verfassungsangelegenheit ins Reine zu bringen trachteten. Statt dessen aber beschäftigten sie sich monatelang mit allen möglichen anderen Angelegenheiten und vergeudeten ihre Kraft und ihre kostbare Zeit in langen Debatten über die Geschäftsordnung, über einen Aufruhr in Mainz, über die schleswig-holsteinische Frage, über die Polenfrage, über die Frage der Zugehörigkeit Limburgs zu den deutschen Staaten, über ein Reichswappen, Reichs- und

Kriegsflagge, über die Abschaffung des Adels, über die Aufhebung des Cölibates, und so ging es fort unter ewigem Hadern und Mörgeln zwischen den radikalen und gemäßigten Parteien, zwischen den Idealisten, die das Unmöglichste verteidigten, und den auf realem Boden stehenden Männern. Fortwährende schroffe Konflikte, ein vielfacher Zwiespalt über jeden Punkt, der auf die Tagesordnung kam. Von diesen Debattegegenständen hat keiner so wie der über die Forderung der Aufhebung des Cölibates mächtig die Gemüter in Rheinland und Westfalen erregt. Hinter diesem Antrag stand der Oberpräsident von Westfalen, C. S. von Flottwell, der sich sonst der Fraktion der äußersten Rechten angeschlossen hatte. Dem damals schon 62jährigen Mann wurden ganz gewaltige Ragenmusiken in Münster gebracht, von oben herab wurde ihm auch eine Rüge und seine Versetzung erwirkt. Im Jahre 1849 wurde er Oberpräsident der Provinz Preußen und im Jahre 1850 Oberpräsident von Brandenburg. Von 1858 bis 1859 war er Minister des Innern.

Ein Unglück waren ferner die vielen Petitionen über alle möglichen Tagesfragen, sie verursachten viele unnütze Arbeit. Und dabei die ungeheure Redewut. Als es endlich zur Beratung der ersten Punkte der Grundrechte des deutschen Volkes kam, machte ein Abgeordneter angesichts der großen Rednerliste unter allgemeiner Heiterkeit den bitteren Scherz, wenn es so weiter ginge, sei die erste Beratung der 50 Paragraphen der Grundrechte erst im April 1850 beendigt. Das Parlament war im Großen und Ganzen demokratisch angehaucht, die Radikalen und bewußten Republikaner, die ganz ohne

Mehl für eine deutsche Republik Stimmung machten, blieben aber in der Minderheit.

Der erste wichtige Beschluß betraf das Verhältnis zu den in den einzelnen deutschen Staaten gebildeten konstituierenden Versammlungen. Die Reichsversammlung legte sich da in der Verfassungssache souveräne Gewalt bei und erklärte, daß die Verfassungen der deutschen Einzelstaaten nur soweit Geltung haben sollten, als sie mit der von der Reichsversammlung beschlossenen deutschen Reichsverfassung übereinstimmen. Das entfremdete der Versammlung das ohnehin nicht große Zutrauen der meisten großen deutschen Herrscher, die auf dem Standpunkte beharrten, daß eine konstitutionelle Verfassung nur auf dem Wege eine Vereinbarung mit den Souveränen zu erreichen sei, während nach der Ansicht der Reichsversammlung nur diese die Verfassung dem deutschen Volke — dem „souveränen“ Volke, wie eine jener schönen vollklingenden 1848er Phrasen lautete — zu geben berechtigt und befugt sei.

Weitere vielfache Erwägungen und Debatten von 189 Rednern galten der Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland. Die radikalen Wünsche gingen auf die Errichtung eines Vollziehungsausschusses nach dem Plane des 1793er Nationalkonvents in Frankreich, und das Schlagwort von der Volkssouveränität wurde bis zum Überdruß deklamiert. Ein anderer Vorschlag wollte im Einverständnis mit den Einzelregierungen ein Bundesdirektorium von drei Mitgliedern. Die meiste Zustimmung fand aber der Vorschlag der Wahl eines Reichsverwesers, und am 29. Juni wurde, ohne daß man die Regierungen um ihr Einverständnis gefragt

hatte, unter dem Donner der Geschütze und unter dem Geläute aller Kirchenglocken mit 436 von 548 Stimmen Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser gewählt, und die Versammlung übertrug ihm, indem sie gleichzeitig den alten Bundestag für aufgelöst erklärte, mit seinem zu bildenden Reichsministerium die vollziehende Gewalt und mit der Reichsversammlung die Entscheidung über Krieg und Frieden und die Vertragsschließung mit auswärtigen Mächten.

Der Erzherzog stand damals schon im 66. Lebensjahre und er genoß im fernigen Alpenvolke, unter dem er am liebsten weilte, große Sympathien durch seinen milden und warmherzigen Sinn und seine Neigungen für das Volkstümliche. Noch heute kann man in den österreichischen Alpen nicht zu selten von Alplern zur Zither das Lied vom Erzherzog Johann singen hören. Weitere Sympathien im Volk hat er sich ebensowohl durch seine anfeuernden Kriegstaten von 1800 bis 1815 erworben, wie nicht minder durch seine unter vielen Kämpfen durchgesetzte Heirat mit der Tochter des Postmeisters in Nussée, der schönen Anna Blochl, der später der Adel einer Freifrau von Brandhofen und noch später einer Gräfin von Meran verliehen wurde. Dann brachte ihm auch die Mißgunst des österreichischen Hofes, unter der er seiner wenig feudalen Sinnesart wegen bis zum Tode des Kaisers Franz zu leiden hatte, die herzliche Teilnahme des Volkes ein. Große Volkstümlichkeit fand er in Deutschland durch den ihm in den Mund gelegten Ausspruch „Kein Oesterreich, kein Preußen, sondern ein einiges großes Deutschland, fest wie seine Berge“. So

kam es denn zu seiner Wahl zum verantwortlichen Reichsverweser und am 11. Juli zog er, festlich empfangen durch eine fünfziggliedrige Deputation, der auch Landgerichtsrat Blömer aus Aachen angehörte, in die alte Stadt am Maine ein.

Obwohl die Einzelregierungen über die Berufung des Erzherzogs Johann nicht befragt worden waren, erkannten doch, und zwar schon am Tage der Wahl, die Bundesbevollmächtigten im Bundestag den Erzherzog als Reichsverweser an, indem sie mitteilten, daß sie schon vor dem Schluß der Beratungen über die Bildung einer provisorischen Zentralgewalt von ihren Regierungen ermächtigt worden seien, sich für die Wahl des Erzherzogs zu erklären, und die Einzelregierungen stimmten ihm noch nachher direkt zu und übertrugen durch das Organ des Bundestages alle Rechte dieser Körperschaft auf die Zentralgewalt. Preußen war etwas verschupft, weil der Antrag, neben der Zentralgewalt die Bevollmächtigten der einzelnen Staaten zu einem Rat zu vereinigen, der die organische Verbindung der Reichsregierung mit den Regierungen der Staaten darstellen sollte, abgelehnt wurde. Im übrigen ließen Preußen und Hannover in den Anerkennungserklärungen zur Reichsverweserwahl durchblicken, daß sie nicht mit der unbeschränkten Machtbefugnis des Reichsverwesers und der von der Reichsversammlung von den Einzelstaaten geforderten Unterordnung unter die Beschlüsse des Reichsverwesers und seines Reichsministeriums einverstanden seien. Es kam wegen der Form der preußischen Anerkennungserklärung in der preußischen Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung zu einer

gewaltigen Redeschlacht, allerdings ohne nennenswertes Ergebnis. Auch das Frankfurter Parlament beschäftigte sich mit diesen Erklärungen, und sein Standpunkt ist wohl am besten gekennzeichnet in einem Antrag zu diesem Gegenstand, der die Erklärungen als „Widersezlichkeit gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung, über die sich ein Schrei der Entrüstung im deutschen Volk erhoben hat“, bezeichnete. Die Reichsversammlung erhob daraufhin einen Antrag zum Beschluß, worin sie vom Königreich Hannover, das sich am ablehnendsten verhalten hatte, die unumwundene Anerkennung der Zentralgewalt forderte, und diese erfolgte denn auch am 21. August.

Die Reichsversammlung beanspruchte immer mehr und mehr, innerhalb des vertretenen Gebietes als höchste Instanz zu gelten, und ihr schroffes Vorgehen in vielen Dingen, insbesondere in der allerdings nicht aufs beste geführten schleswig-holsteinischen Angelegenheit, fanden sich die Regierungen einzelner deutschen Staaten — die ihre gewohnten Befugnisse und ihre Macht durch die Art, wie die Reichsversammlung mit den einzelnen Staatsregierungen umsprang, zu sehr beeinträchtigt sahen — doch veranlaßt, Stellung gegen sie zu nehmen. In der Bevölkerung mehrten sich ferner die Stimmen, die bei der tätigen Untätigkeit des Parlaments auch nicht in Allem und Jedem mit der Reichsversammlung sympathisierten, seit diese den Weg der Vereinbarung mit den Regierungen verlassen hatte. Nun schickte man sich in Frankfurt gar noch an, mit Umgehung der Regierungen über deren Behörden zu verfügen, und das führte zu dem ersten schweren Konflikt.

Das kam so.

Der vom Reichsverweser ernannte Reichskriegsminister kündigte an, die Truppen hätten ausnahmsweise in besonders dringenden Fällen die Befehle, die vom Reichskriegsministerium auch ohne Vermittlung der Ministerien der einzelnen Staaten ergingen, zu erfüllen, und traf gleichzeitig die Anordnung für die ganzen deutschen Staaten, am 6. August sollen in allen deutschen Staaten zur Feier der Wahl des Reichsverwesers alle deutschen Bundes- truppen in ihren Garnisonen in Parade ausrücken und nach der Verlesung eines vom Reichsverweser verfaßten Auf- rufs an das deutsche Volk sollen ihm die Truppen als Zeichen der Huldigung ein dreifaches Hoch darbringen und eine dreimalige Geschützsalve abfeuern. Daraufhin machte der König von Preußen in einem Armeebefehl, unter Ankündigung der Übertragung der provisorischen Führung der deutschen Zentralangelegenheiten und des Oberbefehls über die deutschen Bundes- truppen an den Reichsverweser, für seinen Staat die Gültigkeit der An- ordnungen des Reichsverwesers ausdrücklich von seinem Befehl abhängig und untersagte durch seinen Kriegsmini- ster die Abhaltung der vom Reichsministerium angeordneten Parade. Gleichzeitig wurde den Soldaten die deutsche Ko- larde abgenommen und an den preußischen Regierungsge- bäuden die deutsche Flagge eingezogen. Auch Österreichs Regierung war nicht geneigt, auch nur das geringste von ihren Souveränitätsrechten an die Frankfurter „Regierung ohne Land“ abzutreten, obgleich ein österreichischer Erzher- zog die provisorische Zentralgewalt inne hatte, und ging gegen den Paradebefehl in gleicher Weise wie Preußen vor.

Der Reichsverweser selbst hatte den ihm überraschend gekommenen Befehl des Reichskriegsministers gemißbilligt und dieser trat am 1. August in einer langen Erklärung einen kläglichen Rückzug an, indem er anführte, daß der Reichsverweser 24 Stunden nach der Ernennung des Reichskriegsministeriums Frankfurt verlassen und das ganze Reichsministerium „mit aller Verantwortung, ohne Instruktion, ohne gesetzlich geregelte Basis, ohne Geschäftspersonal, ganz isoliert“ zurückgelassen habe, um eine dringende Regierungshandlung in Wien im Auftrage des Kaisers Ferdinand zu vollführen. Da im badischen Oberlande, im darmstädtischen, nassauischen und altenburgischen Gebiet gerade während der Abwesenheit des Reichsverwesers Aufstände drohten, habe er sich zu jenem angefeindeten Rundschreiben an die deutschen Kriegsministerien veranlaßt gesehen. Außerdem habe er nur von den „Bundestruppen“ gesprochen, für die seine Anordnungen gelten sollten.

Trotz dieses Konfliktes oder vielleicht gerade deshalb fanden in größeren und in kleineren preußischen Städten wie im übrigen Deutschland von der Bürgerschaft vorbereitete, vielfach geradezu prunkvolle Huldigungsfeiern für den deutschen Reichsverweser statt. Die preussische Regierung zeigte sich nach einem umfangreichen Notenwechsel zu einem Vermittlungsvorschlage geneigt, wonach sie diejenigen Heeresabteilungen, die wirklich einem Bundeszwecke dienten, also bei der Armee in Schleswig-Holstein und bei den Besatzungstruppen in Mainz und Luxemburg, eine Parade abhalten ließ, während die übrigen Garnisonstruppen von Paraden ferngehalten wurden.

Auch hatten die Regimenter, die die deutsche Kokarde bereits abgelegt hatten, sie nun wieder aufzustecken.

In

Aachen

wurde schon am Abend vor dem Guldigungstage, für den ein Sonntag, der 6. August, gewählt worden war, die Feier des Ereignisses der „Auferstehung Deutschlands“ durch Geläute aller Kirchenglocken, Abfeuern von Böllern und großen Festball in der städtischen Redoute eingeleitet. Am Festtag selbst fand als Ersatz für die vom König untersagte Parade der hiesigen Garnison um 8 Uhr morgens eine Paradeaufstellung der Bürgerwehr statt. Die Aufstellung erstreckte sich vom Theater bis zum Eisenbahnviadukt. Für die Festgäste (Stadträte, Geistlichkeit, Vertreter der Zivilbehörden usw.) war der Säulengang des Theaters reserviert. Die Gesangvereine brachten das Lied „Was ist des Deutschen Vaterland“ unter der Leitung des städtischen Musikdirektors K. v. Turanyi zum Vortrag. Der Oberbürgermeister Pelzer überreichte dann dem neuen Präsidenten der Wehr, Kammerpräsidenten de Nys, im Namen der ganzen Bürgerschaft eine vom festgebenden Komitee gestiftete prächtige Fahne unter einer Ansprache, die die Bedeutung des Anlasses der Feier pries. De Nys hielt die Dankrede. Nach dieser Feier begab man sich gegen 10 Uhr in das Münster, wo ein feierliches Hochamt und Te Deum abgehalten wurde. Mittags war im Saal der Gesellschaft für nützliche Wissenschaften und Gewerbe Festessen, bei dem Landgerichtsrat Rambs, der Präsident der Gesellschaft, die Festrede auf die deutsche Einheit hielt und Justizrat Könen den Reichsverweser

feierte. Am Nachmittag wurde für die Bevölkerung am Elisenbrunnen ein großes Konzert veranstaltet und am Abend fand eine Festvorstellung („Gottesgericht“, ein wahrscheinlich für den Tag von einem Nacherer verfaßter Prolog in zwei Szenen) im Stadttheater statt, nach deren Schluß allgemein das deutsche Lied gesungen wurde. Am selben Tage mußte das 2. Bataillon des 34. Infanterieregiments auf dem Kasernenhof Aufstellung nehmen und dann hielt der Oberst vor dem zum Abmarsch bereiten Bataillon eine Ansprache, die darin gipfelte, daß die Soldaten nicht denken dürften, Erzherzog Johann, der als Reichsverweser den Oberbefehl über die deutschen Truppen habe, sei nun auch ihr Herrscher, König Friedrich Wilhelm IV., dem die Soldaten den Eid der Treue geschworen haben, sei und bleibe ihr Herrscher usw. Es ist bezeichnend für die damaligen Zustände, daß sich der Oberst zu einer derartigen Ansprache veranlaßt gesehen hatte.

Aus dem Regierungsbezirk Aachen liegen Nachrichten über ähnliche Feiern aus Eupen und Vinnich vor.

Es hat übrigens die Möglichkeit bestanden, daß der Reichsverweser im August 1848 nach Aachen gekommen wäre. Er wurde nämlich beim Dombaufest zu Ende August in Köln erwartet und war auch dort. Am 9. August wählte der Gemeinderat aus seiner Mitte eine Deputation, die mit dem kommissarischen Oberbürgermeister an der Spitze nach Frankfurt ging und „Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit“ einlud, auch der alten Kaiserstadt Aachen einen Besuch abzustatten. Erzherzog Johann lehnte aber die Einladung ab, da ihn dringende

Regierungsgeschäfte sofort nach dem Dombaufest nach Wien zu Kaiser Ferdinand verlangten. Er sagte aber für später seinen Besuch zu. Solange er Reichsverweser war — bis Dezember 1849 — ist es aber nicht dazu gekommen. Als das Reichsverweseramts, das durch die Ohnmacht der Reichsgewalt gegenüber den revolutionären Ereignissen im Jahre 1849 zu einer bloßen Chimäre geworden und das am allerwenigsten von Preußen geachtet war, als nach der Ablehnung des Erbkaisertums durch Preußens König die Tätigkeit Johanns für österreichische Interessen immer mehr in den Vordergrund trat, legte er die provisorische Zentralgewalt am 20. Dezember 1849 in die Hände der Bundesbevollmächtigten von Preußen und Österreich, die nunmehr zur provisorischen Bundesgewalt bestimmt wurden und die Wiederherstellung des alten Bundestages vorbereiten sollten. Als Privatmann hatte er nachher mit seiner Gattin vorübergehend in Aachen gewohnt.

*

*

*

Eine der imposantesten Feiern für den Reichsverweser, ja vielleicht die hervorragendste, fand in

Düsseldorf

statt, wo sich die Künstlerschaft mit vollen Kräften für die Originalität des Festes einsetzte. Außer der üblichen Bürgerwehrparade, den Ansprachen, Festessen und Illumination hatten die Künstler einen Fackelzug der Bürgerschaft organisiert, den 38 Herolde, in den mittelalterlichen

Trachten der einzelnen Bundesstaaten gekleidet, mit den Fahnen und Wappen der durch sie vertretenen Staaten, anführten. An der Stelle, wo der Friedrichsplatz, der Hofgarten und die Alleen zusammenstoßen, hatte man eine riesenhafte in Gyps modellierte Figur der Germania aufgestellt und dorthin bewegte sich der am Markt gebildete Festzug, wo die Feier nach dem Absingen des Liedes „Was ist des Deutschen Vaterland!“ und sonstigen Kundgebungen ihr Ende erreichte.

Düsseldorf, das dem Reichsverweser am 6. August so prunkvoll zu huldigen verstand, brachte es zu einem europäischen Skandal, als eine Woche später der König von Preußen auf der Reise zum Kölner Dombauefest in die Stadt einzog. Ein großer Teil der Bevölkerung war hauptsächlich durch die revolutionären antimonarchischen Agitationen Lassalles schon seit langem in lebhafter Mißstimmung gegen die Regierungsmaßnahmen gekommen, und dieser Unmut steigerte sich am höchsten durch den Zwischenfall mit Preußen aus Anlaß der Reichsverweserparade. Am 10. August beschloß der Gemeinderat mit 8 gegen 7 Stimmen, den König bei seinem Besuch der Stadt nicht offiziell zu empfangen und nicht zu begrüßen, und veröffentlichte den Beschluß. Eine für den nächsten Tag einberufene stärker besuchte Gemeinderatssitzung kam freilich zu einem gegenteiligen Beschluß und die am vorigen Tage gefaßte Entscheidung wurde für nichtig erklärt. Das half nicht viel, denn die Bürgerschaft war bereits in zwei Lager gespalten. Die Bürgerwehr entschied sich mit überwiegender Majorität gleichfalls gegen die Teilnahme an einem festlichen Empfang des Königs, der ge-

plant war. Diese wenig anmutigen Präludien für einen Königsempfang hatten die übrige Bevölkerung des bergischen Landes in die größte Aufregung gebracht und von **Elberfeld** und **Barmen** aus erging ein Aufruf an die bergische Bevölkerung, sich zum Empfang in Düsseldorf in großer Zahl einzufinden, „um dem König die wahren Gesinnungen des bergischen Landes zu zeigen“. Und so begab sich denn eine große Zahl Bürger — es sollen 3000 gewesen sein — von Elberfeld, Barmen, Schwelm und vielen anderen Städten und Dörfern zum Empfang des Königs nach Düsseldorf. Der Kern der Düsseldorfer Bevölkerung hatte sich fast gar nicht an den Feierlichkeiten beteiligt, dafür destomehr die durch die Agitation Lassalles und Freiligraths aufgeregten Arbeiter- und Kleinbürgermassen. Diese hielten, geschmückt mit roten Bändern als Symbolen der „roten Republik“, dicht gedrängt die Straßen besetzt, die der König zum Palais des Prinzen Friedrich (des späteren Kaisers) nehmen sollte und ihnen gegenüber konnten die bergischen Königstreuen nicht viel ausrichten. Als der König durch die Straßen fuhr, ertönte lebhaftes Pfeifen und Gejohle. Einer der verbrecherischen Demonstranten warf sogar eine Handvoll Straßenkot in den offenen Wagen des Königs und traf damit den König auf die Brust. Zwei Stunden weilte der König in Düsseldorf. Vor dem prinzlichen Palais wurden ihm von der Militärmusik und von der Liedertafel Ständchen dargebracht — die einzige Ehrung, die ihm in Düsseldorf zu teil geworden ist. Bei seiner Rückfahrt zum Bahnhof fand der König die Fahrstraßen so stark von

Demonstranten besetzt, daß der Kutscher nicht wie geplant die Alleen hinunterfuhr, sondern sich dem Steinweg zuwandte, um von dem König weitere Insulten soviel als möglich abzuwenden. Des Pfeifens und Heulens war kein Ende. Der König war weg und nun richteten sich die Provokationen gegen das Militär, gegen das weite Kreise der Bürgerschaft aufgebracht waren, weil der Divisionsgeneral erstlich die Reichsverweiserfeier hatte hintertreiben wollen, dann aber für seine Teilnahme an der Parade der Bürgerwehr derartige Bedingungen gestellt hatte, daß die Bürgerwehr lieber auf sein Erscheinen verzichtete. Am Abend kam es auf dem Marktplatz zu Zusammenstößen zwischen Soldaten und der demonstrierenden Bürgerschaft — als organisierte Kotten höheren und niederen Pöbels bezeichnet sie ein Zeitungsbericht — ein aus dem Hinterhalt abgegebener Schuß tötete einen Musketier vom 13. Regiment, Generalmarsch wurde von der Bürgerwehr und dem Militär geschlagen, ein kurzes Handgemenge mit dem übermächtigen Militär und um 11 Uhr nachts war der traurige Spuck zu Ende. Am Morgen des 14. August fand die Beerdigung des gefallenen Soldaten statt und über seinem Grabe reichten sich die feindlichen Parteien die Hände zum Frieden. Oberprokurator Schnaese berief dann für den 18. August eine Versammlung der Bürgerschaft ein, die eine Adresse genehmigte, in der dem König das Bedauern über die unruhigen, verbrecherischen Szenen ausgedrückt und gleichzeitig versichert wurde, daß diese Szenen von der großen Mehrheit der Bürgerschaft gemißbilligt würden.

*

*

*

Das Dombaufest, das in

Köln

am 14., 15. und 16. August aus Anlaß der im Jahre 1248 erfolgten Grundsteinlegung des Domes gefeiert wurde, ging in der feierlichsten Weise vorüber, durch keinen Zwischenfall wurde der Verlauf des Festes getrübt. Dem Feste wohnten außer dem Könige die königlichen Prinzen, der Reichsverweser und viele hohe Kirchenfürsten bei. Die zwei bemerkenswertesten Trinksprüche auf dem Festmahl waren die des Königs auf den Reichsverweser und die des Reichsverwesers auf den König. Der König wünschte, „der Reichsverweser gebe uns einige und freie Völker, er gebe uns einige und freie Fürsten“, und der Reichsverweser sprach: „Deutschlands Eintracht stehe so fest wie der Dom zu Köln.“ Und der König richtete an den Vorsitzenden der Reichsversammlung die bedeutungsvolle Mahnung: „Vergessen Sie nicht, daß es noch deutsche Fürsten gibt und daß auch ich einer von ihnen bin!“

Der Frankfurter Putzsch.

Die Reichsversammlung nahm nach der Wahl des Reichsverwesers die Beratung der „Grundrechte“ des deutschen Volkes vor, die nach Art der in der französischen Revolutionszeit proklamierten „Menschenrechte“ festgesetzt wurden, um dem Freiheitsbegehren des Volkes zu genügen. Die Debatten über diese theoretischen Paragraphen zogen sich endlos hin und wieder ging kostbare Zeit verloren, die der Lösung der Hauptaufgabe hätte gewidmet sein sollen. Zwischendrein spielte die schleswig-holsteinische Frage eine große Rolle in den Verhandlungen der Reichsversammlung. Preußen litt schwer unter dem Kriegszustand mit Dänemark; die preußischen Truppen kämpften schon seit April in Schleswig, die preußischen Ostseehäfen waren von den Dänen blockiert, von Rußland, England und Schweden drohten Verwicklungen, da entschloß sich Preußen zu einem Waffenstillstand, der am 26. August geschlossen wurde. Damit war die Mehrheit der Reichsversammlung aber nicht einverstanden. Da aber eine Fortsetzung des Krieges ohne Preußen doch nicht möglich schien, so wurde der Waffenstillstand am 16. September mit 257 gegen 236 Stimmen genehmigt. Darüber geriet die Bevölkerung, die durchaus für Fortsetzung des Krieges war, in große Erregung und Erbitterung und unter dem längst verführten Volke verbreitete falsche Auslegungen über den Beschluß der Versammlung brachten von der republikanischen Partei lange vorbereitete Pläne zur Ausführung. Am 17. September wurde in der

Nähe von Frankfurt eine Volksversammlung abgehalten, in der von den radikalen Abgeordneten offen der Aufruhr gepredigt, und zum Sturm gegen die Mehrheit der Abgeordneten des Parlaments aufgefordert wurde. Die Mehrheit der Abgeordneten wurden als Verräter an deutschen Volke, an Deutschlands Freiheit und Ehre hingestellt. Man müsse mit der Majorität „Fraktur reden“ und ein neues Parlament wählen, das war der Grundton der Brandreden, in denen sich der „rote“ Simon aus Trier und Blum aus Köln hervortaten. Von allen Seiten trafen viele Bewaffnete ein und die Ruhe der Stadt, die schon in der vorhergegangenen Nacht durch grobe Exzesse gestört worden war, wurde so gefährlich bedroht, daß der Senat der Stadt das Reichsministerium aufforderte, die zum Schutze der Reichsversammlung nötigen Vorkehrungen zu treffen. Unter dem Schutze zweier aus Mainz geholter Bataillone hielt die Reichsversammlung am 18. September vormittags ihre Sitzung ab, umringt von drohenden Haufen, deren Versuch, gewaltsam in den Sitzungssaal einzudringen, durch die Truppen vereitelt wurde. Von 2 Uhr bis gegen 9 Uhr abends dauerte dann der Straßenkampf gegen die zahlreich errichteten stark verteidigten Barrikaden und die von den bewaffneten Volkshaufen besetzten Häuser, aus welchen fortwährend auf die Truppen geseuert wurde. Erst am nächsten Morgen war der Aufruhr vollständig unterdrückt. In den ersten Nachmittagsstunden wurden die beiden preußischen Abgeordneten der Nationalversammlung, Fürst Lychnowsky und General v. Muerzswald, die unbewaffnet einen Spazierritt vor die Stadt unternommen hatten,

von bewaffneten Haufen angegriffen, aus Häusern, in denen sie Zuflucht fanden, getrieben und mit unmenschlicher, kanibalischer Grausamkeit ermordet. Die Revolutionäre versuchten, nachdem sie aus Frankfurt vertrieben worden waren, an anderen Orten republikanische Erhebungen, so im badischen Oberland und in Württemberg. Aber dem rasch eingreifenden Militär gegenüber blieben diese Bewegungen erfolglos. Es war ein Satyrspiel der Weltgeschichte, daß die Freiheit der vom Volk gewählten Reichsversammlung gegen das „souveräne Volk“ vom Militär der „Volkbedrücker“ hat verteidigt werden müssen.

*

*

*

Im Zusammenhang mit diesen neuerlichen republikanischen Schilderhebungen standen aufregende Vorgänge in

Köln.

Am 19. September wurde eine äußerst radikale Arbeiterversammlung abgehalten, in der von verschiedenen Rednern zur Erhebung im republikanischen Sinne aufgefordert und erklärt wurde, daß es „dem reichen Paß und der Bourgeoisie in Köln noch viel schlimmer ergehen werde als Uchnowsky und Auerwald in Frankfurt“. Diese Roheiten wurden von der Arbeiterschaft, die schon seit geraumer Zeit zu einem Aufstand gegen die Besitzenden und die Staatsgewalt systematisch aufgehetzt worden war, mit hellem Jubel aufgenommen. Am 24. September sollten nun im Auftrag des Oberprokurators durch die Polizei Vorführungsbefehle vollstreckt werden gegen die Redner in der erwähnten Versammlung: Pro-

fessor Schapper, den Präsidenten des Arbeitervereins Moll, den Redakteur Wolff, den Bürgerwehrehauptmann Wachter und den Landgerichtsreferendar Becker (den roten Becker). Am nächsten Morgen um 6 Uhr sollten die Verhaftungen vorgenommen werden. Es gelang vier von ihnen zu verhaften; Wolff wurde nicht aufgefunden und die bereits verhafteten Wachter und Moll wurden den Polizeisergeanten von rasch angesammelten Volkshäufen wieder entrisen. Infolge dieser Ereignisse bemächtigte sich der Stadt eine gewisse Erregung, die von Stunde zu Stunde anwuchs. Plakate forderten zu einer Volksversammlung auf dem Altenmarkt auf, die in der Mittagsstunde stattfinden sollte. Auf das Gebäude der Polizeidirektion erfolgte ein Angriff, als dort eine Bekanntmachung erschien, die die Versammlung auf dem Altenmarkt verbot. Sämtliche Fensterscheiben wurden zertrümmert. Trotz des Verbotes wurde die Volksversammlung abgehalten. Moll hielt dabei sogar zum Hohne der Polizei in dieser Volksversammlung von einem Tisch herab eine Rede. Die Bürgerwehr fraternisierte mit der Volksmenge. Polizeikommissar v. Grävenitz mußte es sich gefallen lassen, daß man ihm, als er einschreiten wollte, die Kleider auszog und sie auf einen Laternenpfahl hing. So ging der Unfug bis um 4 Uhr weiter, worauf sich die Leute zerstreuten. Konferenzen mit der Bürgerwehr, mit dem Oberbürgermeister und Gemeindeverordneten blieben erfolglos und nun requirierte der Polizeidirektor militärische Hilfe. Während das Militär sich anschickte, die Hauptpunkte der Stadt zu besetzen, wurde an verschiedenen Orten der Bau von

Barrikaden begonnen. Eisen- und Waffengeschäfte wurden zur Versorgung der Aufrührer mit Waffen „im Namen des Volkes“ von starken Banden geplündert und allenthalben sah man auf den Barrikaden große rote Fahnen wehen. Die Wachtersche Kompagnie der Bürgergarde hatte sogar selbst eine Barrikade am Wallrafplatz errichtet und verteidigte sie später bei den Angriffen durch das Militär mit der Waffe in der Hand. Mehrere der Barrikaden wurden fast ohne Widerstand genommen. Gegen Mitternacht war die Ruhe ziemlich vollständig wieder hergestellt. Einige Schüsse fielen gleichwohl noch auf einige Patrouillen. Am nächsten Morgen wurden vom Militär die Barrikaden, um die sich schon kein einziger der eifrigen Errichter vom vergangenen Tag mehr bekümmerte, hinweggeräumt. Nach amtlichen Ermittlungen waren etwa 40 Barrikaden errichtet worden. Zur Verhütung weiterer Unruhen wurde über Köln der Belagerungszustand verhängt, die Bürgerwehr aufgelöst und einige kölnische Zeitungen, die sich unter dem Schirm der Pressfreiheit nicht scheuten, offen den Aufruhr zu predigen, suspendiert. Am Tage der Verhängung des Belagerungszustandes kam es um 2 Uhr in der Poststraße und in der Hofengasse zu einem Scharmügel zwischen einem gut bewaffneten Haufen von Aufrührern, die einen Waffenladen geplündert hatten, und einer Abteilung Infanterie vom 29. Regiment unter Hauptmann v. Wyczecki. Die Aufrührer mit ihrer roten Fahne sind teils gefangen genommen, teils vertrieben worden. Zu weiteren Ruhestörungen ist es nicht mehr gekommen.

Der „Staatsstreich“.

Das parlamentarische Leben in Berlin verhandelte genau so wie in Frankfurt in endlosen Debatten, die Nationalversammlung rieb ihre Lebenskraft in dem Durcheinander sich gegenseitig hemmender und kreuzender Interessen auf. Dabei war es der Berliner Versammlung bedeutend leichter gemacht wie der Frankfurter, denn sie fand bei ihrem Zusammentritt im Mai bereits einen vollständig ausgearbeiteten Verfassungsentwurf vor, der vom Märzministerium und in der Hauptsache von Hansemann ausgearbeitet war und einen durchaus demokratisch-konstitutionellen Charakter hatte. Aber dieser Verfassungsentwurf erschien der Versammlung noch zu wenig demokratisch und so wies sie ihn am 15. Juni zur Umarbeitung an eine Kommission zurück. Bei diesem Beschluß mögen viel die dauernd unruhigen Zustände in Berlin mitgewirkt haben, es hatten dort begünstigt durch die Kraftlosigkeit der Regierung Zustände platzgegriffen, die einen Vergleich mit Paris um das Jahr 1789 wohl aushalten. Unter dem Schlagwort, es ginge gegen die „Reaktion“, kam es fortwährend zu Straßenaufmärschen revolutionirender Volksmassen, die in den ersten Junitagen vorläufig ihren Höhepunkt fanden. Am 8. Juni verlangte die radikale Minderheit (114 von 402 Mitgliedern) die Anerkennung der Berechtigung der Revolution, und als dieser Antrag abgelehnt wurde, entstand ein Straßen-

tumult, Demonstranten drangen ins Sitzungshaus ein, Minister v. Arnim konnte sich nur durch eine Flucht in die Universität retten, die anderen Minister kamen durch Hintertüren aus dem Hause und mehrere Abgeordnete mußten sich Beschimpfungen gefallen lassen. Am 14. Juni, am Tage vor der Zurückweisung des Verfassungsentwurfes, stürmte eine Volksmenge das Zeughaus, um die von der Regierung mit Recht hinausgeschobene Volksbewaffnung selbstherrlich zu besorgen, Waffenläden und die Rüstkammern der Theater wurden gestürmt und geplündert, an Regierungsgebäuden wurden die Fenster eingeworfen, Barrikaden erstanden, und schließlich mußte bei der Untätigkeit der Bürgerwehr das Militär zur Wiederherstellung der Ruhe eingreifen. Eine Folge dieser Argumente von der Straße und des Verhaltens des Parlaments war der Rücktritt des Ministeriums Camphausen am 20. Juni.

Hansemann wurde vom König mit der Neubildung des Kabinetts betraut, und das neue Ministerium stellte sich mit dem damaligen Oberpräsidenten und früheren Regierungspräsidenten von Trier K. v. Auerzwald an der Spitze (Hansemann hatte sein Portefeuille beibehalten, ferner hatte er den Regierungspräsidenten Kühlwetter von Aachen bewogen, ins Ministerium einzutreten) am 26. Juni mit der Anerkennung der Berechtigung der Revolution dem Hause vor: „In der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in unserem Tun und Handeln fassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monats März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution auf, einer Revolution, deren ruhmvoller

und eigentümlicher Charakter darin besteht, daß sie ohne Umsturz aller staatlichen Verhältnisse die konstitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat.“ Damit gaben sich die Radikalen zufrieden. Einstweilen . . .

Anfang August ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und Linientruppen in Schweidnitz und darauf forderte die Mehrheit am 9. August den Kriegsminister auf, diejenigen Offiziere, deren politische Überzeugung mit dem Konstitutionalismus nicht übereinstimme und die nicht aufrichtig an der Verwirklichung der konstitutionellen Rechtszustände mitarbeiten wollen, zum Austritt aus dem Heere zu veranlassen. Das Ministerium lehnte es aber ab, einen derartigen Gewissenszwang auf die Offiziere auszuüben, worauf der Bruch zwischen Versammlung und dem Ministerium angekün- digt wurde. In der Folge reichte das Ministerium um seine Entlassung ein, mit der Begründung, daß das Bestehen der konstitutionellen Monarchie gefährdet sei, wenn der Nationalversammlung die Festsetzung von Verwaltungsmaßregeln zugestanden werden sollte. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß die gesetzgebende Gewalt gemeinschaftlich mit der ausübenden geführt werden müsse. Hansemann schied endgültig von seiner Ministerlaufbahn. Das neue Ministerium unter General Pfuel gab am 25. September der Versammlung eine Erklärung über die Offiziere ab, die diese halb und halb befriedigte.

Die Debatten im Parlament, die oft in radikalster Form gehalten wurden, hatten sonach allerdings eine

Reihe von Zugeständnissen zur Folge, aber im Lande erstand doch eine wachsende Unzufriedenheit mit der wenig fruchtbringenden Tätigkeit des Parlaments, und in den ersten Oktobertagen gingen der Nationalversammlung aus vielen Wahlkreisen — von Aachen durch eine mit 3624 Unterschriften von Urwählern versehene Petition ange- regt — geharnischte Erklärungen zu, die nach Aachener Muster verlangten, doch endlich alle unnützen Interpella- tionen, Wortklaubereien und Diskussionen mit Entschieden- heit zurückzuweisen, damit bald an dem Zustandekommen einer dem Geist der Neuzeit entsprechenden Verfassung gearbeitet werden könne, die das kräftigste Mittel gegen das Elend der politischen und sozialen Verhältnisse in Preußen und gegen jeden Versuch sei, einen Umschlag zur Revolution oder zur Anarchie herbeizuführen.

Im Oktober brach in Wien nach kleineren Tumulten wieder eine Revolution mit all ihren Schrecknissen aus. Die kaiserliche Familie floh nach Olmütz, die Stadt wurde belagert und nach mehrtägigem Kampfe vom Fürsten Windischgrätz am 31. Oktober eingenommen. Robert Blum, der als Freischärler mitgekämpft hatte, wurde mit 19 anderen standrechtlich erschossen. Diese Oktoberrevo- lution hatte ihre Rückwirkung in Berlin. Unter dem Vor- wand einer Sympathiekundgebung für Wien sollte eine Massenerhebung vorbereitet werden. Die Nationalversamm- lung war am 31. Oktober eben in der schönsten radikalen Verfassungsarbeit, erklärte den Gebrauch adeliger Titel und Prädikate in öffentlichen Urkunden und den Adel als besonderen Stand für untersagt, sowie Orden und Titel, soweit sie nicht mit Amtsbefugnissen verknüpft sind, für

abgeschafft — als ein ungefähr 3000 Mann starker Volks= haufen mit wehenden roten Fahnen nach dem Schauspiel= haus gezogen kam, wohin seit einigen Wochen die Ver= sammlung übergesiedelt war, und durch seine Vertreter die Versammlung aufforderte, im Interesse der deutschen Nationalität, im Interesse der Freiheit den Wienern Bei= stand zu leisten. Ein von 31 Mitgliedern der Linken gestellter radikaler Antrag fiel, ein anderer, die Regie= rung möge bei der provisorischen Zentralgewalt schleu= nige und energische Schritte tun, damit die in den deut= schen Ländern Österreichs gefährdete Volksfreiheit in Wahr= heit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde, mit 261 gegen 52 Stimmen ange= nommen. Von 5 Uhr ab wurde das Haus von etwa 10 000 Menschen dicht umlagert, die Seitenausgänge wurden vernagelt, die Hauptausgänge mit Fackelträgern besetzt. Niemanden ließ die Menge aus dem Haus, ehe nicht Beschlüsse gefaßt waren. Der Ruf „Es lebe die Republik“ durchgelte immer und immer wieder die Luft. Einige Abgeordnete, die herauskamen, wurden mißhandelt und beraubt. Der Ministerpräsident General Pfiel, im Jahre 1814 der Kommandant von Paris, mußte sich vor dem wütenden Volke in die Wohnung des radikalen Abgeordneten Jung flüchten. So verging der Tag.

Am 12. Oktober begann endlich die Beratung des von der Verfassungskommission der Nationalversammlung umgearbeiteten Regierungsentwurfes. Die Umarbeitung war der Mehrheit der Versammlung noch immer nicht radikal genug, und so wurde gleich am ersten Tag der Beratung von der Linken der Antrag gestellt, beim

Titel des Königs die Worte „Von Gottes Gnaden“ zu streichen mit der Begründung, alle Menschen seien vor Gott gleich, der König sei so gut als der Tagelöhner ein gleichberechtigter Erdenbürger, nicht aus Gottes Gnaden sei der König auf dem Thron, sondern Gott überlasse es den Menschen, ob sie sich von Königen führen lassen wollten oder nicht, diese Phrase des Absolutismus passe nicht in eine Konstitution, die sich das Volk mit seinem Blute erobert habe. Die Verteidiger des Titels eines „Königs von Gottes Gnaden“ führten an, daß es sich um einen durch Jahrhunderte geheiligten Gebrauch ohne jede praktische Bedeutung handele. Der Ausdruck sei auf dem Reichstag im Jahre 843 unter Ludwig dem Frommen zum erstenmal gebraucht worden. In der Haupturkunde dieses Reichstages heiße es: „Jeder König soll eingedenk sein, daß er sein Reich von Gottes Gnaden erhält, es aber nicht von seinem Vorfahren ererbt.“ Der Ausdruck „Von Gottes Gnaden“ sei also geradezu ein Protest gegen jeden patrimonialen Begriff. Die Linke siegte aber. Mit 217 gegen 134 Stimmen wurde der Titel „Von Gottes Gnaden“ gestrichen. Dieser Beschluß verletzte den König tief und die Erregung zitterte noch nach, als am 15. Oktober eine Abordnung der Versammlung zur Geburtstagsbeglückwünschung bei ihm erschien. Er mahnte sie, bei ihren Beratungen ihres angestammten Herrscherhauses eingedenk zu sein. Auf seinen redlichen Willen und seine Entsagung früherer Rechte beim Verfassungswerk könne gerechnet werden. Man bedürfe aber auch zu diesem Werke des „Segen Gottes und der Obriechen von Gottes Gnaden“.

Am 16. Oktober kam es zu neuen Tumulten und Zusammenstößen zwischen der Arbeiterschaft und der Bürgerwehr, wobei neun Arbeiter und zwei Bürgerwehrmänner ums Leben kamen. Die Ursache war diesmal der Erbfeind der Handarbeit, die Maschine. Auf dem Köpenicker Felde zerstörten Kanalarbeiter, die brotlos zu werden befürchteten, eine Maschine, die zum Ausschöpfen des Grundwassers eingestellt worden war. Der alte Wahn.

Der König war nun zu energischen Maßregeln entschlossen, schon mehrere Tage waren starke Truppenzusammenziehungen erfolgt, sodaß etwa 40 000 Mann um Berlin lagerten. Am 3. November wurde das Ministerium Pfuel, auf Bismarcks Rat, durch das Ministerium Brandenburg, das Ministerium der rettenden Tat, ersetzt. Graf Brandenburg, ein natürlicher Sohn des Königs Friedrich Wilhelm II., wurde von der Versammlung mit offenem Mißtrauen empfangen und einstimmig wurde eine Mißbilligungsadresse an den König beschlossen. Eine Deputation, zu der auch Kühlwetter gezogen wurde, ging zum König, um ihn zur Absetzung Brandenburgs zu bewegen und ihm eine Schilderung der Lage des Landes zu geben. Der König wollte von nichts wissen. Einen Antrag des Grafen Brandenburg, die Versammlung möge ihre Beratungen einige Tage ruhen lassen, bis in der Bevölkerung etwas Ruhe eingetreten sei, beantwortete die Versammlung mit Nein. Als Antwort erging am 9. November eine königliche Botschaft des Inhalts, daß die Versammlung zu ihrem Schutze und zur Wahrung ihrer Freiheit, die sie für ihre wichtigen Beratungen notwendig

habe, nach Brandenburg verlegt und bis zum 27. November vertagt werde. 252 gegen 30 Abgeordnete gestanden der Krone nicht das Recht zu, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen. Die Minderheit bestand meist aus Abgeordneten der beiden westlichen Provinzen. Die Nacherer Abgeordneten Kühlwetter, Packenius und Ritz entfernten sich vor der Abstimmung. Graf Brandenburg erklärte jede weitere Beratung vor dem 27. November für ungesetzlich. Die Beamten des Hauses wurden abberufen und erhielten die Anordnung, das Sitzungslokal sofort zu verlassen und zu schließen.

Die Abgeordneten widersetzten sich diesen Anordnungen. Die Bürgerwehr, vom Kriegsminister befragt, ob sie „der königlichen Botschaft Wirksamkeit verschaffen und gegen das ungesetzliche Vorgehen der Abgeordneten einschreiten“ wolle, antwortete ablehnend. Darauf rückten am 10. November um 2 Uhr nachmittags unter General Wrangel 15 000 Soldaten in Berlin ein und umzingelten das Sitzungslokal, aus dem sie wohl die Abgeordneten heraus-, niemanden aber hineinfließen. Die Versammlung, die vom Abend vorher in Permanenz war, beschloß gegenüber der Erklärung des Generals Wrangel, er ziehe die Truppen nicht eher zurück, bis die Abgeordneten ihre ungesetzlichen Beratungen eingestellt hätten, „der Gewalt der Bajonette zu weichen“ und sie ging hierauf unter der Führung durch den Präsidenten v. Unruh zu Zweien und Zweien aus dem Saal. Das Sitzungslokal wurde alsdann geschlossen. Am 11. November versammelten sich die oppositionellen Abgeordneten zuerst im Hotel de Russie,

und am Nachmittag im Schützenhaus, das ihnen die Schützengilde für ihre Beratungen zur Verfügung gestellt hatte. Als äußerstes Mittel passiven Widerstands tauchte schon der Plan der Aufforderung zur Steuerverweigerung auf. Der König löste die Bürgerwehr auf, weil sie sich auf Seiten der Abgeordneten stellte, und am 12. September wurde über Berlin der Belagerungszustand verhängt. Die Entwaffnung der Bürgerwehr erfolgte nach zweimaliger fruchtloser Aufforderung zur Ablieferung der Waffen gewaltsam.

Diese Vorgänge in Berlin hatten die Gemüter überall wieder in große Aufregung gebracht. Aus vielen Städten, namentlich aus dem Rheinland wurden Zustimmungsadressen an die Nationalversammlung und in entschiedener Tonart gehaltene Protestadressen, wohl auch Zustimmungskundgebungen, an den König abgeschickt. Deputationen erschienen in der Versammlung, um ihr das Vertrauen der von ihnen vertretenen Bevölkerung auszusprechen. Die Versammlung tagte bis zum 13. November, erklärlicherweise in größter Aufregung, positiv aber untätig, im Schützenhaus. Am Nachmittag des 13. November, nach Schluß der Sitzung, als nur der Vizepräsident mit zwei Schriftführern anwesend war, um die einlaufenden Adressen entgegenzunehmen und die Deputationen zu empfangen, erschien ein Bataillon Militär im Hause und brachte die Anwesenden mit Gewalt aus dem Sitzungslokal, das dann geschlossen wurde. Am nächsten Tag nahmen die Abgeordneten das Angebot der Stadtverwaltung an, im kölnischen Rathaus zu tagen. Am 15. November fanden die Abgeordneten aber auch das

Kathaus unter militärischer Besetzung. Sie wandten sich, so jeden Tag von Ort zu Ort gehezt, in das Hotel Mielenz. In der größten Erregung über die Vorfälle in den letzten Tagen und da sich auch schon während ihrer jetzigen Beratung im Hotel Mielenz Militär vor dem Hause einfand, um die Sitzung aufzuheben, faßten sie den Beschluß der Steuerverweigerung als Kundgebung gegen die Anordnungen des Ministeriums Brandenburg und des Königs. Die Zahl der Oppositionellen war bereits auf 226 zusammengeschmolzen. Der Beschluß der Steuerverweigerung wurde von diesen Abgeordneten einstimmig angenommen. Er erhielt folgende Begründung: „Ein Ministerium, das fast einstimmig von der Nationalversammlung des Hochverrats (wegen der Anordnung der Verlegung und Vertagung der Versammlung wurde dieser scharfe Ausdruck gewählt) schuldig erachtet ist, weicht nicht von seinem Platz, sondern bereitet den Bürgerkrieg. Dies scheint wesentlich zu genügen, um die Zweckmäßigkeit des Beschlusses zu rechtfertigen.“ Von den sämtlichen ausgeschiedenen Mitgliedern der Versammlung wurde dieses Vorgehen der oppositionellen Majorität in einer Kundmachung als Landesverrat bezeichnet, mit dem die Versammlung „von“ Abgeordneten das Feld der Revolution beschritten habe.

Die Reichsversammlung wollte eine Einigung herbeiführen. Sie versuchte dahin zu wirken, daß die Regierung den Beschluß der Verlegung des Versammlungsortes zurücknehme, sobald solche Maßnahmen getroffen seien, die ausreichend erschienen, um die Würde und Freiheit der Beratungen der Versammlung zu wahren, und

an Stelle des Ministeriums Brandenburg ein vollstümliches Ministerium zu berufen. Der König blieb aber unzugänglich. Ebenso fest auf dem einmal angenommenen Standpunkt verharrete der Thronfolger Prinz Wilhelm, als eine Deputation der Berliner Stadtverordneten bei ihm erschien. Er sagte dabei, die Krone sei durch ihre Nachgiebigkeit und die geringere Folgerichtigkeit ihrer Handlungen in der Märzrevolution in eine schiefe Stellung gekommen und sie werde diesmal auf dem beschrittenen Wege energisch fortschreiten. Auf einen Einwand, der Konflikt könnte zu einer neuen und weit gefährlicheren Revolution führen, antwortete er: „Sollte es sich um den Bestand der Krone handeln, so wird die Dynastie wenigstens mit Ehren fallen.“ Nichts ist bezeichnender für den Umschwung der Verhältnisse vom März bis zum November als dieser kraftvoll männliche Ausspruch im Gegensatz zur Kopflosigkeit in den Märztagen.

*

*

*

Es ist schon erwähnt worden, daß aus Anlaß dieser Vorfälle eine große Anzahl Kundgebungen von Stadtverwaltungen, Vereinen, verschiedenen Körperschaften usw. an den König und an die Versammlung abgeschickt worden sind. Aus.

Nachen

sandte vor Allen der kommissarische Oberbürgermeister im Einvernehmen mit dem Gemeinderat am 14. November

eine Eingabe an den König ab, die in ihrer maßvollmännlichen Sprache, deren Ahnungen sich nur zu sehr in der Folge bestätigten, u. a. sagt: „Die Berufung des Ministeriums von Brandenburg hat allerwärts die ernstesten Besorgnisse erregt. Bestehend aus Männern, die, soweit ihre frühere Wirksamkeit dem Lande bekannt, Stützen eines unheilvollen, durch die Ereignisse gerichteten Systems waren, ist sein bloßes Auftreten dem allgemeinsten Mißtrauen begegnet. Indem die preußische Nationalversammlung Ev. Majestät erklärte, daß das Ministerium nicht das Vertrauen des Volkes genieße, war sie daher ein getreues Organ für die Stimmung des Landes. Jene Besorgnisse stehen aber als durch den Erfolg nur zu sehr gerechtfertigt da. Die hinsichtlich der Nationalversammlung und gegen deren Willen getroffenen Maßregeln insbesondere beweisen, daß die verantwortlichen Räte der Krone ihre Stellung gänzlich verkennen, und nach der Art einer Zeit, die abgeschlossen mit ihren trüben Erinnerungen hinter der Gegenwart liegen sollte, im Widerspruch mit den im Volke herrschenden Ansichten und Überzeugungen, die Staatsregierung zu führen beabsichtigen. Ein solcher Zwiespalt ist eine Quelle des Unglücks für Thron und Volk, und ein Ministerium, das es gewagt hat, einen solchen hervorzurufen, beiden gleich schwer verantwortlich. Wenn die Staatsregierung die in der Majorität der Nationalversammlung sich kundgebende Stimme des Volkes sich nicht zur Richtschnur dienen lassen soll, so wird das Land nur neuen Erschütterungen entgegen gehen, und so die Anarchie von der Seite selbst ihre Förderung finden, die zunächst als fester Damm

sich ihr entgegenzustellen den Beruf hat; dann wird der Blick nur mit der schmerzlichen Voraussicht sich auf die Zukunft richten können, daß der Durchbruch zu einer besseren Zeit noch nicht Opfer genug verschlungen habe, und daß zuletzt, wenn auch nicht dauernd, eine Partei ihren Triumph feiern werde, deren Bestreben die Auflösung aller gesetzlichen Ordnung ist. Vor einer solchen Zukunft kann nur die Entlassung des Ministeriums von Brandenburg und die Berufung von Männern an das Staatsruder retten, die von dem Vertrauen des Landes getragen im Einklang mit der Nationalversammlung handelnd, die gährenden Elemente zu dem erspriesslichen Ziele leiten, und als Schirm für den Thron wie als Hort für die Errungenschaften des Volkes aufzutreten vermögen. Wir treten mit diesen Worten ehrerbietigst vor Ew. Majestät, um auch unsererseits, insbesondere soviel es die Stadt Aachen betrifft, nach bestem Wissen Zeugnis zu geben von der Stimmung des Volkes und in dem Bewußtsein, die ungeschminkte Wahrheit gesagt zu haben.“

Eine weitere Eingabe, von derselben Stelle ausgehend, wurde an die Nationalversammlung abgeschickt. In ihr wurde dem „mutigen und besonnenen Verfahren der Vertreter des Volkes in der letzten Zeit gegenüber einem Ministerium, welches das Vertrauen des Landes nicht besitzt, die Billigung aller derjenigen, denen es wahrhaft um das Wohl des Volkes zu tun ist“, ausgesprochen. „Sie haben“, heißt es weiter, „der Geschichte ein Beispiel aufgestellt, an dem sich noch unsere spätesten Nachkommen erheben werden“.

Der neugegründete Aachener Volksverein sah die Sachlage gar gefährlich an und wählte am 12. November vormittags in einer von einer tausendköpfigen Menge besuchten Versammlung in der Ketschenburg eine Kommission von sechs Mitgliedern, der die Aufgabe erteilt wurde, „aus Anlaß der Gefahr, in der sich Freiheit und Vaterland befinden“, die gesamte waffenfähige Bürgerschaft Aachens zum Eintritt in die Bürgerwehr aufzufordern, „um nötigenfalls Gewalt gegen Gewalt zu stellen“. Ferner wurde in einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, erklärt, „daß der Volksverein und die anwesenden Bürger Aachens mit den Beschlüssen der Nationalversammlung vollständig einverstanden sind und daß sie im Falle der Not die Nationalversammlung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen werden“. Am selben Sonntag nachmittags beschäftigte sich noch die Bürgerwehr mit dieser Angelegenheit und sandte eine Adresse an die Berliner ab. Scharfgeschriebene Kundmachungen wurden an die Mauerwände geheftet, die die Nachtwächter in der Nacht wieder herunterrissen. Der Volksverein nahm in einer großen Volksversammlung in der Ketschenburg am 16. November eine Mißtrauensadresse gegen Abg. Kühlwetter an, weil er zu den Abgeordneten gehörte, die sich nicht der Majorität angeschlossen und die Vertagung der Versammlung guthießen. Kurz, die Aufregung in Aachen muß damals wieder Siedehitze erreicht haben. Ähnliche Adressen, die für die Weiterberatung sprachen, wurden aus dem Regierungsbezirk abgeschickt von Volksversammlungen und den Gemeindeverwaltungen in Eschweiler, Linnich, Malmedy (hier in

französischer Sprache), Burtscheid, Stolberg, Dzenrath, Düren, Erkelenz, Blankenheim, Eupen, Aldenhoven usw. an König und Nationalversammlung; Jnden stellte sich in einer Adresse auf die Seite der Regierung. Von 141 „treuegehorsamsten Bürgern und Einwohnern der Stadt Jülich“ ging eine Adresse an den König ab, die dem König für seine „nur in der edelsten Absicht zum Wohle des bedrängten Vaterlandes ergriffenen Maßregeln“ Vertrauen ausspricht. Der Gemeinderat in Jülich erließ hiergegen mit 7 gegen 4 Stimmen eine Zustimmungsadresse an die Versammlung.

Der Beschluß der Steuerverweigerung fand aber wenig Anklang im Volk, einer energischen Regierung konnte er nicht gefährlich werden; selbst die radikale Reichsversammlung mißbilligte mit 276 gegen 151 Stimmen den Beschluß und der Reichsverweser bezeichnete die Steuerverweigerung in einer Kundmachung „An das deutsche Volk“ direkt als ungesetzlich. Die zu befürchtenden Konsequenzen waren denn doch zu arg, da das Staatsministerium die einzelnen kgl. Regierungen verpflichtete, in allen Fällen der Steuerverweigerung nach einer Belehrung über die schweren strafrechtlichen Folgen einer solchen Widergesetzlichkeit mit Anwendung der strengsten Zwangsmittel einzuschreiten, nötigenfalls mit Hilfe des Militärs.

In Aachen kam man im Einverständnis mit der Stadtverwaltung zu einem Ausweg, zu dessen Vorbereitung eine Volksversammlung diente, die im Lokale des Vereinsgartens tagte. Die Redner gaben dabei ihren Meinungen ungescheut Ausdruck und pathetisch wurde von

Advokat Sternberg das Vaterland in Gefahr erklärt. Zur Vorbeugung bedauerlicher Konflikte, wozu die durch die Ereignisse der vorhergegangenen Tage angeregten Bedenken über die Fortdauer der Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in Aachen möglicherweise Veranlassung hätten bieten können, hatten nämlich Oberbürgermeister und Gemeinderat eine die ungestörte Fortdauer der Ruhe sichernde Vermittlung dadurch zustande gebracht, daß vorläufig jeder, welcher beim Einbringen mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände Anstand nahm, die gewöhnlichen Steuern sofort zu bezahlen, befugt wurde, deren Entrichtung einstweilen zu verschieben, während aber durch die Steuerbeamten nach vorheriger Revision von den eingebrachten Gegenständen und den Namen der Eigentümer Notiz genommen wurde. Die spätere Nachzahlung sollte vorbehalten bleiben. Die Bürgerwehr unter ihrem Obersten de Nys erklärte, daß sie zur Erhebung der Steuern nicht mitwirken, dagegen hülfsreiche Hand leisten würden, damit die steuerpflichtigen Gegenstände an den Toren gehörig nachgesehen und verzeichnet werden können. Die Bürgerwehr besetzte zum Zweck der Durchführung der Steuer-aufschiebung den Bahnhof und die Stadttore und teilweise nicht ohne Anwendung von Gewalt gegenüber den Steuerbeamten ermöglichte sie es, daß die einziehenden Handelsleute nach erfolgter Notierung der eingeführten Waren vorläufig keine Mahl- und Schlachtsteuer zu entrichten brauchten. Es erfolgte die Androhung energischer Maßregeln durch die Regierung, und als diese keinen Erfolg hatte rückte im Auftrag der Regierung Militär aus und unterstützte die Steuerempfänger an den Toren

durch kleine Pikets. Die Bürgerwehr und die Bevölkerung leisteten hierauf keine Widersegllichkeiten mehr und so war die Steuerverweigerung am 25. November nach kurzer Dauer vorüber.

Zu nachdrücklichen Steuerverweigerungen ist es nur in Breslau, Erfurt und Düsseldorf gekommen. In Breslau billigte selbst der Oberpräsident der Provinz Pindar die Haltung der Nationalversammlung, er wurde seines Amtes enthoben und über die Stadt, in der es zu blutigen Zusammenstößen kam, wurde der Belagerungszustand verhängt. Auch über Erfurt mußte der Belagerungszustand verhängt werden und eine Anzahl Tote war die Frucht der Auflehnung gegen die Staatsgewalt.

In

Düsseldorf

Mr. Damm

ist es Lassalle zuzuschreiben, daß am 22. September der Belagerungszustand angeordnet wurde. Am 18. November wurde eine u. A. von Lassalle und dem 17jährigen Grafen Haxfeldt einberufene Volksversammlung abgehalten, die über die Steuerverweigerung und die „Ernennung einer provisorischen Regierung für Düsseldorf“ beriet. Lassalle hatte ferner in einer Volksversammlung die Reußer aufgefordert, im Falle eines Kampfes den Düsseldorfern zu Hilfe zu eilen, auch nach dem Kreis Altenkirchen ließ er eine gleiche Aufforderung abgehen. Also ganz revolutionär. Lassalle war der beliebteste Volksredner und wurde weit und breit im Rheinland von den Arbeitern fast vergöttert. In einer Proklamation wurde weiterhin aufgefordert, diejenigen zu nennen, die dem

allgemeinen Wunsche der Bürgerschaft nach Steuerverweigerung nicht beiträten, damit sie „dem Hasse und der Bestrafung durch das Volk überliefert“ würden. Da sich außerdem in der Stadt das Gerücht verbreitet hatte, von der Regierungshauptkasse sei eine Menge Gold in Lönchen nach Berlin abgeschickt worden, drang eine Abteilung der Bürgerwehr in die Packkammer des Oberpostamts ein, um nach diesen Goldfässern zu suchen und ihre Absendung zu verhindern. Sie fand aber nichts. Daraufhin wurde die Bürgerwehr, die ganz unter Lassalles Einflüssen stand, entwaffnet und Lassalle verhaftet. Den anderen Vorfechtern der republikanischen Propaganda gelang es zu entkommen. Für das Kreisblatt und die Düsseldorfer Zeitung wurde am 10. Dezember die Zensur eingeführt.

Einen kleinen Kummel gab es auch in

Trier

am 21. November. Der Regierungspräsident hatte in einem Präsidialerlaß im Falle hartnäckiger Steuerverweigerung mit scharfen Salben gedroht. Die radikale Bevölkerung wütete. Auf dem Hauptmarkt schickte sich eine Volksmenge an, den plakatierten Präsidialerlaß herabzureißen. Das Militär von der Hauptwache schritt ein und einige Verwundete mußten die „Beche bezahlen“. Dann war Ruhe.

Zu Unordnungen kam es ferner in

Köln.

Der Gemeinderat hatte nur mit geringer Majorität den oppositionellen Abgeordneten seine Zustimmung erklärt,

ein Antrag auf Unterstützung des Beschlusses der Steuer-
verweigerung von Seiten der Stadtverwaltung, etwa wie
in Aachen, wurde ganz abgelehnt. Eine Volksversamm-
lung von „Anarchisten“ (so meldet die Kölnische Zeitung)
verabredete deshalb, den Gemeinderat zur Abdankung
aufzufordern. Das geschah am 22. November abends.
Ein großer Volkshaufen zog vor dem Rathaus auf, um
die Abdankung zu erwirken. Es kam zu lebhaften Aus-
einandersetzungen mit einer Deputation der Demonstren-
ten. Dann zogen die Aufrührer vor das Haus des Ober-
bürgermeisters und beschädigten es in arger Weise. Auch
die Kölnische Zeitung, die stets einen vermittelnden Stand-
punkt gewahrt hatte, bekam die Fenster eingeworfen.
Aber noch bevor Militär erschien, waren die Straßen
wieder leer. Wie in einem Kessel glühenden geschmolzenen
Metalls. Blasen steigen auf und zerplatzen und dann
glättet sich wieder die Oberfläche. . .

In

Vernakstet

kam es gleichfalls zu einem ernsten Zusammenstoß wegen
der Steuerverweigerung. Ein Auskultator Coblenz, ein
echter Volksmann, war wegen seiner republikantischen Ge-
sinnungen kassiert worden. In Volksversammlungen und
in Versammlungen der Landwehrmänner forderte er das
Volk zum bewaffneten Widerstand gegen die Staatsge-
walt auf. Am 26. November sollte er wegen seiner wilden
Agitationen verhaftet werden. Der Staatsprokurator und
der Untersuchungsrichter begaben sich zu diesem Zwecke in
seine Wohnung, um gleichzeitig seine Schriften zu saisieren.

Obwohl sie von einer kleinen Militärpatrouille begleitet waren, wurden sie von etwa 30 Arbeitern überfallen und sie mußten ihr Heil in der Flucht suchen. Sturm wurde geläutet und Bauern eilten mit Sensen und Äxten bewaffnet herbei. Auch die Militärpatrouille bekam Verstärkung. Doch wurde nicht viel Widerstand entgegengesetzt, da es dem Coblenz mittlerweile gelungen war, zu entfliehen.

Die preussische Verfassung.

Die oppositionellen Abgeordneten kamen bis zum 27. November im Hotel Mylius zusammen, um sich über die Lage der Dinge zu verständigen. Am 27. November, dem Tage der Eröffnung der Nationalversammlung in Brandenburg, wurde aber diese Abgeordnetenvereinigung im Hotel Mylius als nunmehr gänzlich ungesetzlich unter militärischer Mithilfe aufgelöst und 70 Abgeordnete, die im Hotel anwesend waren, wurden von etwa 300 Soldaten zum Verlassen des Hauses genötigt. 265 Abgeordnete hatten sich verabredet, nicht nach Brandenburg zu gehen. Im Dom zu Brandenburg waren am Tag der Wiedereröffnung nur 145 Abgeordnete anwesend, Kühlwetter und Riz waren auch dort; Hansemann war erkrankt, sonst wäre er gleichfalls erschienen. Da die absolute Majorität 203 betrug, mußte die Versammlung vertagt werden. Am 28. November erschienen 159 Abgeordnete, am 29. November 151, am 30. November 182 Abgeordnete zur Sitzung. Die Regierung kam zu dem Entschluß, die Minorität durch sofortige Einberufung der Stellvertreter der Abgeordneten, die fernblieben, auf die volle Zahl zu erhöhen. Als die Opposition davon hörte, berief der Präsident der früheren Versammlung v. Unruh schleunigst die streikenden Abgeordneten zur Teilnahme an den Brandenburger Sitzungen ein, „um die Rechte des Volkes zu wahren“. So erschienen denn auch am 1. De-

zember eine große Anzahl der oppositionellen Abgeordneten. Die Gesamtzahl betrug nun 262 und die Versammlung wäre beschlußfähig gewesen. Als aber der Antrag der Opposition abgelehnt wurde, die Versammlung solange zu vertagen, bis weitere hundert Mitglieder der Linken, die gleichfalls von der Änderung des bisher eingehaltenen Standpunktes in Kenntnis gesetzt worden waren, zur Versammlung erscheinen konnten, und als weiterhin rundweg erklärt wurde, v. Unruh werde nicht mehr als Präsident anerkannt, sondern es werde eine neue Präsidentenwahl vorgenommen, da verließen die Oppositionellen in Corpore die Versammlung und reduzierten diese durch ihren Austritt auf 172. Die Zurückgebliebenen hatten nur den einen Ausweg, die Versammlung wieder zu vertagen.

Da es bei der numerischen Stärke der Linken jederzeit von ihrem Belieben abhängig gewesen wäre, die Beratungen auch weiterhin unmöglich zu machen, schlug das Ministerium Brandenburg, das damit die „rettende Tat“ vollführte, dem König die schon erwogene Auflösung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung vor. Kurze Zeit nach dem Malmöer Waffenstillstand, im September, war schon an Auerzwald und Hansemann das Ansinnen gestellt worden, gegen die Nationalversammlung Maßregeln zu ergreifen, die eine Auflösung notwendig zur Folge haben mußten. Der König erließ das Auflösungsdekret am 5. Dezember und war nun wieder Herr in seinem Hause. Gleichzeitig wurde eine Verfassungsurkunde veröffentlicht, der der von Hansemann ausgearbeitete alte Regierungsentwurf, der von der Verfassungskommission beschlossene Entwurf und „in gebührender Berücksichtigung“

die Beschlüsse der Reichsversammlung in Frankfurt zugrunde gelegt worden, also sehr freisinnig gehalten war. In der Kirchen- und Schulfrage brachte die Urkunde weiter keine Änderung, als daß der Satz: „Die öffentlichen Volksschulen sind von jeder kirchlichen Aufsicht frei“, gestrichen wurde. Die Revision der Verfassung sollte den beiden Kammern vorbehalten bleiben. Die Kammern wurden durch das gleichzeitig erlassene interimistische Wahlgesetz zum 26. Februar 1849 einberufen. Das Wahlgesetz erklärte jeden Preußen, der 30 Jahre alt war und mindestens ein jährliches Einkommen von 500 Talern hatte, als Urwähler für die Erste Kammer. Je 100 Urwähler hatten einen Wahlmann zu wählen und diese Wahlmänner wählten die Abgeordneten, die mindestens 40 Jahre alt sein mußten und deren Anzahl 180 betrug. Die Zweite Kammer hatte 350 Mitglieder. Zu den Urwahlen waren alle Preußen wahlberechtigt. Je 250 Urwähler hatten einen Wahlmann zu wählen.

Wieder regnete es Kundgebungen der Bevölkerung an den König, aber doch weitaus im zustimmenden Sinne. Die Reichsversammlung wollte die Auflösung der Nationalversammlung und die Diktierung der Verfassung allerdings für einen Gewaltstreich und für null und nichtig erklären. Bei der Abstimmung über diesen Antrag kam es aber zu keiner endgültigen Entscheidung. Man mußte sich selbst sagen, daß ein Ansturm gegen Preußen von Frankfurt aus vergeblich gewesen wäre. Die Krone hatte gesiegt.

*

*

*

In der Wahlkampagne, die recht lebhaft ausfiel, bildete sich am 15. Januar in

Aachen

ein Konstitutioneller Verein, der als seinen Zweck die Beförderung des allgemeinen Wohles durch die konstitutionelle Monarchie bezeichnete und die gemäßigteren Kreise der Bevölkerung umfaßte. Ein Drittel seiner Mitglieder gehörten dem Fabrikantenstand an und zum Vorsitzenden hatte er Dr. Hartung und Leopold Scheibler. In seinem Wahlprogramm trat der Verein, indem er die Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 als ausreichende Grundlage zur künftigen günstigen Gestaltung und Entwicklung des staatlichen Lebens erklärte, für eine Ausbildung der Verfassung in freiester Richtung ein und verlangte u. A. auch Diäten an die Kammermitglieder und Abschaffung der Titel, sofern sie nicht Amtsbefugnisse bezeichnen, Vertheidigung des Heeres auf die Verfassung, Verwirklichung der höchsten mit der konstitutionellen Monarchie verträglichen politischen Freiheiten. Der Piusverein, dem unter seinem Vorsitzenden Dr. Hahn, die Leitung der katholischen Partei in Aachen hauptsächlich überlassen war, und seine Muttergesellschaft, die Constantia, deren Vorsitzender Jungbluth war, gingen mit dem allgemeinen Programm in die Wahl, daß sie die Anerkennung der Verfassung wollten. Der Volksverein, mit Ignaz Weiffel und Dr. Belten an der Spitze, verlangte eine Revision der Verfassung im demokratischen Sinne und er entsfaltete für seine Kandidaten mit Erfolg die meiste Tätigkeit. Der Konstitutionelle Verein — die „Reaktionären“ und, Volks-

feinde“, wie sie von den Demokraten genannt wurden — war zu spät gegründet worden, um bei den Wahlen einen selbständigen Einfluß ausüben zu können. Eine mit den beiden katholischen Vereinen angestrebte Verständigung in der Wahlangelegenheit scheiterte. Sie selbst hatten ihre politische Kraft unterschätzt und kamen so gegen die Demokraten nicht auf.

Der Tag, an dem die Urwähler zur Wahl der Wahlmänner der Zweiten Kammer schritten, war der 22. Januar. Am Abend vorher gab es noch einmal für mehrere Stunden einen Tumult zwischen Soldaten vom 27. Regiment und Zivilisten in der oberen Peterstraße, bei dem die Soldaten von ihren Säbeln Gebrauch machten und Leute verletzten, bis die Polizei die Ruhe wiederherstellte. Am 5. Februar fand die Abgeordnetenwahl statt. Die katholischen Vereine hatten wohl drei Viertel ihrer Wahlmännerliste zur Geltung gebracht. Da sie aber, im guten Glauben, zum großen Teil Leute als Wahlmänner aufgestellt hatten, die politisch indifferent waren, gelang es den Demokraten, den Sieg davon zu tragen. Die Demokraten brachten von ihren Kandidaten für die Zweite Kammer den Staatsprokurator Schornbaum aus Koblenz und den Kaplan v. Berg aus Jülich durch. Beide hatten schon der Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung angehört und beide gehörten zur großen Zahl der Abgeordneten, die der Regierung in ihren letzten Maßregeln bei der Vertagung der Versammlung Widerstand entgegen gesetzt hatten. Kaplan v. Berg speziell hatte sich im Laufe der Beratungen der Versammlung immer mehr den linksstehenden Parteien genähert, und wegen seiner Abstimmung

gegen die Bezeichnung „Von Gottes Gnaden“ mußte er sich einen Protest seiner Wähler gefallen lassen, in der sie ihn, den katholischen Geistlichen, mit seinen übrigen Gesinnungsgenossen als „Heiden“ erklärten. Der Konstitutionelle Verein hatte nur einem einzigen seiner Kandidaten zur Wahl verhelfen können, dem Landgerichtsrat de Svo. Bei den Wahlen zur Ersten Kammer, die am 17. Februar stattfanden, erhielten kommissarischer Oberbürgermeister Pelzer, Regierungsrat Ritz und Bürgermeister Jungbluth aus Jülich die Mehrheit. Berg, Pelzer und Ritz lehnten ihre Nacheren Wahlen ab, da sie noch in anderen Wahlbezirken gewählt worden waren. Der kommissarische Oberbürgermeister behielt sein Heinsberger Mandat, das ihn in die Zweite Kammer brachte, und Ritz nahm gleichfalls ein Mandat für die Zweite Kammer an, das er in Montjoie erhielt. Bei der Nachwahl erhielten Handelsgerichtspräsident van Gülp und Regierungsrat v. Solemacher die Majorität und an Stelle des Abg. v. Berg, der das Dürener Mandat annahm, wurde Landgerichtsrat Rambs gewählt. In einer Nachwahl im April wurde der konstitutionelle Gegenkandidat des Rambs, Kaufmann Franz Kelleßen gewählt. An Hansemann hatte in Nachen niemand mehr gedacht. Er wurde wohl in Montjoie für die Erste Kammer gewählt, lehnte aber die Wahl ab und nahm das Mandat eines anderen rheinischen Wahlkreises an. Im Allgemeinen war die Wahlbeteiligung von Seiten der gemäßigten Wählerkreise nicht stark, hier ebensowenig, wie anderswo in Preußen. So blieb den demokratischen Wählern meist das Feld überlassen und die Zusammensetzung der neuen Zweiten

Kammer war ähnlich der Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung. Ganz Rheinland war fast durchweg demokratisch vertreten und ihre liberale Mehrheit führte auch ihre Auflösung nach kurzer Dauer herbei, ein Gegengewicht fand sie im Osten, der für demokratische Einflüsse wenig zugänglich war. Die schwache Beteiligung an den Wahlen von Seiten der gemäßigten konstitutionell=monarchischen Elemente schrieb man einer verärgerten Stimmung über die Regierungsmaßnahmen vom November und Dezember 1848 zu, das Anwachsen der demokratischen Stimmen aber dem Umstand, daß sich infolge dieses „Staatsstreiches“ gemäßigte Wähler den demokratischen Reihen zugewandt hätten. In rheinischen Wahlkreisen gewählt, wirkten noch aus Aachen Advokatanwalt Quadflieg und Blömer in der Zweiten Kammer.

Die Feier der Revolution.

Im vorwiegend demokratisch gesinnten Rheinland wurde in manchen Städten zur Demonstration gegen die Regierungsmaßnahmen der letzten Zeit die Jahres-Wiederkehr des Tages der französischen und der deutschen Revolution festlich begangen. Die Hauptfeier der rheinländischen Demokraten zur Erinnerung an die französische Revolution fand in

Köln

am 24. Februar im Eiferschen Saale statt. Die rote Farbe spielte in der Ausschmückung des Saales eine große Rolle. Abg. Gladbach richtete während der Feier seinen Trinkspruch gegen das Haus Hohenzollern und das bestehende Ministerium, andere Trinksprüche waren der „demokratisch-sozialen“ Republik, der „zukünftigen sozialen Revolution“, dem „Rechte der Arbeit“, der „Verbrüderung aller Nationen“, ferner „Robespierre, Just, Marat und den anderen Helden von 1793“ gewidmet, andere Reden richteten sich an die Polen, an das Andenken Robert Blums, an die Wuppertaler Demokraten (vom ältesten Sohn Blums, damals Student, gehalten), gegen die Tyrannen usw. Wie man sieht, ein fast wollüstiges Einwühlen in republikanische Ideen. Die Demonstration verlief in Ruhe und die Behörden fanden keine Gelegenheit zum Einschreiten.

Eine folgenschwere Revolutionsfeier fand in der
Musenstadt

Bonn

statt. Dort waren, von Prof. Kinkel und anderen Professoren geführt, die Studenten die treibenden Kräfte. Kinkel, damals anfangs der Dreißiger, war der eifrigste demokratische Agitator in Wort und Schrift, hatte den Vorsitz in dem von ihm mit dem gleichgesinnten Studenten Karl Schurz gegründeten aus Bürgern und Studenten zusammengesetzten Demokratischen Verein und redigierte im radikalsten Sinne die Bonner Zeitung. Der Verein begnügte sich anfänglich mit konstitutionellen Forderungen, trieb aber bald aus Furcht vor der drohenden Reaktion ins republikanische Fahrwasser hinein. Der republikanische Idealismus stammte bei den Musenjöhnen aus dem Altertum und die französische Revolution gab die Vergleiche mit der Neuzeit. Die heutige feudale Universität hatte damals einen durchaus roten Anstrich.

Die Studenten wollten nun das Fest der Revolution durch ein Bankett und einen Festzug mit Musik begehen. Der Rektor Prof. Loebell erlaubte wohl die Abhaltung des Banketts, verbot dagegen den Festzug. Die Studenten Pappenheim, Wessel und Reimer waren die Vertrauensmänner der Studenten. Sie beschloffen dennoch die Feier nach ihrem Programm abzuhalten. So bildete sich am 24. Februar am Marktplatz der Festzug und bewegte sich unter Musikbegleitung zum Bankettlokal. Die Folge dieser Verhöhnung der Vorschriften des Rektors war die Relegation Pappenheims, der sich als

republikanischer Agitator einen gewissen Namen gemacht hatte, die Beurteilung Wessels zum Consilium abeundi und Reimers zum Unterzeichnen des Consiliums und einer vierzehntägigen Karzerstrafe. Pappenheim benahm sich in seiner Verteidigung dem Senat gegenüber ungebührlich frech und er wurde deshalb noch in eine zehntägige Karzerstrafe genommen. Mit diesen Beurteilungen beschäftigte sich sofort protestierend eine demokratische Volksversammlung bei Wiersberg, an die sich eine tumultuarische Demonstration gegen den Rektor anschloß. Die Studenten faßten eine Resolution gegen die Beurteilungen, auch der demokratische Verein. Da zu befürchten war, daß man versuchen werde, Pappenheim aus dem Karzer zu befreien, wurde er für die Dauer seiner Karzerhaft unter militärische Bewachung gestellt und auch sonst wurden so energische Maßregeln gegen die Studenten angedroht, daß bald wieder Ruhe und Frieden unter den Musesöhnen eintrat.

*

*

*

Um Mitte Februar wurde

Nachen

von Köln aus durch eine halbe Batterie Geschütz verstärkt, angeblich infolge eines Gerüchtes, daß in Berviers ein internationaler, auch von Nachenern besuchter Kongreß stattfinden werde, der einen Putsch vorbereiten solle. Es ist aber nichts daraus geworden. Von liberaler Seite wurde dieses Gerücht als eine Erfindung der „Reaktion“ bezeich-

net, da gleichzeitig Gerüchte von republikanischen Schilderhebungen in Berlin, Sachsen und Baden (dort wurden sie allerdings zur Wahrheit) auftauchten, zu dem Zwecke, Mittel zum energischeren Einschreiten gegen die Demokraten im Inlande zu erlangen. Man geht gewiß auch nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese Garnisonverstärkung auf die Befürchtung zurückzuführen ist, aus Anlaß des Jahrestages der Märzrevolution könnten neuerliche Unruhen entstehen. Im März 1849 hatte sich das ereignisvolle Jahr vollendet, das dem deutschen Volke den Verfassungsstaat bescherte. Der Rückblick auf das, was in diesem an Spannungen so reichen Jahre das Volk erreicht hatte, war überall die Veranlassung zu einer schon Wochen vorher vorbereiteten Feier der Märzrevolution.

In Aachen wurde am Morgen des 18. März ein feierliches Hochamt mit Te Deum im Münster unter zahlreicher Beteiligung der Bürgerschaft und bei Anwesenheit aller Zivil- und Militärbehörden abgehalten und in der Paulskirche wurde eine Messe zur Dankfagung für die errungenen Freiheiten gelesen. Auch in der protestantischen Kirche und im Tempel der israelitischen Gemeinde wurde der Tag durch einen besonderen Gottesdienst gefeiert. Böllerschüsse, Glockengeläute und Illumination am Abend waren weitere Kundgebungen festlicher Freude. Außerdem wurde in einer großen demokratischen Volksversammlung des Sturmjahres gedacht. Der Volksverein verteilte mehrere tausend Brote an Arme und der Konstitutionelle Verein speiste mit einer Ausgabe von 787 Talern 5600 Arme katholischer und evangelischer Konfession in Aachen und 600 inurtscheid mit Fleischbrühe,

einem halben Pfund Rindfleisch mit Kartoffeln und Reis sowie Brot, und übergab 10 Taler der israelitischen Gemeinde für ihre Armen. Auch die bei den Aprilunruhen im Jahre 1848 verhafteten Männer und Frauen, die sich nun schon beinahe ein Jahr in Haft befanden, ohne daß über sie der Richterspruch gefällt worden wäre, wurden von der Volkspartei gespeist. Piusverein und Sonntagsgesellschaft hielten gleichfalls Versammlungen zur Feier der Märzereignisse ab und die Demokraten veranstalteten ein Bankett in der Kensing'schen Reitbahn.

Dem Jahrestag der preußischen Revolution hatte man namentlich in Berlin und in

Düsseldorf

— beide Städte waren noch immer in Belagerungszustand — mit der Befürchtung entgegengesehen, es könnte zu neuen Unruhen kommen. Energische Vorbeugungsmaßregeln wurden getroffen. Der demokratische Verein in Düsseldorf plante einen öffentlichen Aufzug, Beschlagnung und Illumination der Häuser. Das wurde von der Behörde untersagt. Erlaubt wurden nur zwei Bankette, eines wurde vom demokratischen Verein, das andere von dem republikanisch gefärbten Volksklub veranstaltet. Es wurden während des Tages doch einige deutsche Fahnen ausgestellt. Einen originellen Fahnen Schmuck zeigte ein Haus in der Bergerstraße, es war auf der Fahne ein einbeiniger blutiger Barrikadenheld dargestellt. Am Abend wurden einige schüchterne Illuminationen gewagt. Eine Kompagnie Infanterie rückte gegen 8 Uhr aus und zerstreute Menschenansammlungen, die sich am Markt und in

anderen Straßen gebildet hatten. Einige Verhaftungen mußten dabei vorgenommen werden. Weitere Excesse fanden aber nicht statt.

In

Röln

fand im Gürzenich ein sogenanntes Revolutionsbankett statt, an dem etwa 3000 Männer und eine Anzahl Frauen, meist mit roten Mützen, Bändern und Schärpen geschmückt, teilnahmen. Die Feier ging ohne Störung der Ordnung vorüber.

Wegen der Märzfeier war es zu einer Polemik zwischen der von den Altkonservativen mit der Aufgabe, „den entfesselten Geistern der Empörung mit Kraft und Nachdruck entgegenzutreten“, ins Leben gerufenen Neuen preußischen Zeitung („Kreuzzeitung“) und der Aachener Zeitung gekommen, wahrscheinlich wegen folgender Sätze eines Leitartikels der „Kreuzzeitung“: „Jede Revolution ist ein Verbrechen, die siegreiche wie die mißlungene. Und zweimal „Wehe!“ dem Volke, das seine Revolution festlich begeht. Sein Verbrechen feiern, ist teuflisch. Verwirft die Revolution das geltende Recht so hebt die Feier ein jedes göttliches und menschliches Recht im Prinzip auf. Das Volk, das seinen Richterstuhl auf Barrikaden setzt und sein Gesetzbuch mit Pflastersteinen schreibt, ist nichts als eine große Räuberbande!“ Das stimmte ungefähr mit dem überein, was Minister Bodelschwingh in der neuen Zweiten Kammer unter ungeheurem Tumult sagte: „Die Revolution ist ein Straßenkampf gewesen, der Stadt und Land entehrt hat.“

Die Kaiserwahl.

Die Reichsversammlung hatte unterdessen die Beratung der Grundrechte zu Ende geführt und am 19. Oktober die Beratung über die Reichsverfassung in Angriff genommen. Ausschlaggebend für den Erfolg dieser Arbeiten war der Beschluß, wonach kein Teil des neuen Deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staat vereinigt sein sollte. Dadurch wurde schon einmal für Österreich, das aus inneren Verwaltungsgründen in einer Erklärung vom 27. November 1848 auf der Einheit seiner Monarchie bestand, der Eintritt in die angestrebte bundesstaatliche Verfassung unmöglich. Die Versammlung wollte das Unionsverhältnis Österreichs zu Deutschland „mittels einer besonderen Unionsidee ordnen und darin alle verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Bedürfnisse nach Möglichkeit befriedigen, welche Deutschland und Österreich von jeher verbunden haben und im gesteigerten Maße verbinden können“. Österreich erklärte aber, durchaus nicht auf seinen Eintritt in den deutschen Bundesstaat zu verzichten. Von nun an standen sich zwei Parteien in der Reichsversammlung gegenüber, die „Großdeutschen“, die Österreich in den deutschen Bundesstaat einbezogen wissen wollten und demgemäß für Österreich auf Grund der Entwicklung der deutschen Geschichte die Führung in dem neuen Bundesstaat beanspruchten, und die „Kleindeutschen“, die Österreich ausschließen wollten und auf eine Führung durch Preußen rechneten.

Im Rheinland war die Stimmung großdeutsch, für das „Siebzigmillionenreich“, namentlich in

Aachen,

wo die Habsburger große Sympathien genossen. Im Sinne der Mehrheit der Aachener Bevölkerung wandte sich der Piusverein „am Tage Karls des Großen im Jahre 1849“ — die Karlsfeier hatte durch die bevorstehende Kaiserwahl neue Weihe und kräftige Anregung erhalten — mit einer Eingabe an die Reichsversammlung, in der es heißt: „Wir Bürger der alten Kaiserstadt Aachen erklären unsere Willensmeinung, daß kein einziger der deutschen Brüderstämme von dieser Wahl ausgeschlossen werden darf, am allerwenigsten Osterreich, an Ehren und an Siegen reich, welches beinahe sechs Jahrhunderte hindurch Deutschland seine Kaiser gegeben und im Krieg und Frieden ihm tapfer voraufgegangen und treu zu ihm gehalten hat.“

Nach einer ihrer bewegtesten Verhandlungen entschied sich die Reichsversammlung am 13. Januar 1849 mit 261 gegen 241 Stimmen im Sinne der Kleindeutschen. Unmittelbar darauf begannen zur Krönung des fertiggestellten Verfassungswerkes die Beratungen über die Frage des Reichsoberhauptes. Eine wahre Musterkarte von Vorschlägen wurde hierfür den Abgeordneten vorgelegt. Erbliches Kaisertum (mit dem Titel Kaiser der Deutschen, Kaiser von Deutschland oder deutscher Kaiser), Wahlkaisertum (gewählt von den deutschen Fürsten unter Zustimmung der Volksvertretung), König der Deutschen oder Kaiser der Deutschen auf Zeit (je einer der Herr=

scher von Österreich und der fünf deutschen Königreiche sollte die Würde immer je 12 Jahre innehaben, ein zweiter Vorschlag wollte diese Würde einem der Prinzen aus diesen Häusern auf je 10 Jahre übertragen, ein dritter Vorschlag ging dahin, die Herrscher von Preußen, Österreich und Bayern führen jeder vier Jahre lang im Turnus die Oberhauptwürde, ein vierter Vorschlag wollte den Turnus zwischen Österreich und Preußen auf je sechs Jahre), ein Bundesdirektorium (fünfgliedrig, Österreich, Preußen und Bayern wählen je ein Mitglied, die anderen Staaten zusammen zwei Mitglieder des Kollegiums), Reichsregentschaft (gebildet von drei Mitgliedern deutscher Regentenfamilien, die nicht selbst an der Spitze eines Staates stehen), Reichshauptmann (auf 6 Jahre auf Vorschlag der Volksvertretung von den deutschen Fürsten zu wählen, wählbar ist jeder Deutsche, sein Gehalt beträgt 100 000 fl. rhein.) usw. Österreich wünschte ein Direktorium von sieben Fürsten unter Österreichs Vorzug, Hansemann im Sinne Preußens ein Bundesdirektorium von drei deutschen Fürsten unter Preußens Führung und Bündnis mit Österreich.

Die Pläne, die Österreich direkt in den neuen Bundesstaat einbeziehen wollten, hatten bei der Zusammensetzung des Parlaments von vornherein keine Aussicht, angenommen zu werden. Die weiteren Abstimmungen in der Wahlangelegenheit zeigten eine merkwürdig geringe Majorität, wo es voller Einigung bedurft hätte. 258 gegen 211 Stimmen waren dafür, daß die Würde des Reichsoberhauptes einem regierenden deutschen Fürsten übertragen werde, 214 gegen 205 Stimmen gaben den Aus-

schlag für die Annahme des Titels „Kaiser der Deutschen“ für das neue Reichsoberhaupt, die Erbllichkeit der Kaiserwürde im Mannesstamme des ersten Kaisers erzielte bei 259 gegen 255 Stimmen nur eine Mehrheit von 4 Stimmen. Und dann kam die Hauptsache, die Kaiserwahl selbst; sie sollte der Schlußstein zu dem Reichsgebäude sein, das die Reichsversammlung aufzurichten gedachte. Zum Kaiser der Deutschen wurde mit 290 Stimmen gegen 248 Stimmenthaltungen (110 aus Österreich, 51 aus Bayern, 17 aus Württemberg, 10 aus Baden, 15 aus Sachsen, 8 aus Hannover, 22 aus Preußen, darunter auch Blömer aus Aachen usw. usw.) **König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen** gewählt, und die Kirchenglocken und Freudenböllerschüsse gaben dem großen Ereignis die erste Weihe.

Das war am 28. März 1849 . . .

„Vergessen Sie nicht, daß es noch deutsche Fürsten gibt!“ hatte aber der König von Preußen schon beim Kölner Dombauefest der Reichsversammlungsdeputation zugerufen. Und dem Präsidenten der Reichsversammlung gegenüber, als dieser von der Möglichkeit der Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser gesprochen hatte, erklärte Friedrich Wilhelm IV. rundweg abweisend, ohne das freie Einverständnis aller deutschen Fürsten und der freien Städte würde er niemals die Kaiserwürde aus den Händen der Reichsversammlung annehmen oder eine Entscheidung fassen, die für die einzelnen gekrönten Häupter und die von ihnen regierten Völker von der entscheidendsten Bedeutung sei. Der vollzogenen Wahl gegenüber beharrte er auf demselben Stand-

punkte, als eine Abordnung der Reichsversammlung nach einem kühlen Empfang der Behörden am 4. April vor ihm im Königsschlosse zu Berlin erschien. In privatem Gespräche äußerte sich der König noch, es sei das Eigenthümliche der gegenwärtigen Zeit, daß man mehr gebe und anbiete, als man selber besitze und zu vergeben habe. Eine Krone anzubieten; sei nicht das Recht des Volkes. — Von den deutschen Regierungen stimmten nur die vielen kleinen Staaten mit etwa fünf Millionen Einwohner dem von Preußen aus regierten Kaisertum zu. Die Königreiche verhielten sich ablehnend, sie erklärten die Errichtung eines erblichen Kaisertums als die größte Gefahr für Deutschland und gaben ihren festen Entschluß bekannt, sich keinem anderen deutschen Fürsten als Kaiser unterzuordnen.

Das war die erste Ernüchterung in dem so merkwürdig aus republikanischen und monarchischen Ideen bestehenden Souveränitätstaukel der Frankfurter, der in den regellosen Zuständen der Märztage zu erwachen begonnen hatte. Den zweiten Wasserstrahl brachte die Ablehnung der von der Reichsversammlung beschlossenen Verfassung durch die deutschen Großstaaten. Oesterreich und die deutschen Königreiche stellten sich auf den Standpunkt, daß die Reichsversammlung berufen gewesen sei, nur in Gemeinschaft mit den deutschen Fürsten, nicht selbstherrlich souverän, das Verfassungswerk zustande zu bringen, und sie habe damit den Boden des Rechts verlassen. — Ein Jahr vorher lagen die Dinge allerdings wesentlich anders. Die Reichsversammlung trat damals mit dem ausdrücklichen Mandat zusammen, dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben. Von einer Vereinbarung mit den Fürsten war keine Rede.

Das Vorparlament drohte, wenn man sich nicht füge, werde man an die ganze Nation appellieren, und diese Sprache war so drohend, daß sich die Bundesbevollmächtigten beeilten, dem Vorparlament zuzustimmen. In ihrem Beschluß hierüber hieß es allerdings in der maßgebenden Stelle: „zwischen den Regierungen und dem Volke das Deutsche Verfassungswerk zustandebringen.“ Damals war das Volk allmächtig, ein Jahr später war die Fürstenmacht wieder voll befestigt und der Sturm der Märztage vollständig vergessen. Damit begann der Totenkampf des einst so stolzen Parlaments.

Voll pikanten Reizes ist es, daß damals der spätere Reichschmied

Bismarck gegen die Errichtung des deutschen Kaisertums

energisch ins Feld zog, ebenso Prinz Wilhelm, der spätere erste Kaiser des neuen Deutschen Reiches. Bismarck donierte in die Versammlung der preußischen Zweiten Kammer hinein: „Die rechtlosen Beschlüsse über die Verfassung der Frankfurter Versammlung, denen sie durch die Kaiserwahl Nachdruck zu geben sucht, kann ich nicht als gültig anerkennen; ebensowenig sind auch die zustimmenden Erklärungen der 28 Staaten für mich ohne Bedeutung, da diese Staaten nur etwa 4—5 Millionen Einwohner haben. Diese Erklärungen können nicht ins Gewicht fallen, wo es sich um die Zukunft Preußens handelt. Preußen zählt 16 Millionen Einwohner, diese können sich nicht von 5 Millionen sogenannter Deutscher in ihren Entschlüssen bestimmen lassen. Die deutsche Verfassung läßt der Krone kaum den notdürftigsten Bestand, sie stellt das Prin-

zip der Volkssouveränität auf und läßt dem König nur das suspensive Veto. Damit hat aber der König so gut wie aufgehört zu regieren. Die Versammlung verlangt ferner vom zukünftigen Kaiser, daß er ihr das ganze Deutschland erst schaffe. Er müßte beispielsweise in die Verhältnisse Oesterreichs oder Bayerns eingreifen, aber es ist doch wohl möglich, daß der Kaiser von Oesterreich und der König von Bayern sich dies verbitten und der Kaiser wäre also dann genötigt, diese Staaten mit Krieg zu überziehen. Das ist es aber gerade, was die Herren von der Umsturzpartei in Frankfurt wollen. Sie werden sehr bald zum Kaiser sagen: Glaubst Du, dieser Adler ist Dir geschenkt? Der Gang der preußischen Regierung ist ein solcher, der zur deutschen Einheit führt. Aber wir glauben, daß hiezu die Stunde noch nicht gekommen ist und daß diese Operation jetzt noch nicht ohne Gefahr für den Staatskörper vorgenommen werden kann. Deutschland bietet seit sechshundert Jahren den Anblick des Auseinanderfallens dar, während Preußen stets im Zunehmen seiner Kraft gewesen ist. Wir wollen daher Preußen nicht aufgeben, ehe wir nicht Deutschlands gewiß sind.“

Das mögen auch im Allgemeinen die Gründe gewesen sein, die vornehmlich den König bei der Ablehnung des utopistischen Kaisertums beschäftigten. Auch aus den Reden der Minister klingt der gleiche Grundton durch wie ihn Bismarck angeschlagen hatte.

Unmittelbar vor dem Eintreffen der Frankfurter Kommission hatten die beiden preußischen Kammern beschlossen, den König um die Annahme der Kaiserwürde

zu bitten. Die Zweite Kammer war bisher in ihrer Tätigkeit recht unfruchtbar. Es standen sich zwei ziemlich gleichstarke Parteien gegenüber, eine Mittelpartei war nicht vorhanden. Die während der Beratungen gefaßten Beschlüsse beruhten größtenteils auf Abstimmungen, bei denen eine oder nur wenige Stimmen, niemals aber eine größere Majorität, bald für die radikale, bald für die konservative Partei in einer solchen Weise den Ausschlag gaben, daß kein Zweifel darüber vorherrschen konnte, es seien die Resultate der Abstimmung sehr häufig lediglich die Folge zufälliger Umstände. Als nun die Linke mit ganz geringer Majorität die Erklärung durchsetzte, die Fortdauer des Belagerungszustandes in Berlin sei ungesetzlich und müsse sofort wieder aufgehoben werden, und als es weiter, trotz der gegenteiligen Erklärung des Königs, zu dem Beschluß kam, die Regierung sei zur Anerkennung der Rechtsbeständigkeit der deutschen Verfassung aufzufordern, löste der König am 27. April kurzerhand die Zweite Kammer auf, mit der Begründung, er halte es für verderblich, die Revision der Verfassungsurkunde solchen zufälligen Mehrheitsbeschlüssen preiszugeben, und die Versammlung hätte sich durch ihre erwähnten letzten beiden Beschlüsse nicht in den Schranken ihrer Befugnis gehalten. Die Erste Kammer wurde vertagt. Am selben Tage gab es wegen dieser Ereignisse wieder Tumulte in Berlin vor dem Parlamentshaus, bei denen 6 Tote und eine Anzahl Verwundete die Opfer waren.

Am 28. April lehnte dann der König durch eine Note Kaiserkrone und Verfassung direkt vor der Reichsversammlung ab. Der Hauptakt dieses gigantischen

Dramas der Weltgeschichte war damit zu Ende, der Schluß begann . . .

In der Wut der Verzweiflung beging die Reichsversammlung einen ähnlichen Streich wie im November vorher die preußische Nationalversammlung: sie suchte das ganze Volk in Gegensatz zu den Regierungen zu bringen. Am 4. Mai nahm die Reichsversammlung einen Antrag an, in dem die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten und schließlich das gesamte deutsche Volk aufgefordert wurden, die Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März zur Anerkennung und Geltung zu bringen. Wenn Preußen weiterhin Verfassung und Kaiserkrone ablehne, so solle am 22. August, an dem der erste Reichstag auf Grund der Verfassung zusammentreten solle, der Regent des an Bevölkerungszahl nächststärksten Staates unter dem Titel eines Reichsstatthalters die Rechte und Pflichten eines Reichsoberhauptes übernehmen.

Die Regierungen lehnten nun rundweg jedes weitere Einvernehmen mit der Reichsversammlung ab. Osterreich, Preußen, Sachsen und Hannover beriefen ihre Abgeordneten von Frankfurt ab und denen, die nicht folgten, wurde der Prozeß als Hochverräter gemacht. In der Folge kam es zu überaus blutigen Schilderhebungen der radikalen Partei. Zuerst in Dresden am 3. Mai. Der König mit seiner Familie und die Minister mußten nachts aus dem Königsschloß fliehen und es bildete sich eine provisorische Regierung. Dann folgte in den Tagen vom 9. Mai an ein ausgebreiteter Aufstand im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Zu gleicher Zeit brach der Aufruhr in der

Pfalz und in Baden aus. Das Kastatter Militär gesellte sich dort zu den Aufrührern. In der Pfalz bildete sich eine republikanische Regierung. Badens Großherzog mußte nach Frankfurt entfliehen. Auch in Karlsruhe setzte sich eine republikanische Regierung fest. Durch Abenteurer aus allen Gegenden Deutschlands, Frankreichs und Polens unterstützt, dachte man dort der Waffengewalt entgegenzutreten. Diese Aufstände hatten fast durchweg, obwohl sie unter dem Vorwand des Schutzes der gefährdeten Reichsverfassung angestellt worden waren, offen oder versteckt republikanischen Charakter und übertrafen bei weitem die Märzereignisse des Jahres 1848 an Grauenhaftigkeit.

Die übrig gebliebenen Mitglieder der Reichsversammlung, von der sich am 20. Mai auch noch die 65 Mitglieder der erbkaiserialichen Partei unter Freiherrn v. Gagern losgelöst hatten, übersiedelten zur Fortsetzung ihrer Beratungen nach Stuttgart, um ganz Süddeutschland in die Revolution einzubeziehen. Die erste Tat des Rumpfparlaments war die Absetzung des Reichsverwesers, die Einsetzung einer fünfgliedrigen Reichsregentschaft und der Beschluß, die Volksbewegung in Baden und in der Pfalz unter den Schutz des Reiches zu stellen. Zur Ausführung ihrer Beschlüsse verlangten sie von der württembergischen Regierung Truppenmacht. Das wurde endlich der württembergischen Regierung zu bunt, sie lehnte jedes Verhandeln mit ihr ab und forderte die Verlegung der Versammlung. Als diese sich widerspenstig zeigte, wurde ihr fernerer Zusammentritt in Stuttgart am 18. Juni durch militärische Gewalt verhindert. So endete in kläglicher Ohnmacht, sich selbst zerfleischend, die

mit so großer Begeisterung in den Märztagen begrüßte Reichsversammlung. Sie ging, da ihr die Stärke zu einer durchgreifenden Umwälzung fehlte, zugrunde an der Überspannung des freiheitlichen und einheitlichen Gedankens, an der Vernachlässigung der Einzelstaaten und ihrer Fürstenhäuser, zumal aber auch an der Unfertigkeit der deutschen Verhältnisse, an dem Zwiespalt zwischen Ideal und tatsächlicher Gewalt. Mit Riesenschritten kann man keine Welt erobern, Siebenmeilenstiefeln nützen nichts, wenn die andern nur Filzpantoffeln tragen.

Preußen hatte auf den Hilferuf des sächsischen Königs in dreitägigem Kampfe den Dresdener Aufstand unterdrückt, ward auch der unbotmäßigen Städte im eigenen Lande Herr und bekämpfte mit einem Heer von 35 000 Mann unter Prinz Wilhelm auf die Bitten des Großherzogs von Baden und des Königs von Bayern hin erfolgreich die ausgebreitete revolutionäre Erhebung in Süddeutschland. Die Aufstände in Rheinland und Westfalen entstanden Anfang Mai. Wenn das Ministerium Brandenburg geglaubt hatte, in der Bevölkerung mächtigen Nachhalt für seine Regierungsaktionen zu finden, so hatte es sich jedenfalls in der Mehrheit der Bevölkerung von ganz Preußen gründlich getäuscht. Die Entrüstung über die „rettenden Taten“, über die „Contrerevolution“ konnte zum Teil nur unter energischer Anwendung militärischer Hilfsmittel gedämpft werden. Der Zorn des Volkes über die als volks- und freiheitsfeindlich bezeichnete Politik der preussischen Regierung regte sich am stärksten im Wuppertal. In Adressen und durch Deputationen sprach sich die allgemeine Stimmung des Volkes schon

offen genug aus. Ihren Höhepunkt erreichten die Demonstrationen aber erst dann, als zur Sicherung des Landes und zur Dämpfung von Unruhen in Sachsen und in Süddeutschland an die Landwehrleute der Einberufungsbefehl erging. So gerne man sich überall dem äußeren Feinde gestellt hätte, wenn Deutschlands Grenzen bedroht gewesen wären und so herzhast man Gut und Blut für das Vaterland in die Schanze geschlagen hätte, so schroffer Widerstand wurde aber jetzt der Verwendung der Landwehr zur Dämpfung von Aufständen des eigenen Volkes entgegengesetzt, die doch auch aus dem Grunde entstanden waren, daß die Bevölkerung, ob mit Recht oder Unrecht, die von der Reichsversammlung angenommene Reichsverfassung unter allen Umständen zur Geltung bringen wollte, damit die seit mehr als dreißig Jahren ersehnte Einheit und Freiheit Deutschlands zur endlichen beglückenden Tat werde.

Anarchie in Elberfeld.

In Elberfeld, das während der Märzrevolution eine der loyalsten Städte gewesen ist, hatten im Laufe der Zeit infolge der immer unbefriedigenderen Regierungszustandungen, namentlich seit den demokratisch ausgefallenen Kammerwahlen im Januar, die Demokraten immer mehr an Anhang in der Bürgerschaft gewonnen und bildeten schließlich die große Mehrheit der Elberfelder Bevölkerung. Die Dezemberverfassung führte sogar den konstitutionellen Verein ins demokratische Fahrwasser. Im Januar hatte dieser Verein, vertreten durch Dr. Prieger, Advokat v. Hürter, Dr. Liebau und Landgerichtsassessor Pung, auf einem von 103 Vereinen beschickten Kongreß der konstitutionellen Vereine in Rheinland und Westfalen in Dortmund in Verbindung mit den konstitutionellen Vereinen von Duisburg, Altena, Dortmund und Werden direkt den Antrag gestellt, in Fortentwicklung der „von der Krone einseitig gegebenen Verfassung“ soll es der Kongreß als seine Aufgabe ansehen, in der Verfassung dem Volke, dem „demokratischen Element“, Geltung zu verschaffen. Die Antragsteller fanden aber bei den übrigen Vereinen keine Gegenliebe und so schieden sie geschlossen aus dem Vereinsverbande aus.

Die Demokraten in Elberfeld verstanden es gut, sich durch allerlei volkstümliche Maßnahmen Anhang in der breiten Bevölkerung zu erwerben. Bezeichnend hiefür ist

ein von Advokatanwalt Dr. Höchster im März nach vielen heftigen Debatten im Gemeinderat erreichter Mehrheitsbeschuß, der den größeren Teil der infolge der städtischen Notlage hoch gestiegenen Kommunallasten den materiell besser gestellten Bürgerkreisen, und zwar den damals gebildeten Steuerklassen 1—12 aufwälzte, während die Steuersätze für die Steuerklassen 12—19, denen die Arbeiter und kleinen Handwerker angehörten, bedeutend herabgesetzt wurden. Die Arbeiterbevölkerung ehrte dafür auch ihren Volksmann durch einen Fackelzug.

Elberfeld hat sich natürlich auch in einer mit 16 gegen 7 Stimmen gefaßten Adresse des Gemeinderates, in Bürgeradressen, sowie in Volksversammlungen gegen die Entscheidung des Königs in der Kaiserwahl gewendet. Das ganze Wuppertal wurde zu jener Zeit von den Elberfelder Demokraten in Aufruhr gebracht und es wurde durch sie eines Tages eine originelle Riesenkundgebung veranstaltet. Zu ihrer Vorbereitung diente eine am Abend des 29. April in Elberfeld abgehaltene Volksversammlung, die von ungefähr 3000 Personen aus dem Wuppertal besucht war und von Zeitgenossen als eine der imposantesten Versammlungen erklärt wird, die in Elberfeld jemals stattgefunden haben. Diese Versammlung stimmte unter lautem Jubel einer Adresse zu, die durch den Regierungspräsidenten in Düsseldorf dem König überreicht werden sollte. In der Adresse war „dem tiefsten Schmerz des bergischen Landes“ über die Kammerauflösung, über die „absolutistische Regierungsweise“ sowie über die Ablehnung der Kaiserwürde und der Reichsverfassung Ausdruck gegeben. Am 30. April vereinigten

sich dann in Elberfeld etwa 1100 mit den deutschen Farben geschmückte Männer aus Elberfeld, Barmen und den Nachbarorten zu einem Demonstrationsszug nach

Düsseldorf

zum Regierungspräsidenten. Um 4 Uhr nachmittags kamen sie in Düsseldorf am Bahnhof an. Sie wurden von einer Abordnung Düsseldorfer Demokraten am Bahnhof empfangen und von dem bekannten Düsseldorfer Republikaner Cantador begrüßt. Der Militärbefehlshaber General Chlebus hatte den Auftrag gegeben, die Wuppertaler Demokraten nicht in die Stadt einziehen zu lassen. So fanden sie das dem Bahnhof zunächst gelegene Stadttor militärisch besetzt. Eine Abordnung der Demonstranten erwirkte aber beim General die Erlaubnis, daß sich die Wuppertaler auf dem Schwanenmarkt sammeln durften und sich in der Bockhalle aufhalten konnten. Sie schickten dann eine Deputation zum Regierungspräsidenten zur persönlichen Überreichung der Adresse. Der Platz vor dem Regierungsgebäude war zur Vorsicht durch Infanterie abgesperrt worden und in der Nähe stand eine Schwadron Ulanen, zum Angriff bereit, falls es zu Unruhen gekommen wäre. Die Deputation wurde beim Regierungspräsidenten nicht gleich vorgelassen, sondern mußte eine Zeit lang warten. Die Antwort des Regierungspräsidenten war beschwichtigend und ausweichend. Nach ihrer Entlassung vom Regierungspräsidenten kehrten die Abgesandten in die Bockhalle zurück und erstatteten dort Bericht über den Erfolg ihrer Mission. Da die Versammlung damit unzufrieden war, ereigneten sich tumultuarische Szenen. Zu

eigentlichen Unruhen kam es nicht. Abends um 9 Uhr fuhren die Demonstranten unter Singen und Jubeln wieder nach Elberfeld zurück.

So standen die Dinge in Elberfeld, als die preussische Regierung jedes weitere Einvernehmen mit der Reichsversammlung rundweg ablehnte, die Kaiserkrone zurückwies und zur Sicherung gegen zu befürchtende Unruhen im Lande die Landwehr einberief.

Die Elberfelder Landwehrlaute hatten sich am 3. Mai in einer Generalversammlung zu innigem Zusammenhang im Widerstand gegen alle auf ihre Einberufung gerichteten Regierungsmaßnahmen vereinigt. Am 6. Mai (Sonntag) haben dann auf der Wilhelmshöhe bei Elberfeld mit der Elberfelder Landwehr Deputationen von Schwelm, Hagen, Ronsdorf, Lüttringhausen, Lennepe, Hückerwagen, Solingen, Neuß, Dortmund, Essen und Mühlheim an der Ruhr beschlossen: „Die Landwehr tritt nicht auf die geforderte Aufforderung des Ministeriums Brandenburg, Manteuffel und Consorten ein, weil sie nach dem Gesetze von 1815 und 1816 keine Gefahr fürs Vaterland zu erkennen vermag, vielmehr erst wissen will, gegen welchen Feind sie die Waffen ergreifen soll. Aus diesem Grunde erkennt sie jede Aufforderung für ungültig und wartet den Befehl der Vertreter des Vaterlandes in Frankfurt a. M. ab, wird sich aber auch jeder bewaffneten Abführung ihrer Mitglieder widersetzen und ihre verbündeten Vereine darin unterstützen sowie auch jede Unterstützung von allen verbündeten Vereinen zugesagt worden.“ Die Elberfelder legten die Führung ihrer Angelegenheit in die Hände des aus den Wehrmännern Hillmann,

Bothmann, Kirberg, Leuser und Joni gebildeten Ausschusses.

Aufrufe an das Volk, die Landwehr in ihrer Weigerung zu unterstützen, sowie auch eine Proklamation der Landwehr gegen den König und das Ministerium wurden am 7. Mai an Häusermauern angeschlagen. Das vermehrte die fieberhafte Unruhe, in die die Bevölkerung allmählich hineingekommen war. Als die Polizei auf höhere Anordnung hin die Plakate feinsäuberlich abriß, ferner vier Wehrmänner, die als die Hauptkrafteher angesehen wurden, auf Antrag des Divisionskommandeurs und der Ziviljustizbehörde festnehmen wollte, entstanden die ersten Tumulte. Es sammelten sich Männer aus den untersten Bevölkerungsschichten in den Straßen, griffen die Polizisten an und zwangen sie, auf dem Polizeibureau den Aufruf und die Proklamation der Landwehr anzubringen. Die Festnahme der vier Wehrmänner wurde gleichfalls auf jede Weise verhindert.

Die Behörden waren von Gerüchten in Kenntnis gesetzt worden, daß seit langem in Elberfeld ein Putsch von republikanischen Agitatoren, die sich ihr Stelldichein im Volksklub gaben, geplant sei und sie sahen die Landwehrangelegenheit als die Ursache an, die von den Agitatoren benützt werden würde, das Volk aufzuheizen und in das radikale Lager hineinzutreiben. Als nun die Menschenaufläufe während des Tages immer bedrohlicher wurden, erbatene die Regierungskreise vom Generalkommando in Münster bewaffnete Macht.

Das Gerücht, daß Militär käme, verbreitete sich bald in der Stadt. Daraufhin bewaffneten sich eine große An-

zahl Landwehrleute und suchten den Oberbürgermeister von Carnap auf, dem man die Herbeiholung des Militärs zuschrieb. Man wollte ihn zwingen, mit der Landwehr zum Bahnhof zu ziehen, um das Militär zu bewegen, ruhig wieder in seine Garnison zurückzukehren. Der Oberbürgermeister sagte das unter dem auf ihn ausgeübten Zwang zu, flüchtete sich aber auf dem Wege zum Bahnhof bei günstiger Gelegenheit in das Kasino, wo er sich nun vorübergehend in Sicherheit befand. Das aufgeregte Volk suchte in das Gebäude einzudringen und beschädigte es durch Steinwürfe außerordentlich. Der Oberbürgermeister flüchtete wiederum durch ein Hintertor und kam so ganz außer Gefahr. Die Polizei und die Gendarmen sowie Bürgerwehrleute erschienen nun in großer Zahl und hieben kurzerhand auf die Exzendenten ein, die in fluchtartiger Eile auseinanderstoben. Es gab einige Verwundete, die wie überhaupt die Tumultuanten den Kreisen angehörten, denen jede Gelegenheit recht kommt, um Unfug zu treiben. Die Landwehr hatte sich an der Demolierung des Kasinos nicht beteiligt. Der Pöbel versuchte sich nachher wieder zu sammeln und ins Rathaus einzudringen, wo viele Munition aufbewahrt wurde. Die Bürgerwehr hielt aber dort treue Wacht. Ein Eindringen des Pöbels in das Rathaus wurde vereitelt, und so mußten sich die Aufrührer damit begnügen, daß sie am Rathaus Fenster einschmissen. Trotz dieser Zustände soll der Magistrat gegen die Heranziehung des Militärs angesichts der in der Stadt herrschenden Gärung protestiert haben. Sie sollte ihren Schutz durch die Bürgerwehr finden, wozu diese sich auch bereit erklärt hatte. Die Bürgerwehr

hatte wohl durch ihren Chef die Erklärung abgeben lassen, daß sie sich zur Ausführung behördlicher Maßregeln gegen die widerspenstigen Landwehrleute nicht hergeben würde.

Das Generalkommando in Münster ließ am 8. Mai von Köln und von Düsseldorf Militär nach Elberfeld abgehen. Am 9. Mai gegen Mittag schickte sich eine Schwadron Ulanen von Düsseldorf und gegen 3 Uhr nachmittags zwei Kompagnien vom 16. Infanterieregiment aus Köln mit zwei Kanonen an, in die Stadt einzurücken. Ein Teil des Gemeinderates mit dem Oberbürgermeister an der Spitze ging dem Militär entgegen und machte dem Oberregierungsrat von Spankeren, der als Zivilkommissar das Detachement begleitete, und dem Militärbefehlshaber Major von der Mühlbe, vom 16. Infanterieregiment, die dringendsten Gegenvorstellungen. Sie wiesen darauf hin, daß die Ordnung in der Stadt nicht im geringsten gefährdet sei und daß eine Störung der Ordnung nur dann zu gewärtigen sein würde, wenn Militär in die Stadt einrücke. Der Oberbürgermeister soll allerdings insgeheim dafür gewirkt haben, daß das Militär einziehe. Der Zivilkommissar und der Militärbefehlshaber beriefen sich auf die vom Generalkommando und vom Oberpräsidium getroffenen Befehle. Sie erklärten, daß sie ja keineswegs als Feinde der Stadt kämen, sondern bloß verhindern wollten, daß die Stadt zum Asyl von Verbrechern werde, denen gegenüber Polizei und Gendarmerie machtlos seien. Zudem hatte noch der Chef der Bürgerwehr von Poppel zugeben müssen, daß er bei unverrichtetem Abzug des Militärs keine Verantwortung für die Aufrechterhaltung

der Ruhe und Ordnung durch die Bürgerwehr auf sich nehmen könne, da bei größeren Unruhen die Bürgerwehr nicht ausreiche.

Alsdann ließ Major von der Mülbe das Militär in die Stadt einrücken. Diese Anordnung bewirkte eine starke Erbitterung der Bevölkerung. Ja selbst eine Anzahl Bürgerwehrlaute und die Schützen erwiesen sich als unzuverlässig, indem sie sich den am meisten bedrohten Landwehrlauten in ihrem Widerstand anschlossen und mit diesen verabredeten, sich dem Einzug des Militärs auf das Nachdrücklichste zu widersetzen. Als am Nachmittag der Einmarsch des Militärs zur Tatsache wurde, rüstete man sich allenthalben zu energischem Widerstand. Die Aufregung im Volke stieg auf den höchsten Grad. Die einziehenden Soldaten wurden mit Gejohle empfangen. Als das Militär vor dem Rathaus angekommen war, beantragte der Beigeordnete Bürgermeister Blank-Hauptmann im Verein mit Gemeindeverordneten nochmals den Abzug des Militärs. Das wurde wieder abgeschlagen. Es wurde zunächst angeordnet, die vier Krakehler, gegen die Verhaftungsbefehle ausgeschrieben worden waren, zu verhaften. Sie hatten sich bis dahin in einem etwa 30 Mann starkem Haufen am Engelsberg aufgehalten. Allein die von Gendarmen und einer Kompagnie Soldaten nach ihnen veranstaltete Suche blieb ohne Erfolg. Sie hatten sich schon in Schlupfwinkeln in der Stadt versteckt. Mittlerweile hatte die Volksmenge, die immer mehr anwuchs, die Soldaten auf dem Rathausplatz so dicht umdrängt, daß Major von der Mülbe dem Eskadronsführer der Manen von Courbiere befahl, den nahegelegenen größeren Platz

zu räumen und zu besetzen. Obgleich dieser Befehl mit der größten Vorsicht ausgeführt wurde, so flogen doch gleich eine Menge Steine gegen das Militär. Ein Steinwurf verletzte von Courbiere schwer am Hinterkopf, ein zweiter verursachte eine Beinlähmung seines Pferdes. Trotzdem beobachtete das Militär die äußerste Ruhe und Gelassenheit, was der tobenden Menge zu immer größeren Tumulten Berechtigung zu geben schien. Major von der Mühlbe fand es daher nicht angemessen, seine Soldaten Quartier machen zu lassen, sondern beschloß mit seinen Offizieren, auf dem Königsplatz bei der Laurentiuskirche zu bewakieren. Schon auf dem Marsch nach dem Königsplatz wurde die Sturmglocke geläutet. Der Major ließ dann eine Zeitlang den Turmeingang besetzen, um weiteres Läuten zu verhindern. Kaum entfernten sich die Soldaten aus dem Mittelpunkt der Stadt, so waren auch schon in wenigen Augenblicken die Hauptstraßen der Stadt durch Barrikaden abgesperrt. Auf dem Neumarkt wurden u. a. die zur Maimesse aufgeschlagenen Buden abgebrochen und kurzerhand zum Barrikadenbau verwendet. Während sich die Mannschaften auf dem Königsplatz sammelten und sich zur Ruhe einrichteten, wurden auch in der Nähe der Laurentiuskirche, fast vor den Augen des Militärs, Barrikaden aufgerichtet. Dabei riß man, um Material für die Bollwerke zu gewinnen, das Straßenpflaster auf, brach in Häuser ein und schleppte kostbare Equipagen, Postwagen, Einrichtungsgegenstände und sonst noch allerlei herbei. Die Bürgerwehr tat nun diesem Treiben keinen Einhalt mehr; sie ließ ruhig die Barrikaden mit Bewaffneten besetzen und verhinderte nicht, daß die

Polizisten und Gendarmen Mißhandlungen erlitten, weil sie in Ausübung ihrer Pflicht die toll gewordenen Menschen an dem verbrecherischen Tun zu stören wagten. Der Zivilkommissar ging später zu Verhandlungen mit der Stadtbehörde zum Rathaus zurück. Als er auf dem Wege dahin sah, in welcher verbrecherischen Weise Widerstand zu leisten versucht wurde, forderte er, im Rathaus angekommen, die Offiziere der Bürgerwehr zum tatkräftigen Einschreiten auf. Da sie sich dazu außer Stande erklärten, auch die Magistratspersonen keinen Rat wußten, so ging von Spanfern wieder zum Major von der Mülbe zurück, um nunmehr diesen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung aufzufordern. Kaum war von Spanferen auf dem Königsplatz angelangt, so wurde ihm die Nachricht hinterbracht, daß die verblendete Volksmenge das Gefangenenhaus aufbrechen und das Haus des Oberbürgermeisters plündern wolle.

Da erhielt nun, es mochte $\frac{1}{2}$ 8 Uhr gewesen sein, das Militär den Befehl, in das Innere der Stadt einzurücken. Bald entspann sich ein Kampf vor mehreren der in den letzten paar Stunden erbauten Barrikaden. Gegen eine Barrikade am Rathausplatz wurde von den Soldaten die erste Flintensalve abgegeben. Als von dort der Angriff unter Anwendung von Schußwaffen tollkühn erwidert wurde, ließ der Major die Kanonen auffahren, und innerhalb der nächsten zwei Stunden erdröhnten fünf Kanonenschüsse. Es sollten aber nur Schreckschüsse abgegeben werden und infolgedessen waren die Kanonen so aufgestellt worden, daß die Schüsse über die Köpfe der Auführer hinweggehen mußten. Die Dunkelheit der

hereinbrechenden Nacht und die Enge der Straßen, in denen auch aus den Häusern auf die Soldaten geschossen wurde, legten dem Major die Pflicht gegen seine Leute auf, für den Abend den weiteren bis dahin ziemlich erfolglos gebliebenen Kampf einzustellen und sich bis zum kommenden Morgen vor den unermüdlichen Kämpfern zurückzuziehen. Das Militär hatte bei den Kämpfen den Hauptmann von Uttenhofen, von der 8. Kompagnie des Infanterieregiments, verloren, mehrere Offiziere wurden schwer verwundet, ein Artillerist wurde getötet und mehrere Infanteristen erhielten Schußwunden. Von den Auführern war ein Arbeiter erschossen, zwei Bürger starben am nächsten Morgen und sonst litten noch etwa fünfzehn der Barrikadenkämpfer an schweren Verwundungen. Die Mannschaften wurden noch auf dem Marsch zum Bivak mit Schüssen verfolgt und beim Bivak selbst wurde immerfort auf die Truppen und ihre Patrouillen glücklicherweise ziemlich erfolglos geschossen. Das Geplänkel ging so fort bis 3 Uhr morgens. Da kam ganz unerwartet mit einer Estafette die Ordre von Düsseldorf aus, das Militär solle augenblicklich wegen eines dort ausgebrochenen Aufstandes nach Düsseldorf kommen. Die dortigen Republikaner hatten nämlich Straßenkandale inszeniert, als sie erfuhren, daß in Elberfeld ein Aufstand ausgebrochen sei. Sie suchten durch diese Skandale zu erreichen, daß das in Düsseldorf stationierte Militär dort zurückgehalten werde, um den Elberfeldern den Widerstand zu erleichtern. Um $\frac{1}{2}$ 4 Uhr morgens rückte das Militär von Elberfeld unter Mitnahme von acht Gefangenen, die während des nächtlichen Bivaks von Patrouillen mit frisch-

abgeschossenen Gewehren eingebracht worden waren, aus der Stadt nach Düsseldorf.

Während dieser schauerlichen Ereignisse gellten die Sturmglocken fast ununterbrochen und riefen Unterstützung herbei. Aus den umliegenden Ortschaften, aus Remscheid, Solingen usw. kamen bis tief in die Nacht hinein Zuzüge. Um ihre Reihen zu verstärken stürmten die Aufrührer das Gefangenenhaus und setzten 95 Sträflinge in Freiheit. Dafür mußten sich diese an den Barrikadenkämpfen in der Nacht beteiligen und einer von ihnen ließ dabei sein Leben. Der Oberbürgermeister sollte in der Nacht um Vermittlung angegangen werden. Allein er hatte es für rätlicher gefunden, sich dem aufgeregten Volke durch heimliche Entfernung zu entziehen, als er sah, welche bedrohliche Wendung die Verhältnisse für Elberfeld zu nehmen begannen. Als seine Flucht bekannt worden war, stürmte eine Volksmenge noch in der Nacht von Grund aus sein Wohnhaus und verwüstete es in der empörendsten Weise. Kein Möbelstück blieb ganz, Kleidungsstücke, Bettzeug, Leinwand und Silbergeräte wurden vernichtet oder gestohlen. Der Oberbürgermeister berechnete den ihm in dieser einen Nacht angetanen Schaden auf 17 000 Taler. Am Morgen war auch das gesamte Personal der Polizei und des Landratsamts verschwunden — Elberfeld war ohne Behörden.

Auch das Haus Daniel von der Heydts, eines Bankiers, hat man in dieser Nacht dreimal zu stürmen versucht. Gegen diesen Mann ging man aus dem einzigen Grunde so vandalisch vor, weil er ein Bruder des Handelsministers von der Heydt im Ministerium Brandenburg war. Ein alter

Krieger konnte besänftigend genug auf die wütende Volksmenge einwirken, so daß es bei einer allerdings sehr verheerenden Verwüstung des Hauses sein Bewenden hatte. Von der Heydt wurde aber von diesem Tage an als Geißel für den Fall betrachtet, daß ein militärischer Angriff auf die Stadt erfolge. Nach einer kurzen Gefangennahme, während der ihm dies mitgeteilt wurde, ist er während der ganzen Dauer des Aufstandes vom Volke bewacht worden. Einem Sohn des Ministers, der bei seinem Onkel weilte, gelang es zu entfliehen, auch seiner suchte man sich zu bemächtigen, um ihn als Geißel festzuhalten.

Der tatkräftige Widerstand war nun beschlossene Sache. In ihrem Verhalten sahen sich die Führer des Aufstandes noch bestärkt durch die Beschlüsse eines am 8. Mai nach

Köln

von einer größeren Anzahl Kölner Stadtverordneten einberufenen Rheinischen Städtetages, auf dem außer Aachen und Arefeld etwa 500 Städte und Gemeinden der Rheinprovinz vertreten waren. Ein gleicher Städtetag fand etwas später für Westfalen in Münster statt. Diese Städtetage waren von liberalen Männern einberufen worden, um ein Gesamtbild der Anschauungen der Bevölkerung zu gewinnen, worüber man dem König direkt berichten wollte. Rundgebungen nach der radikalsten Seite hin fanden zwar auf beiden Städtetagen, die trotz Regierungsverbotes abgehalten wurden, keinen Anklang, aber es sprach sich doch allgemein die entschiedenste Stimmung gegen das bestehende Regierungssystem in erregten Reden

aus. Auf der Kölner Tagung war Elberfeld durch Dr. Hecker vertreten. Zell aus Trier und Werner aus Koblenz führten den Vorsitz. Die Beschlüsse des Rheinischen Städtetages lauteten: „Die Versammlung erklärt, daß sie die Verfassung des Deutschen Reichs, wie solche am 28. März d. Jz. von der Reichsversammlung verkündet worden, als endgültiges Gesetz anerkennt und bei dem von der Preussischen Regierung erhobenen Konflikt auf der Seite der Deutschen Reichsversammlung steht. Die Versammlung fordert das gesamte Volk der Rheinlande und namentlich alle waffenfähigen Männer auf, durch Kollektivverklärungen in kleineren und größeren Kreisen seine Verpflichtung und seinen unverbrüchlichen Willen, an der deutschen Reichsverfassung festzuhalten und den Anordnungen der Reichsversammlung Folge zu leisten, auszusprechen. Die Versammlung fordert die deutsche Reichsversammlung auf, nunmehr schleunigst kräftigere Anordnungen zu treffen, um dem Widerstand des Volkes in den einzelnen deutschen Staaten und namentlich auch in der Rheinprovinz jene Einheit und Stärke zu geben, die allein im Stande ist, die wohlorganisierte Gegenrevolution zu Schanden zu machen. Sie fordert die Reichsversammlung auf, die Reichstruppen baldmöglichst auf die Verfassung zu beeidigen und eine Zusammenziehung derselben anzuordnen. Die Unterzeichneten verpflichten sich, der Reichsversammlung durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in dem Bereich ihrer Gemeinden Geltung zu verschaffen. Die Versammlung erachtet die Entlassung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel und die Einberufung der Kammern ohne Abänderung des

bestehenden Wahlmodus (diese bevorstehende Abänderung des Wahlmodus brachte die famose Dreiklassenwahl, wie wir sie jetzt in Preußen haben. A. d. B.) für unbedingt notwendig. Sie erblickt insbesondere in der jüngst erfolgten Einberufung der Landwehr eine unnötige, den inneren Frieden in hohem Grade gefährdende Maßregel und erwartet deren sofortige Zurücknahme. Die Unterzeichneten sprechen schließlich ihre Überzeugung aus, daß bei Nichtbeachtung des Inhaltes dieser Erklärung dem Vaterlande die größten Gefahren drohen, durch die selbst der Bestand Preußens in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gefährdet sein kann.“ (Dieser letzte Satz war in milder Form die Andeutung der im Geheimen und offen ausgesprochenen Losreißung der Rheinlande von Preußen und Bildung eines eigenen von Preußen unabhängigen Staatswesens. Die Regierung suchte durch den Oberpräsidenten in Bekanntmachungen vor solchen Bestrebungen zu warnen, indem sie die unerbittliche Strenge des Gesetzes für jeden auf Verwirklichung dieses Planes gerichteten Versuch androhte.)

Die verschiedenen Corps der Bürgerwehr und der Landwehr vereinigten sich am frühen Morgen des 10. Mai mit ihren Führern in dem Wunsche, daß, „da die Behörde der Stadt aus ihren Funktionen getreten ist“, ein Sicherheitsausschuß gegründet werde, „um die Ordnung und Sicherheit unter dem Banner der Freiheit zu handhaben“, damit er in der gegenwärtigen Lage die Verwaltung und Regierung der Stadt in die Hand nehme und die Sicherheit der Stadt wahre.

Dieser Sicherheitsausschuß wurde sofort gebildet unter der Bedingung, daß er vom Gemeinderat der Stadt aner-

fannt werde. Er bestand zumeist aus Vorstandsmitgliedern des Volksklubs, aus Advokatanwalt Dr. Höchster, F. W. Hühnerbein, Buchdrucker H. P. Schulze, Riote, Hugo Hillmann, Zeichenlehrer Körner, P. H. Kömer, Advokat C. Bohnstedt, Kupferschläger J. Pothmann und Trost aus Luisental.

Eine außerordentliche Gemeinderatsitzung am selben Tage, der 22 Mitglieder beiwohnten, genehmigte den Sicherheitsausschuß und wählte ihrerseits die Gemeindeverordneten Karl Hecker, Anton Schlöffer, J. F. Blanke und David Peters durch Stimmzettel und aus der Bürgerschaft den Staatsprokurator Heinzmann in den Ausschuß. Weiter wies der Gemeinderat die Stadtkasse an, auf die Anweisung der fünf von ihm benannten Ausschußmitglieder die erforderlichen Geldmittel auszuzahlen. Außerdem übertrug der Gemeinderat mit Einschluß des Beigeordneten Bürgermeisters Blank-Hauptmann seine Funktionen an den Bürgerausschuß. Der Gemeinderat beschloß noch drei Deputationen nach Düsseldorf, nach Dortmund, Hagen und Münster, und nach der Mierke zu senden, um die Behörden davon abzuhalten, Linientruppen nach Elberfeld zu schicken. Die drei Deputationen wurden gebildet aus den Gemeinderäten Weber, G. K. Fellinger, Maurenbrecher, sowie Julius Gottschalk, Schniewind, C. Herminghausen, ferner K. Ullenberg, J. Löwenstein und J. A. Jung.

Am Morgen des 10. Mai wurden fleißig Barrikaden gebaut, auch Frauen beteiligten sich daran. Alles bereitete sich auf einen kräftigen Widerstand gegen einen möglichen neuerlichen Anmarsch verstärkten Militärs vor.

Ungefähr 120 Barrikaden wurden errichtet, zum Teil aus Equipagen, Frachtwagen und Kisten, die mit kostbaren Sachen gefüllt waren. Aus der Mahagoni-Zimmer-einrichtung des Hauses von der Heydts und aus der Zimmereinrichtung v. Carnaps wurde eines der wertvollsten Bollwerke hergestellt, von denen manches an die 10 000 Taler reinen Wert hatte. So vandalisch wurde gehaust. Überall von den Barrikaden wehten die deutschen Fahnen.

Der Sicherheitsausschuß ließ von Stunde zu Stunde die Sturmglocken läuten und die ununterbrochenen Zuzüge wurden, so gut es ging, in Bürgerhäusern untergebracht. Der Sicherheitsausschuß richtete sich in der Postpassagierstube ein. In Kundmachungen forderte er zu Geldsammlungen auf und bat um Zusendung von Munition, die „verehrten Mitbürgerinnen“ um Abgabe von Leinwand und Charpie für die verwundeten Mitbürger.

Um 11 Uhr wurde eine „Heerschau“ abgehalten, am Neuen Markt über die bewaffnete Bürgerwehr und die Landwehr und am Reformierten Kirch-Platz über die noch nicht bewaffneten waffenfähigen Männer. Auf ihren Wunsch hin sollte die Bürgerwehr nur für die innere Sicherheit der Stadt verwendet werden.

Am Abend um 8 Uhr tauchte ein Gerücht auf, daß von Langenberg her Artillerie anrücke. Es erwies sich aber als vollständig unbegründet. Die dadurch entstandene Aufregung legte sich vollständig, als durch eine Abordnung aus Neviges, die eine bewaffnete Unterstützung anbot, versprochen wurde, daß die Landstraße unausgesezt

beobachtet werde. Der Sicherheitsausschuß ist dann in Abteilungen die ganze Nacht hindurch permanent geblieben.

Das Ansehen der sonst so lebhaften Metropole an der Wupper mit ihren bunten Kauf- und Schauläden war so mit einem Schlage verändert, fast sämtliche Läden, Türen und Fenster blieben geschlossen, zahlreiche Familien entflohen aus Furcht vor erneuten Straßen- und Barrikadenkämpfen. Die Stadt glich einer Festung, Barrikaden reiheten sich an Barrikaden, und für erwartete Notfälle waren rasch Lazarette eingerichtet worden. Auch das Haus von der Heydts diente als Lazarett. Posten und Patrouillen waren angeordnet worden, deren regelmäßiger Gang und deren Wachtrufe zwischen den haushohen Barrikaden in der Nacht durchaus an militärische Organisation erinnerten.

Am 11. Mai traf der Sicherheitsausschuß, der nun im Bürgeraal des Rathauses tagte, Vorkehrungen gegen einen Zuzug des Militärs auf den Eisenbahnen. Die Direktion der Bergisch-märkischen Eisenbahn wurde genötigt, die Bahn diesseits Dortmund und diesseits Hagen außer Betrieb zu setzen und den Betrieb auf der Strecke Schwelm und Elberfeld zu beschränken. Der Betrieb auf der Bahn war erst am 30. Dezember 1848 mit der aus der Ab. Weberschen Fabrik stammenden Lokomotive „Barmen Nr. 1“ eröffnet worden. Im Aufsichtsrat saß auch das Sicherheitsausschußmitglied Hecker. Die Bewaffneten wurden in Züge eingeteilt und es wurden ihnen bestimmte Nachtquartiere angewiesen. Die Arbeitnehmer, die nicht unter Waffen standen, wurden aufgefordert, ihren ge-

wöhnlichen Beschäftigungen nachzugehen. So zeigte sich der Sicherheitsauschuß eifrig bemüht, in die Bewegung Ordnung zu bringen.

Am selben Tag hatten die Solinger mit Elberfeldern unter Führung des Sohnes des Redakteurs der Elberfelder Zeitung Jansen und des Engels das Landwehrzeughaus in Gräfrath gestürmt und etwa 1500 Flinten, Pistolen und Säbel weggenommen und am Nachmittag rückten schon etwa 150 bewaffnete Solinger in die Stadt ein. Das Siegburger Zeughaus hätte gleichfalls an diesem Tage von den Bonner Demokraten gestürmt werden sollen und die Bonner wollten sich dann zur Verteidigung in Elberfeld einfinden. Prof. Kinkel in

Bonn

hatte mit dem bekannten Republikaner Karl Schurz und mit Friedrich Anneke aus Köln den Plan angezettelt, war aber so wenig vorsichtig, daß der Überfall vollständig mißlang. Die Bonner Demokraten hätten sich nach diesem Plane mit den Siegburger Demokraten am 11. Mai morgens vereinigen und das Zeughaus stürmen sollen um Waffen für die streifenden Landwehrleute zu bekommen. Kinkel betrieb aber seine Vorkehrungen zu offenkundig. Am 10. Mai um Mitternacht zog er mit etwa 120 bewaffneten Männern, meist Arbeitern — von dem erwarteten Studentenkorps waren nur zwei Mann erschienen — nach Siegburg. Die Freischärler hatten es zu ihrem Unglück unterlassen, die Bonner Fähre zu zerstören, auf der sie über den Rhein gesetzt waren. Ihnen setzte bald ein Detachement Dragoner unter Leutnant Pfeiffer nach und

holte sie zwischen Hangelahr und Siegburg-Mühlendorf ein. Als sie fernes Pferdegetrappel und Trompetersignale hinter sich her hörten, verloren die Führer das Vertrauen zu ihren Leuten und rieten ihnen, sich in die Kornfelder zu retten und sich später nach Elberfeld oder in die Pfalz zu schlagen. Mutlos stoben die Führer mit den Geführten auseinander. Ein Trupp von etwa 20 mit Schurz wartete am Wegrand und sah etwa 30 Dragoner vorbeigaloppieren. Da schämten sie sich denn doch, daß sie sich so leicht in die Angst hatten jagen lassen und sie marschierten weiter nach Siegburg. Die paar Männer konnten aber dort nichts ausrichten. Der größte Teil der Bande war auf Umwegen nach Bonn zurückgekehrt. Schurz schloß sich der Aufständigen in der Pfalz und in Baden an, floh nach seiner Gefangennahme ins Ausland und kam schließlich nach den Vereinigten Staaten. Dort wurde er in wenigen Jahren einer der hervorragenden Staatsmänner, war im SeceSSIONskriege Divisionskommandeur und bekleidete später einen Ministerposten. Kinkel und Anneke begaben sich nach dem verunglückten Siegburger Streich nach Elberfeld, spielten aber hier keine Rolle. Nachher beteiligte sich Kinkel an dem süddeutschen Aufstande, wurde gefangen genommen und zu lebenslänglicher Festungsfest verurteilt. Wegen des Siegburger Putsches wurde er, über dem das Todesbeil hing, nach einer glänzenden Verteidigungsrede allerdings freigesprochen. Später flüchtete er unter Mithilfe seines Freundes Schurz und hatte fernerhin ein höchst abenteuerliches Leben, bis er schließlich als Hochschulprofessor in Zürich einen ruhigen Lebenshafen fand.

Durch die fortwährenden Zuzüge und den erklärlicher-
weise stockenden Marktverkehr machte sich in Elberfeld be-
reits ein fühlbarer Mangel an Lebensmitteln geltend. Der
Wochenmarkt wurde auf dem Ochsenkamp unter Aufsicht
eines Mitgliedes des Sicherheitsausschusses und unter dem
Schutze einer starken Bedeckung abgehalten. Unter den
Zuzüglern befanden sich auch manche Leute, die hin-
sichtlich des Eigentums recht regellose Ansichten hatten.
So drang u. A. ein Haufen in einen Bäckerladen am
Kommelspütz und forderte energisch Brot. Durch Zufall
kam eine Bürgerwehrpatrouille vorüber, die die Flibustier
festnahm. Der Sicherheitsausschuß sah sich genötigt, in
einem Plakate für ähnliche Fälle schwere Strafen anzu-
kündigen. Am Nachmittag fand die Beerdigung der Opfer
des Barrikadenkampfes statt, und die vereinigte Landwehr
und die Bürgerwehr erwiesen ihnen die letzten Ehren.
Hauptmann von Uttenhofen wurde in einem reichen Sarge
zur letzten Ruhestätte getragen.

Am 12. Mai (Samstag) nachts zogen etwa 100
Essener Landwehrleute zur Verstärkung der bürgerlichen
Gegenwehr in Elberfeld ein. Auch in

Essen

hatte es tagsvorher die üblichen Proteste bei dem Land-
wehrrappell gegeben und man entließ die Landwehrleute
vorläufig auf Urlaub. Obwohl keinerlei Tumulte vorge-
kommen waren, wurden am 14. Mai ohne weiteres auf
Grund einer königlichen Verfügung über den Belagerungs-
zustand, wonach das Militär sofort den Belagerungszu-
stand nach Gutdünken verhängen konnte, die Bürgermeiste-

reien Essen und Alten-Essen von Oberstleutnant und Kommandeur Heufeler, vom 24. Infanterieregiment, in den Belagerungszustand erklärt. Am 15. Mai wurde diese Erklärung, für die kein Grund vorlag, wieder rückgängig gemacht und in der Verfügung wurde gesagt, daß „die Aufregung der Jetztzeit und der gegebene militärische Zweck die Erklärung eines Ausnahmezustandes notwendig gemacht“ hätten.

Am 13. Mai (Sonntag) erließ der Oberpräsident folgenden Aufruf an die Elberfelder:

An die Bewohner von Elberfeld!

Eure Stadt, die sonst der ganzen Rheinprovinz in treuester, wärmster Anhänglichkeit an die preußische Monarchie und ihre Könige vorleuchtete, ist gegenwärtig in voller Empörung und Anarchie. Die gesetzlichen Behörden sind vertrieben und ein Regiment des Schreckens herrscht! An Stelle der regsam, fruchtbringenden Gewerbetätigkeit, an Stelle Eurer großartigen Industrie ist ein wüstes Umherschweifen getreten, bei dem nicht mehr gearbeitet, destomehr verzehrt wird. Wohin soll das führen? Das Herz blutet jedem Wohlgeinnten, wenn er Euer gegenwärtiges Schicksal, noch mehr, wenn er dessen unvermeidlichen Ausgang betrachtet! Die Pflicht der gesetzlichen Behörden ist es, den gesetzlichen Zustand herzustellen, für das Gesetz die Achtung zur Geltung zu bringen, ohne die kein Staat, keine Stadt bestehen kann. Die Behörden werden ihre Pflicht tun. Schwer liegt die Verantwortlichkeit auf denen, die das Unglück, welches Euch schon gegenwärtig trifft, und das größere, das Euch bevorsteht,

verschuldet haben. Not und Elend liegen zu Tage und werden sich mit jedem Tage mehren — wolle Gott die Blutschulden verhüten, die in Aussicht stehen! Das also ist Euer Zustand und Eure Zukunft, weil Ihr der Regierung des Königs mit gesetzloser Gewalt widerstrebt. Gebt der Stimme der Vernunft, dem Rufe Eures Gewissens, welches Euch nicht ruhen läßt, Gehör, unterwerft Euch dem Gesetz und seiner Ordnung, kehrt mit dem gewohnten Fleiß zu Eurer Arbeit zurück — möge Elberfelds alter Wohlstand und der alte Ruhm seiner Gesetzhlichkeit bald wiederkehren.

Düsseldorf, 13. Mai 1849.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz:

G i c h m a n n.

Die Regierung bereitete sich, wie schon verhüllt aus diesem Aufruf hervorging, zu energischem Vorgehen gegen die aufrührerische Bevölkerung vor. Bis zum 14. Mai (Montag) sollten um Elberfeld 10 000 Mann Infanterie, 600 Mann Kavallerie und 30 Kanonen mit der nötigen Mannschaft vereinigt werden. Die Elberfelder beschloßen um jeden Preis auszuharren und sich bis zum Äußersten zu verteidigen. Aus dem Gräfrather Zeughaus holten sie einen ganzen Wagen voll Landwehruniformen, um damit die Freischärler einzukleiden. Die drohende Belagerung der Stadt ließ die Führer des Aufstandes einen Schritt wagen, der besser unterblieben wäre und der die Bewegung unaufhaltfam auf eine schiefe Bahn drängte und ihr das frühere Ansehen, daß sie bei dem größten Teil der

Bevölkerung genoß, unweigerlich rauben mußte. Sie öffneten nämlich die Tore des Zuchthauses und ließen Sträflinge heraus, um ihre Reihen zu füllen, und kleideten sie in die aus dem Gräfrather Zeughaus entnommenen Landwehruniformen. Ebenso nahmen sie alles Gesindel auf, das aus der Umgebung Elberfelds zusammenlief und bekleideten es mit Landwehruniformen. So kam in die Bewegung eine Färbung, die von Anfang an nicht beabsichtigt schien, und wenn auch die Sozialisten und Kommunisten Anneke und Gottschalk aus Elberfeld verwiesen wurden, weil sie hier geeignete Gelegenheit für ihre Agitationen zu finden glaubten, so duldete man doch Trupps Bewaffneter, die sich mit roten Schärpen geschmückt und ihre Flinten mit roten Bändern geziert hatten und so ihre republikanische Gesinnung bekundeten, weil sie auf jeden Fall eine Verstärkung der Wehrmacht bedeuteten. Die Stimmen mehrten sich aber schon in ganz bedeutender Zahl, die diese Ansammlung des Pöbels, der bereits auf mehrere Tausend angewachsen war, als gefährlicher für die Stadt bezeichneten als eine einfache Übergabe.

Die Bürgerwehr übernahm die Sicherung der Höhen und der nächsten Zugänge zur Stadt, alle Hügel und die sämtlichen Höhen um die Stadt wurden besetzt und Wachtposten bis tief in die benachbarten Gemeinden vorgeschoben. Fleißig wurde auch am Bau neuer und an der Verstärkung der alten Barrikaden gearbeitet. Die Straßen waren so verbarrikadiert, daß selbst große Truppenteile nicht hingereicht hätten, um die Passage zu forcieren. Der Sicherheitsausschuß sandte ferner eine De-

putation nach Frankfurt zur Reichsversammlung, damit der Reichsgewalt die Verhältnisse der Stadt und der Provinz offen dargelegt werden, die Entsendung eines Reichskommissars und Reichsschutz für die Stadt erbeten werde. Die Bekanntmachung der Oberpräsidenten sollte eine Deputation beantworten, die am 13. Mai abends nach Düsseldorf abging, schon um zu Gunsten der durch unglückliche politische Ereignisse Verführten im Interesse der Stadt das Wort zu nehmen. Die Deputation bestand aus dem Landgerichtspräsidenten Philippi, Dr. Pagenstecher und Simons. Sie fanden beim Oberpräsidenten und dem bei ihm versammelt gewesenen Zivil- und Militärbehörden wohl den guten Willen, aber nicht die erwarteten außerordentlichen Befugnisse. Sie erklärten darauf, sofort in Erledigung des ihnen gewordenen Auftrages nach Berlin zu eilen, um dort Erfüllung ihrer Bitten zu finden, und erlangten beim kommandierenden General des 7. Armeekorps Karl Graf von der Gröben die Zusicherung, daß er vor ihrer Rückkunft keine Schritte zur Zerstörung der Stadt unternehmen werde.

Nach dem Bürgermeister v. Carnap wurde noch immer gesucht. Man hatte die Nachricht erhalten, daß er sich im Hause von den Steinens in Cronenberg versteckt aufhalte. Die Häscher drangen in das Haus ein, fanden v. Carnap wohl nicht, aber der alte Herr von den Steinen erschrak durch ihr gewaltsames Eindringen so sehr, daß ein Schlagfluß seinem Leben sofort ein Ende machte. In der Nacht wurden die Eisenbahnschienen auf der Düsseldorfer Seite aufgebrochen, so daß der Eisenbahnverkehr von dieser Seite her eingestellt werden mußte.

Die Maßregeln zur Verteidigung der Stadt waren bisher ziemlich wahllos angeordnet und durchgeführt worden. Da man aber ernstlich an Widerstand denken mußte, war es auch notwendig, den Aufstand in eine gewisse Organisation zu bringen. Am 14. Mai (Montag) wurden alle Bewaffneten in der Stadt zu ihrer militärischen Organisation auf dem Engelsberg zusammengerufen. Sie wurden auf die deutsche Reichsverfassung vereidigt, in Kompagnien geteilt und erhielten ihre Befehle für den Fall eines Angriffs auf die Stadt. Das Oberkommando über die Bewaffneten wurde dem Freiherrn v. Mirbach übertragen und es wurde ein eigener Kriegsausschuß gebildet. Der „Bürger von Mirbach“ wurde offiziell verpflichtet, überall da, wo es sich nicht bloß um strategische Maßnahmen handele, mit dem „Bürger Dr. Höchster“ als Kommissar des Sicherheitsausschusses zu verhandeln. Mirbach war früher als Leutnant in preußischen Diensten, machte dann den polnischen Krieg mit, flüchtete nach Frankreich, ging später nach Ägypten zu Mohamed Ali, und dann nach Konstantinopel zum Sultan, um Tirailleurszüge zu bilden. Dann wandte er sich nach Griechenland und machte dort den Befreiungskrieg mit und kehrte endlich beim Ausbruch der deutschen Revolution in seine Heimat zurück. Hier beteiligte er sich sofort an den sozialistischen Agitationen. Am 12. Mai hatte ihn Engels im Auftrag Höchsters nach Elberfeld gerufen, damit er die militärische Organisation durchführe.

Der Sicherheitsausschuß erließ ferner nach langer Beratung gegen die Stimme des Gemeinderatsmitglieds Peters folgenden Aufruf:

An das Deutsche Volk. Brüder!

Elberfeld hat sich erhoben für die Reichsverfassung! Es hat nicht dulden wollen, daß seine Söhne im Dienste der undeutschen Bestrebungen der Regierung gegen ihre eigene Freiheit und gegen ihre eigenen Brüder kämpfen. Auf dem Rathause zu Elberfeld weht die schwarz=rot=goldene, die deutsche Fahne. Die bewaffnete Mannschaft hat heute Morgen der Reichsverfassung Treue geschworen und sich der Nationalversammlung zur Verfügung gestellt. Und diese deutsche Fahne niederzureißen, rückt jetzt preußisches Militär gegen Elberfeld. Elberfeld wird sich selbst und die deutsche Sache mit allen Kräften verteidigen, die ihm zu Gebote stehen. Deutsche Männer! Wir fordern Euch auf, Eure Mitbürger nicht im Stich zu lassen. Waffen und Munition sind immer noch nötig. Sendet uns Eure Waffen, Eure Munition, sowie Geld und Lebensmittel! Besser noch, kommt selbst samt Euren Waffen und Eurer Munition hierher! Schließt Euch dem Zentrum der Bewegung an, welches sich hier gebildet hat. Jeder, der kommen will, komme schnell. Die Zeit drängt und der Angriff steht uns in der kürzesten Zeit bevor. Ihr deutschen Brüder könnt und dürft nicht ruhig zusehen. Helft! Helft! Es gilt der Einheit und der Freiheit des Vaterlandes!

Elberfeld, den 14. Mai 1849.

Der Sicherheitsausschuß.

In einem anderen Plakat wurde zur Unterdrückung der stärker zum Ausdruck gekommenen sozialistischen und re=

publikanischen Propaganda mit ihren roten Fahnen verboten, daß eine andere als die schwarz=rot=goldene Fahne, „welche der Sicherheitsausschuß als sein Banner anerkannt“, öffentlich ausgestellt werde. Eine weitere Bekanntmachung des Sicherheitsausschusses zeigte an, daß er Friedrich Engels von Barmen, damals einer der Redakteure der republikanischen Rheinischen Zeitung in Köln, „unter voller Anerkennung seiner bisherigen in hiesiger Stadt bewiesenen Tätigkeit ersucht, das Weichbild der städtischen Gemeinde noch heute zu verlassen, da seine Anwesenheit zu Mißverständnissen über den Charakter der Bewegung Anlaß geben könnte“.

Der Verkehr in der Stadt hatte völlig aufgehört. Die Fabriken lagen gänzlich still, die Furcht herrschte, schon die nächste Stunde könne die Entscheidung bringen, denn auf den Höhen von Barmen sah man Soldatenabteilungen. Die Flucht aus der Stadt dauerte fort, aber auch die Zuzüge. So kamen am Montag aus Mühlheim am Rhein eine starke Anzahl Männer, von Essen 60 Schützen, 50 aus Cronenberg usw. An Lebensmitteln, die infolge gänzlich ungenügender Zufuhr sehr teuer zu werden begannen, trat Mangel ein. Die vielen Zuzügler mußten bei der Bürgerschaft einquartiert werden, was eine große Belastung herbeiführte. Wollte einer die oft recht verwilderten Kerle nicht bei sich aufnehmen oder hatte er ungenügend Wohnräume, so mußte er sie mit einem Taler für den Tag abfinden. Der Kriegsausschuß entlöhnte sie außerdem mit 15 Silbergroschen für den Tag, für die er Bons an die Stadtkasse abgab. Zur weiteren Erleichterung des Geldverkehrs suchte der Sicherheitsaus-

schuß Bons in Höhe von 5 Silbergroschen abzugeben, mit wenig Glück. Die Postverwaltung sah sich durch verschiedene, weiter nicht bekanntgegebene Umstände, die ihre Wirksamkeit innerhalb der Stadt hemmten, genötigt, das Lokal in der Stadt zu schließen und im bergisch-märkischen Bahnhofsgebäude ihr Amt weiter zu führen.

Am 15. Mai (Dienstag) wurden vom Sicherheitsausschuß Schritte getan, um der fühlbar gewordenen Lebensmittelnot abzuhelfen. An die Vorstände der umliegenden Dörfer wurden Sendboten abgeschickt mit der Bitte, die Fruchtlieferungen nach Elberfeld wieder aufzunehmen, indem gleichzeitig für die Sicherheit der Lieferanten alle Garantien angeboten wurden. Diese dringend ausgesprochenen Bitten hatten Erfolg. Mit schriftlichen Beglaubigungen des Sicherheitsausschußmitgliedes Bohnstedt versehen, suchten die Umgegend Banden heim, die zur Waffenablieferung aufforderten. Eine solche Bande in Stärke von 50 Männern erschien am 15. Mai auch in Lüttringhausen. Der dortige Bürgerwehverein hielt sie jedoch ab, worauf sie sich unter Drohungen entfernte. In Cronenberg wurde unter ähnlichen Umständen am Tage vorher ein Waffenraub durchgeführt. Die Umgegend Elberfelds hatte gleichwie die Stadt von dem massenhaft angesammelten Gesindel zu leiden. Sie drangen in den Dörfern ohne weiteres in die Häuser ein und verlangten Geld, Waffen und besonders Pferde. Einem von solchen Banden beabsichtigten Putsch auf das Werdener Zuchthaus wurde durch Beschützung von einer Kompagnie Soldaten aus Düsseldorf vorgebeugt. Die nach Frankfurt gesandte Deputation kam, ohne Erfolg gehabt

zu haben, im Laufe des Tages zurück. Mit ihren Wünschen war sie durchaus abgewiesen worden, denn der Reichsversammlung standen keine Mittel zu Gebote, um die Regierungen unter ihren Willen zu beugen. Die gemäßigten Politiker bezeichneten außerdem die Aufstände als keineswegs geeignet, die Einführung der Reichsverfassung vorzubereiten. Am selben Tage als die Deputation in Frankfurt weilte, am 12. Mai, erließ der Reichsverweser auch noch folgenden Tagesbefehl an die im Reichsdienst stehenden Truppen:

Deutsche Krieger!

Ein unglückseliger Streit über die Reichsverfassung ist in Deutschland ausgebrochen. Alle wahren Freunde des Vaterlandes vereinigen bereits ihre Kräfte für den Zweck, daß die Lösung dieses Streites auf gesetzlichem Wege und nicht durch einen Krieg von Brüdern gegen Brüder erfolge. Nur eine Partei, welcher es nicht um die Verfassung, sondern um anderweitige verderbliche Zwecke zu tun ist, bedient sich des Verfassungstreites als eines Vorwandes, um Angriffe gegen Gesetz und Ordnung zu richten, Zerrüttung und Bürgerkrieg über Deutschland zu verbreiten. Gegen diese Partei gilt es, den Frieden und das Glück des teuren Vaterlandes, den Wohlstand und Erwerb seiner Bürger mutig zu schirmen. Deutsche Krieger! Die Sicherheit des gesamten deutschen Vaterlandes ist Eurer Ehre anvertraut! Alle Versuche, Euch in Eurer Pflicht wankend zu machen, werdet Ihr mit Verachtung von Euch weisen. Während in diesem Augenblicke Eure siegreichen Waffenbrüder in herzlicher

Eintracht festgeschlossene Reihen gegen den äußeren Feind bilden, werdet Ihr Euch gegen den inneren Feind einig sein. Wenn Anarchie und Verwilderung es wagen sollten, das Haupt zu erheben, dann werdet Ihr durch die That beweisen, daß die unerschütterliche Treue, der feste Mut und die brüderliche Eintracht des deutschen Heeres das mächtige Schild sind, welches das teure Vaterland gegen jede Gefahr, sie komme, woher sie wolle, siegreich zu schirmen vermag.

Der Reichsverweser Erzherzog Johann.

Das wirkte sehr niederdrückend. Andererseits hatten die Bevölkerung schon Gerüchte in Erregung gebracht, daß sich in Berlin ein Umschwung der Dinge vollziehe. Es hieß sogar, das Ministerium Brandenburg sei zurückgetreten und der König habe endlich die Reichsverfassung anerkannt. Dagegen sprach allerdings eine vom 14. Mai datierte Kundmachung des Königs, daß den preußischen Abgeordneten die weitere Teilnahme an den Frankfurter Beratungen untersagt sei.

Am selben Tage nachts kam von Hattingen her, wo die Truppen zusammengezogen wurden, eine Estafette mit einer Depesche an den Sicherheitsausschuß. Die Depesche war aus Berlin vom Minister v. Manteuffel. Er forderte den Sicherheitsausschuß auf, die eingezogenen Geiseln, namentlich den Bruder des Ministers von der Heydt, sofort in Freiheit zu setzen, und er machte die Mitglieder des Sicherheitsausschusses auf die Gefahr ihres Kopfes für die Sicherheit der Geiseln verantwortlich. Den Leitern des Aufstandes wurde doch allmählich bang

vor den Folgen der von ihnen angezettelten Bewegung. Doch glaubte man mit Rücksicht darauf, daß fast das ganze engere Industriegebiet im Waffentrog verharrte, keine ernstere Maßregeln befürchten zu müssen. Eine Palastrevolution im Hauptlager des Sicherheitsausschusses stand aber dennoch in Aussicht. Im Rausch der Volkssouveränität hatte man sich in Dinge eingelassen, die man lieber ungeschehen gemacht hätte, als allmählich die Besinnung über die nüchterne, furchtbar ernste Wirklichkeit wiederkehrte. Entgegen den Anordnungen des Sicherheitsausschusses wurde begonnen, Bürgerwehr und Elberfelder Landwehr zu beeinflussen, im Falle militärischen Angriffes sich sofort zu ergeben, damit die Stadt verschont werde. Auch vermied man es, solchen Landwehrlenten Hindernisse in den Weg zu legen, die nach den erhaltenen Befehlen trotz des Aufstandes zur Fahne einrückten, ja man versorgte sogar ihre Familien für die Zeit ihrer Abberufung vom häuslichen Herd, um den Abzug leichter zu machen. Die Bürgerwehr wurde sich auch bei dem immer mehr herausfordernden Gebaren der Zuzügler ihrer Aufgabe bewußt und nahm diesen Leuten gegenüber eine drohende Haltung ein.

Wie unbedingt königstreu die nächste Nachbarschaft der Stadt war, sahen die Elberfelder, als sie in der Nacht vom 15. zum 16. Mai die Eisenbahnschienen zwischen Elberfeld und Barmen aufzureißen versuchten, um den mit der Bahn kommenden Militärkolonnen die Einfahrt unmöglich zu machen. Die Barmer Bürgerwehr eilte in großer Stärke zu der gefährdeten Bahnstelle und dort entwickelte sich mit den Aufrührern ein Handgemenge, bei dem die

Bürgerwehr den Sieg davontrug. Die Bahnfrevler wurden, soweit sie sich nicht durch Flucht in Sicherheit brachten, entwaffnet und dann über die Stadtgrenze gebracht. Es wurden an diesem Tage auch noch weitere Barrikaden gebaut, besonders ein Riesenbollwerk aus Pflastersteinen, das zur Verteidigung des Einganges des Neumarktes vom Rathaus aus dienen sollte, ein anderes aus Pflastersteinen wurde quer durch die Wallstraße am Rathaus gelegt.

Was war das Schicksal der Elberfelder Deputation, die nach Berlin gegangen war? Die Deputation war vom Oberpräsidenten in Düsseldorf weg direkt nach Berlin gefahren, um beim König eine Audienz zu erhalten. Der Ministerpräsident, bei dem die Elberfelder Abordnung am Montag und Dienstag Audienzen zu langer und ausführlicher Aussprache erhielt, zeigte sich jedoch, obwohl die Deputation aus sehr konservativen Herren bestand, durchaus abgeneigt, eine Audienz beim König zu erwirken. Wohl aber gewährte ihnen der Prinz von Preußen eine Unterredung. Auch aus der Mark und sonst noch aus Westfalen weilten Deputationen zu gleichen Zwecken in Berlin. Der König war übrigens, wie sich leicht denken läßt, in gewaltigster Aufregung über die neuen Aufstände, die die Ruhe und Ordnung im Innern des Landes so bedeutend gefährdeten. In einer Rede bei einer Revue über die Berliner Landwehr, die am 13. Mai nach Hamm zur Dämpfung der Unruhen abging, gebrauchte er in seiner Erregung den Ausdruck: „Buben, die in den westlichen Provinzen auf Empörung sinnen“. Aus den Reihen der Landwehrleute ertönte daraufhin vernehmbares Mur-

ren, was, wie erzählt wird, den König zum Einlenken in eine weniger ausfällige Sprache bewogen haben soll. Die Elberfelder Abordnung erstattete dem Grafen Brandenburg Bericht über die Stimmung in der Provinz und suchte namentlich die Ansicht zu bekämpfen, daß die Bewegung vom Proletariat ausgehe und daß sie republikanisch sei. Graf Brandenburg hatte keine andere Antwort als, daß er mehr Truppen in die bedrohten Orte schicken werde, wenn die bereits hindirigierten Bataillone nicht ausreichten. Das Ergebnis der Verhandlungen der Elberfelder mit dem Minister war, daß ihnen schriftlich vom Minister die persönliche Zusage gemacht wurde, mit der Stadt solle auf die schonendste Weise verfahren und nur dann von der herangerückten großen militärischen Macht Gebrauch gemacht werden, wenn die übrigen Mittel, dem unglücklichen Zustand ein Ende zu machen, auf das Äußerste erschöpft seien. Gegen die Aufrührer und die von ihnen verleiteten Massen werde mit möglichster Milde vorgegangen werden, man könne aber nicht mit Rebellen in Verhandlungen eintreten.

Die preußische Regierung hatte weiter mit Beharrlichkeit versucht, eine Verständigung der deutschen Fürsten über einen neuen Staatenbund und eine deutsche Verfassung zu erreichen, wenn das auch nicht nach dem Sinne der auf ihre Volkssouveränität pochenden Frankfurter Abgeordneten geschah. Am 15. Mai, also am zweiten Tage der Anwesenheit der Elberfelder Deputation in Berlin, erließ der König eine lange Kundmachung: „An mein Volk“, in der er erst seinem tiefen Schmerze Ausdruck gab, daß unter dem Vorwand der deutschen Sache die

Feinde des Vaterlandes zuerst in Sachsen, hierauf in Süddeutschland und auch in einigen Teilen Preußens Verblendete die Fahne der Empörung aufgepflanzt hätten, um im offenen Aufruhr gegen die rechtmäßige Obrigkeit göttliche und menschliche Ordnung umzustürzen. Er berührte dann nochmals die Kaiserwahl, die er nicht für gültig anerkenne, „weil die Versammlung nicht das Recht hatte, die Krone ohne Zustimmung der deutschen Regierungen zu vergeben“. In der Versammlung herrsche jetzt eine Partei, die im Bunde stehe „mit den Menschen des Schreckens, welche die Einheit Deutschlands zum Vorwande nehmen, in Wahrheit aber den Kampf der Gottlosigkeit, des Eidbruches und der Raubsucht gegen den Thron entzünden, um mit ihnen den Schutz des Rechtes, der Freiheit und des Eigentums umzustürzen“. Nun kam die wichtige Ankündigung: daß die preußische Regierung mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen habe, und diese Verfassung, der die von der Frankfurter Versammlung entworfene Reichsverfassung zugrunde gelegt sei, werde in kürzester Frist der Nation gewähren, was sie mit Recht verlange und erwarte: ihre Einheit, dargestellt durch eine einheitliche Exekutivgewalt, die nach außen den Namen und die Interessen Deutschlands würdig vertrete, und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugnis.

Hier sei bemerkt, daß die angezeigten Bemühungen des Königs nur insofern Erfolg hatten, als am 28. Mai die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover in

einen Bündnisvertrag traten, der den gegenseitigen Schutz der drei Königreiche gegen den äußeren und inneren Feind zum Zwecke hatte. Die Leitung der gemeinsamen Maßregeln wurde Preußen übertragen. Der Entwurf einer Reichsverfassung wurde vorgelegt, der „alle heilsamen und unbedenklichen Bestimmungen“ der von der Reichsversammlung angenommenen Verfassung enthielt, während nur diejenigen Teile geändert waren, die „mit dem gemeinen Wohl unvereinbar“ sind. Dem einzuberufenden Reichstag sollte der Entwurf zur Beratung und Zustimmung übergeben werden. Die fernere Geschichte hier einzufügen, würde den Rahmen dieses Buches überschreiten. Nur soviel sei gesagt, daß der Plan Preußens scheiterte. Die Folge hat es gezeigt, daß nicht schöne Reden, sondern nur Blut und Eisen das deutsche Volk zur Einigkeit schweißen konnte.

Die Nachricht von den Bestrebungen Preußens war also die größte Neuigkeit, die die Elberfelder Delegierten und die sonstigen Deputationen von den Ministern erfuhren. Sie sahen damit ihre Aufgabe, die sie nach Berlin geführt hatte, für erfüllt an. Preußen und die ihm nachfolgenden Fürsten einerseits, die Reichsversammlung andererseits, strebten demselben Ziele zu, der Einheit Deutschlands. Fernerer Widerstand gegen die Krone bei einem Eintreten für die Reichsversammlung wäre vergeblich und ziemlich haltlos gewesen, jedenfalls wäre der gemäßigtere Teil der Elberfelder Streiter abgewichen, sobald die Bestrebungen der preussischen Regierungen vor aller Öffentlichkeit lagen. Es wurde der Abordnung bereitwilligst der offizielle Telegraph zur Verfügung gestellt und

sie richtete mit den Deputierten aus der Mark und Westfalen eine aufklärende Depesche nach Elberfeld an den Chef der Bürgerwehr van Poppel:

Der anstrengenden Bemühung Preußens ist es gelungen, die deutschen Fragen unter wesentlicher Zugrundelegung der Frankfurter Verfassung zur vollständigen Einigung mit den bisher widerstrebenden Königreichen zu führen. Die Verkündigung wird schon in wenigen Tagen erfolgen. Eine Proklamation des Königs erscheint schon heute.

Berlin, den 15. Mai 1849.

Die Deputierten von Elberfeld,
Grafschaft Mark und Westfalen.

Dr. Pagenstecher, Philippi, Simons-Köhler, Schöln,
F. C. G. v. d. Beck, Theodor Fehling, Rothschild,
Knipping, Ernst Ebbinghaus, Sasse, Theodor Hoppe,
Hermann de Vigne, Saus, Kämpe, Lothum,
D. C. Schmidt, Wilhelm Böhning, H. C. Schunk,
Johann Caspar Harfort, Weißgerber.

Diese Depesche kam am Morgen des 16. Mai (Mittwoch) in Elberfeld an. Das gab ungeheure Aufregung. Am Abend um 6 Uhr kehrten die Herren der Elberfelder Deputation, Dr. Pagenstecher, Landgerichtspräsident Philippi und Simons-Köhler, von Berlin zurück. Mit festlichem Jubel wurden sie von der Bevölkerung empfangen. Sie begaben sich sofort in eine Bürgerversammlung, die beim Chef der Bürgerwehr van Poppel stattfand. Dort berichteten sie unter dem Beifall der Versammelten über

das Ergebnis ihrer Audienzen bei den Ministern und über die neuesten EntschlieBungen des Königs.

Am selben Tage erklärte noch der interimistisch kommandierende General des 7. Armeekorps außer den Städten Pferlohn, Hagen und Solingen auch Elberfeld in den Belagerungszustand.

Der Aufrstand hatte nun jeden Stütz- und Haltepunkt in der Bevölkerung verloren. Mit der raschen Wendung der Dinge schien nur ein Teil des Sicherheitsausschusses und der Freischärler nicht einverstanden zu sein und nun ereignete sich das tragikomische Schauspiel, daß die Elberfelder Landwehrmänner, die die unmittelbare Ursache des Aufrstandes waren, im Verein mit der Bürgerwehr den Sicherheitsausschuß zur Aufgabe des Widerstandes förmlich zwingen mußten. Von den regellosen Freischärlern, „den Geistern, die sie riefen“, die überhaupt der einheimischen Bevölkerung wenig Freude bereitet hatten, erwartete man zunächst Ungebührlichkeiten und deshalb wurden gleich am frühen Morgen des 17. Mai (Donnerstag) nach einem Beschluß des Kommandos der Bürgerwehr von der Bürgerwehr und der Landwehr die sämtlichen Wachen in der Stadt doppelt besetzt und die Standquartiere aufgesucht. Der Sicherheitsausschuß residierte im Rathaus. Gegen Mittag luden die Chefs der Bürgerwehr den gesamten Gemeinderat ins Rathaus, und um ihren Verhandlungen mit dem Sicherheitsausschuß Nachdruck zu geben, ließen sie Bürgerwehr und Landwehr aus den verschiedenen Standquartieren der Stadt nach dem Rathausplatz ausrücken. Um Mittag begannen die Verhandlungen. Anwesend waren 25 Ge-

meindeverordnete. Der Beigeordnete von Guerard übernahm den Vorsitz. J. van Poppel berichtete über den Stand der Dinge und erklärte, daß nunmehr nach Wiederherstellung der Ruhe in der Stadt die Regierung der Stadt in die Hände ihrer gesetzlichen Vertreter zurückzulegen sei. Die Gemeinderäte erkannten durch ihren Sprecher an, daß „nächst der gnädigen Hilfe Gottes der wackeren Tätigkeit der Bürgerwehr und eines Teiles des Sicherheitsausschusses“ die Aufrechterhaltung der Ordnung zu verdanken sei. Die Gemeinderäte Peter Judikar und Peill wandten sich in scharfer Rede gegen die vier Mitglieder des Gemeinderats, die auch im Sicherheitsausschuß tätig gewesen waren. Die beiden Gemeindeverordneten betonten, mit diesen vier Mitgliedern nicht mehr verhandeln zu können, nachdem sie am 14. Mai den erwähnten „Aufruf zur offenen Empörung“ erlassen hätten. Karl Hecker, einer von den Bieren, gab bekannt, daß seine Unterschrift ohne sein Wissen unter den „Aufruf an das deutsche Volk“ gesetzt worden sei. Die übrigen drei aus dem Gemeinderat in den Sicherheitsausschuß gewählten Mitglieder zogen die Konsequenz aus ihrem Handeln und legten ihr Mandat in die Hände des Gemeinderats zurück, indem sie sich vorbehielten, über ihre Wirksamkeit, namentlich über die Geldgebarung der Stadt in den Aufruhrtagen, Rechenschaft abzulegen. Der Gemeinderat war damit einverstanden und erklärte hierauf den Sicherheitsausschuß für aufgelöst. Blanke führte die Kasse und hat in den paar Tagen 11 000 Taler ausgegeben. Der Stadtratmeister Goldenberg hat auf die Aufforderung des Sicherheitsausschusses hin etwa 7 000 Taler ausbezahlt, außerdem sind auf An-

trag des Sicherheitsausschusses Steuern vorschußweise erhoben worden.

Während der Sitzung war der Erste Beigeordnete Blank-Hauptmann gekommen. Unter der Zustimmung der Versammelten erklärte er sich bereit, das Regiment der Stadt in die Hand zu nehmen. Die Gemeindeverordneten wählten aus ihrer Mitte eine Kommission, bestehend aus de Raadt, P. Fudikar, J. Gottschalk, A. de Weerth, die dem Beigeordneten vorläufig helfend und ratend zur Seite stehen sollte. Weiter wurde beschlossen, eine Deputation (A. Weber, L. Schniewind, K. Herminghaus) an den Oberpräsidenten und eine zweite Deputation (Reetmann, Löwenstein, Wülfing) an den kommandierenden General zu schicken, die diesen Behörden im Namen der Stadt die Unterwerfung unter die gesetzliche Ordnung auszusprechen hatten.

Die Mitglieder des Sicherheitsausschusses Bothmann, Höchster, Bohnstedt, Römer, Schulze, Körner, Heinzmann und Walter suchten ihr Heil in der Flucht und der ihnen nachgesandte Steckbrief besagte, daß gegen sie die Anklage „wegen eines im Mai 1849 zu Elberfeld gestifteten Komplotts und verübten Attentats mit dem Zweck, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt zu reizen, beziehungsweise wegen illegaler Ergreifung und Festhaltung verschiedener Personen und wegen unbefugter Einmischung in öffentliche Funktionen der Zivilbehörden“ erhoben worden war. Auch gegen Friedrich Engels wurde die Untersuchung eingeleitet, ebenso gegen den Landgerichtsrat Pung, der beim Sicherheitsauschuß die Funktionen eines Instruktionsrichters versehen hatte.

Nachdem man die Unterwerfung der Stadt ausgeprochen hatte, kostete es nicht wenige Mühe, die Tausende Zuzügler und bewaffneten Korps aus der Umgegend, die sich zur Verteidigung der Stadt gegen die Angriffe des Militärs gebildet hatten, zum Verlassen Elberfelds zu bewegen. Sicherlich wäre es noch zu blutigen Auftritten gekommen und auch das Leben des Bankiers von der Heydt hätte in Gefahr gestanden, wenn nicht das Gemeinderatsmitglied Schlösser aus dem Fonds der Sparkasse 2360 Taler gegeben hätte und ferner durch vermögende Bürger eine Wechselsumme von 3640 Taler, Ordre Passavant, zusammengebracht worden wäre, mit welcher Summe man sich den Abzug der Führer mit ihren Leuten — vor allem des mit zweifelhaftem Ruhm bedeckten „Kommandeurs der Elberfelder Kriegsmacht“ v. Mirbach, der mit den unverschämtesten Erpressungen auftrat — direkt erkaufte hätte. v. Mirbach hatte noch durch seine Leute in der Nacht zum 17. Mai von der Heydt verhaften lassen und dem Sicherheitsausschuß erklärt, er würde von der Heydt unweigerlich erschossen lassen, wenn man falsches Spiel mit ihm treibe oder ihm die geforderten 6000 Taler nicht gebe. Die 3640 Taler in Wechseln sollten erst auf die Ordre von der Heydts ausgestellt werden, dieser hatte sich damit einverstanden erklärt. v. Mirbach verlangte aber die andere Ordre Passavant. Am 17. Mai zogen v. Mirbach, der Schuster Nothjung als sein Adjutant und Hühnerbein mit den Freischärlern ab — nicht unbehelligt von der Bürgerwehr, die auch vorher schon Gändel gesucht hatte — und zwar mit dem Plan, nach der Pfalz zu ziehen. Zunächst

begaben sie sich auf den Johannisberg. Dort gab es über das Ziel des Zuges und über die Verteilung der Abzugssumme zwischen Führern und Geführten heftige Auseinandersetzungen. Die Solinger Freischaren wollten nämlich erst nach Solingen ziehen zur Unterstützung der dort im Widerstand befindlichen Aufständischen. v. Mirbach mit den übrigen Führern wollte aber Solingen vermeiden und so gingen die Abtrünnigen ihrer Wege. Ein großer Haufen, etwa 600 Mann stark, beschloß, sich unter v. Mirbachs Führung nach der Pfalz durchzuschlagen, um an den dortigen Aufständen teilzunehmen. Auf ihrem Zuge brandschatzte die revolutionäre Söldnertruppe verschiedene Orte. In anderen Orten wurde jeder Versuch dazu von der schnell bereiten männlichen Einwohnerschaft vereitelt. Als sie in Ronsdorf erfuhren, daß sich ihnen Bauernscharen in Lüttringhausen entgegenstellen wollten und als man auch sonst anfing, auf sie Jagd zu machen, teilte sich die Bande. Zwei bewaffnete Trupps, die ihnen begegneten, ließen sie nach kurzer Unterhandlung weitergehen. Die Freischärler trauten aber in ihrer Mehrheit v. Mirbach nicht mehr, zwangen ihn, die Abzugssumme bis auf 100 Taler herauszugeben und verließen ihn dann. Etwa 150 Mann wurden hierauf in der Gegend zwischen Lennep und Lüttringhausen von einer Art Landsturm, die sich aus Landleuten rasch gebildet hatte, vollständig zersprengt. Bei ihnen befand sich v. Mirbach, den die Bauern, mit Dreschflügeln, Sensen, Hacken und dergl. bewaffnet, auf einer Wiese nach heftiger Gegenwehr festnahmen. Hühnerbein, der später vor Gericht als „heruntergekommener Schneider mit erzentri-

sehen Ansichten“ bezeichnet wurde, flüchtete vor seinen Verfolgern in ein Haus und versteckte sich dort auf dem Speicher. Auch seiner wurde man schließlich habhaft, er weinte vor Wut wie ein Kind, als er nicht mehr ein noch aus wußte. Es gab viele Verwundete bei diesem Kampf und die Bauern machten viele Gefangene, die sie nach Elberfeld auf der Eisenbahn einlieferten. v. Mirbach hatte 5 000 Taler in Gold und Wechseln an Eigentum bei sich.

Elberfeld erhielt starke militärische Besatzung. Der Kommandeur der Truppen, die von der Bürgerschaft freundlichst begrüßt wurden, hielt am Platze vor der katholischen Kirche vor zahlreich versammelter Bürgerschaft eine Ansprache, die mit einem Hoch auf den König schloß, in das alle herzlich einstimmten.

Man machte sich hurtig an die Abtragung der Verhaue und in wenigen Tagen herrschte in der Stadt wieder das gewohnte geschäftige Treiben. Die Handelsgeschäfte und die Industrie hatten in den wenigen Tagen empfindlichen Schaden erlitten. Zahlungsstockungen standen bevor und der König sah sich veranlaßt, zur Erleichterung des Handelsverkehrs durch eine besondere Verordnung vom 17. Mai die Zahlungszeit von Wechseln und anderen Handelspapieren auf Elberfeld und Barmen um 14 Tage zu verlängern.

Am 17. Mai wurde von vielen konservativen Bürgern eine Adresse an die Kgl. Regierung abgeschickt, worin das Benehmen des Gemeinderats während der Schreckenstage als pflichtwidrig bezeichnet und um Enthebung von seinem Amte angefragt wurde. Es hieß darin: „Es genügt denn nach unserer Überzeugung nicht, daß die wirklichen Em-

pörer bestraft werden, wie wir gewiß hoffen, sondern auch gegen die, welche mehr oder weniger durch Mißbrauch ihres Amtes dazu geholfen haben, eingeschritten werde; das ist unser Gemeinderat in seiner großen Mehrheit. Wie derselbe voriges Jahr mit seiner ersten unheilbringenden Adresse sich den aufrührerischen Bewegungen anschloß, wie er bei keiner Veranlassung Festigkeit der Umsturzpartei entgegensetzte, so hat er neuerdings wieder mit seiner Adresse, worin er die Annahme der Reichsverfassung verlangte, und mit seinem ruhigen Zusehen zu allen Aufreizungen zur Empörung sowie endlich durch das feige Niederlegen seines Amtes in die Hände von Aufrührern hinlänglich gezeigt, daß er selbst nicht mehr seinem Amte gewachsen ist, daß also die Stadt übel beraten wäre, wenn er das zerbrochene Regiment in der Hand behielte.“ Die Regierung sah auch keineswegs das Verhältnis des Gemeinderats zum Sicherheitsausschuß als klaggestellt an und wollte die Auflösung des Gemeinderats in den nächsten Tagen vornehmen. Am 23. Mai fand eine Gemeinderatsitzung statt, die einen geradezu dramatischen Verlauf nahm. Einstimmig entschied sich der Gemeinderat „in Erwägung, daß die 23 Mitglieder, welche den Beschluß vom 10. Mai gefaßt haben, sich bewußt sind, im Drange der Umstände ihre Schuldigkeit so weit als möglich getan zu haben; in Erwägung, daß sie dadurch den Boden des Gesetzes verlassen haben; in fernerer Erwägung, daß der Gemeinderat der Regierung gegenüber nicht ferner in seiner Stellung bleiben kann, seine Demission zu nehmen und sein Mandat in die Hände seiner Mandanten zurückgegeben“. Die übrigen Gemeindevor-

ordneten, die der Sitzung vom 10. Mai nicht beigewohnt hatten, erklärten einstimmig, daß sie unter den obwaltenden Umständen damals auch so gehandelt haben würden, wie ihre Kollegen.

Die Regierung hatte die Abdankung angenommen und Neuwahlen ausgeschrieben. Unerwarteterweise kam vom Ministerium der Befehl, daß die freiwillige Abdankung des Gemeinderats nicht genehmigt und gegen ihn und den nunmehr zurückgekehrten Oberbürgermeister eine Untersuchung eingeleitet werden müsse. Diese Untersuchung begann Ende Juni durch einen Regierungskommissar. Im November war die Untersuchung über den Gemeinderat abgeschlossen. Sie hatte das Ergebnis, daß der Gemeinderat aufgelöst wurde; R. Hecker und Dr. Höchster sollten überhaupt nicht mehr wählbar sein, Peters, Schlösser nicht innerhalb fünf Jahren und die übrigen wurden auf ein Jahr suspendiert. Eine Deputation der Bürgerschaft begab sich zum König und erreichte es in einer Audienz vom 20. Dezember, daß es bei der einfachen Auflösung des Gemeinderats blieb, also die Gemeinderäte sofort wieder wählbar waren. Die Bürgerschaft schenkte ihnen dann das Vertrauen, daß sie sie in ihrer größten Mehrzahl wiederwählte. Der Oberbürgermeister v. Carnap war am 29. Juni bis zur Beendigung der über ihn verhängten Untersuchung vom Dienst enthoben worden und die einstweilige Verwaltung seines Amtes versah der Regierungsassessor Dittmar aus Duisburg. Das Ministerium kam zu einem derartig günstigen Ergebnis, daß es ihn von den gegen ihn erhobenen Anklagen freisprechen konnte. Das war am 14. Dezember. Am 17. Dezember

wurde er durch den Oberregierungsrat Schmitz wieder feierlich in sein Amt eingesetzt.

Die wegen der Elberfelder Unruhen Verhafteten blieben lange im Untersuchungsgefängnis. Im Dezember ist gegen einige die Untersuchung aus Mangel an Beweisen niedergeschlagen worden und sie wurden sofort in Freiheit gesetzt. Aber nicht nur die Aufrührer, sondern auch Patrioten wurden bestraft. Es handelte sich um Bürger aus

Barmen.

Während der Regentschaft des Sicherheitsausschusses waren eines Tages nach Barmen zwei Kommissare zu Pferde mit der roten Fahne gekommen und warben dort um Unterstützung für die Elberfelder Aufständischen und die zu proklamierende „rote Republik“. Sieben königstreue gesinnte Barmer Bürger vertrieben die Kommissare und mißhandelten sie in einer Weise, die man nur roh nennen konnte. Das Elberfelder Zuchtpolizeigericht verurteilte sie deshalb am 18. Dezember zu 14 Tagen Gefängnis, Geldbuße, Schadenersatz und Zahlung der Gerichtskosten.

Gemeinderat und Bürgerwehrrkommando in Barmen hatten übrigens zum Dank für ihre königstreue Haltung in den Elberfelder Sturmtagen folgendes Handschreiben des Königs erhalten:

Es hat Meinem Herzen wohl gethan, daß der Gemeinderat und die Bürgerschaft zu Barmen, während der beklagenswerten Empörung in der Nachbarschaft, ihre alte

Mir wohlbekannte Treue aufs Neue bewährt haben und daß insbesondere die Bürgerwehr von Barmen durch ihre energische Haltung die Verbreitung des Aufruhrs in ihrer Gemeinde verhindert hat. Ich gebe dem Gemeinderat und der Bürgerwehr für diese Betätigung echter Vaterlands= liebe hierdurch Meinen Dank zu erkennen.

Charlottenburg, 18. Mai 1849.

Friedrich Wilhelm.

Graf von Brandenburg.

Prinz Wilhelm kam auf seiner Inspektionsreise als Generalgouverneur der Rheinprovinz am 19. Dezember auch nach Elberfeld. Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters v. Carnap, der die alte Treue und Anhänglichkeit Elberfelds mit der Bitte hervorhob, diese möge beim Prinzen und beim König die trüben Maiereignisse in Vergessenheit bringen, sprach der Prinz — wie geschildert wird, in einfacher, kräftiger, herzgewinnender Weise — er wolle der trüben Zeit nicht gedenken, die Unglück über die Stadt gebracht habe, aber könne doch nicht ganz die Ursachen unerwähnt lassen, durch die die trübe Zeit herbeigeführt worden sei. Diese Ursachen hätten in dem Mangel an Vertrauen zu der Richtigkeit der Maßnahmen der Regierung gelegen, aber auch in dem Mangel an Entschiedenheit bei dem gesunden Kern der Bürgerschaft, der sich dem Ausbruch der Unruhen mit aller Macht hätte entgegenstemmen sollen. Wer diese trübe Zeit erlebt habe, der würde schon dafür sorgen, daß sie nicht ähnlich wiederkehre. Darum gelte es Festigkeit und Treue. Als im Namen der Geistlichkeit Pastor Sander den Prinzen an=

redete, wandte er sich an die Geistlichkeit und die Lehrer und forderte sie auf, der Jugend den Sinn für die Religion zu erhalten und sie mit dem Wert der Staatseinrichtungen bekannt zu machen, damit eine zufriedener Generation heranwache als es die jetzige sei. Die Bürgerschaft bereitete dem Prinzen laute Huldigungen und hatte sich trotz des an dem Tage herrschenden schlechten Wetters zahlreich am Bahnhof zu seiner Begrüßung eingefunden.

Der Prozeß gegen die wegen der Unruhen im Mai Angeklagten begann am 23. April 1850. 193 Angeklagte hatten sich zu verantworten. Die Verhandlung vor den Assisen mußte der ungenügenden Raumverhältnisse wegen in großen Saale des Rathauses stattfinden und das Rathaus war täglich stark mit Militär besetzt. Am 8. Mai konnten endlich die Geschworenen zur Beratung entlassen werden. Ihre Beratung währte von 1/28 Uhr morgens bis 1/22 Uhr nachts. v. Mirbach wurde wegen Beteiligung an der Rebellion und wegen widerrechtlicher Verhaftung Daniel von der Heydts mit 7 gegen 5 Stimmen für schuldig erklärt und zu 2 Jahren Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht für die Dauer von 5 Jahren verurteilt. Henseler wurde wegen Aufreizung zur Rebellion zu 10 Jahren Landesverweisung verurteilt. Jansen, Hüttemann, Schermele, Geleit, Staller, Hillebrand, Rohde, Witwe Wiedemann und Ehefrau Wimmers wurden wegen Plünderungen zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen und sofort entlassen. Der Jubel des Volkes über die Freisprechung fast der sämtlichen Angeklagten war unendlich. In einem Gasthof an der Is-

länder Brücke und am Johannisberg versammelten sich die Freigesprochenen mit großen Volksmengen, Reden wurden gehalten und die Hochrufe dauerten noch lange in den Morgen hinein. Die Ruhe wurde nirgends gestört. Die Verurteilten wurden in Werden untergebracht. Bei ihrer Überführung dorthin machten sie, als sie auf kurze Zeit im Düsseldorfer Gefängnis interniert wurden, einen Fluchtversuch, der aber mißlang. v. Mirbach wurde recht glimpflich behandelt. Er genoß sogar die Vergünstigung eigener Beköstigung.

Strassenkämpfe in Düsseldorf.

Während es schon in der ganzen Umgebung gährte und namentlich von Elberfeld und Iserlohn die Nachricht kam, daß sich dort ein mächtiger Aufstand vorbereite, schien diesmal Düsseldorf von Ruhestörungen befreit zu bleiben. Wohl war am 7. Mai im Stadttheater eine große Volksversammlung abgehalten worden, in welcher der Abgeordnete Kaplan v. Berg und Geisenheimer unter lebhaftem Beifall zum einigen Festhalten an der deutschen Reichsverfassung aufforderten, aber auch vor Übereilungen in Parteileidenschaft warnten. Selbst die exaltiertesten Parteiführer sprachen die Ansicht aus, Düsseldorf dürfe nicht von allem Anfang an in die Bewegung eintreten, da bei dem schlechten Ansehen, das Düsseldorf beim König genieße, zu erwarten sei, daß die Bewegung dadurch am ehesten verkannt werden könnte. Die Behörden fürchteten Exzesse, da einige Tage vorher dem Abg. Scherer, der wenig demokratisch in der Ersten Kammer gehandelt hatte, eine Katzenmusik dargebracht und die Fenster eingeworfen worden waren. Es war deshalb in der Nähe seines Hauses ein Infanterieplücker von 25 Mann aufgestellt worden, es fand aber keine Gelegenheit einzuschreiten. Bei Korff fand Tags darauf eine sehr zahlreich besuchte Versammlung von Landwehrmännern statt, die den am 3. und 6. Mai in Elberfeld gefaßten Beschlüssen der Landwehrmänner beitraten und erklärten, der Einberufung keine Folge zu leisten. Zum dritten

male wurden nachher dem Abg. Scherer, der sich mittlerweile schon nach Fischeln bei Krefeld zurückgezogen hatte, die Fenster eingeworfen, auch wurden Lassalle, der im Gefangenenhause saß, wie wiederholt in den letzten Tagen, Kundgebungen dargebracht.

Als am Abend des 9. Mai von Elberfeld Nachrichten von Barrikaden und vielen Tausenden Bewaffneten eintrafen, wuchs auch hier die Erregung. Die Kreise, die sich um die Gräfin Hatzfeld und ihre Freunde scharten, glaubten die Elberfelder Bewegung dadurch unterstützen zu können, daß man durch Straßenezzeße das hier stationierte und nach Elberfeld dirigierte Militär nötige, in Düsseldorf zu bleiben. In dieser Absicht bildete sich ein Zug unter Borantragung einer schwarz=rot=goldenen Fahne, der das Lied vom Deutschen Vaterland singend durch die Straßen zog und dem Regierungspräsidenten und dem Staatsprokurator Ammon so bedrohliche Ragenmusiken brachte, daß diese sich genötigt sahen, Polizei herbeiholen zu lassen. Die einschreitende Polizei konnte ihren Anordnungen kein Gehör verschaffen und so requirierte sie gegen 1/29 Uhr abends Militär. Ein Teil der Krafehler zog zum Bahnhof, wo man dem für Elberfeld bestimmten Detachement Soldaten den Zugang streitig zu machen suchte. Eine Salve von 15 Schüssen zerstreute dort die Menge, die wieder in die Stadt zog. Die Demonstranten zogen vor das Rathaus, wo sie den zufällig tagenden Gemeinderat um Erwirkung der Bewaffnung der Bürgerwehr angehen wollten. Dem Gemeinderat wurde jedoch keine Mitteilung von der wachsenden bedenklichen Stimmung gemacht. Regierungsrat Graf von Billers, der kom-

missarische Oberbürgermeister, übernahm es mit dem Polizeiinspektor und dem Regierungspräsidenten, die nötig erscheinenden Maßregeln zu treffen. Gegen 9 Uhr bemerkte man den Republikaner Wulf, der steckbrieflich verfolgt wurde und sich bisher im Auslande aufgehalten hatte unter den Demonstranten, denen er von einem Zettel die Häuser abzulesen begann, in denen Waffen zu finden seien.

Als Militärpatrouillen angerückt kamen, bildete sich bald ein schlechtorganisierter Aufstand. Man fing an, in verschiedenen Straßen Barrikaden zu errichten und plünderte Waffenläden. Mit Steinwürfen und mit Schusswaffen gingen die Aufrührer gegen die Soldaten los. Als der Angriff immer heftiger wurde, begannen ihn die Soldaten zu erwidern. Um 1/210 Uhr erdröhnte die erste vom Militär abgegebene Salve, sie wurde bei der Kommunikationsstraße auf eine Anzahl hinter einem Bollwerk verschanzte Aufrührer abgegeben. Nach diesem Signal gingen auf der Mühlenstraße, auf der Ratingerstraße und bei der Ratingermauer zu gleicher Zeit los. Der Sitzungssaal des Rathauses war, nachdem die Gemeinderäte ihn um 9 Uhr verlassen hatten, vom Militär besetzt worden. Aus dem dunklen Saal wurde unaufhörlich geschossen, seitdem mit Steinwürfen ein Angriff auf das Rathaus versucht worden war. Bis dahin hatte man noch keinen Gebrauch von den Kanonen gemacht, die in verschiedenen Stadtteilen aufgepflanzt waren. Erst nach Mitternacht, als von einem durch umgestürzte Karren und mit Steinen gefüllten Dampfschiff-Pferdekarren errichteten Bollwerk in der Volkerstraße ein Schuß das Pferd eines Offiziers verletzte, so

daß es strauchelte, gab man dort eine Kartätschensalbe ab. Neun oder zehn Kartätschenschüsse fielen dann bis zum Morgen. Augenzeugen schildern, daß in manchen Straßen das Blut tatsächlich in Strömen floß. Gegen 1/25 Uhr morgens ließ der Kampf nach. Die Sturmglocken ertönten fast während der ganzen Nacht. Nur die Barrikade an der Katingermauer hielt bis gegen 7 Uhr stand, und es wurde dort noch bis 9 Uhr geschossen, ehe die Aufständischen vertrieben waren. Bis Mittag dauerte hie und da das Geplänkel fort. Ein wüstes Bild bot am anderen Morgen besonders der Friedrichplatz. Ein Teil des Einganges zur Katingermauer war durch Kartätschen ganz zertrümmert, der ganze Platz von Patronenresten bedeckt und die Erde aufgewühlt, schwere Steine da und dort, mit Blut bespritzt.

Am Vormittag rückte Artillerie, Kavallerie und Infanterie zur Verstärkung der Besatzung ein und dieser Übermacht vermochten die Auführer nicht stand zu halten. Am Nachmittag waren die letzten Kämpfer von den Barrikaden geflohen. Das Militär war Herr in der Stadt. Es räumte die Barrikaden weg und schickte sich aber doch zur Vorsorge an, auf den größeren Plätzen zu bivakieren, um rasch in Bereitschaft zu sein. Um 7 Uhr abends wurde verkündet, daß wieder der Belagerungszustand über Düsseldorf verhängt sei und das Standrecht herrsche. Düsseldorfer Zeitung, Düsseldorfer Journal und Kreisblatt, Neue Rheinische Zeitung (Lassalle) und Elberfelder Zeitung wurden unterdrückt. Die Behörden sollen Zuzug von Elberfeld aus erwartet haben und es waren für den Fall der Ankunft von Elberfelder Auführern am Bahnhof

zwei Geschütze aufgestellt, womit jeder Zug, der mit Bewaffneten gefüllt gewesen wäre, mit Kartätschen beschossen werden sollte.

Die Bürgerschaft hatte 15 Tote zu beklagen, darunter auch mehrere, die bloß zufällig auf der Straße waren, wie der Spediteur Hartmann, der Fuhrmann Schwieger und ein Reisender, der mit dem Reisesack in der Hand über den Markt gegangen war, um nach dem Mainzer Hof zu kommen. Auch ein Mädchen, das an der Pumpe am Burgplatz Gemüse wusch, wurde erschossen. Der Sohn des Schwieger lauerte in seiner Kaserei und im Schmerz über den Tod des Vaters in der Nähe des Jägerhofes einem Mann auf, der nach seiner Meinung den Todeschuß abgegeben hatte. Der Sohn traf ihn mitten ins Herz. Es kamen sofort eine Anzahl Mann hinzu, die dem enteilenden Mörder nachsetzten und dann, als sie ihn erreicht hatten, unter Messerstichen grausam verbluten ließen.

Am 12. Mai sollten die Gefallenen mit einem großen Leichenzug beerdigt werden. Die Militärbehörde untersagte das aber. Besonderer Auflauf entstand vor dem Hause, in dem der bei den Unruhen gefallene Pole v. Milewsky in einem mit rotem Sammt überzogenen und mit vergoldeter Krone geschmückten Sarg ausgestellt war. Am 13. Mai morgens durften die Gefallenen begraben werden, doch war jede größere Menschenansammlung verboten und eine Kompagnie Infanterie besetzte die benachbarten Straßen.

In den nächsten Tagen wurden sämtlichen Einwohnern der Stadt mit Einschluß der Mitglieder des Sebastianus-

Schützenvereins die Schuß-, Hieb- und Stichwaffen abgenommen und gegen Ablieferungsscheine bei der Militärbehörde hinterlegt. Durch dieses Mittel hoffte man weiteren bewaffneten Unruhen radikal vorgebeugt zu haben. Pifetts Soldaten von sechs bis acht Mann suchten mit drei Gendarmen Haus für Haus ab, wo man nicht freiwillig die Waffen herausgab.

In den folgenden Monaten griff ruhigere Stimmung Platz und die unruhigen Köpfe verschwanden allmählich aus dem Bannkreis der Stadt. Am 15. Oktober, dem Geburtstag des Königs, versöhnte sich die Bevölkerung wieder mit ihrem König durch große Festlichkeiten, von denen die bedeutendste das offizielle von 500 Personen besuchte Festmahl im Geislerschen Saale war. Gegen Ende Oktober wurden von einer Versammlung der angesehensten Bürger der Stadt die vier Gemeinderäte, die im Jahre vorher gegen den Empfang des Königs gestimmt hatten, zur Abdankung gezwungen. Am 13. November kam der Prinz von Preußen auf seiner Inspektionsreise nach Düsseldorf und er wurde da von Advokatanwalt Weiler und Professor Viehof mit Ansprachen begrüßt, unter kolossalem Andrang der Bürgerschaft. Auch die Geistlichkeit richtete durch ihren Vertreter einige Worte an ihn und der Prinz erwiderte darauf, daß ihn der herzliche Empfang sehr freue, denn er sehe darin die Wiederkehr des Mutes der Gutgesinnten, der sich in den Stunden der Gefahr allerdings verleugnet habe. Er hoffe, daß die in der allerjüngsten Zeit bewiesene Königstreue das Gemüt des Königs beruhigen würde. Er werde dem König Zeugnis ablegen über den Empfang, den er

nicht für sich, sondern als Zeichen der wiederkehrenden Anhänglichkeit an den König schätze. Zu Ehren des Prinzen waren Festlichkeiten veranstaltet worden, die ihn sehr erfreuten.

Der Gemeinderat hatte nach der Entfernung der vier „schwarzen Schäflein“ am 6. November eine Loyalitätsadresse an den König beschlossen und durch eine Deputation, deren Wortführer Gemeindeverordneter Friderichs war, dem König überreichen lassen. Der König war, wie berichtet wird, tief ergriffen und hat mit bewegter Stimme u. A. erwähnt: „Ich will hoffen, daß die Stadt Düsseldorf durch die Tat beweisen wird, daß der Sinn für Ordnung und Recht und die alte Treue zu meinem Hause noch in ihr lebt.“ Er hat sich weiter mit den einzelnen Mitgliedern der Abordnung freundlichst unterhalten und sie ermahnt, dafür zu sorgen, daß bei den Gemeindeverordnetenwahlen, die in den nächsten Wochen vorgenommen werden sollten, nicht etwa solche Elemente in den Rat der Gemeinde eintreten, die eine Gesinnung tragen, die ihm nicht angenehm ist. Er erklärte, in diesem Falle die Benefizien, die Friedrich Wilhelm III. der Stadt zugewendet habe, nicht ferner der Stadt erhalten zu können. Mit freundlichem Handschlag und den Worten „Meine Herren, Sie haben mir eine recht frohe Viertelstunde bereitet“, entließ er die Abordnung.

Der Prozeß gegen die Maiauführer begann am 11. März. 27 Angeklagte standen vor den Assisen. 211 Zeugen waren geladen. Am 20. März wurde das Urteil gesprochen. J. Neunzig, der auf der Straße zur Rebellion aufgefordert hatte, wurde mit 7 gegen 5 Stimmen

schuldig gesprochen und zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sieben andere minder beteiligte Männer wurden zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie alle waren die Verföhren, keiner der Föhren.

* * *

In

Neuß

war es am 6. Mai nachmittags zu einem kleinen Auflauf gekommen. Einer der Föhren der Steuerverweigerung in Düßeldorf, Weyers, zog kaum einen Tag nach monatelanger Untersuchungshaft mit einer Anzahl Demokraten in Neuß mit einer roten Fahne umher und predigte auf den Straßen für die Republik. Vom Balkon eines Hauses schrie einer in die lärmende Gesellschaft, er sei trotzdem für Gott, König und Vaterland. Daraufhin griffen die Demonstranten das Haus an und zerstörten es teilweise. Auch am nächsten Morgen gab es ähnliche unruhige Auftritte, ebenso in Wickerath. Hier stellten Ulanen, dort Infanterie die Ruhe wieder her.

Am 9. Mai sollte die Einkleidung der aus den Kreisen Gladbach, Grevenbroich und Neuß stammenden Landwehrmänner stattfinden. Sie schickten eine Abordnung zum Bataillonskommandeur, die ihm mitteilte, daß sich die Landwehrleute nicht stellen würden. Unter solchen Umständen hielt es die Militärbehörde für das Beste, sich passiv zu verhalten. Es kamen den Behörden Gerüchte zu Ohren, wonach das Zeughaus gestürmt werden sollte.

Infolgedessen wurden Infanterie und Ulanen sowie Geschütze nach Neuß gebracht.

Am 10. und 11. Mai gab es wieder blutige Zusammenstöße, wobei sich der Wirt Lucas und ein junger Mann namens Brückner in der Aufwiegelung besonders hervortaten. Das Militär siegte bald. Der Inhalt des Landwehrzeughauses wurde zur Sicherheit unter der Bedeckung der Truppen auf der Erft eingeschifft und nach Düsseldorf gebracht. Am 11. Mai rückten von Gladbach, Rheydt und der Umgebung bewaffnete Volksmassen in Stärke von mehreren Hunderten an, um den Neußern zu helfen. Doch es kam zu keinem weiteren Blutvergießen. Die bloße Tatsache der Verstärkung des Militärbestandes reichte hin, um jede Störung der Ruhe hintanzuhalten.

* * *

Jr:

Arrefeld

vereinigten sich am 6. Mai die Landwehrmänner aus der Stadt und aus der Umgebung zu einer Generalversammlung im Schauspielhaus und es kam unter Regierung eines Antrages, bewaffnet nach Frankfurt zu ziehen, zu dem Beschluß, der Einberufungsordre keine Folge zu leisten, sondern sich nur den Beschlüssen der Reichsversammlung unterzuordnen. Am nächsten Morgen versammelten sich die Landwehrmänner auf dem Friedrichsplatz und zogen von dort aus in Reih und Glied mit schwarz=rot=goldenen Fahnen und Musik an der Spitze nach dem Sammelplatz

zum Appell. Der Sammelplatz war eine halbe Stunde weit entfernt und die laute Demonstration hatte natürlich den üblichen Menschenauflauf zur Folge.' Die Absicht der Landwehrmänner, in ruhiger Form den Offizieren ihre Befehle bekanntzugeben, mißlang dadurch. „Viel Volk“ brach in Brüllen und Heulen aus. Die verhöhnten Offiziere konnten nicht anders, als die Landwehrmänner, die ihre Erklärungen gar nicht vorbringen konnten, zu entlassen und sich zu entfernen. Das Volk ließ aber die Offiziere nicht ruhig abziehen, sie wurden mit Steinen beworfen und auch sonst mißhandelt. Der Major v. Ottegraven erlitt eine bedeutende Kopfverletzung. Zwischen dem Pöbel und der Polizei kam es zu einer Prügelei. Manen mußten einschreiten. Wieder Steinwürfe. Unter Verstärkung durch die Bürgerwehr ging das Militär zu scharfen Attacken über und da stob die Menge bald auseinander. Zu weiteren Ruhestörungen kam es nicht.

Das Blutbad in Iserlohn.

Iserlohn war seit dem Märzkrachehl gegen mißliebige Fabrikanten ziemlich ruhig geblieben. Die Entwicklung, die die alldeutsche Angelegenheit nahm, verursachte nun auch hier eine tiefgehende Erregung, die sich alsbald in offener Empörung kundgab. Schon am 28. März, an welchem Tage von einem großen Teil der Bevölkerung die Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser durch Illumination gefeiert wurde, kam es zu ernstlichen Ruhestörungen, die durch das Einschreiten der Bürgerwehr unterdrückt wurden. Die weiteren politischen Ereignisse gestalteten die Gegensätze zwischen der Regierung und dem Geist des Volkes immer schroffer und die Mißstimmung fand hier und in der ganzen Umgegend ihren Höhepunkt, als die Einberufung der Landwehr bekannt wurde. In aufregenden Volksversammlungen auf der Bellevue, die meist der Demokratische Klub unter seinem Vorsitzenden Justizkommissar Schuchard leitete, der einst Mitglied des Frankfurter Vorparlaments gewesen war, wurde offen die Absicht erklärt, sich der Einberufung des Iserlohner Landwehrbataillons zu widersetzen und das Zusammen-treten des Bataillons nötigenfalls mit Gewalt zu hinter-treiben.

Von demselben widerseßlichen Geiste war man im benachbarten

Sagen

und in anderen Orten der Umgebung erfüllt. Auch in

Hagen hatte man sich einige Tage vor dem Appelltage (Donnerstag, 10. Mai) in einer Volksversammlung verschworen, der Einberufungsordre keine Folge zu leisten. In Hagen zogen die Landwehrleute schon am Tage vor dem Appell mit Trommeln und Fahnen demonstrativ durch die Straßen. Um 5 Uhr morgens am Appelltag wurde der Generalmarsch geschlagen und in Stärke von etwa 2000 Mann begaben sich die Demonstranten nach dem Sammelplatz. Dort kündigten sie durch ihren Sprecher unter tumultuarischem Geschrei dem aus Iserlohn herübergekommenen Landwehrmajor an, daß sie sich nur der Reichsversammlung zur Verfügung stellen würden. Die Mahnungen des Majors wurden verlacht und so sah er es vorläufig für das Beste an, die Leute gewähren zu lassen.

Die Behörden in Iserlohn hatten für den 10. Mai, dem Tag der Einkleidung der Landwehr, vom Generalkommando in Münster militärische Hilfe erbeten. Sie kam wohl, aber sie kam zu spät. Anfänglich nahm die Einkleidung einen ruhigen Verlauf. Auf gegebene Aufforderung hin hatte sich jedoch in den frühen Morgenstunden in der Nähe der Stadt ein gewaltiger Volkshaufe von etwa tausend Mann angesammelt. Gegen 9 Uhr rückten sie, nachdem sie sich noch auf dem Wege zur Stadt durch Arbeiterscharen verstärkten, die sie zur Niederlegung der Arbeit gezwungen und aus den Fabriken geholt hatten, im geschlossenen Zuge mit einer Fahne in den deutschen Farben und unter Musikbegleitung in die Stadt ein zum Zeughaus hin. Bürgermeister Holzapsel mahnte vergebens zur Ruhe. Die Demonstranten verlangten die so-

fortige Einstellung der Einkleidung. Da es die Bürgerwehr ablehnte, gegen die Ruhestörer einzuschreiten, schien es am geratensten, die Wehrmannschaften zu entlassen. Diese Nachgiebigkeit bestärkte die Volksmenge in ihrer Wahnwitzigkeit noch mehr, sofort wurde in hellem Jubel, ohne die mindeste Gegenwehr zu finden, das Zeughaus gestürmt und sämtlicher Waffen, auch mehrerer schwerer Geschütze beraubt. Im Nu entstanden an allen ungeschützten Ausgangspunkten der Stadt Bollwerke. Als der Landwehrmajor von Hagen zurückkam, fand er schon alle Zugänge zur Stadt durch Barrikaden verbaut und mit Bewaffneten besetzt. Nun kam auch das Militärdetachement aus Münster vor der Stadt an. Der Landwehrmajor erteilte dem Führer des Detachements die Weisung, von einem Angriff abzustehen, der bei der geringen Anzahl der bewaffneten Macht erfolglos gewesen wäre. So kehrten die Soldaten nach Münster zurück.

Die Auführer beschloffen unterdessen offenen Widerstand. Sie wählten den Chef der Bürgerwehr zu ihrem Oberhaupt und einige andere Volksmänner zu seinen Beratern. Der engere Rat der Auführer bestimmte einige Bürger, die unter Führung durch Schuchard am Nachmittag nach Münster abgingen. Diese Abordnung sollte das Generalkommando und das Oberpräsidium auffuchen und dort nicht nur über die gegen jede „Contrerevolution“ gerichtete Stimmung der Stadt berichten und vollständige Straflosigkeit für die von ihnen „im Dienste des Vaterlandes“ verübten Gewalttätigkeiten bei der Erstürmung des Zeughauses verlangen, sondern auch gegen die Einberufung der Landwehr protestieren sowie die Annahme

der Reichsverfassung durch den König und die Entlassung des Ministeriums fordere. Die Deputation wurde am nächsten Vormittag von den versammelten höchsten Behörden der Provinz empfangen und, wie sich leicht denken läßt, als eine Rebellendeputation behandelt, mit der man nicht verhandeln werde. Der Oberpräsident stellte ganz einfach das Ultimatum, die geraubten Waffen innerhalb der nächsten 48 Stunden an die Militärbehörde abzuliefern, widrigenfalls über die Stadt der Belagerungszustand verhängt und mit ihr in größter Strenge verfahren werde.

Mit diesem Resultat kehrte die Abordnung nach Iserslohn zurück. Eine Volksversammlung wurde abgehalten, eine der aufgeregtesten in jener stürmischen Zeit. Schuchard mahnte zur Mäßigung, aber er drang mit seinen Versuchen zur Beschwichtigung nicht durch. Man rief ihm sogar zu: „Schießt den Verräter nieder!“, als er zur Niederlegung der Waffen aufforderte. So wurde denn die Aufforderung des Oberpräsidenten zur Einstellung der Ordnungswidrigkeiten verworfen.

Die Stadtbehörde wurde von den Aufrührern sofort außer Tätigkeit gesetzt und sie wählten einen zwölfgliedrigen Sicherheitsausschuß, der aus Justizkommissar Schuchard, Fabrikarbeiter Sülberg, Auskultator Florischütz, Lehrer Fromme, Arzt Dr. Bering aus Menden, Fabrikarbeiter Bollmer, Privatsekretär Schomburg, Fabrikant Schlieper aus Grüne, Schuster Welke, Faktor Sülberg, Fabrikarbeiter Welke und Kaufmann Kiepe aus Hagen bestand. Der Sicherheitsausschuß führte in einer Proklamation an die Bevölkerung in grellen Worten die

„Taten“ des Ministeriums Brandenburg an und forderte alle auf, sich mit ihm zur Erreichung seines „großen Zweckes“ zu verbinden. Weiter trat der Ausbruch durch Sendboten mit den benachbarten Gemeinden in Verbindung und setzte schleunigst die Stadt durch Organisation von Zuzügen und Herbeischaffung von Waffen, Lebensmitteln usw. in Verteidigungszustand.

Am Freitag (11. Mai) trafen schon Zuzüge von Hagen ein, und zwar etwa 350 Mann, die das Sicherheitsausschußmitglied Kaufmann Riepe herübergebracht hatte. Menden schickte etwa 1500 Mann, dann kamen Zuzüge aus Schwerte, Altena, Herdecke, Böhlen, Lüdenscheid, Westhofen, Limburg, Balve, Plettenberg, Meinerzhagen, Kirrpe, Dahlen und anderen Orten zur Teilnahme an dem Widerstand der Stadt. Fferlohn vereinigte so unter seinen 12000 Einwohnern 5000 bewaffnete Männer. Die Organisation der Bewaffneten erfolgte durch den Sicherheitsausschuß ganz militärisch. Auch Kavallerie wurde gebildet, wofür man Remontepferde nahm. Weiber und Kinder wurden soweit als tunlich aus der Stadt gebracht. Die umliegenden Berge wurden mit Schützen besetzt, und stundenweit wurden Posten zu Fuß und zu Pferd aufgestellt, die von allen Truppenbewegungen sofort Kenntnis geben sollten.

Am Freitag Abend wurde in einer Versammlung der Leiter der Bewegung in Fferlohn beschlossen, um die Bewegung soweit als noch möglich in friedlichen Bahnen zu belassen und einem Bruderkampf auszuweichen — den Sitzköpfen wurde doch etwas bang — eine Abordnung aller Städte und Gemeinden der Grafschaft Mark an den

König zum Vortrag der Volkswünsche zu veranstalten. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in Hagen wurden beauftragt, die Zusammenstellung der Deputation zu veranlassen. Die Deputation vereinigte sich in Dortmund und reiste am Sonntag (13. Mai) mit dem Nachtzug nach Berlin ab.

Am Freitag ereigneten sich bei Hagen auch Vorfälle, die sich von Wegelagerei um nichts mehr unterschieden. Schon am Tage vorher beraubte man einen Courier des Landwehrmajors der Depeschen über die Ereignisse in Hagen und Iserlohn, die er zum Oberkommando nach Münster bringen sollte. Auch wurden sofort die Telegraphen zerstört. Am Freitag wurde einem dreispännigen Bremerwagen aufgelauert, der unter Bedeckung von etwa 10 Soldaten vom 34. Infanterieregiment in den Unterberg bei Bettermann fuhr. Die Soldaten wurden verjagt und der Wagen, der etwa 30 Fässer Munition für das 2. Bataillon des 16. Landwehrbataillons in Iserlohn enthielt, wurde beraubt. Auch bei Balve wurde auf ähnliche Weise ein Wagen genommen, ein dritter mit Schrapnells und Kanonenkugeln kam auf der Enneper Straße in die Hände der Aufständischen. Von Limburg und Nachrodt holte man sich Kanonen.

In Hagen konstituierte sich ebenfalls ein Sicherheitsausschuß zur Aufrechthaltung der Ordnung gegen anarchische Bestrebungen. Er erließ am 12. Mai einen Aufruf an die Mitbürger, worin es heißt, daß er durch die Freiwahl der Bewohner von Hagen gebildet worden sei und keinen anderen Zweck habe, als die große und heilige Sache Deutschlands zu befördern und zu unterstützen und die

Sicherheit der Person und des Eigentums zu beschützen. „Wir halten die Forderung der sofortigen Entlassung des Ministeriums und Ernennung eines volkstümlichen Ministeriums für wohl begründet und glauben erst dann das Vaterland gerettet und das uns gesteckte Ziel erreicht, wenn die unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung seitens Preußen ausgesprochen worden ist. Als echte Markaner wollen wir unserm König die angestammte Treue bewahren, als freie Männer halten wir es aber für unsere heilige Pflicht, ihm offen unsere Wünsche zu sagen.“

Am 12. Mai richtete der Regierungspräsident v. Bardeleben in Arnsherg an den Bürgermeister von Iserlohn einen Erlaß, in dem nochmals bei der Fortdauer des Aufstandes mit Waffengewalt gedroht wurde. Aber die Behörden waren einfach machtlos gegenüber dem Sicherheitsausschusse, der unumschränkt herrschte und die Bevölkerung, soweit sie ihm nicht gutwillig folgte, förmlich terrorisierte. Die Organisation des Aufstandes griff immer weiter um sich, und so erhielt eine mobile Division, unter den Befehl des Generalmajors v. Hanneken gestellt, den Auftrag, die Insurrektion in Iserlohn und in den übrigen aufständischen Distrikten zu unterdrücken.

In den Verhältnissen der Stadt änderte sich aber doch nichts bis zum 16. Mai.

Die Regierung wollte noch den Einfluß abwarten, den die nach Berlin entsandte Deputation bei ihrer Zurückkunft auf die Auführer ausüben würde. Die Deputation kehrte am 16. Mai zurück und brachte die erfreulichsten Nachrichten über die bevorstehende Verständigung der deutschen Regierungen in der Verfassungsfrage. Hatte

aber die Regierung die Hoffnung auf eine unblutige Unterwerfung der aufständischen Bevölkerung gehabt, so täuschte sie sich gründlich in der kleinen Schar verwegener Aufrührer, die den besonnenen Teil der Bürgerschaft majorisierte und es unbedingt auf einen Kampf ankommen lassen wollte. Der Sicherheitsausschuß richtete sich auf eine hartnäckige Verteidigung ein. Neue Barrikaden wurden errichtet, die alten beseitigt und man traf in jeder Weise Vorsorge gegen plötzlichen Überfall. Rote Fahnen auf den Barrikaden zeigten, wohin der Aufstand steuerte. In letzter Stunde entstand im Lager der Feldherren Streit zwischen den Iserlohner und Hagener demokratischen Führern der Bewegung. Die Hagener waren die vernünftigeren. Sie mahnten zur Unterwerfung, da ja doch der König alles wesentliche zugesagt habe. Auch wiesen sie auf die Elberfelder hin, die nach dem Bekanntwerden der von den Städte-deputationen überbrachten Nachrichten aus Berlin sofort die Waffen streckten. Als sie sich nicht Gehör verschaffen konnten, marschierten sie ganz einfach in Stärke von etwa 800 Mann nach Hagen zurück.

Am 16. Mai wurden die Kreise Iserlohn und Hagen in den Belagerungszustand versetzt, ebenso Elberfeld und Solingen, und der General und Divisionskommandeur v. Hanneken wurde beauftragt, „mit einer Division aus allen Waffen die Rebellen niederzuwerfen und dem rechtlichen Bürger Schutz und dem Gesetz wieder Achtung zu verschaffen“. Während die übrigen Städte, als es ernst zu werden begann, jeden Widerstand aufgaben, trosteten die Iserlohner einer zweimaligen Aufforderung zur Übergabe der Stadt. Ja, sie begannen eigentlich den Angriff.

Am Abend des 16. Mai überfiel eine Rotte Aufrührer ein in Menden stehendes Bataillon, wurde jedoch unter Verlust von zwei Toten zurückgeworfen. Im Arnsberger Wald zum Suffkurs der Iserlohner organisierte Guerillakorps fingen Militärtransporte ab und suchten einzelne Abteilungen des Iserlohner Konzernierungskorps zu beunruhigen.

Der König hatte noch am 16. Mai einen anfeuernden Armeebefehl an die Soldaten gerichtet, worin es hieß: „Unter dem Vorwand von Deutschlands Einheit wird ein Kampf entzündet gegen Gesetz und Ordnung, gegen jede rechtmäßige Obrigkeit, ein Kampf gegen unser ruhmvolles Preußen, das die Feinde vernichten, ein Kampf gegen den Thron Eures Königs, den sie umstürzen wollen. Es gilt zu kämpfen und zu siegen wider Eidbruch, Lügen, Verrat und Meuchelmord. Es gilt den Thron zu schützen vor seinen erbitterten Feinden. Es gilt das Vaterland zu retten vor Gesetzlosigkeit und Republik. Es gilt Preußens Stärke, Preußens Ehre aufrecht zu erhalten und dadurch die Größe und Einheit des deutschen Vaterlandes fest zu begründen. Das ist das Ziel, wofür ich Mein sieggewohntes Heer in den Kampf rufe.“

Trotzdem die zweimalige Aufforderung zur Übergabe der Stadt unbeachtet geblieben war, sollte das Militär versuchen, friedlich in den Besitz der Stadt zu kommen. Es erhielt die bestimmte Weisung, nur zur Verteidigung von den Waffen Gebrauch zu machen.

Um 1/210 Uhr morgens am 17. Mai (Donnerstag) rückten unter General v. Hanneken das nach der Niederwerfung des Dresdener Aufstandes hierher gekommene

24. Infanterieregiment (Brandenburger) sowie Detachements des 13. und 17. Regiments (Rheinländer und Westfalen) und das 8. Jägerbataillon mit klingendem Spiele zur Umschließung gegen die Stadt vor. Eine unblutige Einnahme war sofort ausgeschlossen, als die Truppen gleich bei ihrem Einzug in die Stadt beschossen wurden, und nun begann von acht verschiedenen Seiten der Angriff. Man schickte mit dem Jägerbataillon erst die 24er vor, da man den Rheinländern und Westfalen weniger traute. Die Furcht war aber unbegründet. Die ersten Barrikaden fielen rasch in die Hände der Soldaten, auch die zwei Sechspfünder und einige Böller, die die Insurgenten vom Schlosse Limburg geraubt hatten. In den Straßen wurde mit rasender Erbitterung aus den Fenstern der Häuser geschossen. Die Soldaten drangen in die Häuser ein und auf Stiegen und in Wohnzimmern entwickelte sich ein mörderischer Kampf, ehe es gelang, die Häuser zu säubern. Da das Militär den Auftrag hatte, nachsichtig vorzugehen, behandelte es die Angreifer und die Gefangenen, die es machte, schonend. In einer der Hauptstraßen trafen plötzlich zwei sichere Kugeln aus einem Hause den Oberstleutnant von Schrötter, vom Füsilierbataillon des 24. Infanterieregiments. Tot sank er vom Pferde. Das brachte die Soldaten in Wut, namentlich die beim Füsilierbataillon, das mit kindlicher Liebe an seinem Führer hing, und sie übten nun keine Schonung mehr. Das Haus, aus dem der Schuß fiel, wurde gänzlich demoliert und nicht nur der Mörder des Oberstleutnants, ein Schneider aus Lüdenscheid, sondern auch alle anderen Bewaffneten, die im Hause waren, wurden ohne Erbarmen

niedergemetzelt und erschossen. Die Leute wurden aus dem Haus gerissen, hinter einander aufgestellt und niedergeschlagen. Das war grausame Justiz. Ebenso wurde gegen das Kasino und das Haus des Führers der Demokraten, des Justizkommissars Schuchard, verfahren; sie wurden demoliert, und wer sich nicht gutwillig ergab, wurde ohne Ansehen der Person niedergemacht. Die Soldaten achteten nicht einmal mehr die Befehle ihrer Offiziere, die sie vergebens von derartigem unmenschlichen blutigen Treiben zurückzuhalten versuchten. Sie kämpften wie Berserker. Schuchard wurde nicht in seinem Hause angetroffen, er war in einem Gasthause und begab sich, als die Sache anfing fehlzugehen, sofort in den Schutz der Militärbehörde, die ihn auf dem Rathaus gefangensetzte. Das schauerliche Gewehrgeknatter und klägliche Läuten der Sturmglocken dauerte an die anderthalb Stunden. Dann war die Stadt in den Händen des Militärs. Der Widerstand war geringer und geringer geworden und schließlich wehten fast von allen Häusern weiße Fahnen, mit denen die Bewohner um Gnade baten. Im ganzen lagen etwa 60 Einwohner auf der Walstatt, darunter auch Unschuldige, Angehörige der ersten Kreise der Stadt, die am Kampf gar nicht teilgenommen hatten und durch Zufall in ein übles Gedränge hineingeraten waren. Vom Militär fiel ein Mann außer dem Oberstleutnant und fünf waren schwer verwundet. Einige der Häupter des Aufstandes hatten schon bei Beginn des Aufstandes die Flucht ergriffen, wurden aber später festgenommen. Außer Iserlohn und Hagen wurden auch die Ämter Hagen, Böhle, Ennepe, Enneperstraße, Lengenfeld und Brackerfeld in den Belagerungszustand

versezt. Die gerichtliche Untersuchung wurde sofort auf Antrag des Staatsanwalts gegen eine große Anzahl Personen, die sich bei dem Aufstande mehr oder weniger beteiligt hatten, beim Kreisgericht in Iserlohn eingeleitet und zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Iserlohner Landwehrmänner hatten bald die Genugtuung, sich die Achtung des Königs wiederzuerwerben. Sie wurden zum Kampfe gegen die badischen Freischärler verwendet. Bei Speier und Waghäusel benahm sich das Iserlohner Landwehrbataillon mit solcher Tapferkeit, daß es bei seiner Zurückkunft von den Linientruppen mit endlosen Hurrarufen begrüßt wurde. Der Großherzog von Baden ließ für die Mannschaften des Iserlohner Bataillons eigens eine Medaille schlagen, womit die Brust der märkischen Krieger geschmückt wurde.

Der Prozeß gegen die Iserlohner Aufrührer begann am 29. April. Die Verhandlungen wurden in Wesel abgehalten. 67 Angeklagte standen vor den Geschworenen. Die Verhandlungen endeten am 12. Juni. Den Geschworenen waren 209 Schuldfragen vorgelegt worden. Sie erachteten nur die Angeklagten R. Bollmar, Dr. Stock, Dr. Böse, W. Eickelberg, H. Benzing, Biermann, F. Erdmann, W. Hüser, H. Ohle, W. Albert und Eickel für schuldig, und diese wurden demgemäß bestraft.

Die „verschrobeneren“ Demokraten von Solingen.

Solingen und die Nachbargemeinden Dorp, Wald, Merscheid und Höhscheid blieben von dem Verfassungsrummel gleichfalls nicht verschont. Solingen hatte nach der Zählung vom Jahre 1846 6 610, Wald 4 763, Merscheid (Ohligs) und Höhscheid 11 789 Einwohner. Wie ein zeitgenössischer Bericht lautet, wurde in Solingen von „einigen verschrobeneren Demokraten“ ein Sicherheitsausschuß gebildet. Die Landwehrleute verweigerten den Gehorsam und stürmten mit den Elberfeldern das Landwehrzeughaus in Gräfrath, mit dessen Uniformen sie sich kleideten. Die Stadtbehörde wurde terrorisiert und die wohlhabenden Bürger wurden zur Sammlung für eine Kriegskasse mehr oder weniger sanft genötigt.

Am 15. Mai kam es zwischen der Bürgerwehr und dem Sicherheitsausschuß, die sich bisher ziemlich vertragen hatten, zu einem Zusammenstoß. Durch die Unvorsichtigkeit eines Mannes, der nach Elberfeld gehen wollte, um sich am dortigen Aufstand zu beteiligen, wurde ein 13jähriger Knabe erschossen. Bei dem nun entstehenden Volksauflauf richtete sich die Bürgerwehr gegen den Sicherheitsausschuß, löste ihn auf, beschlagnahmte seine Kasse, sowie die in Gräfrath geraubten Waffen und Munition. Dabei hatte sie die Mehrheit der Bürgerschaft, bei der die Stimmung schon längst umgeschlagen war, hinter sich. Der Gemeinderat befürchtete aber gefährliche Tumulte und veranlaßte die Bürgerwehr zur Zurückgabe ihrer Eroberungen.

Am 16. Mai wurde über Solingen und benachbarte Kreise der Belagerungszustand verhängt. Am 17. Mai nachmittags rückten unter dem Militärbefehlshaber Major Reinhold ein Bataillon vom 16. Infanterieregiment, eine Schwadron Kavallerie und zwei Geschütze ein. Die Führer der Bewegung und ihr Anhang waren gerade im Klublokal versammelt, als die Nachricht vom Anmarsch des Militärs kam. Sie hatten sich kurz vorher vereinigt, um gemeinsam nach der Pfalz zu ziehen. Als aber das Militär kam, da stoben sie rasch auseinander, versteckten die geraubten Waffen und Montierungsstücke und suchten zu entfliehen. Nirgends wurde Widerstand entgegengesetzt. Das Militär besetzte einige Plätze und bivakirierte in der Nacht, und die Bürgerwehr übernahm den Wachtdienst, wie sie auch in den Tagen des Aufbruchs die Ruhe und Ordnung in der Stadt nach Kräften aufrechterhalten hatte. Gleich nach dem Einzug der Truppen wurde Fabrikant Jellinghaus, ein Führer der Solinger Demokraten, der mit seinen Leuten das Gräfrather Zeughaus geplündert hatte, verhaftet und nach Düsseldorf abgeführt. Am 11. September vermochte er sich durch Flucht zu befreien. Dem Hauptführer der Solinger Bewegung, dem Demokraten Köse, gelang es zu entkommen. Außerdem sind noch eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen worden. Die Ruhe war wieder hergestellt.

Wie an anderen Aufbruchorten, so wurden auch hier die Gemeindebehörden in eine Untersuchung gezogen, inwieweit sie durch Lässigkeit und nicht genügenden Widerstand gegen die Aufbrüher an den entstandenen Ereignissen Schuld trugen. Bürgermeister Keller wurde seines Amtes

enthoben, es konnte die Untersuchung jedoch nichts ergeben, was für seine Schuld sprach. Am 1. März 1850 wurde er wieder in sein Amt eingesetzt und die Bürgerschaft ehrte ihn in ihrer Freude darüber durch einen Fackelzug.

Im Juni hatten sich die Auführer in Elberfeld vor dem Assisenhof zu verantworten; Braacke wurde zum Tode verurteilt, „wegen Führung einer Bande, welche zum Zwecke des Attentats gegen die königliche Gewalt und Erregung des Bürgerkrieges gebildet war“, Trostorff zu 6 Jahren, Läufer und Schlick zu 5 Jahren Zwangsarbeit, Heck zu 2 Jahren Gefängnis und Kipp, Iserhard, Hermanns, Scherf, Brangs und Hierendorf zu 5jähriger Polizeiaufsicht verurteilt.

Aufbruch in der Eifel und im Moseltale.

Es war zu erwarten, daß die Republikaner in

Trier

bei all den Aufständen, die ringsum tobten, nicht untätig bleiben würden. Trotzdem blieb es vorläufig nur bei Versuchen, das dort stationierte Militär für die republikanische Sache zu begeistern und zu Desertionen zu veranlassen. Die Republikaner hatten mit diesem Unternehmen insofern Glück, als es tatsächlich gelang, eine ganze Anzahl Vaterlandsverteidiger, denen sie gegen Ablieferung der Uniformen bürgerliche Kleidung gaben, über die Grenze zu bringen. Reibereien mit den königstreuen Soldaten konnten aber bei solchem Beginnen nicht ausbleiben und so waren Schlägereien zwischen Militär und Bürgern an der Tagesordnung. Ein Wahlmänner-Zentralausschuß stellte am 3. Mai in einer Adresse der Reichsversammlung „Trier mit Gut und Blut zur Verfügung“ und gelobte pünktlichen Gehorsam für die Befehle der Reichsversammlung. Bei diesen mehr platonischen Kundgebungen hatte es vorläufig sein Bewenden.

Als aber die süddeutsche Erhebung ihre Stärke gegenüber der Waffengewalt erproben sollte, wurde von der republikanischen Partei in Trier ein Plan entworfen, alle Hauptpunkte in der Eifel, des Hundsrücks und im Moseltal in die Bewegung einzubeziehen. Das Haupt der republikanischen Partei in Trier war der Redakteur der Trierischen Zeitung und spätere Abg. Dr. Grün, ein ge-

borener Lüdenscheider. Er war ein hervorragender Republikaner und stand durch längeren Aufenthalt in Frankreich mit Proudhon, Louis Blanc u. A. in freundschaftlicher Verbindung. Ein Trierischer Polizeibericht bezeichnet ihn als „argen Demokraten von ebenso guter als frecher Feder, der das ganze Land in Angst und Schrecken setzt“. Der Plan zu dem neuerlichen Aufstand wurde am 13. Mai auf der Marienburg bei

Bell

nach einer aus der ganzen Umgebung besuchten Volksversammlung gefaßt, in der Dr. Grün einen Vortrag über seine parlamentarische Tätigkeit gehalten hatte. Dr. Grün soll sich aber nicht an der Beschlußfassung über den Aufstand beteiligt haben. Es wird ihm nachgesagt, daß er schlau genug war, wohl die Fäden der ganzen Bewegung in der Hand gehalten zu haben, selbst aber nicht aktiv tätig gewesen zu sein. Volle Klarheit über die Vorgänge auf der Marienburg hat auch die nachherige gerichtliche Untersuchung nicht ergeben. Man weiß nur, daß in einem Pavillon auf der Burg eine besondere Versammlung stattgefunden hat, zu der nur durch Ballotage der Zutritt zu erlangen war und in der die Einzelheiten des Aufstandsplanes beschworen worden sein sollen. Soviel steht fest, daß man die für den Aufstand notwendigen Waffen durch einen Raub des Waffenlagers in

Brüm

im Zeughaus in die Hände bekommen wollte. Gerüchte über diesen Plan kamen dem Landwehrmajor v. Franzecky in Brüm und den Landräten von Bitburg und Wittlich

bald zu Ohren; sie erstatteten davon pflichtgemäß Anzeige, allein man scheint den Gerüchten nicht sonderliche Bedeutung beigelegt zu haben, da in Prüm immerhin eine Kompagnie Soldaten lagerte. In der Nacht zum 18. Mai sammelte sich unweit Bitburg ein Haufen von etwa 200 bewaffneten Männern, meist aus Trier, aus Bitburg und Wittlich. Sie zogen unter der Führung des Vorsitzenden des Demokratischen Vereins in Trier Advokaten Viktor Schilh, ferner des Kandidaten der Philosophie Peter Zmandt, eines gewissen Nels und des Kaufmanns Delahaye aus Trier, ferner des Hugo Hensch, Josef Neustädter und Peter Niles aus Wittlich, auf der Trierschen Landstraße nach Prüm hinauf, wo sie nach 4 Uhr morgens ankamen und in wildem Getöse in den Straßen und am Markt herumliefen. Das Zeughaus lag auf dem „Hahn“ benannten Platz und hatte zwei Eingangstüren, die auf einen mit einer Mauer umgebenen Hof führten. Die Hofmauer war ebenfalls durch ein Tor verschlossen. Der vor dem Zeughaus aufgestellte Posten war rasch überwältigt. Nun wurde mit Äxten die Tür des Zeughauses eingeschlagen. Darauf drang der Haufe in den Hof und ohne weitere Schwierigkeit in das Zeughaus selbst. Die wenigen Mann Besatzung (ein Unteroffizier und vier Stammgefreite) konnten an keine ernstliche Gegenwehr denken. Bald war die Ausraubung vollzogen. 1200 Gewehre, 200 Pistolen, eine Menge Mäntel, Schuhe und andere Montierungsstücke wurden auf bereitstehende aus Bitburg geholte Leiterwagen geladen und sollten in den Richtungen nach Trier, Wittlich und Daun fortgeschafft werden.

Inzwischen wurde Generalmarsch geschlagen, und das in Brüm zusammengezogene Landwehrkommando von etwa 100 Mann sammelte sich, und zwar sehr langsam. Der Major hielt eine Ansprache an sie, die lautlos angehört wurde. Es war ihm klar geworden, daß er sich auf seine Leute nicht zu sehr verlassen durfte, denn mit ausgesprochenem Unwillen schickten sie sich an, die Befehle zu vollziehen. Unterdessen kam Schiltz heran mit einigen der Seinen und forderte die Landwehrmänner auf, doch nicht auf die Plünderer zu schießen, da ja alles für die „heilige deutsche Sache“ geschehe. Derlei Ansprachen machte der Major ein Ende, indem er dem Kompagnieführer v. d. Holtz den Befehl gab, das Zeughaus anzugreifen und wieder zu nehmen. Die Landwehrmänner rückten gegen die Friedensstörer heran. Sie feuerten erst eine Salve in die Luft und vertrieben die Plünderer ohne viele Mühe aus dem Zeughaus. Diese machten einen wiederholten Angriff auf das Gebäude und erstürmten das äußere Hoftor. Nach dreimaliger Aufforderung, vom Angriff abzustehen, empfangen sie auf den Befehl des Majors hin scharfe Schüsse aus dem Innern des Hauses. Ein Schuß zerschmetterte einem der Leute, der aus Wittlich stammte, das Bein. Nun entstand ein fürchterliches Rachegeheul gegen den Landwehrmajor. Seinen ferneren Befehlen zeigten sich die Soldaten widerspenstig, einzelne klagten den Plünderern, daß sie Hunger hätten, und die Angreifer reichten ihnen durch die Gitterfenster Semmeln, wogegen die Soldaten Patronen verabfolgten. Idyllische Szene!

Als der Brümer Einwohner Augustin Spanier mit einer Art die Haupteingangstür aufbrechen wollte, ließ

der Major nochmals feuern. Die Soldaten schossen in die Luft. Die Auführer feuerten gleichfalls und verletzten einen Offiziersburschen. Jetzt versuchte man auf andere Weise ins Gebäude zu dringen, indem man an einem vergitterten Fenster an der Hinterseite des Gebäudes die Gitterstäbe auszubrechen begann. Dabei leisteten Landwehrleute von innen tätige Hilfe. Als Schily drohte, bei längerem Widerstand würde das ganze Zeughaus in die Luft gesprengt werden, waren die Landwehrleute nicht mehr zu halten. Sie brachen sich gewaltsam Ausgang und stellten nun jede Verteidigung ein. Da zog es der Major vor, auf seine Rettung bedacht zu sein. Er ließ sich mit einem Seil aus einem Hinterfenster auf die Straße herab und flüchtete in die Kirche. Ein im Hause gebliebener Unteroffizier, der den Schuß auf den Wittlicher abgegeben haben soll, wurde überwältigt und mit Kolbenschlägen schwer mißhandelt. Ein Teil der Plünderer hatte nach den ersten Schüssen die Wohnung des Majors im Orte aufgesucht, um an seiner Familie Rache zu nehmen, und demolierte dort allerlei. Die Gattin des Majors und sein Kind waren schon vorher entflohen.

Gleich beim Beginn der Sturmsszenen hatte sich ein Offizier aufs Pferd geworfen und ritt nach Schönecken, wo gerade ein Remontekommando von 22 Mann vom 8. Ulanenregiment stand. Der kommandierende Offizier kam mit seinen Ulanen nach Prüm, wo die Plünderer noch immer an der Arbeit waren. Ein Wagen mit 300 Gewehren und 150 Pistolen war schon mit einem Teil des Haufens abgegangen. Die Ulanen gingen energisch zum Angriff über, die Plünderer flüchteten so rasch sie

konnten und ließen die übrigen mit Waffen beladenen Wagen zurück. Nach dem Abzug der Ulanen setzten Einheimische und Marktbefucher — am 18. Mai war Markttag in Prüm — die Plünderung fort; der eine aus Trier am Nachmittag angekommene Schwadron Husaren dauernd ein Ende bereitete.

Die Führer des Aufstandes trafen mit ihren Getreuen und den geraubten Waffen nach vielen Querzügen in verschiedenen Abteilungen am Abend in Wittlich ein. Von Wittlich zogen die Waffenräuber am anderen Tage nach Bernkastel. Dort war das Gemeinderatsmitglied Thiel, der an der Organisation des Aufstandes mitzuwirken versprochen hatte, aber, wie es sich später herausstellte, seine Spießgesellen ganz einfach im Stich ließ.

Die Führer der Prümer Zeughausplünderer verloren auf dem Marsche immer mehr und mehr an Anhang. In

Bernkastel

ließ sich der Haufen am Gestade bei der Wirtin Schmittgen nieder. Sie waren bald von viel Volk umringt, an das sie Ansprachen hielten. Die Einwohner schlossen sich zum Teil auf Aufforderung hin den Meutern an und wurden von ihnen bewaffnet. Der kommissarische Landrat v. Steinacker, der früher dem Trierer Demokratischen Verein angehört hatte, eilte herbei, von dem Bürgermeister Weigand und einem Gendarmen begleitet, um Ruhe zu stiften und auf die dem Staate geraubten Waffen Beschlagnahme zu legen. Schily forderte den Landrat auf, sich als früherer Demokrat der Bewegung anzuschließen oder sich doch passiv

zu verhalten. Als der Landrat eine derartige Zumutung zurückwies, wurde er von Schily mit vorgehaltener Pistole für verhaftet erklärt. Als durch Anschlagen der Lärmtrommel im Ort unter den Aufrührern einige Verwirrung entstand, benutzte der Landrat einen unbewachten Augenblick und entfloh. Er wollte Militär herbeiholen. Der Gemeinderat beschloß nach besten Kräften, den Aufrührern entgegenzuarbeiten. Schily hatte unterdessen Gewehre und Patronen verteilt, Posten aufgestellt, Patrouillen organisiert und durch Boten alle wehrhaften Männer aus den umliegenden Ortschaften zu einer bewaffneten Volksversammlung für den nächsten Tag nach Bernkastel eingeladen. Zwischen 5 und 6 Uhr wurden Depeschen des Regierungspräsidenten und des Divisionskommandos in Trier aufgefangen, die den Aufrührern ihre Lage gefahrdrohend erscheinen ließen. Sie machten sich ans Sturmläuten. Der Bürgermeister eilte mit einigen Bürgern herbei, verjagte die Läutenden und schloß den Glockenturm. Kaum war der Bürgermeister ins Rathaus zurückgekehrt, wo eben Gemeinderatssitzung stattfand, als wieder zu läuten begonnen wurde. Die Gemeindeverordneten begaben sich nun mit dem Bürgermeister zum Glockenturm, wo sie die Führer des Aufstandes vorfanden, die die Tür zum Turm aufgebrochen hatten. Es kam dort zu Auseinandersetzungen und das Läuten wurde eingestellt. Da Schily sah, daß er in der Bürgerschaft nicht den erwarteten Anhang hatte, auch Zuzug fernblieb und ein Überfall durch Militär für den nächsten Tag vorzusehen war, entschloß er sich zum Abzug. Es wurde ausgetrommelt, die verteilten Gewehre wieder abzuliefern. Dann über-

setzten die Führer mit ihren Getreuen die Mosel, übernachteten in Wahlen, fuhren nach Ürzig und setzten von dort in einem Boote die Reise auf der Mosel fort. Spät am Abend landeten sie in Brodenbach. Sie wandten sich weiter nach der Pfalz und beteiligten sich an den dortigen Kämpfen.

So wie in Bernkastel war auch in Trier der Putsch mißglückt. Grün sollte, wie erzählt wird, nach geheimem Plane in Trier die Minen springen lassen. Er gab aber selbst die Sache einer Volkserhebung in der Eifel und im Moseltal verloren oder war zu „feige“ dazu, wie Schily von ihm aussagte. Er flüchtete zur Grenze, da ihm die Behörde auf den Kappen war. Bei Schönneck wurde er angehalten und verhaftet.

über

Wittlich

ist verhältnismäßig spät, am 22. Mai, der Belagerungszustand verhängt worden. Die Begründung hiefür bot die Beteiligung von Männern aus Wittlich am Zeughaussturm, ferner ein Angriff auf die Posthalterei zur Abfangung einer Estafette, die gegen Abend am 20. Mai vom Landwehrbataillon in Prüm in Wittlich eingetroffen war.

Drei Landwehrmänner, die die Hauptschuld trugen, daß der Überfall auf das Zeughaus gelang, wurden, nachdem ihre Schuld unzweifelhaft festgestellt worden war, am 16. Oktober standrechtlich erschossen.

Der Prozeß gegen Dr. Grün und 22 andere Auführer begann am 8. Januar 1850 vor dem Assisenhof in Trier. Nicht weniger als 275 Zeugen waren aufge-

boten worden. Am 19. Januar gingen die Verhandlungen zu Ende. Dr. Grün wurde von den Geschworenen mit 6 gegen 6 Stimmen für Nichtschuldig erklärt. Er stand unter der Anklage, auf der Marienburg mit anderen Verschworenen Umsturzpläne geschmiedet zu haben. Wegen der Plünderung des Zeughauses in Prüm wurden schuldig erkannt J. B. Warweiler und B. Reiffen aus Wittlich, P. Spring aus Wittlich, A. Spanier und N. Jacquinet aus Prüm, wegen Hehlerei gestohlener Waffen Peter Niels aus Wittlich, und wegen der Bernkasteler Vorgänge W. J. Kollmann. Mit Ausnahme des Kollmann wurden alle zu 5 Jahren Zwangsarbeit und 50 Taler Geldbuße verurteilt. Kollmann wurde zum Tode verurteilt. Die Zehle hatten also die untergeordneten Kräfte, die Beführten zu bezahlen. Die Führer waren alle über die Grenze entkommen und freuten sich ihrer Sicherheit. Grün rettete der Umstand, daß er nachweisen konnte, er habe vor der eigentlichen Verschwörung auf der Marienburg den Versammlungssaal verlassen.

Am 14. April 1850 kam Prinz Wilhelm von Preußen nach

Trier.

Bei den Empfängen im dortigen Regierungsgebäude hielt er eine Ansprache, in der er wie in anderen Städten der traurigen Ereignisse in den Revolutionstagen Erwähnung tat und die Vertreter der Geistlichkeit beider Konfessionen ermahnte, durch Verbreitung wahrer Religiosität die Gesinnung für Gesetz und Ordnung in der Jugend zu pflegen, damit sich derartige Ereignisse nicht

wiederholten. Da kam es zu einem ganz bemerkenswerten Zwischenfall. Der Weihbischof Dr. Braun ergriff das Wort und sagte, indem er auf die früheren Streitigkeiten zwischen Kirche und Staat anspielte, die Kirche habe ihre Rechte und ihre Pflichten; wenn sie ihre Pflichten erfüllen solle, dürfe sie aber in ihren Rechten nicht behindert werden. Der Prinz erwiderte, daß er nichts von einer Behinderung der Rechte der Kirche wisse; die Verfassung weise der Kirche eine ganz bestimmte Stellung im Staate an und die Regierung habe dabei die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß weder die katholische noch die evangelische Kirche bei ihrer freien Stellung versuche, einen Staat im Staate zu bilden. Das werde nicht geduldet werden. Der Weihbischof verstieg sich hierauf ungeachtet der Abwehungen seiner anwesenden Priesterkollegen zu der Äußerung, daß die katholische Kirche ihre eigenen Rechte und Gesetze habe, von denen sie nicht abgehen werde. Der Prinz schnitt jede weitere Diskussion sehr entschieden mit den Worten ab, daß etwaige Differenzen mit dem päpstlichen Stuhl auszugleichen sein würden, im übrigen gelte die Staatsverfassung. Trotzdem er sich sofort abwandte, um sich von der Geistlichkeit wegzubegeben, rief der Bischof doch noch aus, daß die katholische Kirche ihre eigenen Rechte habe und dabei bleiben werde.

Frieden in Aachen.

In Aachen war die Stimmung, wenigstens auf demokratischer Seite und in den Kreisen, die dem Konstitutionellen Verein nahestanden, für die Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser und für die Durchführung der Reichsverfassung gewesen. Der Konstitutionelle Verein sandte in diesem Sinne auch eine Adresse an den König ab. Andererseits wurde in den Kreisen der katholischen Vereine, die im übrigen durchaus großdeutsche Gesinnung pflegten und in Versammlungen „im Interesse heimischen Handels und heimischer Industrie ein Großdeutschland, das bis nach Triest reicht,“ verlangten, in teilweiser Konsequenz dieser Ansichten die Kaiserwahl gemißbilligt und der Aachener Piusverein, der wie alle Piusvereine durchaus monarchisch dachte und alle Regierungsmaßnahmen gut- hieß, sprach sich in einer Resolution aus, die die Frankfurter Reichsversammlung nun nicht mehr als zu recht bestehend ansieht und glaubt, daß der König „durch die in letzter Zeit mit Entschiedenheit ausgesprochene Ablehnung den unabweissbaren Anforderungen des Rechts und der Ehre gegen die deutschen Fürsten und Völker entsprochen hat“.

Der Gemeinderat, der sich in den 1848er Märzwochen so sehr radikal geberdet hatte, war ruhig und bedächtig geworden, auf Demonstrationen ließ er sich nicht mehr ein. So wurde ein Anfinnen des Konstitutionellen Vereins abgelehnt, für die Reichsverfassung eine Adresse abzugeben. Nach der Ablehnung seiner Wünsche richtete der Aachener

Konstitutionelle Verein eine bezeichnende Adresse an die Frankfurter, in der er es bedauert, daß es dem Gemeinderat gefallen habe, der „gegen das kontrerevolutionäre Benehmen der Fürsten“ gerichteten unverkennbaren Gesinnung der Einwohner keinen Ausdruck zu geben.

Weiter ließ der Gemeinderat eine Einladung von 11 Gemeinderäten der Stadt Köln unberücksichtigt, die ganzen rheinländischen Bürgermeister, Beigeordneten und Stadtverordneten möchten sich in Köln zu einer Beratung einfinden, um ein Gesamtbild der Anschauungen der rheinländischen Bevölkerung zu gewinnen, worüber man dem König direkt berichten wolle. Die Aachener politischen Köpfe, soweit sie im Gemeinderat saßen, waren überlegend geworden, vielleicht auch apathisch, jedenfalls interessierten sie nun wirtschaftliche Fragen mehr als politische, denn der Hauptgrund, warum man sich nicht an der Kölner Versammlung beteiligte, waren die — Kurgäste. Die 1848er Kurseason war schwach gewesen, die Aufhebung der Spielbanken, die die Reichsversammlung beschlossen hatte, konnte gleichfalls Kurgäste nach den belgischen Kurorten abziehen, der Verein zur Belebung der Badeseison mühte sich ab, neue Anzugsmittel zu finden, und wenn nun infolge eines Vorgehens gegen die Regierung auch über Aachen der Belagerungszustand verhängt worden wäre, wie über andere rheinische Städte, so wäre auch die 1849er Kurseason zum vielleicht dauernden Schaden für Aachen eine „Saison morte“ gewesen. Deshalb hielten sich die Gemeindevertreter von allen Kundgebungen fern.

Trotz aller Ruhe stand Aachen im Mai 1849 in der Gefahr der Verhängung des Belagerungszustandes. Die

Regierungskreise befürchteten, daß das vom König angeordnete Aufgebot der Landwehr wie anderwärts auch im Aachener Bezirk Anlaß zu unruhigen Ausritten geben würde. Im Regierungsbezirk hatten zwar die Reservisten und Landwehrmänner ersten und zweiten Aufgebotes in einer am 13. Mai in Montjoie abgehaltenen Versammlung beschlossen, der Einberufungsordre keine Folge zu geben, allein wenige Tage darauf reute es sie und sie bezeichneten den Beschluß lediglich als einer augenblicklichen Aufregung und Übereilung entsprungen. Das war die einzige Demonstration im Regierungsbezirk. In Aachen selbst wirkten Gemeinderat und Stadtverwaltung energisch auf ruhige Verhältnisse hin. Als trotzdem harmlose Besprechungen von Landwehrleuten stattfanden, verbot die kgl. Regierung derartige Versammlungen durch eine Bekanntmachung vom 21. Mai.

Das Komitee des Volksvereins: Ignaz Beißel, Trüpel, Belten, J. Weber, Jakob Beckers, A. Cazin, W. Speck, Jungschläger, Fr. Becqueray, M. Scholl, Koch, Scheins, Dr. Könen und H. Degraa, ließ zur weitem Beruhigung der Einwohnerschaft allenthalben Plakate anbringen, in denen es das Volk vor unüberlegten Streichen warnte, „da man darauf lauert, die widerspenstigen Aachener zu demütigen“. Der Aachener Militärbefehlshaber soll schon die Plakate haben drucken lassen, die den Belagerungszustand für Aachen verkünden sollten, was aber vom Landrat Stürz, nicht aber vom Militärbefehlshaber, in den Zeitungen dementiert wurde.

So gingen die Tage ohne Unruhe für Aachen vorüber, die aufständische Bewegung, die allüberall entflammt war,

berührte Aachen nicht mehr. Auswärtige Blätter, namentlich belgische, meldeten allerdings „nach der Aachener Zeitung“, in Aachen sei das Zeughaus gestürmt worden und es gehe dort alles drunter und drüber. An dieser Meldung war keine Silbe wahr und die in Aachen gehegte Vermutung, es handele sich bei der Lanzierung dieser Notiz in ausländische Blätter vornehmlich darum, in der beginnenden Fremdensaison die Fremden von Aachen weg nach dem Konkurrenzbad Spaa zu locken, wird vielleicht nicht so unberechtigt gewesen sein. In Wirklichkeit hat sich der Aachen angedichtete Vorfall im Anschluß an revolutionäre Umtriebe in Trier in Prüm ereignet.

*

*

*

Die bei den Aachener Unruhen im April 1848 gefangen genommenen Männer und Frauen haben mehrmals die Parlamente beschäftigt, ehe sie endlich vor den Gerichtshof kamen, nach beinahe fünfzehnmönatiger Untersuchungshaft, während der ihre Familien, denen die Ernährer entzogen waren, in die bitterste Not gerieten.

Die Aprilereignisse waren zunächst Gegenstand der Verhandlungen im Vorparlament in der 15. öffentlichen Sitzung des Fünzig=Ausschusses. Blum berichtete über seine Anwesenheit und die der anderen Mitglieder in Aachen, und das offizielle Protokoll über jene Sitzung stellt fest: „Es geht aus dem Bericht hervor, daß in Aachen durch verschiedene traurige Vorgänge und Mißgriffe der Gemeindebehörden eine völlige Anarchie entstanden sei, wogegen die Deputation, von den Gemeinde=

behörden in nichts unterstützt, keine Abhilfe zu gewähren vermochte. Hierüber ging Herr Blum in mehrfache, nicht sehr erbauliche Details ein.“

Blum hat auch noch, wie aus Zeitungsmeldungen hervorgeht, davon gesprochen, daß die Ratlosigkeit der Gemeindebehörden ein Hindernis gegen die Wirksamkeit der Deputation gewesen sei. Oberbürgermeister und Gemeinderat wandten sich scharf gegen diese Darstellung der Vorgänge und Verhältnisse in Aachen, die sie in allen Punkten als unwahr bezeichneten. Insbesondere wurde betont, daß die Deputation bei ihrer Anwesenheit in Aachen weder ganz noch teilweise Mißgriffen der Gemeindebehörden an jenen traurigen Ereignissen Schuld gegeben habe. Die Deputation selbst habe, nachdem sich einzelne Vorschläge in der Folge der Erörterungen als unausführbar gezeigt hätten, keine weiteren Ratschläge zu erteilen gewußt, als diejenigen eines ihrer Mitglieder, wie das in der Stadt garnisonierende Militär neben ganz energischem Einschreiten am sichersten die Zwecke der Tumultuanten vereiteln könne, zu dem Ende aber einer Verstärkung bedürfe. Von der Deputation sei selbst am Schluß der für sie einberufenen Gemeinderatsitzung erklärt worden, daß sie nach den erhaltenen Aufklärungen einsehe, hier kein Feld für ihre Wirksamkeit zu finden.

In den Sitzungen der preußischen Nationalversammlung in Berlin wurden die Aachener Aprilunruhen am 30. und 31. Mai zur Sprache gebracht. Der Abg. Jung (Berlin) sprach damals von einem volks- und freiheitsfeindlichen Geist, der in einem großen Teil der preußischen Armee noch immer herrsche, und begründete seine

Beschwerden mit den blutigen Vorfällen in Aachen, bei denen er die ganze Schuld dem Militär beimaß. Am nächsten Tage antwortete ihm der Heinsberger Abgeordnete Frenken aus Aachen. Das in Aachen während der dortigen Vorfälle stationiert gewesene Militär sei, so sagte er, der Zügellosigkeit angeklagt worden; er könne als Einwohner der Stadt Aachen versichern, das dortige Militär habe mit bewunderungswürdiger Mäßigung mehrere Wochen lang alle möglichen Beschimpfungen, Drohungen, ja Steinwürfe ertragen. Endlich, als fernere Geduld unmöglich geworden sei, sei es mit schonungsvoller Energie eingeschritten und habe durch seine ganze Haltung bei der Wiederherstellung der Ordnung sich die vollkommenste Bewunderung der ganzen Bevölkerung in Aachen errungen. Man habe gesagt, es hätten einzelne Reservisten Ordnungswidrigkeiten begangen, allein dies sei noch nicht erwiesen, und der Abgeordnete Jung, der diese Dinge zur Sprache gebracht habe, indem er sie mit als Beispiel für den reaktionären Geist in der Armee anzog, sei ebenso wie seine Gewährsmänner arg getäuscht worden. Abgeordneter Jung berief sich darauf auf die Zeitungsberichte. — Der Liberale Verein ließ alsdann ein Sendschreiben an Abg. Frenken abgehen, das u. A. besagte: „Erstens ist bisher überhaupt nicht bekannt geworden, daß eine Untersuchung gegen die Reservisten eingeleitet worden wäre; die hierfür von der Zivil- und Militärbehörde in ihrer Proklamation angekündigte außerordentliche Kommission ist gar nicht ins Leben getreten, es mußten deshalb eine Menge Bürger unverrichteter Sache vom Rathaus heimkehren und auf die Ablegung

ihres Zeugnisses gegen die Reservisten verzichten, dann hat auch noch die Justizbehörde die Festsetzung einer sogenannten gemischten Kommission, wie sie das Gesetz für solche Fälle festsetzt, nicht veranlaßt. Dann hat die Voruntersuchung gegen die bürgerlichen Tumultuanten auch so viele die Reservisten gravierende Tatsachen ergeben, daß sie gegen diese erhobenen Beschuldigungen im allgemeinen durchaus als gerechtfertigt angesehen werden können.“

Die gemischte Kommission, die nach den Ankündigungen des Oberbürgermeisters zur Untersuchung der den Reservisten zugeschriebenen Ungebührlichkeiten hätte gebildet werden sollen, ist nie ins Leben getreten, denn die Folgen jener Ordnungswidrigkeiten waren ebenso schrecklich als die angeblichen Vergehen der Reservisten harmlos waren.

Die gerichtliche Untersuchung des Aprilaufzugs wurde in den ersten Tagen des Oktobers beendet und die Untersuchungsakten sind am 7. Oktober von der Ratskammer des Aachener Landgerichts an den Anklagesenat der Kgl. Generalprokuratur nach Köln geschickt worden. Am selben Tage noch wurde in der Aachener Gemeinderatsitzung auf Veranlassung des kommissarischen Oberbürgermeisters Pelzer beschlossen, sich höhern Orts für die Amnestierung der sämtlichen Angeklagten zu verwenden. In gleicher Weise ging die Stadtverwaltung von

Trier

vor. Während die Aachener Eingabe ohne Erfolg blieb, wurden durch Kgl. Kabinettsordre vom 29. Oktober den

wegen der Unruhen am 2. und 3. Mai in Trier Verhafteten Straßlosigkeit und Verzeihung gewährt.

Am 10. November schickte der Gemeinderat eine neue Petition an das Staatsministerium ab, die die Bitte um Freilassung mit dem Hinweis auf die bereits erfolgte Amnestierung der bei einem ähnlichen Aufruhr in Trier Verhafteten begründete. Auch die Bürgerwehr und sonstige Körperschaften verfaßten solche Petitionen.

Das Ministerium forderte die Untersuchungsakten ein, allein die Antwort auf die Petitionen erfolgte bei dem mehrmaligen Ministerwechsel zu Ende 1848 erst am 29. März 1849. Der neue Justizminister erklärte, er könne auf die Bitte um Begnadigung der Aprilgefangenen nicht eingehen, da die eingeführte Verfassung vorläufig bereits als Gesetz gelte und weil nach dieser Verfassung weder das Ministerium noch die Krone das Recht haben, eine Begnadigung auszusprechen, ehe das Urteil gefällt sei.

Unterdessen waren wieder, wie schon früher, einige der Angeklagten, gegen die nur leichte Verdachtsgründe vorlogen, aus der Haft entlassen und vorläufig auf freien Fuß gestellt worden, so daß nur etwa 30 in Untersuchungshaft verblieben.

So wie in Aachen, befanden sich aber auch noch anderwärts Männer wegen politischer Verbrechen seit den Märztagen in Gefangenschaft. Am 22. März 1849 wurde deshalb bei der Beratung über die Adresse an den König in der Zweiten Kammer in Berlin zum Zweck der Einfügung eines Satzes über die Amnestierung eine lebhafteste Debatte geführt, die zur Annahme des Satzes führte: „Wir können nicht umhin, dem väterlichen Herzen Eurer

Majestät, daß sich stets mild und gütig erwiesen hat, die dringende Bitte nahelegen, daß für alle seit dem 18. März 1848 begangenen politischen Verbrechen und Vergehen volle Verzeihung gewährt werden möge. Ew. Majestät wolle überzeugt sein, daß durch den Gebrauch dieses edelsten Vorrechtes der Krone die bestehenden bürgerlichen Zerwürfnisse am sichersten geschlichtet und die Thränen vieler tief bekümmerten Familien getrocknet werden können.“

Abg. v. Bismarck, der spätere Reichskanzler, erklärte als Hauptsprecher der konservativen Mitglieder des Hauses zu diesem Antrag u. a.: „Die Begnadigung ist ein Recht der Krone, das sie freiwillig auszuüben hat. Will die Versammlung es ihr diktieren, so wird es annulliert. Die häufigen Amnestien erschüttern außerdem das Rechtsgefühl im Volk. Es glaubt dadurch sein Recht auf Barrikaden basiert. Außerdem bin ich gegen die Amnestie, weil sie aus Gründen der Gerechtigkeit fortgesetzt zu Ausnahmemassregeln führen muß.“ Im übrigen wandte sich bei dieser Gelegenheit die äußerste Rechte scharf gegen die Revolution, was zur Folge hatte, daß sich das Partei- verhältnis wesentlich nach links verschob, da es auch für rechtsstehende Politiker, die durchaus monarchisch aber auch konstitutionell gesinnt waren, feststand, daß ohne die Revolution niemals dem Volke die Konstitution beschert worden wäre.

Am 12. März beschloß der Konstitutionelle Verein, die Abgeordneten der Ersten und Zweiten Kammer, die er unter seinen Mitgliedern zählte, und zwar Landgerichtsrat De Sny und Regierungsrat v. Solemacher, anzu-

gehen, in den Kammern Anträge auf Niederschlagung des Prozesses gegen die Aprilgefangenen zu stellen.

Infolge der Aufforderung des Konstitutionellen Vereins hat Abgeordneter De Sjo am 3. April in der Zweiten Kammer den Antrag gestellt, die Untersuchung gegen diejenigen Personen, welche sich an den Nacher Tumulten beteiligten und deshalb vor den Assisenhof oder vor das Zuchtpolizeigericht verwiesen worden sind, niederzuschlagen. Ein ähnlicher Antrag ist in der Ersten Kammer von v. Solemacher gestellt und von Riz unterstützt worden. Am 14. April wurde in der Zweiten Kammer ein Dringlichkeitsantrag zu diesem Antrag von dem Abg. Rambs und Genossen eingebracht. Der Antrag ging an die Justizkommission zur weitem Behandlung, die schon am 17. April darüber beriet. Zu einer endgültigen Entscheidung kam es aber nicht, denn am 27. April erfolgte die Auflösung der Kammer mit der Begründung, daß sie sich nicht immer in den Schranken ihrer Befugnisse gehalten hätte und die Erste Kammer wurde vertagt. Die ganze parlamentarische Erörterung der Angelegenheit der Aprilgefangenen war also ohne Erfolg geblieben.

Am 11. Juni begannen endlich vor dem Nacher Assisenhofe unter der Leitung des Appellationsgerichtsrates Weißgerber die Verhandlungen. 57 Angeklagte standen vor den Geschworenen, 255 Belastungszeugen und eine gleichfalls bedeutende Anzahl Entlastungszeugen waren geladen. Im Gerichtsgebäude waren umfassende Maßregeln getroffen worden, um die Ordnung der Debatten zu handhaben, ohne jedoch die Öffentlichkeit zu hemmen. Vier volle Wochen dauerte der Prozeß, am

7. Juli um 11 Uhr vormittags erst ging er zu Ende. Über die angeblichen Erzesse der Reservisten hat die Untersuchung nichts bestimmtes feststellen können, wie auch die Schuld der Angeklagten nicht zweifelsohne in allen Teilen festgestellt werden konnte. Den Geschworenen wurden über hundert Schuldfragen vorgelegt, die sie sämtlich mit „Nichtschuldig!“ beantworteten, und die Angeklagten wurden nach fast fünfzehnmönatiger Untersuchungshaft sofort in Freiheit gesetzt.

So klangen die stürmischen Ereignisse, die Aachen im Jahre 1848 im März und April von Grund aus aufgewühlt hatten, in der friedlichsten, alle Kreise der Bevölkerung befriedigenden Weise aus. Die Bürgerschaft, die sich schon oft um die Begnadigung und Freilassung der Opfer der Aachener Revolutionstage an die maßgebenden Instanzen gewendet und dadurch ihre Versöhnung mit den Auführern bekundet hatte, war hocherfreut über den günstigen Ausgang des Prozesses, und dem milden Sinne der Einwohner, der sich zu allen Zeiten, selbst in den Tagen härtester Not nicht verleugnet hatte, gelang es auch bald, die in ihrem Besitzstand sehr heruntergekommenen Familien in erträgliche Lage zu bringen, zumal sich Handel und Gewerbe mit Eintritt der ruhigeren politischen Verhältnisse zunehmend mehr und mehr entwickelten und einer Periode gefestigten, gleichmäßigen Wohlstandes zusteuerten. Schon zu Ende des Jahres 1849 war in den Tuch- und Nadelabriken in Aachen Mangel an guten Arbeitskräften. Es war den Aachener Wollfabrikanten, begünstigt durch den Aufschwung Kaliforniens infolge der damaligen Entdeckung der Goldfelder, möglich gewesen, sich auf dem

nordamerikanischen Markt in gutes Ansehen zu bringen und die französische und belgische Tuchindustrie zu überflügeln und zu verdrängen. In den Nacherer Tuchfabriken wurde damals fast ausschließlich für den amerikanischen Markt gearbeitet und es lagen in den Hauptfabriken so viele Aufträge vor, daß es manchmal unmöglich war, sie in der gestellten äußersten Frist zu erledigen. Der Nadelindustrie wieder gelang es, der englischen Konkurrenz insbesondere in Südamerika und in der Levante den Rang abzulaufen und sich dort neue Absatzgebiete zu sichern. Auch Frankreich begann in Massen die blanken Erzeugnisse der Nacherer Nadelindustrie aufzunehmen, allerdings nicht auf legalem Wege, sondern infolge des abnorm hohen Einfuhrzolles durch — Schmuggel, wie die Zeitungsberichte aus jenen Tagen mit genügender Deutlichkeit erkennen lassen. Die städtische Armenverwaltung bedurfte für das Jahr 1849 immerhin noch eines erklecklichen Zuschusses aus der Stadtkasse und erst im Jahre 1850 ist sie in ihren Ausgaben auf den Etat des Jahres 1845 zurückgekommen. Im Jahre 1845 betrug der städtische Zuschuß 15 850 Taler und er stieg rapid bis zu 28 000 Talern im Jahre 1848, wo sich außerdem im städtischen Haushalt ein Defizit von 41 930 Talern ergab, bei einer Mindereinnahme von 11 673 Talern an Schlachtsteuer gegen das vorhergegangene Jahr. Im Jahre 1849 betrug der städtische Zuschuß zur Armenverwaltung immerhin noch 25 000 Taler. Die politische Stimmung, die während der Revolutionsereignisse in einen Zustand hochgradiger Erregung übergegangen war, verflachte nach dem unverhofft gekommenen Ausgang der

Kaiserwahl und der ferneren Ereignisse, die mit schwächlichem Parlamentarismus und verwässerten Verfassungsgrundsätzen — u. a. durch die Einführung der Dreiklassenwahl in Preußen, nach Bismarck des „widersinnigsten und elendesten Wahlsystems“, als dessen Väter Hansemann und Camphausen angesprochen werden — auf die Wiederbefestigung der Regierungs- und Staatsmacht hinzielten und die hier alle anzuführen die gestellte Aufgabe der Schilderung der Revolution des Jahres 1848 und seiner unmittelbaren Folgen weit überschreiten würde, zu einer ausgesprochenen Teilnahmslosigkeit und politischen Indifferenz, die nicht einmal mehr durch die Wahlen zum Erfurter Reichstag im Jahre 1850 aufgerüttelt wurde.

Quellennachweis.

Wertvolle Dienste leistete mir das reiche Aktenmaterial im Städtischen Archiv in Aachen, dann benützte ich die Berichte über die Aachener Gemeinderatsitzungen, ferner Notizen einer Reihe von Zeitungen aus den Jahren 1848 und 1849, so der Aachener Zeitung, des Aachener Anzeigers, des Echo der Gegenwart, der Kölnischen Zeitung, weiter der Düsseldorfer Zeitung, des Westfälischen Merkurs, der Elberfelder Zeitung, der Trierischen Zeitung, der Rhein- und Mosel-Zeitung, ferner zog ich zurate Aufsätze im Aachener Politischen Tageblatt (Vor 70 Jahren, 1904 und 1905; im Politischen Tageblatt erschien auch im Sommer 1905 meine Aufsatzreihe „Aachen im Sturmjahr 1848“), im Echo der Gegenwart (Erinnerungen eines alten Aacheners, 1894), in der Kölnischen Volkszeitung („1848“, 1898) und in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (Aus vergangenen Tagen, 1905), dann die ausgezeichnete Biographie Bergengrüns über Hansemann, eine Biographie des Kanonikus Smets, Hagens Geschichte der Stadt Aachen, einige Führer und Handbücher über Aachen aus den Vierziger- und Fünfziger-Jahren aus der Aachener Stadtbibliothek, Kinkels Verteidigungsrede, Lebenserinnerungen von Karl Schurz in einer amerikanischen Review (1905/1906), und endlich einige interessante Einzelheiten und Mitteilungen von zuverlässigen Herren, hier und auswärts, die mir über die 1848er Ereignisse in Aachen aus persönlichen Erinnerungen berichteten.



Ortsverzeichnis.

Die durch stärkeren Druck hervorgehobenen Seitenzahlen zeigen ausführlichere Mitteilungen aus den angegebenen Orten an.

- Aachen 13, 16, 22, 50, 52, 71,
73, 79, 80, 87, 92, 124,
131, 135, 137, 140, 146,
147, 153, 158, 162, 175,
177, 181, 184, 197, 203,
208, 210, 231, 303.
- Altenhofen 23, 188.
- Altena 219, 282.
- Arnsberg 284, 286.
- Balve 282, 283.
- Barmen 32, 186, 221, 246, 250,
261, 264.
- Benrath 146.
- Bergheim 30.
- Bernkastel 192, 298, 301.
- Bettermann 283.
- Bilk 90.
- Bitburg 294, 295, 301.
- Blankenheim 188.
- Bocholt 68.
- Bochum 72.
- Böhlen 282, 288.
- Bonn 202, 237.
- Brackerfeld 288.
- Brand 125.
- Brodenbach 300.
- Conz 132.
- Cronenberg 243, 246, 247.
- Dahlen 282.
- Daun 295.
- Dorp 290.
- Dortmund 219, 222, 234, 236.
- Duisburg 219, 263.
- Dülmen 68.
- Düren 30, 32, 42, 125, 188, 199.
- Düsseldorf 31, 70, 98, 139, 146,
153, 164, 190, 205, 220,
221, 225, 229, 234, 241,
243, 247, 251, 267, 268,
276, 291.
- Elberfeld 32, 67, 166, 219, 268,
269, 271, 285, 290, 292.
- Ennepe 288.
- Erkelenz 125, 188.
- Eichweiler 187.
- Essen 72, 222, 239, 246.
- Eupen 30, 42, 125, 163, 188.
- Fischeln 269.
- Geilenkirchen 128.
- Gräfrath, 237, 241, 242, 290,
291.
- Grevenbroich 275.
- Grüne 281.
- Gummersbach 129.
- Hagen 222, 234, 236, 256, 278,
280, 281, 282, 283, 285, 288.
- Hangelahr 238.
- Hattingen 249.
- Heinsberg 128, 199, 308.
- Herdecke 282.
- Höhscheid 290.
- Hückswagen 222.
- Iserlohn 67, 256, 268, 278.
- Jülich 30, 138, 188, 198, 199.
- Kirspe 282.
- Kleve 153.

Koblenz 98, 136, 198, 232.
 Köln 16, 22, 30, 43, 47, 63, 74,
 77, 79, 98, 105, 110, 111,
 124, 125, 128, 129, 135, 139,
 141, 142, 146, 163, 165, 168,
 171, 191, 201, 206, 210,
 225, 231, 237, 246, 304,
 309.
 Kornelimünster 30.
 Krefeld 26, 32, 68, 231, 276.
 Langenberg 235.
 Lengenfeld 288.
 Lennep 129, 222, 260.
 Limburg 282, 283, 287.
 Linnich 163, 187.
 Lüdenscheid 282, 287, 294.
 Lüttringhausen 222, 247, 260.
 Malmedy 129, 187.
 Meinerzhagen 282.
 Menden 281, 282, 286.
 Merxcheid 290.
 Merzenhausen 26.
 Merzig 132.
 Minden 124.
 Montjoie 42, 128, 129, 199, 305.
 Mühlheim a. d. Ruhr 69, 222.
 Mühlheim a. Rhein 246.
 München-Gladbach 275, 276.
 Münster 67, 155, 223, 225, 231,
 234, 279, 280, 283.
 Nachrodt 283.

Neuß 69, 222, 275.
 Neziges 235.
 Ohligs 290.
 Odenrath 188.
 Plettenberg 282.
 Prüm 294, 300, 301, 306.
 Ratlingen 130.
 Remscheid 230.
 Rhendt 276.
 Ronsdorf 222, 260.
 Schönecken 297, 300.
 Schwelm 166, 222, 236.
 Schwerte 282.
 Siegburg 237.
 Solingen 65, 129, 222, 230, 237,
 256, 260, 285, 290.
 Stolberg 42, 77, 127, 188.
 Süchteln 69.
 Trier 64, 130, 145, 146, 175, 191,
 232, 293, 295, 298, 299,
 300, 301, 306, 309.
 Uerzig 300.
 Vaals 52, 76, 96.
 Wald 290.
 Werden 219, 247, 267.
 Wesel 289.
 Westhofen 282.
 Wicrath 275.
 Wittlich 294, 295, 297, 298, 300,
 301.
 Zell 294.



